

AUFTRAG



HEFT 266 – JULI 2007

47. JAHRGANG

- Diskussionsforum
Weißbuch 2006
- Christliches Erbe in
Ägypten
- 47. Woche der
Begegnung 2007
 - Zentrale
Versammlung
 - Bundeskonferenz
der GKS

47. KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE
WOCHE DER BEGEGNUNG

**"Soldaten als Diener des
Friedens - Wissen
um Werte"**

I. Die Grundrechte
Artikel 1
Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich stets zu den Grundrechten der unveräußerlichen Menschenrechte als Mitglieder einer durch Gesetz und auf dem Wege der Volksvertretung zu bildenden Gemeinschaft, des Friedens und der Brüderlichkeit.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtspflichten als unmittelbar geltendes Recht.

Leitershofen
17. bis 22. September 2007

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

editorial 3

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

KATECHESE: Über den Frieden Christi
von P. Raniero Cantalamessa 4

Abschied von in Afghanistan getöteten Soldaten
(KNA, KMBA, GKS) 5

DISKUSSIONSFORUM WEISSBUCH 2006 – STUDIENTAG:
 »Weltgemeinwohl und deutsche Interessen
 zwischen Konzept und Widerspruch« *(BB) 6*

Die Notwendigkeit eines Strategiewechsels in
 Afghanistan *von Klaus Liebetanz 10*

KRISENHERD AFGHANISTAN: Caritas fordert
 Kurswechsel *(KNA) 13*

KRISENHERD SUDAN: Europaparlament zu Dafur . . 13

ENTWICKLUNGSHILFE: Etat soll um 14,9 % steigen . 13

Politikergespräch: SS'in Karin Kortmann *(BB) . 14*

Motto des Weltfriedenstages 2008 14

Putins Signal der Schwäche *von Rüdiger Drews 15*

INTERVIEW ZUR LAGE IM IRAK: »Allein sind wir nicht in
 der Lage, für Frieden zu sorgen« *(ZENIT) . . . 16*

AFRIKANISCHER KONTINENT: Chinas Energiehunger
 führt nach Afrika *(KNA) 18*

STICHWORT: Afrika *(KNA) 19*

Erstmals internationale Haftbefehle wegen Verbre-
 chen in Darfur *(KNA) 19*

PROLIFERATION: Nichtweiterverbreitung von
 Kernwaffen *von Werner Bös 20*

SOWI-UMFRAGE: Einstellungen der Bundesbürger zu
 sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen . 27

SICHERHEITSPOLITIK UND MEDIEN: Medien als Akteure
 in der Sicherheitspolitik *(GKP) 29*

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

DISKUSSION UM KRIPPENPLÄTZE: Stimmungsmache
von Georg Stingl 30

UNTERSUCHUNGEN ZU FRAUEN, FAMILIE, BERUF UND
 KINDERBETREUUNG: Auf der Suche nach Gleich-
 gewicht in einer hektischen Welt *(ZENIT) . . . 31*

EINE UNGEWÖHNLICHE REISE: Braunschweig –
 Warschau – Moskau – Peking – Pjöngjang –
 Lhasa – Almaty – Aralsee – Kiew – Warschau –
 Braunschweig *von Fritz Wendland 33*

Polen und Deutsche verbindet mehr als
 uns trennt *(bt) 38*

GESELLSCHAFT IN POLEN: Empörung in Polen
 über Papst-Satire *(GKP) 39*

POLNISCHE STREITKRÄFTE: Sowjetabsolventen
 müssen gehen *von Joachim G. Görlich 40*

SPANISCHER SENAT: Rotpolnische Spanienkämpfer
 diskriminiert *von Joachim G. Görlich 40*

Polen bevorzugen Omis vor Kinderkrippen
von Joachim G. Görlich. 41

US-Politologe Huntington 80 Jahre alt
von KNA-Mitarbeiter Ronald Gerste 41

RELIGION UND GESELLSCHAFT

VOR 70 JAHREN: ENZYKLIKA »Mit brennender
 Sorge« *(BB) 42*

Die Sonntagsmesse aus der Sicht Deutschlands
von Bischof Dr. Walter Mixa 42

GEMEINDESTRUKTUREN IN DEN DEUTSCHEN BISTÜMERN:
 Ein Überblick *(KNA) 44*

DAS CHRISTLICHE ERBE ÄGYPTENS (Teil 2):
 Die koptisch-katholische Kirche
von Dieter Kilian 46

HILFERUF AUS SIMBABWE: Bischöfe und Priester im
 Visier der staatlichen Sicherheitskräfte *(KNA) . 57*

ANGOLA: 40 Kilometer zu Fuß zur Messe *(KNA) 58*

SOWI-FORSCHUNGSBERICHT 79:
 »Weltreligionen kompakt«. 58

ISLAM IN DEUTSCHLAND: Ein Schritt zur
 Anerkennung des Islam *(KNA) 59*

STICHWORT: Deutsche Islamkonferenz *(KNA) . . 59*

HINTERGRUND: Religionsgemeinschaft Islam?
von Ansgar Hense 60

STICHWORT: Koordinierungsrat der Muslime *(KNA) 60*

Muslime haben prozentual ebenso viele Gebets-
 räume wie Christen *(KNA) 61*

Großmufti verurteilt Gewalt im Namen der
 Religion *(KNA) 61*

Kardinal Kasper warnt vor Blauäugigkeit
 gegenüber Islam *(KNA) 61*

TAGUNG 2007 DER DEUTSCHEN KATH. MÄNNERARBEIT:
 »Männerarbeit in einer von Migration geprägten
 Gesellschaft« *von Heinrich Dorndorf 62*

LEBENSFRAGEN UND GLAUBE

J. Ratzinger/Benedikt XVI.: Jesus von Nazareth –
 Gedanken zu einem notwendigen Buch *(PS) . . 64*

GKS-SEMINAR DRITTE LEBENSPHASE: Pilger in
 der Zeit *von Msgr. Georg Kestel 66*

»Was soll ich hier noch?« Suizidprävention im Alter
von KNA-Redakteur Timm M. Hirscher 68

DENK-MAL: Mein Name ist ...
von Martin Hochholzer 68

Nur eine Kuriosität? 69

Kleine Hausapotheke zur Lösung von Ehe-Konflikten
(Familienreferat Erzdiözese Salzburg) 70

Porträt: Kardinal Fensterputzer
von KNA-Redakteur Christoph Strack 71

ZUM UMSCHLAGBILD: Plakat zur 47. Woche der Begegnung

BLICK IN DIE GESCHICHTE

50 JAHRE BUNDESWEHR: Johannes Rau, der achte Bundespräsident und die Bundeswehr
von Dieter Kilian 72

KIRCHE UNTER SOLDATEN

47. WOCHE DER BEGEGNUNG 2007 80

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV): Programmauszug . 81

Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte. Vorsitzender ZV zum Thema der Woche . 82

Rundbrief 2/2007 des Vorsitzenden ZV 83

Die Referenten zum Leitwort der Woche 85

BUNDESKONFERENZ DER GKS: Programmauszug . . 85

Rundbrief 2/2007 des Bundesvorsitzenden 86

Anregungen zum Impulsvortrag 88

Werte lassen sich nicht vererben 88

Zahlen, Daten, Fakten zur Diözese Augsburg . . 89

FGKS: Einladung zur Mitgliederversammlung . . 90

Entwürfe für Änderung der FGKS-Satzung und der -Geschäftsordnung 91

Exerzitienhaus St. Paulus in Leitershofen 93

AUS DER MILITÄRSEELSORGE 94

Junge Militärseelsorge in Litauen und in Russland (KMBA). 94

Gregor Ottersbach neuer Moderator des Priesterrates des Militärbischofs (KMBA) . . . 95

49. INTERNAT. SOLDATENWALLFAHRT – LOURDES 2007:
 »Ein Auslandseinsatz besonderer Art«
von KNA-Mitarbeiter Steffen Zimmermann . . . 96

Dt. Unterstützungskommando Lourdes 96

»Guter Hirte« in der Militärseelsorge – MD Schadt feierte silbernes Priesterjubiläum (KMBA) . . . 97

AUS DEM LAIENAPOSTOLAT 98

Aus dem Leben der GKS – Bericht des Bundesgeschäftsführers *von Klaus Achmann*. 98

Vorstand ZV bereitet Woche der Begegnung vor
von Stefan Graichen 99

AUS STANDORTEN UND GKS 100

GKS im Standort Köln 100

GKS-Kreis Köln-Wahn 100

GKS-Kreis Bonn 103

Seelsorgebezirk Bonn, Königswinter u.a. 103

Bereich KLMD Koblenz 104

GKS-Bereich Baden-Württemberg 105

Bereich Bayern u. Baden-Württemberg 106

GKS-Kreis München 107

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT 108

Internationaler Sachausschuss: Katholische Militärseelsorge in Ungarn 108

Europa – Ungarn: Zwischen Romantik und Realität *von Christoph Dahm*. 109

GKS-AKADEMIE »OBERST HELMUT KORN«. 111

Einladung zum 11. Seminar. 111

Was hat die »Ethische Dimension zwischen Mann und Frau mit dem 11. Seminar zu tun? . . 114

Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. 114

Peter Döge, Männer – Paschas und Nestflüchter, .115

PERSONALIA. 95, 97, 103

KURZ BERICHTET: 45

BUCHBESPRECHUNGEN. 64, 115

TERMINE. 118

AUTOREN UND BILDNACHWEIS 119

BRIEFE AN DIE REDAKTION 119

IMPRESSUM 120

editorial

Liebe Leserschaft!

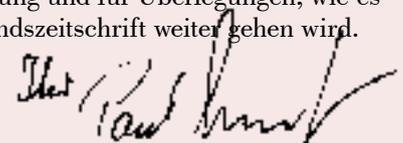
*»Geh‘ aus mein Herz und suche Freud
 In dieser schönen Sommerzeit
 An deines Gottes Gaben;*

*...;
 Ich singe mit, wenn alles singt,
 Und lasse, was dem Höchsten klingt,
 Aus meinem Herzen rinnen.«*

Mit diesem bekannten und beliebten Kirchenlied des Dichters der Reformationszeit Paul Gerhard (* 12. März 1607, † 27. Mai 1676), dessen 400sten Geburtstag nicht nur die deutschen Christen in diesem Jahr gedenken, wünscht die Redaktion ihren Lesern eine erholsame, erbauliche und kreative Ferien- und Urlaubszeit. Vielleicht führt die Ihnen geschenkte Muße dazu, dass Sie diesen umfangreichen AUFTRAG entspannt und mit einigem Gewinn verinnerlichen können.

Da die vorliegende Ausgabe die 47. Woche der Begegnung im September ausführlich vorbereitet, wird das nächste Heft Nr. 267 erst nach dem Treffen des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge erscheinen.

Auch die Redaktion benötigt »diese schöne Sommerzeit, die uns alle Sinne erweckt« zum Durchatmen, zur Besinnung und für Überlegungen, wie es mit unserer Verbandszeitschrift weiter gehen wird.



KATECHESE: Über den Frieden Christi

»Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch; ...« (Joh 14,27).

VON P. RANIERO CANTALAMESSA

Der Friede, den Jesus Christus bringt, liegt nach Worten des Predigers des päpstlichen Hauses, P. Raniero Cantalamesa OFM Cap., nicht in der Abwesenheit von Kriegen, Konflikten und Schwierigkeiten. In seinem Kommentar zu Joh 14,23–29 zeigt er, dass dieser Friede darin besteht, an Gott zu glauben und seinen Willen zu tun.

»Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch; nicht einen Frieden, wie die Welt ihn gibt, gebe ich euch.«

Von welchem Frieden spricht Jesus in diesem Abschnitt des Evangeliums? Nicht vom äußeren Frieden, der in der Abwesenheit von Kriegen und Konflikten zwischen Menschen oder verschiedenen Ländern besteht. Bei anderen Gelegenheiten spricht Jesus auch von diesem Frieden. Zum Beispiel, wenn er sagt: »Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne Gottes genannt werden.« Hier spricht Jesus von einem anderen Frieden, jenem inneren Frieden, dem Frieden des Herzens, dem Frieden des Menschen mit sich selbst und mit Gott. Man versteht das aus dem heraus, was Jesus sofort danach anfügt: »Euer Herz beunruhige sich nicht und verzage nicht.« Das ist der fundamentale Friede, ohne den es keinen anderen Frieden geben kann. Milliarden von Tropfen schmutzigen Wassers schaffen kein sauberes Meer, und Milliarden von unruhigen Herzen schaffen keine Menschheit, die in Frieden lebt.

Das von Jesus gebrauchte Wort ist »SHALOM«. Mit ihm grüßten sich die Juden und tun dies immer noch. Mit diesem Wort begrüßte Jesus die Jünger am Paschaabend, und er ordnet an, dass auf diese Weise die Menschen begrüßt werden sollten: »Wenn ihr in ein Haus kommt, so sagt als erstes: Friede diesem Haus!« (Lk 10,5-6).

Wir müssen bei der Bibel anfangen, wenn wir den Sinn des Friedens verstehen wollen, den Christus schenkt. In der Bibel bedeutet »shalom« mehr als die bloße Abwesenheit von Kriegen und Unruheherden. Es zeigt positiv Wohlstand, Ruhe, Sicherheit, Erfolg, Ruhm an. Die Heilige

Schrift spricht sogar vom »Frieden Gottes« (Phil 4,7) und vom »Gott des Friedens« (Röm 15,32). Friede bedeutet also nicht nur das, was Gott »gibt«, sondern auch das, was Gott »ist«. In einem Hymnus nennt die Kirche die Dreifaltigkeit »Meer des Friedens«.

Das sagt uns, dass jener Friede des Herzens, den wir alle ersehnen, ohne Gott oder außerhalb von ihm niemals vollkommen oder dauerhaft sein kann. Dante Alighieri fasste das alles in jenem Vers zusammen, den einige für den schönsten der ganzen »Göttlichen Komödie« halten: »En la sua voluntate è nostra Pace« (»In seinem Willen liegt unser Frieden«).

Jesus lässt uns begreifen, was sich diesem Frieden widersetzt: die Verzagttheit, die ängstliche Unruhe, die Furcht: »Euer Herz beunruhige sich nicht.« »Das ist leicht gesagt!«, wird dem jemand entgegenhalten. Wie soll die ängstliche Unruhe, die Nervosität, die uns alle verzehrt und uns daran hindert, ein wenig Frieden zu genießen, verbannt werden? Einige sind aufgrund ihres Temperaments anfälliger für solche Dinge. Ist da eine Gefahr, so machen sie sie noch gefähr-

licher, und ist da eine Schwierigkeit, so verkomplizieren sie sie hundertfach. Alles wird zum Anlass für ängstliche Unruhe.

Das Evangelium verspricht kein Allheilmittel für diese Übel; in einem gewissen Sinn sind sie Teil unseres Menschseins, da wir ja Kräften und Bedrohungen ausgesetzt sind, die so viel größer sind als wir. Ein Gegenmittel wird aufgezeigt: Das Kapitel, dem der Abschnitt des Evangeliums entnommen ist, beginnt folgendermaßen: »Euer Herz lasse sich nicht verwirren. Glaub an Gott, und glaub an mich!« (Joh 14,1). Das Heilmittel ist das Vertrauen auf Gott.

Nach dem letzten Krieg wurde ein Buch mit dem Titel »Letzte Briefe aus Stalingrad« veröffentlicht. Es handelte sich um Briefe von deutschen Soldaten, die im Kessel von Stalingrad gefangen waren; Briefe, die mit dem letzten Konvoi vor dem Endangriff des russischen Heeres abgesandt worden waren, in dem alle starben. In einem dieser nach Kriegsende aufgefundenen Briefe schreibt ein junger Soldat seinen Eltern: »Ich habe keine Angst vor dem Tod. Mein Glaube gibt mir diese schöne Sicherheit!«

Jetzt wissen wir, was wir uns gegenseitig wünschen, wenn wir uns die Hand reichen und uns in der Heiligen Messe ein Zeichen des Friedens geben. Wir wünschen einander Wohlergehen, Gesundheit, gute Beziehungen mit Gott, mit uns selbst und mit dem Nächsten. Wir wünschen einander somit, dass wir das Herz voll des »Friedens Christi haben, der jede Vernunft übersteigt«. (ZENIT)

Erzbischof Schick ruft zum Einsatz für den Frieden auf

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat die Gläubigen zum Einsatz für den Frieden aufgerufen. Jeder Krieg sei ein Unglück, sagte Schick am Sonntag, dem 6. Mai, im fränkischen Vierzehnheiligen. Aktives Eintreten für Staat, Heimat und Vaterland gehe dabei nicht ohne Gott. Anlass war ein Gottesdienst zur 50. Wallfahrt des Bayerischen Soldatenbundes und der Bayerischen Kameraden- und Soldatenvereinigung. Dabei würdigte Schick, dass sich die Vereinigung das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat sowie das Eintreten für Frieden in Freiheit als erstes Ziel gegeben habe. Freiheit sei so zu verstehen, »dass wir von Gott als freie Menschen geschaffen sind, den Nächsten zu lieben und zum Gemeinwohl beizutragen«. Zum Einsatz für den Frieden gehören, so der Erzbischof, auch Integrationsaufgaben und eine »Globalisierung der Menschenrechte«. (KNA)



Abschied von in Afghanistan getöteten Soldaten

Bei einer Trauerfeier auf dem militärischen Teil des Flughafens Köln/Bonn haben am Abend des 23. Mai Angehörige und Bundeswehr Abschied von den drei in Afghanistan durch einen Anschlag getöteten Soldaten genommen. An der Zeremonie nahmen Verteidigungsminister Franz Josef Jung, die Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, Roland Koch und Jürgen Rüttgers (alle CDU) sowie die Militärbischöfe Walter Mixa und Peter Krug teil.

Bundesminister Jung würdigte in einer Traueransprache die Verdienste der Soldaten: »Sie haben durch ihren Dienst zum Frieden in der Welt beigetragen.« Die Soldaten seien bei ihrem ehrenvollen Einsatz für die Stabilisierung Afghanistans ums Leben gekommen. »Worte vermögen nur unzureichend Trost zu spenden«, sagte Jung. Die Bundeswehr habe bitter erfahren müssen, dass der friedensstiftende Einsatz in dem Land am Hindukusch mit Gefahren verbunden sei. »Die Bundeswehr trauert um diese Kameraden«, so Jung. Er kündigte an, die afghanische Regierung bei der Aufklärung des Attentats zu unterstützen, um »die Drahtzieher dieses feigen Anschlags zu finden und zur Rechenschaft zu ziehen«.

Zu Beginn der Trauerfeier hatten die Angehörigen kurz an den aufgebahrten Särgen verweilt. Der katholische Militärdékan Rainer Schnettker sprach während der Zeremonie ein Gebet. Zum Abschluss spielte das Musikkorps der Bundeswehr die Nationalhymne. Die drei Soldaten waren am Samstag, dem 19. Mai, in der nordafghanischen Stadt Kundus getötet worden. Beim schlimmsten Anschlag gegen die Bundeswehr in Afghanistan seit vier Jahren hatte ein Selbstmordattentäter auf einem Markt auch fünf Afghanen in den Tod gerissen und 21 weitere Menschen verletzt.

Der Katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa brachte seine tiefe Bestürzung zum Ausdruck und äußerte seine große Trauer über den Tod der drei Bundes-

wehrsoldaten. Mixa, der die Soldaten immer wieder in den Auslandseinsätzen besucht, dankte noch vor einer Woche während der Soldatenwallfahrt in Lourdes diesen Frauen und Männern für ihren Friedensdienst. Mixa verurteilt die mörderische Tat aufs schärfste. Das Selbstmordattentat habe deutlich gezeigt, dass die Taliban die Hilfe der ISAF-Soldaten beim Aufbau des Landes Afghanistan und die positive Einstellung der Bevölkerung mit aller Gewalt unterbinden wollten.

In einem Schreiben an Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung sprach der Militärbischof dem Minister und den Angehörigen der Verstorbenen sein tiefes Beileid aus.

Der Bundesvorstand der GKS gedachte auf seiner Sitzung am 1. Juni in Passau der in Kundus gefallenen und verwundeten Soldaten und schloss sie in sein Gebet ein. (KNA, KMBA, GKS)

Foto oben: Ehrenformation der Bundeswehr an den Särgen der gefallenen Soldaten während der Traueransprache von Verteidigungsminister Franz Josef Jung.

unten: Der Evangelische Militärbischof Peter Krug (l.) und der Katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa (r.) sprechen den Angehörigen und der Bundeswehr die Anteilnahme ihrer Kirchen aus. (Fotos: PrInfoZLw)



STUDENTAG ZUM WEISSBUCH 2006:

Weltgemeinwohl und deutsche Interessen zwischen Konzept und Widerspruch

Bericht über einen Dialog zwischen Kirche und Politik zum
Weißbuch Sicherheitspolitik 2006 aus der Perspektive des »Gerechten Friedens«

»Weltgemeinwohl und Deutsche Interessen zwischen Konzept und Widerspruch. Ein politischer Dialog zwischen Kirche und Politik zum Weißbuch Sicherheitspolitik 2006 aus der Perspektive des »Gerechten Friedens««. Unter diesem Thema hatten Militärbischof Dr. Walter Mixa und der Vorsitzende von Justitia und Pax, Bischof Dr. Reinhard Marx, am 24. Mai 2007 zu einem Studentag in die Katholische Akademie nach Berlin eingeladen. Die Redaktion AUFTRAG fasst die Beiträge dieses Tages zusammen, um damit zur weiteren Diskussion über das Weißbuch einzuladen. Wir freuen uns über jeden Beitrag, der die Redaktion erreicht.

Im Vorwort des Weißbuches fordert die Bundeskanzlerin eine verstärkte Diskussion über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, um von dem »freundlichen Desinteresse«, welches der Bundespräsident postulierte, wegzukommen. Da die Zeit vorgegeben war, wurde das umfassende Thema in drei Bereiche aufgeteilt, wobei jeweils ein Referent vortrug, dann folgte der Kommentar eines zweiten Referenten und im Anschluss bestand die Möglichkeit, Fragen an die beiden Vortragenden zu stellen.

»Weltgemeinwohl und deutsche Interessen. Anfragen an das Weißbuch aus friedensethischer Perspektive«

Nach der Begrüßung durch Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, in der er nochmals die Grundlagen aus »Gerechter Friede« und dem Bischofswort »Soldaten als Diener des Friedens« zitierte, trug im ersten Abschnitt Prof. Dr. Thomas Hoppe zu dem Thema vor: »Weltgemeinwohl und deutsche Interessen. Anfragen an das Weißbuch aus friedensethischer Perspektive«.

Er führte aus, dass nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt 1989/1990 eine Neuorientierung stattgefunden habe, die statt der großen Konfrontation die Prävention (*Vorbeugung, Verhütung – die Red.*) in den Mittelpunkt des Interesses gestellt habe. Im Weißbuch 2006 sei die Prävention unbestimmt geblie-

ben, da die zivilen und militärischen Handlungsweisen nicht aufeinander abgestimmt dargestellt würden. Hoppe sagte weiterhin, dass Friedenspolitik antizyklisch agieren müsse, um nicht später, nach »Aufspringen der Öffentlichkeit« reagieren zu müssen. Ein solches vorausschauendes Handeln bedürfe eines erweiterten Sicherheitsbegriffs, der mit Leben zu füllen sei. Eine wirksame Kriegsursachenbekämpfung müsse auf nationalen Interessen beruhen, damit die begrenzten deutschen Ressourcen auch verantwortungsvoll (dem deutschen Volk gegenüber) eingesetzt werden können.

Im Weißbuch würden den Werten des Grundgesetzes deshalb die Interessen – wie z.B. der freie Welthandel – an die Seite gestellt, um so die Wohlstandssicherung zu garantieren. Die Orientierung am übernationalen Weltgemeinwohl, das nicht unter den sonst üblichen Verteilungsaspekten gesehen werden dürfe, könne zur maßgebenden Grundlage einer interessenorientierten Sicherheitspolitik führen. Dieser Ansatz müsse aber, um wirk-

sam zu werden, ebenso den nationalen Ansatz haben, um durch Handeln aus einem Guss ethisch vertretbare Friedenspolitik zu machen.

Die im Weißbuch ausgeführten Grundregeln entsprechen den bisher veröffentlichten Erklärungen¹:

- Die Mandatierung (*Auftrag – die Red.*), die Ausrüstung/Ausstattung werden unter Beachtung der Menschenrechte und -würde festgelegt.
- Eine dauerhaft angelegte, politische Gesamtkonzeption muss zu Grunde liegen, in der das militärische und zivile Handeln aufeinander abgestimmt sich ergänzt.
- Das Handeln wird in die gegebene Rechtslage eingebettet. Dies bedeutet, die exklusiven Rechte des VN-Sicherheitsrates werden sachgerecht wahrgenommen.
- Die handelnden Personen brauchen ethische und rechtliche Grenzen und müssen eine Sensibilisierung für den einzelnen Einsatz besitzen.

Abschließend betrachtet das Weißbuch die Problematik der Rüstung / Abrüstung, stelle das Problemfeld aber nur positivistisch dar.

In der Zusammenfassung sei nach Meinung von Prof. Hoppe die Hinwendung im Weißbuch zu einer friedenserhaltenden, präventiven Sicherheitspolitik positiv zu bewerten.



Prof. Dr. Thomas Hoppe, Lehrstuhl für katholische Theologie an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg; Friedensethiker, Mitglied der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

¹ s.u.a. auch die GKS-Position zum Weißbuch 2006 in AUFTRAG Nr. 264/Dez. 2006, S. 8, sowie weitere Stellungnahmen a.a.O., S. 9-13, und im AUFTRAG Nr. 265/Ostern 2007, S. 15-21.

Diesen Vortrag kommentierte Dr. Ulrich Schlie, Leiter Planungsstab im BMVg, und stellte zuerst zwei Positionen klar:

- Die Auslandseinsätze bestimmten das Bild der Bundeswehr und gäben auch den Takt für den Grundbetrieb vor. Gerade deshalb sei das ressortübergreifende, abgestimmte Weißbuch wichtig. Jedoch könne das Weißbuch nicht alles beantworten, aber der »Ist-Stand« werde beschrieben, um danach den »Blick in die Zukunft« vorzunehmen. Die Bundeswehr sei mit der Transformation noch nicht fertig, noch nicht dort angekommen, wo die Reformer hinwollten.

Die Politik muss Antworten geben können, wie die Entscheidungen zustande kommen. Dabei sei eine noch tiefere Diskussion über die Sicherheitspolitik des Staates notwendig, die sich aber nicht auf die Bundesregierung und den Bundestag beschränken dürfe, sondern über Interessengemeinschaften und Organisationen in die Gesellschaft getragen werden müsse.

- Interessen müssten fallweise definiert werden, deshalb wurde im Weißbuch diese umfassende (manche sagen schwammige) Definition benutzt. So umfassend, dass sowohl der Schutz des Bürgers und des Nationalstaates, aber auch das Weltgemeinwohl gemeint ist. Das Weißbuch und die darin aufgeführten Interessen seien eingebettet in die vorhandenen internationalen Systeme, die deshalb auch so ausführlich behandelt werden und deren Weiterentwicklung betrieben werde.

Das Weißbuch zeige den interdisziplinären Ansatz auf, der die diplomatischen, die entwicklungspolitischen und die militärischen Wege zum Ziel zusammenführe.

Schlie stimmte dem Vortrag von Prof. Hoppe grundsätzlich zu und ergänzte, dass die theoretische Darstellung im Weißbuch korrekt sei, die Realität aber noch nicht übereinstimmend sei. Die Entwicklung des Völkerrechtes sei begonnen worden, mit der Inneren Führung hätten wir das notwendige Instrument für die Sensibilisierung der Personen, die struktu-



Dr. Ulrich Schlie,
Leiter Planungs-
stab im BMVg

rellen und personellen Konsequenzen sind in der Transformation, wobei jede Art von Überreaktion falsch sei, nur weil es bei irgendetwas nicht hundertprozentig geklappt hätte.

In der Aussprache wurde das Weißbuch grundsätzlich positiv bewertet, aber auch darauf hingewiesen, dass die richtige Mischung zwischen dem zivilen und dem militärischen Ansatz noch nicht gefunden sei. Eine Feststellung der Soldaten zu den Einsätzen sei unter anderem, dass die Zeit des vorwiegend militärischen Einsatzes zur Schaffung eines sicheren Umfeldes nicht intensiv genutzt werde für den zivilen Aufbau.²

Weiter wurde begrüßt, dass für die Truppe und ihre Führer das Weißbuch als Beginn der geforderten gesellschaftlichen Diskussion über die Sicherheitspolitik aufgefasst werde, wobei unbedingt die Interessengemeinschaften und Verbände in Deutschland eingebunden werden sollten. Hier stellte der Bundesvorsitzende der GKS Oberstleutnant Paul Brochhagen fest, dass der Truppe auch Zeit gegeben werden müsse, diese Diskussion intern vor allem über die ethischen Gesichtspunkte zu führen. Gerade bei der Truppe, die sich auf die Einsätze vorbereite, sei diese Diskussion über die geforderte ethische und rechtliche Sensibilisierung besonders wichtig.

² Anmerkung: Hierbei wird meistens übersehen, dass die verschiedenen Ministerien völlig unterschiedliche Grundlagen ihres Handelns besitzen. Als Beispiel sei erwähnt, dass im militärischen Bereich jeder Zeit- und Berufssoldat in den Einsatz befohlen werden kann, der zivile Bereich aber auf die absolute Freiwilligkeit angewiesen ist. Ein weitaus größeres Problem ist die versorgungsrechtliche Absicherung während eines Einsatzes.

Darüber hinaus muss der Bürger »mitgenommen« werden in der Diskussion, denn ohne ihn bleibe es ausnehmend schwierig, Verständnis für die Einsätze und damit für die Verwendung der begrenzten Ressourcen zu wecken.

Auf einen Einwand aus dem Plenum, dass der Interessenbegriff »aufgepumpt« und »entgrenzt« worden sei, entgegnete Prof. Hoppe, dass letztendlich noch das nationale Interesse ausschlaggebend sei. Dieses zu ändern sei das Ziel der Weiterentwicklung der Völ-

kergemeinschaft, schließlich sei auf einer bestimmten Entscheidungsebene Weisheit gefragt und der Blick auf das Weltgemeinwohl. Dabei könne eine eventuell stattfindende »Missachtung des Souveräns« nur ein Einzelfall sein. Dr. Schlie ergänzte zu diesem Beispiel, dass ein »Mehr an Gerechtigkeit in der Welt« immer auch im nationalen Interesse sei. Entscheidungen seien in der Regel immer unter Zeitdruck und in einem engen Zeitrahmen zu treffen. Auch diese Problematik transparenter zu machen, bezwecke die geforderte öffentliche Diskussion, zu der dieser Studientag ein guter Anfang sei. Die bisherigen Einsätze würden durch alle Ressorts intensiv ausgewertet, um die Abstimmung unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Begründung der Einsätze sollte nicht nur auf die humanitäre Ausrichtung begrenzt bleiben sondern weiter gefasst werden. Die Interessen sind in der heutigen Welt immer global zu sehen, wobei der Weg eindeutig zu einer »Weltinnenpolitik« hinführe. Mit den Ausführungen von Prof. Hoppe, dass die Schnittmenge zwischen den handelnden Organisationen (inner- und überstaatlich) ständig größer werde und deshalb die Aufgabenverteilung zwischen den zivilen und militärischen Feldern deutlicher formuliert werden möge, schloss die Vormittagsveranstaltung.

»Die Anwendung militärischer Gewalt im Spannungsfeld von Legalität und Legitimität, von Multinationalität und Unilateralismus.«

Der Nachmittag begann mit dem Vortrag von Prof. Dr. Gerhard Beestermöller vom Institut für Theologie und Frieden aus Hamburg: »Die Anwendung militärischer Gewalt im Spannungsfeld von Legalität und Le-

gitimität, von Multinationalität und Unilateralismus.«

Er bemängelte vor allem, dass das Weißbuch mehr kaschiere als gut sei. Es würde so getan, als ob alles friedlich geregelt werden könne und bezeichnete das Weißbuch als »ethisch rundum sorglos Paket«. Humanitäre Interventionen ohne Mandat seien im Jetzt-Stand nicht legal, es könne aber Situationen geben, in denen ohne Mandat gehandelt werden könne. Damit sprach er an, dass der Einsatz im Kosovo als Ausnahme ohne Präzedenzfall zu sein, in der Formulierung des Weißbuches verschwunden sei. Der Übergang zur Gewalt sei durch unklare Begriffe »verstellt« worden. Der umfassende Sicherheitsbegriff lasse weite Interpretationen zu und Anwendung von Gewalt sei nicht eindeutig bestimmt worden. Somit könnte eine Rückkehr zum »alten Kriegsbild« angenommen werden, welches den Krieg wieder als Mittel der Politik sehe.

Deshalb die Feststellung, dass ohne rechtliche Ordnung zwischen den Menschen eine latente Bedrohung herrsche. Diese Ordnung müsse nach Meinung von Beestermöller auf drei Säulen ruhen, der Demokratie, einem föderativen Zusammenschluss (Friedensbund) und einem Weltbürgerrecht. Darauf aufbauend stellte Prof. Beestermöller erste Überlegungen zu einer neuen Präliminarethik (*vorläufigen Ethik – die Red.*) vor. Die UN-Charta solle zu einer Weltfriedensordnung weiterentwickelt werden. Da aber auch undemokratische Staaten Mitglied dieser Organisation seien, eine Ungleichbehandlung statfinde, weil nur einige wenige Vetorecht besitzen und es gegen die Beschlüsse keine Rechtsmittel gebe, sei dies ein steiniger Weg.

Die Vereinten Nationen sollten zu einer Weltrechtsordnung weiterentwickelt werden, dabei müsse die Anwendung von militärischer Gewalt als Mittel zu ihrer Überwindung im innerstaatlichen Handeln deutlich definiert bzw. sanktioniert werden, meinte Beestermöller.

In seinem Kommentar zu dem Vortrag ging Ministerialrat Stefan Sohm (Planungsstab BMVg, Arbeitsbereichsleiter Haushalt, Soziales, Recht und Wehrverwaltung) auf die kritischen

Betrachtungen des Weißbuchs ein, der er nicht folgen könne, denn das Weißbuch habe ja die Probleme offen dargelegt und somit eben nichts kaschiert. Zu dem Kant'schen Modell der Weltfriedensordnung führte Sohm aus, dass das Weißbuch nicht Antworten auf solche Dinge geben könne. Das internationale Recht sei veränderlich, die nationale Darstellung der Sachlage hänge auch von der Politik ab. Er wies nochmals darauf hin, dass das Weißbuch als Anfang der sicherheitspolitischen Diskussion gedacht sei, um letztendlich zu einem Konsens in der Gesellschaft zu kommen, was die nationalen Interessen und ihre Abgrenzung auch zu den internationalen Gremien anbelange.

Aus dem Plenum heraus wurde ausgeführt, dass eine Veränderlichkeit des Rechtes den Soldaten in die Zwickmühle bringe, denn die Verteidigung des Rechtes sei ja ein Fixpunkt. Dazu präziserte MinR Sohm, dass die Veränderung des Rechtes sich nicht auf die humanitären Grundsätze beziehe, die unveränderlich bleiben, sondern auf die rechtlichen Möglichkeiten eines Staates, sich gegen das UN-Recht zu »wehren«.

In einem weiteren Beitrag wurde festgestellt, dass die Vereinten Nationen deshalb funktionieren, weil die großen Staaten ihre Interessen wiederfänden, darum müsse auch Deutschland seine Interessen klar definieren und einbringen. Hierauf antwortete MinR Sohm, dass Deutschland sich zurückhalte mit dieser Definition, denn um solche international mit Festigkeit vertreten zu können, bedürfe es eben einer nationalen Einigkeit, die er zurzeit nicht sehe. Prof. Beestermöller ergänzte, dass die Begriffe Recht, Interesse und Werte sich ergänzen müssten weil sie in einem Verhältnis zueinander ständen. So wie er in seinem Vortrag forderte, müssten diese Begriffe in Verknüpfung gebracht werden, wobei das Recht die Waage sei, auf der die Interessen und Werte gewogen werden. Eine Reduzierung auf die nationalen Interessen als entscheidendes Kriterium für den Übergang zur militärischen Gewalt lehnte Beestermöller entschieden ab, da sonst derjenige, der keine Freunde oder Bodenschätze habe, »untergebut-

tert« werden könne. Eine Selektion sei richtig und notwendig, da sich ein universeller Ansatz und Ethik nicht ausschließen.

Zum Abschluss der Aussprache herrschte Einigkeit, dass die Systeme und das Recht weiterentwickelt werden müssen, um mehr Gerechtigkeit zu realisieren.

»Innere Führung: Deutscher Sonderweg oder wegweisend für die euro-atlantischen Streitkräfte?«

Der Nachmittag wurde fortgesetzt mit einer Podiumsdiskussion »Innere Führung: Deutscher Sonderweg oder wegweisend für die euro-atlantischen Streitkräfte?« Unter der Moderation von Klaus Prömpers (ZDF) nahmen Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Institutes für Theologie und Frieden in Hamburg (IThF), Dr. Hans-Peter Bartels (SPD), MdB Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Brigadegeneral Alois Bach, Kommandeur Zentrum Innere Führung, und der französische Verteidigungsattaché GenMaj Alain Daniel zu dieser Frage Stellung und standen danach für die Aussprache zur Verfügung.

Privatdozent Dr. Justenhoven führte aus, dass durch das Prinzip der Inneren Führung die Bundeswehr weg gekommen sei vom absoluten Gehorsam hin zur Gewissensentscheidung. In einer Studie von Prof. Georg Nolte über die europäischen Wehrverfassungen werde festgestellt, dass es möglich sei, die Innere Führung in diese aufzunehmen. In den Grundsatzpapieren der Parteien sei bei der CDU die Innere Führung bejaht worden, aber keinerlei Aussage zu den Armeen der Verbündeten getroffen worden. Im Grundsatzpapier der SPD stünde, dass eine europäische Armee innere Führung realisieren solle, wobei die Frage auftauche, ob in dem Papier durch einen Schreibfehler »Innere« klein geschrieben wurde oder ob die Absicht dahinter stecke, das bewährte Prinzip der Inneren Führung durch ein abgemagertes zu ersetzen. Er stellte abschließend fest, dass für die Kirchen das Grundprinzip Innere Führung unverzichtbar sei. Weiterhin seien Gewissensfreiheit und Staatsbürger in Uniform europäische

Podium der Diskussion zum Thema Inneren Führung. (v.l.) MdB Dr. Hans-Peter Bartels (SPD), MdB Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), BrigGen Alois Bach, Kdr ZInFü, Moderator Klaus Prömpers (ZDF Wien), Generalmajor Alain Daniel, franz. VgAttaché, Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, IThF.
(Fotos: Archiv (1), F. Eggen, KMBA (2))



Werte, somit brauche es nur den politischen Willen, um das Prinzip Innere Führung zu europäisieren.

GenMaj Daniel antwortete direkt, dass es in der französischen Armee »Innere Führung« nicht gebe. Es gebe auch keine Institutionen wie z.B. Vertrauensperson oder Wehrbeauftragter. Bei der Umstellung auf eine Berufsmarine mussten Texte entwickelt werden, um auf die neuen Gegebenheiten zu reagieren. Bedingt durch den Laizismus in Frankreich gebe es keinen Gottesbezug in den französischen Papieren. Der Soldat stehe im Dienst seines Vaterlandes Frankreich und diese Feststellung sei die Mitte aller Vorschriften. Somit sei es undenkbar, dass ein Soldat zu einem anderen Ergebnis komme, als die Führung des Staates, dem er dient. Der Geist und der Wille der Inneren Führung könnten sehr wohl in einer europäischen Armee umgesetzt werden, aber nicht deren Institutionen.

MdB Nachtwei führte aus, dass es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit gebe und brachte das Beispiel, dass die Armee, die heute von uns Deutschen kritisiert werde, mit anderen Europa von der Wehrmacht befreit hat, die nicht auf den Grundsätzen der Inneren Führung stand! Weiterhin gab er zu bedenken, dass die schlimmste Konsequenz eines militärischen Einsatzes, einen hohen Blutzoll zu zahlen, bislang Deutschland erspart blieb. Somit stehe diese Prüfung, auch der Inneren Führung, noch aus. Die anderen Armeen hätten ähnliche Verfahren, so dass Deutschland nicht als alleiniger Erfinder dastehe. Er riet zum Selbstbewusstsein, da die Integration der Inneren Führung besser geklappt hätte als es in den 50er und 60er Jahren erwartet wurde. In den

letzten 15 Jahren habe das Prinzip gut geholfen. Es habe dem Feldwebel auf Patrouille geholfen, andere zu respektieren und dem Wachtposten, nicht frühzeitig zu schießen. Deshalb solle sich nach seiner Meinung die Interoperabilität nicht auf Strukturen und Ausrüstung begrenzen, sondern auch auf Werte beziehen. Sinnvoll sei es, sich zuerst auf die europäischen Armeen zu beschränken, bevor man die Prinzipien auf die euro-atlantischen Systeme übertragen wolle.

MdB Dr. Bartels stimmte den Ausführungen zu und gab darüber hinaus zu bedenken, dass die Bundeswehr von Anfang an als Bündnisarmee konzipiert worden sei. Viele Werte unserer Nachbarn seien auch unsere Werte: Primat der Politik, Würde des Menschen etc. Eine europäische Anpassung der Systeme werde ähnlich verlaufen wie die Entwicklung zum Euro, gab er seiner Hoffnung Ausdruck.

BrigGen Bach führte aus, dass es keine Übersetzung des Begriffes der Inneren Führung in die europäischen Sprachen geben könne, weil es kein Verständnis gebe für den Vorgang der Gründung der Inneren Führung und die daraus folgende Wortschöpfung. Eine der Grundlagen der Wiederbewaffnung des besiegten Deutschlands war die von den Alliierten dem Sinn nach geforderte, demokratische Armee, was sich letztendlich in der Inneren Führung manifestierte. Die Bundeswehr frage nicht, wie viel Freiheit darf der Soldat bekommen, son-

dern die Bundeswehr frage, wie stark kann ich die Freiheit des Soldaten einschränken! Überall wo es Brüche in der Staatsführung und der Geschichte gebe, sei das Interesse an der Inneren Führung besonders groß.

Einer Meinungsäußerung aus dem Plenum, dass es »unehrliche« Diskussionen gebe, in denen zwischen Einsätzen mit kleinem oder mit großem Risiko unterschieden würde, wurde von den Abgeordneten heftig widersprochen. Die Mitglieder des Bundestages seien sich wohl bewusst, dass stets das ganze Risiko, bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens, von den Soldaten gefordert würde.

Eine europäische Militärseelsorge?

Zum Schluss der Aussprache wurde am Beispiel einer »europäischen Militärseelsorge« deutlich, dass eine Einigung nicht einfach durch »Überstülpen« eines einheitlichen Modells erfolgen könne. Die Ausgangsvoraussetzungen seien zu unterschiedlich. Grundprinzipien seien wohl überenehmenswert, aber es müssten eigene Wege innerhalb der vorgegebenen staatlichen Ordnungen beschritten werden.

Militärgeneralvikar Wakenhut beendete den Studientag mit dem Dank an die Referenten, an das Plenum sowie an die Organisatoren. Er forderte dazu auf, die Diskussion weiter zu führen, damit dieses interessante Thema auch morgen und übermorgen wieder auf der Tagesordnung stehe. (BB)

Die Notwendigkeit eines Strategiewechsels in Afghanistan

VON KLAUS LIEBETANZ

Der folgende Beitrag ist auf der Grundlage des Weißbuches 2006 entstanden und berücksichtigt die Forderungen der GKS-Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte »DER FRIEDE IST MÖGLICH!« vom November 2004. Dabei lässt der Verfasser seine Erfahrungen als Fachberater für Katastrophenmanagement in Afghanistan und im Ostkongo einfließen.

1. Ziel des Einsatzes von deutschen Friedenskräften in Afghanistan

Das Ziel des Einsatzes von deutschen Friedenskräften (Soldaten, Entwicklungshelfern, Polizeiausbildern, humanitären Helfern, Friedensfachkräften und anderen) ist ein sich selbst tragender Friedensprozess in Afghanistan. Dadurch wird den pseudoreligiösen Terroristen der Boden in der Bevölkerung langfristig entzogen. Hierzu äußert sich das neue Weißbuch wie folgt: »Nur die nachhaltige Konsolidierung von Frieden und Stabilität und die Schaffung von Eigenverantwortlichkeit (»ownership«) können verhindern, dass Konflikte erneut aufbrechen« (WB 2006, S. 30).

2. Rahmenbedingungen für einen gerechten und nachhaltigen Frieden

- (1) Zugang von allen Bevölkerungsschichten eines Staates zu
 - ausreichender Nahrung,
 - hygienischem Trinkwasser,
 - einer ausreichenden Basisgesundheitsversorgung
 (dabei vor allem Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeitsrate auf ein Minimum und effektive Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten).
- (2) Zugang von allen Bevölkerungsschichten eines Staates zu einer Primär-Schulbildung und Chancengleichheit bei weiterführenden Schulen und bei der Universitätsausbildung.
- (3) Reduzierung der Slums und Senkung der Arbeitslosenquote auf ein Minimum.
- (4) Garantierte Menschenrechte, besonders für Frauen.
- (5) Meinungs- und Pressefreiheit und Teilhabe aller Schichten des Volkes an der politischen Willensbildung, insbesondere durch freie, rechtsstaatliche Wahlen
- (6) Rechtsstaatliche und unabhängige

Institutionen, wie Gerichtsbarkeit, Polizei (hier vor allem die effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption).

- (7) Rechtsstaatlich kontrollierte Streitkräfte, die den Primat der Politik anerkennen.
- (8) Minderheitenschutz.
- (9) Freie Religionsausübung.
- (10) Gute, auf das Allgemeinwohl ausgerichtete Regierungsführung.

3. Derzeitige Mittelansatz der Bundesregierung ist nicht zielführend

Die o.a. Indikatoren für einen gerechten und nachhaltigen Frieden können nur erreicht werden, wenn vorrangig zivile Maßnahmen der Friedenskonsolidierung erfolgen. Die Bundesrepublik Deutschland verwendet jedoch weiterhin in Afghanistan jährlich mehr als fünfmal soviel Mittel für das Militär (460 Mio. Euro plus 62 Mio. Euro für den Tornado-Einsatz) wie auf die Entwicklungszusammenarbeit (jetzt 100 Mio. Euro). Das Verhältnis beim rechtsstaatlichen Polizeiaufbau (24 Mio. Euro) beträgt sogar 20:1 zu Gunsten des Militärs, obwohl allen Fachleuten klar ist, dass bei »failing states« und ihren vielen ehemaligen bewaffneten Kämpfern dem rechtsstaatlichen Polizeiaufbau die gleiche Bedeutung zukommt, wie der militärischen Absicherung des Friedensprozesses. Die Bundesregierung widerspricht damit ihren eigenen Grundsätzen, die sie wie folgt im neuen Weißbuch formuliert hat: »Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur in multinationalem Zusammenwirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet wer-

den. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.« (WB S. 29)

4. Notwendige Maßnahmen für einen Strategiewechsel

4.1 Schrittweise Ablösung der Bundeswehr durch gut ausgebildete afghanische Streitkräfte

Dem hierarchisch aufgebauten und auf schnelle Erfolge ausgerichteten militärischen System ist das Prinzip der »ownership« wesensfremd. Hier hat die Bundeswehr bei Einsätzen in der Friedenskonsolidierung noch einen erheblichen Nachholbedarf. Es ist nicht einzusehen, warum deutsche Soldaten hauptsächlich Checkpoints und Patrouillen im Ausland betreiben sollen, um für die Afghanen die »Kohlen aus dem Feuer« zu holen. Wenn man richtigerweise davon ausgeht, mindestens 10-15 Jahre in den Krisenregionen militärisch präsent zu bleiben, müssen die Bundeswehr und die NATO in viel stärkerem Maße als bislang einheimische Verbände ausbilden.

Es kommt darauf an, die Fähigkeiten des Partners zu stärken und nicht alles selber machen zu wollen. **Auch militärische Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen, andernfalls wird die Bundeswehr zur Besatzungsarmee. Zudem ist die Stärkung der lokalen Streitkräfte auch preiswerter und nachhaltiger.** Das zeigen die Erfahrungen deutscher Hilfsorganisationen, die im Ausland nur noch wenige Spezialisten haben und die Masse der Arbeit durch einheimische Kräfte ausführen lassen. Wenn man den einheimischen Kräften

jedoch grundsätzlich misstraut, kann man den Friedensprozess ohnehin vergessen. Auf jeden Fall könnte man so die Anzahl deutscher Soldaten im Auslandseinsatz reduzieren und ihrer ohnehin zunehmenden Entwurzelung im eigenen Umfeld (hohe Scheidungsrate und häufige Abwesenheit von der Familie) entgegenwirken. Es ist offensichtlich nicht ausreichend, wenn die Bundeswehr lediglich mit 24 Offizieren und Feldwebeln die Ausbildung der ANA (Afghan National Army) in Kunduz unterstützt. Tom Koenigs, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, hat im August 2006 in einem Spiegelinterview, den Aufbau der ANA als viel zu schwach bezeichnet. Die NATO hätte hier versagt. Schließlich sind die westlichen Streitkräfte seit 2002 in Afghanistan. Auch Nichtmilitärs stellen mit Recht die Frage: Wie ist es eigentlich möglich, dass die tapferen und hochgelobten afghanischen Kämpfer, welche die Engländer und Russen nachweislich aus ihrem Land vertrieben haben, mit ein paar hundert Taliban nicht fertig werden? Es kann doch wirklich nicht die Aufgabe europäischer Soldaten sein, ihr Leben für afghanische Probleme zu riskieren, während Warlords und ihre gut ausgebildeten und bestens bezahlten afghanischen Milizionäre das organisierte Verbrechen bewachen und betreiben. Das Beispiel der MONUC, der UNO-Friedenstruppe im Ostkongo, zeigt wie in enger Zusammenarbeit mit den lokalen kongolesischen Streitkräften ganze Regionen von Rebellen gesäubert werden können. Der Verfasser des Papiers konnte sich im Sommer 2005 im Ostkongo davon überzeugen.

4.2 Ausbildung afghanischer Soldaten gegebenenfalls in Deutschland

Die bisherige Ausbildung der afghanischen Streitkräfte leidet unter der Tatsache, dass gut ausgebildete junge Soldaten zu den besser zahlenden Warlords überlaufen.

Die Bundeswehr muss in diesem Zusammenhang ernsthaft prüfen, geschlossene Einheiten der afghanischen Streitkräfte in Deutschland (oder in Masar e Sharif) neu aufzustellen und entsprechend systematisch und kriegsnah auszubilden, um den bislang fehlenden Korpsgeist zu erreichen. Dabei wäre es sinnvoll und

zweckmäßig, zu einer Verwülfelung der Angehörigen verschiedener Clans und Stämme zu kommen, wie es im Ostkongo erfolgreich praktiziert wurde. Allzu starke Abhängigkeit vom Clan und Stamm ist für zentrale Streitkräfte tödlich. Grundlage der Ausbildung muss der moderate und allgemein anerkannte Islam sein, der den Frieden mit Gott und den Menschen zum Inhalt hat (ISLAM = SALEM=SCHALOM=GERECHTER FRIEDE). Genügend leere Kasernen stehen in Deutschland zur Verfügung. In Masar e Sharif müssten erst Unterkünfte für die afghanischen Soldaten gebaut werden. Dabei sollte den jungen Rekruten, Unteroffiziers- und Offiziersanwärtern, die sich auf zwölf Jahre verpflichten, eine entsprechende zivile Ausbildung (Lehre, Meisterausbildung oder Hochschulstudium) in Aussicht gestellt werden. Ein Teil des Gehaltes würde erst am Ende der Dienstzeit ausgezahlt. Eine Einwanderung in Deutschland sei erst am Ende der Dienstzeit und nach Abschluss der zivilen Ausbildung prinzipiell möglich. Die neuen afghanischen Soldaten müssten damit einverstanden sein, dass von ihnen biometrische Daten genommen werden. Fahnenflucht darf nicht als Kavaliersdelikt geahndet werden, da sich Afghanistan im Kriegszustand mit menschenverachtenden, pseudoreligiösen Fanatikern befindet, die täglich unschuldige Menschen töten und bei ihrer erneuten Machtübernahme furchtbare Rache besonders an Frauen nehmen würden, die auf die Hilfe des Westens vertraut haben.

Die Ablösung der Bundeswehr in der militärischen Absicherung des Friedensprozesses durch gut ausgebildete afghanische Streitkräfte wird im Laufe der Zeit zu einer wesentlichen Reduzierung der militärischen Kosten führen. Die freiwerdenden Mittel könnten dann der Entwicklungszusammenarbeit zugeschlagen werden.

4.3 Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan

Der Schwerpunkt der deutschen (europäischen) Mittel muss auf der Entwicklungszusammenarbeit liegen. Dazu muss der finanzielle Ansatz für die Entwicklungszusammenarbeit – wie bei den Kanadiern – deutlich angehoben werden. Die Bundesregie-

rung sollte mit diesem Schritt nicht solange warten bis die Zahl der getöteten deutschen Soldaten signifikant ansteigt. Nur wenn die Bevölkerung im deutschen Verantwortungsbereich spürt, dass sich ihre Situation im Sinne der o.a. Indikatoren des »Gerechten Friedens« verbessert, werden sie den pseudoreligiösen Verlockungen der Terroristen widerstehen können. Vor allem kommt es darauf an, Arbeitsplätze zu schaffen. Aus deutschen innenpolitischen Gründen mag es vielleicht sinnvoll sein, in erster Linie Frauenprogramme zu fördern. Wenn aber die Masse der arbeitsfähigen Männer arbeitslos sind, ist das im kulturellen Kontext von Afghanistan kontraproduktiv und treibt die Männer in die Hände der Terroristen. Ferner muss das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Afghanistan von seinen strengen und zum Teil rigiden Regeln der Mittelvergabe Abstand nehmen und noch pragmatischer und zügiger vorgehen. Eine korruptionsfreie »Good Governance« wird erst am Ende eines langen Prozesses stehen und nicht am Anfang. Des Weiteren ist auch bei Entwicklungszusammenarbeit und bei humanitären Projekten auf das Prinzip der »ownership« zu achten. Deutsche Spezialisten sollten nur noch in Ausnahmefällen das Ergebnis kontrollieren und auf den Gebrauch von eigenen, auffälligen Geländefahrzeugen verzichten. Afghanische Fahrzeuge sind völlig ausreichend und preiswerter. Außerdem gefährden sich so die deutschen Experten weniger. Bei einer Ergebnisprüfung von Projekten der deutschen humanitären Hilfe im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Afghanistan im Herbst 2005 hat der Verfasser dieses Beitrags keine deutschen Projektleiter angetroffen. Die Projektergebnisse waren ohne wesentliche Beanstandungen.

4.4 Dringende Verbesserung des lokalen Polizeiaufbaus in Afghanistan

Der Aufbau einer effektiven rechtsstaatlichen Polizei in AFG hat eine Schlüsselfunktion (Bekämpfung der organisierten Kriminalität). Deutschland ist hierbei die Lead Nation. Der deutsche Ausbildungsbeitrag ist mit ca. 60 Beamten qualitativ hervor-

gend und international anerkannt; aber quantitativ für ein Land, das zweimal so groß wie Deutschland ist und deren polizeiliche Infrastruktur durch die langjährigen Kriege völlig zerstört war, viel zu gering und nicht ausreichend wirksam. Die neue europäische Polizei Task Force mit ca. 200 Beamten zur Ausbildung der afghanischen Polizei ist ein Schritt in die richtige Richtung. In den 40 Mio. Euro, die für diese Mission zur Verfügung gestellt wurden, sind jedoch keine Mittel für den Aufbau der polizeilichen Infrastruktur enthalten. Der jährliche deutsche finanzielle Beitrag von 24 Mio. Euro für den afghanischen Polizeiaufbau ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Was ist von einem frisch ausgebildeten Polizisten zu erwarten, der für umgerechnet 28 Euro seine Familie ernähren muss, und schlecht ausgerüstet im Süden des Landes in einem Erdloch als »Polizeiposten« seinen Dienst verrichten muss. Er hat gegen die Wordlords und die Taliban keine Chance und wird nur verheizt. Auf die Dauer muss das Innenministerium einen eigenen Titel für die internationale Polizeiausbildung erhalten. Das BMI darf nicht weiterhin auf die Almosen des BMZ und des AA angewiesen sein. Darüber hinaus

muss das BMI ein Attraktivitätsprogramm für befähigte Polizisten auflegen, welches verhindert, dass vom fordernden internationalen Polizeieinsatz zurückkehrende Polizisten obendrein noch Karriere Nachteile haben. Des Weiteren ist es unverständlich, warum der Innenausschuss des Deutschen Bundestages bei den Debatten im Bundestag um deutsche Friedenseinsätze überhaupt nicht beteiligt wird. Weder die Arbeitsgruppe Inneres der CDU/CSU noch die der SPD haben ein angemessenes Konzept für den deutschen internationalen Polizeieinsatz. Sie sind - zugegebenermaßen - ausschließlich mit schwerwiegenden innenpolitischen Themen beschäftigt. Diese Bundestagsabgeordneten haben noch nicht ausreichend erkannt, dass dem Aufbau einer rechtsstaatlichen Polizei eine Schlüsselfunktion in der Friedenskonsolidierung zukommt. Ohne eine funktionierende rechtsstaatliche Polizei ist auch eine Exitstrategie der Bundeswehr nicht möglich. Sollen denn deutsche Streitkräfte für immer in Afghanistan bleiben?

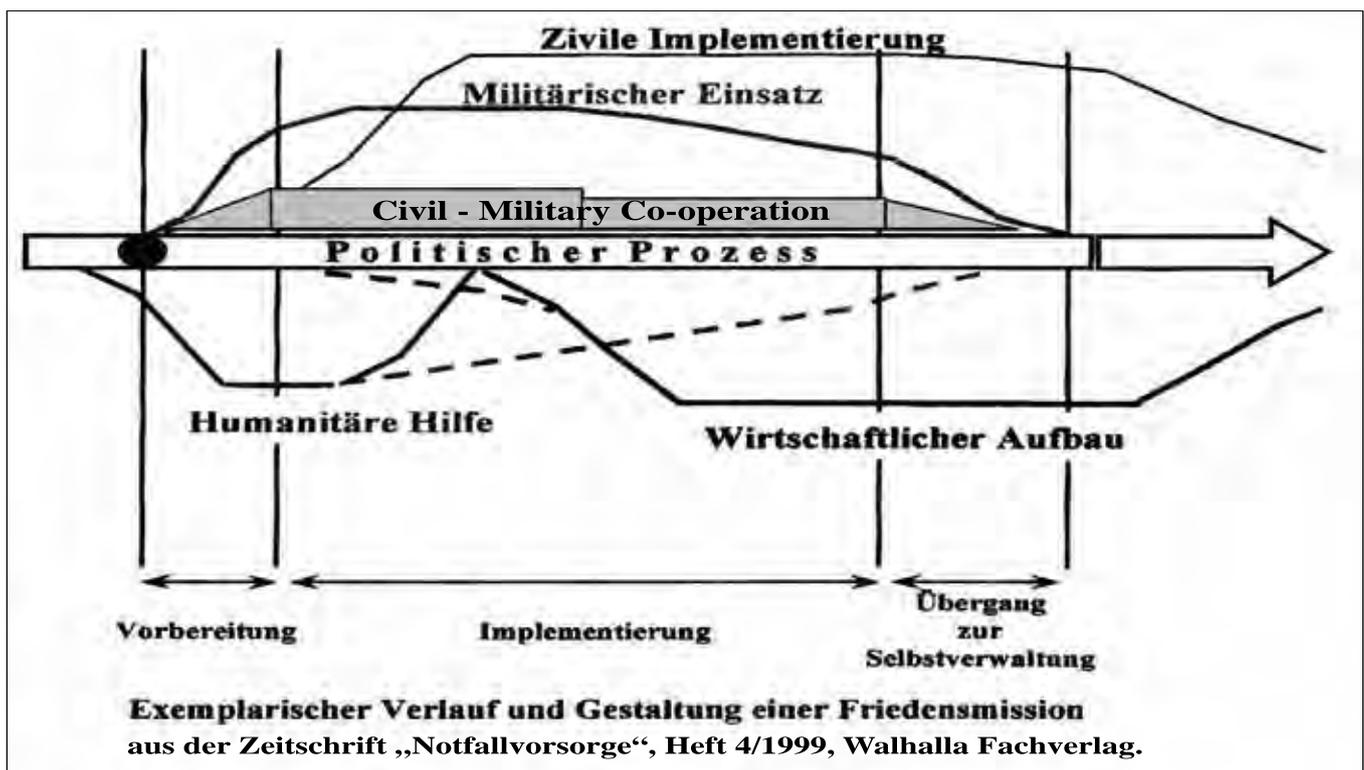
5. In Afghanistan ist einer langer Atem angesagt

Das deutsche (europäische) Engagement muss darauf ausgerichtet sein, die friedliche und rechtsstaatliche

Entwicklung in Afghanistan noch weitere zehn Jahre massiv zu unterstützen. Dabei wird Deutschland nicht daran vorbeikommen, seine bisherigen jährlichen Aufwendungen von ca. 650 Mio. Euro auf eine Milliarde Euro auszudehnen, damit die bisherigen finanziellen Bemühungen nicht umsonst waren. Dabei muss sich die Verteilung der Mittel ständig zu Gunsten des zivilen Aufbaus verschieben (siehe hierzu unten: die exemplarische Braunsteinskizze¹).

Die diesjährige Erhöhung der Entwicklungshilfe von 750 Mio. Euro (16%) ist ein wichtiger erster Schritt der Bundesregierung zur Übernahme von mehr außenpolitischer Verantwortung. Bislang war die Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu England und Frankreich ein mehr innenpolitisch ausgerichteter »Gartenzweig« ohne großes Design. Mit der sensationellen Erhöhung kommt Deutschland seiner in der Präambel der Verfassung festgelegten Verantwortung für den Frieden in der Welt nach. Die deutsche Außenpolitik wird glaubwürdig. Weiter so!

¹ Oberst i.G. Braunstein ist derzeit Adjutant beim Verteidigungsminister und war früher im BMVg zuständig für Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (ZMZ).



KRISENHERD AFGHANISTAN:**Caritas fordert Kurswechsel**

Einen Kurswechsel der deutschen Afghanistan-Politik fordert Caritas international. Leiter Oliver Müller beklagte bei der Vorstellung des Jahresberichts in der vergangenen Woche eine zunehmende Instrumentalisierung der humanitären Hilfe für militärische Zwecke. Dadurch gerieten die Hilfswerke immer wieder zwischen die Fronten.

Jeder habe sein Mandat und müsse es offen nach außen tragen, sagte Müller. Die Bundeswehr habe allein für Sicherheit zu sorgen, die Hilfsorganisationen für den Wiederaufbau. Zudem verfüge die Bundeswehr weder über das nötige »Know-How« noch über den Zugang zur Bevölkerung, um humanitäre Aufgaben bewältigen zu können. Eine Mandatsüberprüfung ist nach Auffassung der Caritas ebenfalls erforderlich. Deutsche Truppen dürften sich nicht in den »Krieg gegen den Terror« hineinziehen lassen. Die Verantwortung für die Militäroperationen

sollten ohnehin so bald wie möglich an die Vereinten Nationen übergeben werden. An die UN richtete Müller die Erwartung, Streitkräfte hauptsächlich aus muslimischen Ländern zu rekrutieren, um die Lage in Afghanistan zu entschärfen. Nur dann werde der Vorwurf ausgeräumt, es handele sich um einen christlichen Feldzug.

Kritische Worte gingen auch an die deutsche Innenpolitik: Die Rückführung kriegstraumatisierter afghanischer Flüchtlinge mit dem Hinweis auf Projekte der Caritas zu begründen, sei zynisch, betonte Caritas-Präsident Peter Neher. Die psychologische Versorgung sei völlig unzureichend. Auf 25 Millionen Afghanen kämen weniger als 100 – oftmals mangelhaft ausgebildete – afghanische Psychologen und Psychiater. »Hier wird unser Engagement missbraucht«, sagte Neher deutlich. Zumal Caritas international diese Abschiebep Praxis entschieden ablehne. (KNA)

KRISENHERD SUDAN:**Europaparlament zur aktuellen Lage in Darfur**

Mit einer »eingehenden Untersuchung« will das Europaparlament klären, warum Friedenstruppen der Afrikanischen Union (AU) in der Darfur-Region seit Monaten keinen Sold erhalten. Zugleich sprachen sich die Abgeordneten am Donnerstag in Straßburg dafür aus, die AU-Truppen im Sudan bis zur Stationierung einer gemischten Blauhelm-Truppe aus AU- und UN-Soldaten weiter zu finanzieren. An den Sudan appellierten sie, die Stationierung dieser gemischten Friedenstruppe nicht zu behindern. Europaabgeordnete hatten nach einer Reise in die Darfur-Region in der vergangenen Woche beklagt, dass AU-Soldaten seit vier Monaten nicht bezahlt worden seien. Die EU stellte seit 2004 rund 282 Millionen Euro für ihren Einsatz zur Verfügung. Die Parlamentarier verlangen Sanktionen gegen den Sudan. Diese müssten sich auch gegen Unternehmen richten, die mit ihrer Tätigkeit den Konflikt anheizten. Zudem müssten Reiseverbote und Wirtschaftssanktionen verhängt und das EU-Waffenembargo strenger kontrolliert werden.

Das Europaparlament ruft den Sudan auf, Kriegsverbrecher an den Internationalen Strafgerichtshof zu überstellen. Auch müsse die Regierung einen Plan vorlegen, wie Flüchtlinge und Vertriebene in die Darfur-Region zurückkehren könnten. Eigentum müsse zurückerstattet und ein Sonderfonds für Vergewaltigungsoffer eingerichtet werden. An China appellieren die Abgeordneten, Waffenexporte in den Sudan einzustellen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über Sanktionen nicht länger zu blockieren. Die Volksrepublik müsse ihren Einfluss nutzen, um die sudanesischen Regierung zur Einhaltung ihrer Zusagen zu bringen. Seit 2003 starben bei den Kämpfen zwischen schwarzafrikanischen Rebellen Gruppen und arabischen Reiterbanden in der Region mindestens 200.000 Menschen; mehr als zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht. (KNA)

ENTWICKLUNGSHILFE:**Etat soll bis 2008 um 14,9 Prozent steigen**

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2008 sieht für den Bereich des Entwicklungsministeriums (BMZ) einen Anstieg von 14,9 Prozent vor. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) nannte am 4. Juli vor Journalisten in Berlin die Entwicklungshilfe als eines von vier Schwerpunktthemen in der mittelfristigen Haushaltsplanung. Mit Blick auf internationale Verpflichtungen stelle der Bund bis 2013 dafür drei Milliarden Euro zusätzlich bereit. Zuvor hatte das Bundeskabinett den Etatplan gebilligt. Ausdrücklich nannte der Minister die so genannte ODA-Quote, also den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt. Er liegt derzeit bei 0,36 Prozent, soll bis 2010 auf 0,51 Prozent und 2015 auf 0,7 Prozent steigen. Insgesamt sieht der Haushaltsplan beim BMZ für 2008 ein Etatvolumen von 5,161 Milliarden Euro vor. Im laufenden Jahr sind es 4,493 Milliarden Euro. Auch der Etat des Auswärtigen Amtes soll sich 2008 um 12,1 Prozent auf 1,815 Milliarden Euro deutlich erhöhen.

Grüne Entwicklungspolitikern sprachen von einem »wichtigen Schritt in die richtige Richtung«. Damit diese Erhöhung keine Eintagsfliege bleibe, solle die Regierung auch innovative Finanzierungsinstrumente wie die Flugticketabgabe und die Devisenumsatzsteuer auf den Weg bringen, forderte der Vorsitzende des Bundestags-Entwicklungsausschusses, Thilo Hoppe. Nur so sei die ODA-Quote von 0,51 Prozent bis 2010 zu erreichen. Der Haushaltsplan wird nach der Sommerpause erstmals im Parlament beraten. Auch die katholische Kirche begrüßte die geplante Aufstockung. Es sei richtig und notwendig, dass die Bundesregierung in diesem Bereich einen Schwerpunkt setze, sagte der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Prälat Karl Jüsten, auf Anfrage. Entsprechende Ankündigungen, die zuletzt im Umfeld des G-8-Treffens in Heiligendamm geäußert worden seien, kämen damit einer Umsetzung näher. (KNA)

POLITIKERGESPRÄCH DER GKS:

Frieden eben nicht nur Abwesenheit vom Krieg

Die im Petersberger Abkommen zu Afghanistan getroffenen 10-Jahres-Zusagen seien bis jetzt nur von der Bundesrepublik Deutschland als einzigem Staat auch erfüllt worden. Beim Politikergespräch am 24. Mai 2007 im Katholischen Militärbischöfsamt wies die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, Karin Kortmann (SPD), darauf hin, dass sich andere Staaten mit der Umsetzung der Abmachungen noch schwer täten.



Nach der Begrüßung durch den Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut riss Frau Kortmann in einem lebhaften, mit eigenen Erfahrungen bereicherten Vortrag am Abend des Studientages zum Weißbuch (s.S. 20-23) im Gästehaus des Militärbischofs in Berlin die Zuhörer mit. Fast 50 Teilnehmer erlebten eine engagierte SPD-Politikerin, die in der ihr eigenen, offenen Art alle Fragen beantwortete und keinem Punkt bei der Debatte auswich. Sie schilderte die Situationen der Soldaten wie der zivilen Helfer in

den verschiedenen Einsätzen wirklichkeitsnah. In der Aussprache wurde wieder deutlich, wie wichtig Militär ist, um den Zustand an Sicherheit zu erreichen, der einen erfolgreichen zivilen Aufbau ermöglicht. Hier seien, meinte die Staatssekretärin in der Abstimmung der einzelnen Ressorts sicher noch Verbesserungen zu erreichen und wünschenswert. Eine genaue, ins Einzelne gehende, gemeinsame Auswertung der erfolgten Einsätze werde dabei hilfreich sein, um das gemeinsame Ziel zu realisieren.

Die unterschiedlichen Möglichkeiten des Handelns der beteiligten Ministerien seien mit ein Hindernis, um noch schneller und gezielter im Einsatzland die Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Der Schwerpunkt des Interesses lag an Afghanistan bei den wirtschaftlichen wie bei den politischen Möglichkeiten. Auch in diesem internationalen Rahmen gebe es Probleme bei der »Synchronisierung« der Hilfe, bis die eingesetzten Mittel auch die Menschen erreichen und sie erleben, dass es ihnen besser gehe. Sinn und Zweck aller Maßnahmen könne nur sein, der Bevölkerung in Afghanistan zu zeigen, dass der Frieden mehr ist als nur »Abwesenheit von Krieg«, machte StS'in Kortmann deutlich.

Der äußerst interessante Abend war viel zu schnell vorbei, aber gegen 21 Uhr war nach einem arbeitsreichen Tag einfach bei den Zuhörern »die Luft raus«. Frau Kortmann hingegen stand auch anschließend bei einer Erfrischung den Wissbegierigen noch Rede und Antwort. (BB)



Politikergespräch der GKS im KMBA Berlin. (v.l.) MGV Prälat Walter Wakenhut, Parl. Staatssekretärin im BMZ Karin Kortmann (SPD), Moderator OTL Rufin Mellentin, Vorsitzender GKS-Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, OTL Paul Brochhagen, Bundesvorsitzender der GKS. (Foto: F. Eggen, KMBA)

MOTTO ZUM WELTFRIEDENSTAG 2008: »Die Menschheitsfamilie – Gemeinschaft des Friedens«

Die Botschaft Papst Benedikts XVI. zur Feier des 41. Weltfriedentages ist dem Thema »Die Menschheitsfamilie – Gemeinschaft des Friedens« gewidmet. Dieses Thema gründet nach einer am 19. Juni veröffentlichten Erklärung des Heiligen Stuhls in der Überzeugung, dass die Wahrnehmung einer gemeinsamen Bestimmung und die Erfahrung der Gemeinschaft Faktoren darstellen, die für die Verwirklichung des Gemeinwohls und für den Frieden unter den Menschheit grundlegend sind. Wie das II. Vatikanische Konzil hervorhebt, bilden ja »alle Völker eine einzige Gemeinschaft« und »haben denselben Ursprung, da Gott das ganze Menschengeschlecht auf dem gesamten Erdkreis wohnen ließ« (Nostra Aetate, 1). Somit muss »jede Gruppe den Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen anderer Gruppen, ja dem Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie Rechnung tragen« (Gaudium et spes, 26).

Da die Würde des nach dem Ebenbild Gottes geschaffenen Menschen bereits im Alten Testament geoffenbart wurde, gehöre die Einheit des Menschengeschlechts zu den ursprünglichsten Wahrheiten des Christentums. Das Motto »Die Menschheitsfamilie – Gemeinschaft des Friedens« entwickle somit konsequenterweise die von Benedikt XVI. in den Botschaften zum Weltfriedenstag 2006 (»In der Wahrheit liegt der Friede«) und 2007 (»Der Mensch – Herz des Friedens«) vorgeschlagene Reflexion weiter. Die Einheit der Menschheitsfamilie anzuerkennen, sei im gegenwärtigen historischen Augenblick, der von der Krise der internationalen Organisationen und von der Gegenwart schwerer Unruhen innerhalb der internationalen Gemeinschaft gekennzeichnet ist, mehr den je Segen bringend. »Jeder Mensch, jedes Volk ist aufgerufen, auf der Seite der Menschheitsfamilie zu leben, die von Gott als Gemeinschaft des Friedens konzipiert wurde!« (ZENIT)

SICHERHEITSPOLITIK: Putins Signal der Schwäche

VON RÜDIGER DREWS

Angela Merkel versteht ihre Russen besser als irgendein anderer westlicher Politiker. Sie weiß um die innere Schwäche dieses Landes, das als energie- und rohstoffreicher Parvenü außer Stande ist, aus eigener Kraft die marode Wirtschaft zu sanieren, die verkommene und vergiftete Infrastruktur des Landes zu reparieren und den katastrophalen Zusammenbruch der sozialen Sicherung aufzufangen. Als Verlierer des Kalten Krieges hatte Russland es schwer mit dem Neubeginn. Nur mit großem Glück konnte ein Bürgerkrieg verhindert werden, nur mit größter Mühe und zum Preis des Krieges in Tschetschenien wurde der Zerfall des Reiches vermieden. Dass Boris Jelzin unter diesen Umständen eine neue Verfassung und staatliche Ordnung auf den Weg bringen konnte, grenzt an ein Wunder.

Die ersten traumatischen Jahre nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wirken nach. Sicherheit, Ordnung, Einheit des Staates und Stärkung der Zentralgewalt sind seither die bestimmenden Faktoren russischer Politik, nicht Demokratie nach westlichem Vorbild, Rechtsstaat und freie Marktwirtschaft.

Wladimir Putin, der gelernte Geheimdienstler, wurde zum Restaurateur der russischen Staatsgewalt. In einem mehrjährigen Prozess eroberte er die der Zentrale entglittene Macht zurück. Gegen die gewissenlosen Finanz-Oligarchen und sich überall rührende Separatisten wandte er die vertrauten autokratischen Methoden an. Er fand die Zustimmung des gebeutelten Volkes, in deren Windschatten er das an sich auf Gleichgewicht mit dem Parlament angelegte Amt des Präsidenten stärkte. Er brachte die rechtsprechende Gewalt in die Abhängigkeit der Exekutive und schwächte die politische Opposition durch repressive Reformgesetze und Beschneidung der Meinungs- und Pressefreiheit. Die Verletzungen der Menschenrechte in Tschetschenien,

ungeklärte Morde an Regimegegnern und kritischen Journalisten oder ungeklärte Bombenanschläge in Moskau und anderen Städten nahmen die Russen als Preis für die ersehnte Stabilität hin.

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten außenpolitischen Spannungen zu begreifen. Russische Eliten legitimieren das Geschehen mit einer Staatsideologie, die sie beschönigend »gelenkte« oder »souveräne Demokratie« nennen. Es geht um den starken Staat. In Russland hat es nie eine selbstbewusste Bürgergesellschaft gegeben, die sich mit ihrem Staat identifiziert und ihm den Schutz und die Förderung der individuellen Menschenrechte zugewiesen hätte. Modern sein heißt für die allermeisten Russen, die Grundlagen erfolgreicher Gesellschaften mit den spezifischen Traditionen des Landes zu verbinden: Patriotismus, Großmachtanspruch, Staatszentrismus.

Angela Merkel kann sich hinein-denken in diese Ängste. Sie weiß, dass es nach russischer Lesart westliche Experimente waren, die die wirtschaftliche und soziale Krise und die Beschädigung des Ansehens der Staatlichkeit nach innen und außen verursacht haben. Putin hat einen funktionierenden Zentralstaat wieder hergestellt, den er nun gegen die staatszersetzenden Kräfte sichern will, also gegen eine freie Presse, gegen die Opposition des Garri Kasparow, gegen die Macht der organisierten Kriminalität, gegen private Konzerne, die in das staatliche Machtsystem eingreifen. Und eben gegen den Westen, dessen demokratisch-individualistische Ideologie als Bedrohung russischer Stabilisierungsbemühungen und Selbsterhaltungsansprüche verstanden wird.

Natürlich ist das Schlagwort von einem neuen Kalten Krieg Unsinn. Der russische Weg zu einer »souveränen Demokratie« folgt durchaus einem universellen Wertekanon. Aber aus russischer Sicht ist außenpolitische



Zusammentreffen: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Wladimir Putin am 10.02.2007 bei der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik. (Foto: Internetseite des russ. Präs.)

Abgrenzung gegen Europa und die Vereinigten Staaten notwendig, weil deren Ansprüche eben die Autorität des alles zusammenhaltenden Staates beeinträchtigen. Deswegen kann Putin nicht anders, als im außenpolitischen Konflikt innenpolitische Stärke zu suchen, sei es durch wirtschaftliche Erpressung der ehemaligen Sowjetrepubliken, sei es durch die Versuche, Europa und Amerika sowie das alte und neue Europa zu spalten, sei es durch jene Destruktionspolitik, mit der schon die Sowjetunion ihr politisches Gewicht bei internationalen Krisen aufwertete.

Doch das Treffen am Freitag in Samara hat auch gezeigt: Putins Konfliktbereitschaft mit dem Westen ist begrenzt, weil Energie- und Rohstoffvorräte allein nicht ausreichen, den desolaten Zustand seines Landes zu verbessern. Russland leidet unter schweren Defiziten. Bis 2020 wird die Bevölkerung auf 125 Millionen schrumpfen, auf weniger als die Japans; die Sozialausgaben liegen weit unter westlichem Niveau, Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung haben den Anschluss völlig verpasst. Russland braucht die Unterstützung. Es gibt einen Zwang zur strategischen Partnerschaft.

Angela Merkels Schlagabtausch mit Putin vor der Weltpresse war viel Theaterdonner, von beiden klug kalkuliert. Jeder hatte seinen Nutzen: Putin konnte nach innen seinen selbstbewussten nationalen Weg und die deutsche Kanzlerin ihre Glaubwürdigkeit und Prinzipientreue demonstrieren. Einen wirklich schädlichen Bruch wird keiner riskieren, weil jeder nur mit dem anderen seine vitalen Interessen wahrnehmen kann.

(aus: DT vom 22.05.2007)

ZUR AKTUELLEN LAGE IM IRAK:

»Allein sind wir nicht in der Lage, für Frieden zu sorgen«

Interview mit dem lateinischen Erzbischof von Bagdad Jean Benjamin Sleiman

Vier Jahre nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in den Irak scheint die Lage mit jedem Tag schlimmer zu werden. Das wirft nach Angaben des lateinischen Erzbischofs von Bagdad zahlreiche Fragen zu möglichen Auswegen und zum Schicksal der Christen in diesem Land auf.

Bischof Jean Benjamin Sleiman OCD (57) ist maronitischer Herkunft und für alle Iraker des lateinischen Ritus verantwortlich. In einem im April geführten Gespräch mit ZENIT ging er auf die aktuelle Situation im Irak ein.

ZENIT: Vor dem Einmarsch der US-Truppen im Irak waren viele zuversichtlich, dass sich der Irak von der Diktatur befreien und einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung erleben werde. Wie ist es möglich, dass all diese Erwartung enttäuscht wurden?

Bischof Sleiman: Zuerst einmal würde ich sagen, dass der Irak im Augenblick der Invasion nicht als das bekannt war, was er ist. Während des Regimes von Saddam Hussein hatte man den Eindruck, dass es sich hier um eine gut funktionierende Gesellschaft handeln würde. Wenige wussten, dass der Irak wenig homogen war und dass es schon damals sporadische Ausbrüche der Gewalt gab. Irak ist vom anthropologischen Standpunkt aus betrachtet im Grunde ein Stamm geblieben.

Die Amerikaner, die anfänglich als Retter willkommen geheißen wurden, haben die Bevölkerung immer mehr enttäuscht. Nach dem Fall von Bagdad ließen sie den Plünderern, die den Regierungssitz der Bath-Partei ausräumten, freie Hand. Später kam es so weit, dass sie sogar selbst plünderten und die Leute demütigten. Das Volk wurde in seiner Würde verletzt: Die Plünderer drangen sogar in die Krankenhäuser ein und demütigten die Menschen. Aus der Bewunderung, die viele für die Amerikaner empfunden hatten, wurde Hass und Furcht.

Drei Monate lang zeichnete sich der Irak durch ein »Vakuum an Institutionen« aus: Es gab keine Regierung, keine Institutionen, keine Sicherheitskräfte. Diese Monate waren für das, was folgen sollte, äußerst negativ. Es

formierten sich viele Gruppen und Milizen, die diese Zeit zum Aufrüsten nutzten.

Die schlechte Infrastruktur wurde noch schlimmer. Es fehlte an Benzin, Dieselöl, Gas und Elektrizität. Das sind Dinge, die das Leben auf lange Sicht mühsam werden lassen. Ganz zu schweigen von der Sicherheit: Die Polizei verteidigt sich selbst, aber die Zivilbevölkerung hat niemanden, der sie beschützen würde.

Am Vorabend der Invasion durch die Amerikaner sagte ich in einem Radiointerview, dass ich intensiv für den Frieden betete. Der Journalist meinte: »Aber der Krieg wird leicht sein«, worauf ich antwortete: »Der Krieg wird leicht sein, aber der Aufbau des Friedens schwierig.« Und das war keine Prophezeiung, sondern eine ganz einfache Feststellung. Allein sind wir sehr wohl in der Lage, Krieg zu führen, aber nicht, für Frieden zu sorgen.

Alle müssen das Ihre dazu beitragen – und selbst der allerletzte Kamikazeangriff kann einen Friedensplan noch zerstören. Gegenwärtig wird in der Tat nicht der Wiederaufbau gefördert: Die Gelder, die für den Wiederaufbau bestimmt sind, werden für die Verteidigung und die Sicherheit ausgegeben.

ZENIT: Sie haben in Frankreich ein Buch geschrieben, in dem sie ihre Sicht der irakischen Frage darlegen. Der Titel ist höchst anregend: »In der irakischen Falle« (»Dans le piège irakien«). Warum sprechen sie in diesem Zusammenhang von einer Falle?

Bischof Sleiman: Ich spreche von einer Falle, weil ich gemerkt habe, dass sich alle wichtigen Führungspersonen des Irak in diesem Augenblick in einer Sackgasse befinden.

Die Schiiten haben viel dazu gewonnen. Sie sind zwar im Besitz der Macht, aufgrund innerer und äußerer Widerstände beziehungsweise aufgrund von Widersprüchlichkeiten sehen sie sich außerstande, etwas zu bewegen. Sie bilden die Mehrheit, sind aber uneins – der Kampf um die Macht entzweit.

Die Sunniten haben viel Gewalt heraufbeschworen und sich widersetzt, es ist ihnen aber nicht gelungen, dem Lauf der Ereignisse eine Wende zu geben. Und sie sind vor die Entscheidung gestellt, entweder mit der Gewalt fortzufahren oder einzuhalten, ohne das Ersehnte erreicht zu haben.

Die Kurden sind möglicherweise die großen Sieger: Präsident und Außenminister. Die, die an den Rand gedrängt waren, beteiligen sich jetzt auf effektive Weise an den Regierungsgeschäften. Aber auch ihnen gelingt es nicht, all das, wovon sie geträumt haben, zu verwirklichen. Der Föderalismus erhält nämlich nicht die »Zustimmung« aller Fraktionen.

Die christlichen und die nichtchristlichen Minderheiten sind von ihrer Furcht gefangen genommen, werden entführt und sitzen in ihrem eigenen Land in der Falle.

ZENIT: Und wie steht es um die Amerikaner?

Bischof Sleiman: Die Amerikaner gehören immer zu den Protagonisten, was aber nicht heißt, dass sie alles im Griff hätten. Auch sie scheinen angesichts der schwierigen Entscheidung, die sie zu treffen haben, in sich gespalten zu sein: den Irak zu verlassen und alles zu verlieren, oder weitermachen, um doch noch den Sieg davonzutragen – im Kampf gegen eine Gewalttätigkeit, die kein Zeichen von Ermüdung erkennen lässt.

Es gibt viele Jugendliche, und die

Rebellen rekrutieren viele. Die Amerikaner sperren die Rebellen ein, aber sie greifen weiter an, mit allen Mitteln. Das bedeutet, dass der Zug sehr schnell fährt und dass die Amerikaner – genauso wie alle anderen auch – in der irakischen Falle sitzen.

ZENIT: *Wie hat sich die Lage der Christen im Irak verändert? Wie war es um sie bestellt, bevor das Regime von Saddam Hussein gestürzt wurde, und wie sah es nach dem Einmarsch der Amerikaner für sie aus?*

Bischof Sleiman: Unter dem Regime von Saddam Hussein gab es keine Freiheit, aber es herrschte Sicherheit. Und wie in allen islamischen Ländern wurden bestimmte Freiheiten der Minderheiten, etwa die Kultusfreiheit, respektiert – allerdings nur innerhalb der Mauern der Kultstätten. Man schreckte aber auch damals davor zurück, die eigene Meinung zu sagen.

Wie bei jedem Regime in der arabischen Welt wurde auch im Irak Kontinuität, Triumph und Sicherheit angestrebt. Wer gegen das Regime war, wurde bedroht, bestraft und ermordet. Das hatte überhaupt nichts mit Religion zu tun, sondern mit der politischen Haltung. Unter den Schiiten gab es große Ayatollahs, die gewisse Positionen der Regierung kritisierten und dafür verfolgt wurden. Es gab ein ungeschriebenes Gesetz: Macht euch keine Gedanken um die Politik, sondern kümmert euch in aller Freiheit um all die anderen Dinge.

Seit Saddams Sturz gibt es für die Christen zwar Freiheit, aber sie können sie nicht nützen. Es gibt Freiheit, aber es gibt Bedingungen, die keine Freiheit zulassen: Der Erstbeste, der mit einem Gewehr bewaffnet daherkommt, kann sie dir nehmen.

Da es keinen Rechtsstaat gibt, ist der Christ schwach. Der Rechtsstaat ist zugrunde gegangen, und die Christen sind höchst verletztlich geworden. Sie gründen keine Milizen und führen keinen Krieg, um sich zu verteidigen, weil sie die Kultur der Gewalt als Mittel zur Macht nicht kennen. Wenn es einen Staat geben würde, könnten die Christen einen großen Beitrag leisten, denn sie sind friedlich und für alle offen.

Bei den letzten Wahlen waren sie uneins und verfügten über keine eige-

nen Listen. Es gibt aber einige wenige Christen, die gewählt worden sind. Sie gehören schiitischen oder kurdischen Listen an und können daher nicht sagen, was sie wollen, sondern müssen die Positionen ihrer Liste vertreten.

ZENIT: *In den vergangenen beiden Jahren siedelten sich in Bagdad sieben evangelikale Kirchen an. Die Prediger, die im Zuge des Einmarsches der US-Truppen ins Land gekommen sind, finden sich in einem Kontext wieder, in dem Christen und Muslime dank der stillen Übereinkunft miteinander auskommen, sich gegenseitig nicht zu bekehren. Welchen Einfluss haben die evangelikalen Prediger auf die aktuelle Lage der Christen im Irak?*

Bischof Sleiman: Man muss hinzufügen, dass das Phänomen der Prediger ein weltweites Phänomen ist. Nach dem Sturz des Regimes kamen sie in den Irak. Sie haben ein Argument auf ihrer Seite: die Religionsfreiheit. Aber meiner Meinung nach besitzen sie keinen Respekt vor den alten Kirchen, die es hier gibt. Und weil sie das Bedürfnis haben, die Muslime zu bekehren, schüren sie Argwohn und geben Anlass zu Verdächtigungen.

Ihr Proselytismus respektiert die irakische Mentalität nicht. Die irakischen Christen verfügen über Wurzeln und kulturelle Erfahrungen, die denen der Muslime ähnlich sind. Man kann nicht einfach so, in der Art von Imperialisten, daherkommen, um das Christentum einzupflanzen. Eine solche Haltung führt dazu, dass die Verdächtigungen gegenüber den Christen ansteigen, und beeinträchtigt damit zu Unrecht ihre Stellung im Irak.

Das irakische Christentum ist zum größten Teil apostolisch und geht auf das erste Jahrhundert zurück, wenn man von der lateinischen Kirche, den Protestanten und der armenischen Kirche absieht, die in der Zeit des ersten Krieges bedeutend wurde.

Die Christen im Irak sind keine Mikrobe im Körper, sondern sie sind, umgeben von anderen Realitäten, selbst dieser Körper. Es genügt, an ihren Beitrag zur Zeit der Kalifen zu denken: die großen Ärzte der damaligen Zeit waren Christen und Juden. Die Übersetzung der griechischen Klassiker wurden von den Christen angefertigt.

Die Geschichte zeigt, dass den Übersetzungen der christlichen Mönche bei der Reise der griechischen Philosophie von den Arabern nach Europa eine Vermittlerrolle zufällt. Die Christen im Irak sind die ältesten Nachkommen dieser Erde.

ZENIT: *Gegenwärtig hat es den Anschein, als würde sich die Situation im Irak verschlimmern. Welche Botschaft würden sie an die Verantwortlichen des irakischen Dilemmas richten, damit sie aus der »Falle« herauskommen?*

Bischof Sleiman: Mein größter Wunsch ist es, dass eine Lösung für dieses menschliche Dilemma gefunden wird. Man muss verstehen, dass die irakische Frage jetzt nicht mehr allein die irakische Frage ist, sondern dass es um die Frage des Nahen Ostens geht. Wenn man dieses Problem nicht löst, wird es zu einem Flächenbrand, der sich bis zum Mittelmeer ausbreiten wird, ja vielleicht sogar bis nach Nordafrika.

Die Mitarbeit der Nachbarländer muss angenommen werden, denn auch sie haben ihre Interessen und Ängste. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, für Frieden zu sorgen, wenn wir auf uns allein gestellt sind; ein Konsens aller betroffenen Nationen ist von großer Bedeutung. Es muss im Irak für Frieden gesorgt werden, damit er in anderen Gegenden bewahrt werden kann. Wenn es im Irak zu einem Krieg zwischen Sunniten und Schiiten kommen würde, würde die ganze Region in Flammen aufgehen. Und mit Sicherheit würde er auf andere Länder übergehen.

Die USA verhindern einen allgemeinen Zusammenstoß zwischen den verschiedenen Seiten, aber sie könnten mehr erreichen, wenn sie die Versöhnung begünstigen, die die amtierende Regierung zu fördern bestrebt ist. Damit Versöhnung tatsächlich geschieht, muss die politische Begegnung begünstigt werden. Sogar der General der US-Streitkräfte im Irak, David Petraeus, ist davon überzeugt, dass die Lösung der Krise nicht auf militärischem Weg erfolgen kann. Man muss Ordnung schaffen, aber damit die Ordnung erhalten bleibt, bedarf es politischer Maßnahmen. □

AFRIKANISCHER KONTINENT:

Chinas Energiehunger führt nach Afrika

Das »milliardenschwere Engagement« Europas und der USA zur Entwicklung Afrikas sagt Gu Xuewu, sei im Großen gesehen gescheitert. Afrika sei vielmehr ärmer geworden, urteilt der chinesische Politologe. Aus dieser Perspektive beschreibt er klar das seit Jahren andauernde dynamische Vordringen der Volksrepublik auf dem Schwarzen Kontinent. Afrika sei von Europa enttäuscht und suche neue Partner. Sein Fazit: China ist längst in fast allen afrikanischen Staaten angekommen. Und Peking ist bestrebt, diese Präsenz auszubauen und langfristig zu sichern.

Diesen Thesen folgt P. Wolfgang Schonecke SVD, langjähriger Afrikanmissionar und Entwicklungsaktivist, weitgehend. Bei einer Tagung der Steyler Missionare in Sankt Augustin bei Bonn richtete er dann aber doch kritische Anfragen an den Griff Chinas nach Afrika: »Ein echter Dialog zwischen Europäern, Chinesen und Afrikanern als gleichberechtigten Partnern zum Wohle Afrikas ist noch in weiter Ferne.«

Schlaglichtartig hinterfragte der Steyler Missionar aber auch die westliche Kritik am wachsenden (ökonomischen) Interesse Pekings an Afrika. Zugleich hielt er dem Westen vor, seine Kooperationen und Investitionen auf dem Schwarzen Kontinent selten ernsthaft an Bedingungen von Demokratie und guter Regierungsführung zu knüpfen. Symptomatisch erscheinen Schonecke Chinas Aktivitäten im Sudan oder in Simbabwe, wo der Westen die Menschenrechte systematisch verletzt sieht. Gerade in diesen Ländern, forderte der in Bochum lehrende Gu, sollten die komplexen Prozesse nicht allein durch die westliche Brille betrachtet werden.

Dass etwa in der sudanesischen Provinz Darfur – nach jahrelanger Hängepartie – nur wenige Wochen nach dem Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao im Februar eine Einigung über die Stationierung von UNO-Blauhelmen erreicht wurde, ist für Gu alles andere als Zufall. Schon wegen seines Engagements im Ölgeschäft habe auch Peking größtes Interesse an einem stabilen Sudan

und dem Ende des Darfur-Konflikts. »Nur der chinesische Ansatz ist ein anderer: Peking glaubt nicht an den Erfolg einseitiger Drohungen und Sanktionen.« Stattdessen habe es seit den 1990er Jahren sein Afrika-Engagement ausgebaut: Regelmäßige Staatsbesuche, das Entsenden von medizinischen Fachkräften und umgekehrt die Ausbildung afrikanischer Arbeitskräfte in China. Mit dem Bau von Auto- und Eisenbahnen sowie Mobilfunknetzen habe chinesischer Unternehmensgeist den Westen längst überflügelt.

Afrika, so Gus Prognose, werde zunehmend vom Sog der Volksrepublik erfasst. Dies auch, weil Peking hier nicht nur einen rückständigen Kontinent, sondern einen gleichberechtigten Partner sehe. Dass dieser Sog nicht



Afrikanischer Kontinent aus ca. 15.000 km Höhe. Quelle: www.google-earth.de

nur Begeisterung weckt, verdeutlichte Schonecke. Viele Afrikaner fürchteten eine Fortsetzung der Kolonialgeschichte unter anderen Vorzeichen. So rege sich auch Widerstand gegen die inzwischen schätzungsweise eine Million in Afrika arbeitenden Chinesen. Lokale Wirtschaften seien durch Billigimporte aus Fernost zerstört worden. Besorgte Afrikaner warnten vor einem Ausverkauf der Ölvorräte und anderer Ressourcen.

China sei, genau wie Europa und die USA, so der Steyler, noch weit davon entfernt, nicht nur selbstsüchtige Profitinteressen zu verfolgen, sondern afrikanische Fähigkeiten und Eigeninitiativen zu nutzen, wie dies noch am ehesten bei kirchlichen Sozialprojekten gelinge. Umgekehrt müsse aber auch Afrika dem Einfluss von außen stärker eigene Visionen und selbstbestimmte Partnerschaften entgegensetzen. (KNA)

China und Russland beliefern Sudan mit Waffen

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) beschuldigt China und Russland, das UN-Waffenembargo gegen den Sudan zu brechen. Peking und Moskau würden trotz des 2005 verhängten Embargos weiterhin Waffen und Munition an den ostafrikanischen Staat liefern, heißt es in einem am Dienstag in London veröffentlichten Bericht. Die Waffen würden von regierungstreuen Reiterbanden in der westsudanesischen Krisenregion Darfur eingesetzt. ai rief den Weltsicherheitsrat dazu auf, das Waffenembargo besser zu kontrollieren. Im Darfur-Konflikt zwischen Regierung, Reiterbanden und Rebellen starben in den vergangenen Jahren mehr als 200.000 Menschen. Die Menschenrechtsorganisation präsentierte in dem Bericht auch Fotos, die sudanesischen Kampfflugzeuge bei Einsätzen in Darfur zeigen sollen. Bislang hatte die Regierung des Landes solche Einsätze stets geleugnet. Der sudanesischer UN-Botschafter Abdel Mahmud Abdel Halim bezeichnete die Anschuldigungen von amnesty im britischen Sender BBC als Lüge. Die Fotografien seien nicht in Darfur entstanden. (KNA)

STICHWORT: AFRIKA

Afrika ist mit mehr als 30 Millionen Quadratkilometern der zweitgrößte Kontinent. Die Sahara teilt den Erdteil in das zum Mittelmeerraum gehörende Nordafrika und das subsaharische Schwarzafrika.

In 53 Staaten leben rund 880 Millionen Menschen. Dies sind etwa ein Siebtel der Weltbevölkerung. 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen, 41 Prozent Muslime. Afrikanischen Religionen werden etwa 12 Prozent zugerechnet.

Afrika gilt als Wiege der Menschheit. Knochen- und Werkzeugfunde zeigen, dass der moderne Mensch, der Homo Sapiens, zuerst im Osten des afrikanischen Kontinents auftrat. Mit Ägypten befand sich auch eine der ersten Hochkulturen auf afrikanischem Boden.

Im 19. Jahrhundert wurde Afrika zum Schauplatz des Kolonialismus. Die europäischen Mächte teilten den Kontinent fast komplett unter sich auf. Die Kolonialherren ordneten die politische Landschaft neu, indem sie alte Reiche zerschlugen und Grenzen neu zogen. Der Zweite Weltkrieg leitete das Ende dieser Epoche ein. Die meisten Staaten wurden in den 1950er und 1960er Jahren unabhängig.

Der Aufbau nach der Unabhängigkeit misslang weitgehend. Ursache und Folge dieses Scheiterns waren despotische Regime, Staatsverschuldung, Verarmung und Landflucht. Kriege, Hunger- und Naturkatastrophen verschlimmerten die Situation zusätzlich. Rund ein Viertel der weltweit 850 Millionen Menschen, die an Hunger leiden, leben in Schwarzafrika. Eine weitere Herausforderung ist Aids. Besonders betroffen sind die Staaten südlich der Sahara, wo 70 Prozent aller HIV-Infizierten weltweit leben. Afrika war ein Schwerpunktthema beim G-8-Gipfel in Heiligendamm. (KNA)

Erstmals internationale Haftbefehle wegen Verbrechen in Darfur

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat am 2. Mai 2007 erstmals Haftbefehle wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Darfur-Konflikt erlassen. Das Gericht will zwei Sudanesen den Prozess machen, die für Morde, Vergewaltigungen, Zerstörungen von ganzen Dörfern und Vertreibungen verantwortlich sein sollen. Dabei handelt es sich um den ehemaligen Darfur-Beauftragten der sudanesischen Regierung, Staatssekretär Ahmad Harun, sowie den Dschandschawid-Milizenführer Ali Kushayb. Die Regierung in Khartoum wies die Haftbefehle zurück. Da der Sudan den Internationalen Gerichtshof nicht anerkenne, müsse er sich seinen Urteilen auch nicht beugen, sagte Justizminister Mohammed Ali el Mardhi.

Der Chefankläger des Haager Gerichts, Luis Moreno-Ocampo, betonte, die Entscheidung des Gerichtshofs bestätige die vorgelegten Beweise gegen Harun und Kushayb. Der Sudan sei nun verpflichtet, die beiden auszuliefern. Die Haftbefehle machten zudem deutlich, dass es während der Kämpfe gegen schwarzafrikanische Rebellen, anders als von Khartoum beteuert, sehr wohl eine enge Zusammenarbeit zwischen Zentralregierung und den Dschandschawid-Banden gegeben habe. In den Begründungen der Haftbefehle schreiben die Richter, es gebe gut belegte Hinweise, dass Staatssekretär Harun von den Verbrechen in Darfur gewusst habe und die verantwortlichen Banden in ihrem brutalen Vorgehen gegen Zivilisten noch unterstützt habe. Kushayb werfen die Richter vor, Kämpfer ausgerüstet und unterstützt zu haben. Zudem sei er selbst an mehreren Angriffen gegen Zivilisten beteiligt gewesen.



Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) bezeichnete die Haftbefehle als »wichtigen Schritt für alle Opfer in Darfur«. Nun müsse der Sudan die beiden Angeklagten nach Den Haag ausliefern. Mit seiner Entscheidung reagierte das Gericht auf Belege, die Moreno-Ocampo nach Zeugenbefragungen vorlegte. Da Khartoum jede Zusammenarbeit verweigert, konnten die Betroffenen aber nur außerhalb des Sudans befragt werden. Ausgangspunkt der Ermittlungen war ein Auftrag des Weltsicherheitsrates vom März 2005. Eine UN-Kommission hatte nach einer eigenen Untersuchung zuvor eine Liste mit 51 Namen der vermutlich wichtigsten Verantwortlichen aufgestellt, die aber nicht veröffentlicht wurde. Der vor allem ethnisch begründete Konflikt in Darfur hat nach UN-Schätzungen bislang mehr als 200.000 Menschen das Leben gekostet. Mehr als zwei Millionen sind vor den noch immer andauernden Kämpfen auf der Flucht. (KNA)

ZUR PROLIFERATIONSPROBLEMATIK:

Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen – Verhinderung einer Weitergabe oder missbräuchlichen Verwendung von spaltbarem Material

Unter der Überschrift »Kernwaffenstaaten weltweit« bewertet der IAP-Dienst Sicherheitspolitik¹ in seiner Aprilausgabe die derzeitige Proliferationsproblematik. Der Kommentator schreibt, die Atomwaffendeklaration Nordkoreas vom 11.02.05 habe die Existenz von Nuklearwaffen und die Bemühungen zur Proliferationsabwehr wieder in den Mittelpunkt gerückt. Angesichts eines sich ausbreitenden internationalen Schwarzmarktes für Atomtechnologie sowie der Atompiraterie skrupelloser Wissenschaftler, habe die Weltgemeinschaft neben dem Einsatz von IAEA-Kontrolleuren, der Überwachung von Uranabbaugebieten (gesamte Prozesskette), einer verbesserten Geheimdienstkoordination und zahlreicher Anti-Terrorprogramme noch keine effektive Antwort auf die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen gefunden. Die tatsächliche Anzahl nuklearer Gefechtsköpfe beruhe weiterhin nur auf der Grundlage von Experteneinschätzungen (s. Tabelle Seite 21), so der IAP-Dienst.

Angesichts der Unsicherheiten um das iranische Nuklearprogramm, würden auch die Risiken eines regional begrenzten atomaren Schlagabtausches zunehmend lauter diskutiert. Amerikanische Atmosphärenforscher legten mit Blick auf einen regionalen Atomkonflikt nun Berechnungen vor, nach denen schon die Explosion von 0,03% der weltweiten Atomwaffenarsenale ausreichen würde, eine globale Eiszeit einer Dauer von über 100 Jahren auszulösen. Innerhalb eines Monats würde sich der dann entstehende Ruß über die gesamte Erde verteilen und zwölf Kilometer hoch in die Atmosphäre steigen. Durch die Schadstoffemissionen würde sich zudem das bestehende Ozonloch erweitern und schädigende UV-Strahlen durchdringen lassen. Durch fehlendes Sonnenlicht wären globale Hungersnöte wegen der Verödung von Nahrungsflächen die Folge. Auch in gemäßigten Breiten wäre die konventionelle Landwirtschaft (im Freien) nur noch an 30 Tagen pro Jahr möglich, resümiert der IAP-Dienst.

Im folgenden Beitrag schreibt Werner Bös, Mitglied im GKS-Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, die in AUFTRAG 264 und 265² begonnene Chronologie des Konflikts um die Atomprogramme des Irans und Nordkoreas fort.

Chronologische Entwicklung der Lage und Hintergründe

– 3. Fortschreibung: Februar bis Mai 2007 –

VON WERNER BÖS

1. Iran

- 09.02.07: An die Adresse der USA gewandt haben die paramilitärischen Revolutionsgarden im Iran gewarnt, dass alle ausländischen Kriegsschiffe im Persischen Golf in Reichweite iranischer erfolgreich getesteter Raketen vom Typ Tor-M1 seien.
- 11.02.07: Zehn Tage vor Inkrafttreten der VN-SR-Resolution³ 1737 (60-Tagefrist zur Einstellung der Urananreicherung läuft am 21.02.07 ab) vom Dezember 2006 hat die IAEA fast die Hälfte ihrer Hilfsprogramme/technische Zusammenarbeit für den Iran eingestellt, um den verhängten Sanktionen nachzukommen.

Auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik will der russische Präsident Putin das so genannte Nicht-

Verbreitungsregime von Atomwaffen stärken. Ein klarer Wink an Iran und dessen Atomprogramm. Er verstehe nicht, warum der Iran »nicht positiv und konstruktiv« auf die Vorschläge reagiere, beispielsweise Nukleartechnologie aus Europa und Russland für Leichtwasserreaktoren zu nutzen.

- 12.02.07: Anlässlich der Feier zum 28. Jahrestag der islamischen Revolution von 1979 erklärt Ahmadinedschad vor hunderttausenden Menschen »die Atomkraft ist unser Recht« und kündigt eine neue Stufe der Urananreicherung und eine entsprechende Erklärung bis zum 09.04.07 an.
- 13.02.07: Die EU setzt die vom SR verhängten Sanktionen um. Die 27 EU-Außenminister stimmten in Brüssel der Resolution 1737 vom 23.12.06 zu, mit der der Iran zur Beendigung seiner Urananreicherung gezwungen werden soll.

Gleichzeitig sehen Außenminister Steinmeier und EU-Außenbeauftragter Solana, die den iranischen Chefunterhändler Laridschani in München trafen, wo er den iranischen Willen zu einer Verhandlungslösung bekundete,

1 IAP-Dienst Sicherheitspolitik (Informationen, Analysen, Perspektiven) Nr. 04 / April 2007 / 23. Jg., S. 7.

2 AUFTRAG Nr. 264 / Dezember 2006, S. 26 ff. und Nr. 265 / Ostern 2007, S. 10 ff.

3 Verwendeten Abkürzungen: VN = Vereinte Nationen; VN-SR bzw. SR = Weltsicherheitsrat; IAEA = International Atomic Energy Agency – Internationale Atomenergiebehörde.

Chancen zur Rückkehr an den Verhandlungstisch.

- 16.02.07: Schlagabtausch um einen angeblichen Brief aus Teheran vom Mai 2003.

Die Schweiz vertritt die US-Interessen im Iran, weil beide Länder seit der islamischen Revolution 1979 keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. Entsprechend soll der fragliche Brief vom schweizerischen Botschafter in Teheran übermittelt worden sein. Der Inhalt sei vom iranischen Führer Ajatollah Ali Chameini und dem damaligen Präsidenten Mohammad Chatami abgesegnet gewesen.

In diesem Brief soll sich der Iran damals bereit erklärt haben, die Unterstützung antiisraelischer Gruppen zu beenden und das Existenzrecht des jüdischen Staates anzuerkennen. Weiter soll eine tief greifende Verbesserung der Beziehungen vorgeschlagen worden sein.

Der damalige US-Außenminister Powell soll gesagt haben: »er kann den Vorschlag nicht dem Weißen Haus verkaufen«. Die USA sollen den iranischen Vorstoß zurück gewiesen haben.

- 20.02.07: Einen Tag vor Ablauf der Frist ist nach Präsident Ahmadinedschad der Iran nur dann zu einem Stopp der Urananreicherung bereit, wenn die westlichen Staaten ihre Programme ebenfalls aussetzen. Er erklärt dies zu einer Frage der Gerechtigkeit und Voraussetzung für weiteren Dialog. Mit dieser Gerechtigkeitsfrage tritt der Iran die Flucht nach vorn an.
- 21.02.07: Der Iran hat die Frist des VN-SR tatenlos verstreichen lassen und die Urananreicherung nicht eingestellt. Nun drohen weitergehende Sanktionen, als die am 23.12.2006 verhängten. Die USA signalisierten bereits, dass sie eine solche Resolution anstrebten.
- 22.02.07: Der im Iran weiter einflussreiche frühere Präsident Haschemi Rafsandschani sagt: »Lasst uns zurückkehren an den Verhandlungstisch. Eine neue UN-Resolution wird die Spannungen nicht nur in der Region, sondern auch im Westen verschlimmern«.
- 23.02.07: Beim Treffen von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Chirac erklären beide, dass die Tür für Teheran offen bleibe und der Iran endlich einmal auf die vielen vorliegenden Angebote eingehen müsse.
- 25.02.07: Die fünf ständigen Mitglieder im VN-SR und Deutschland haben in London ihre Beratungen über eine neue Resolution mit schärferen Strafmaßnahmen aufgenommen. Dabei erklärten Russland und China, Ziel sei es nicht Sanktionen zu verhängen, sondern politische Lösungen zu finden.
- 26.02.07: US-Außenministerin Rice hat dem Iran direkte Gespräche über sein Atomprogramm angeboten. Als Bedingung nannte sie den Verzicht Teherans auf die

STAAT	N-BESITZ seit	SPRENGKÖPFE produziert	SPRENGKÖPFE verfügbar
USA	1945	ca. 70.000	ca. 6.000
Russland	1949	ca. 55.000	ca. 3.339
China	1964	ca. 600	ca. 402
Frankreich	1964	ca. 1.300	ca. 348
Großbritannien	1953	ca. 1.200	ca. 185
Israel	1967	ca. 200	ca. 200
Indien	1998	ca. 30-40	ca. 30-40
Pakistan	1998	ca. 30-50	ca. 30-50
Nordkorea	2006	ca. 6-8	ca. 6-8

Urananreicherung. Genau das hatte Ahmadinedschad wenige Stunden zuvor abgelehnt und den Iran mit einem Auto ohne Bremsen und Rückwärtsgang verglichen.

- 27.02.07: Die fünf Vetomächte des VN-SR und Deutschland suchen nach Möglichkeiten, wieder mit Teheran in Kontakt zu kommen. Während dessen will der Iran 1 Mrd. Euro für den Bau neuer Atomkraftwerke bereitstellen. Ein

Parlamentsausschuss habe die Summe genehmigt.

- 02.03.07: Die ständigen Mitglieder des VN-SR und Deutschland haben Fortschritte bei ihren Gesprächen über mögliche Verschärfung von Sanktionen der Staatengemeinschaft gemacht und eine Grundlinie festgelegt. Zwar ist bei einigen Themen eine Einigung noch offen, trotzdem wird damit gerechnet, innerhalb einer Woche einen Entwurf zur Aussprache in den SR einzubringen.

Bei einem Besuch des iranischen Außenministers Motaki in Madrid bekräftigte dieser die Bereitschaft Teherans zu weiteren Gesprächen, sofern das Recht Irans auf ein friedliches Nuklearprogramm anerkannt werde.

- 03.03.07: Ahmadinedschad in Saudi-Arabien. Es herrschen gespannte Beziehungen zwischen den Führungsmächten der Schiiten und Sunniten. Iran und Saudi-Arabien sind Konkurrenten in Nahost. Beide Staaten kämpfen um religiöse, politische und wirtschaftliche Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten. König Abdullah hatte den Iran am 27.01.07 ungewöhnlich scharf kritisiert. Er forderte Teheran auf, von seiner Missionspolitik und aggressiven Außenpolitik abzulassen. Irans atomare Pläne beunruhigen seine arabischen Nachbarn.

Im Irak stoßen die Interessen beider, wie früher schon, am sichtbarsten aufeinander. Die Beziehungen zwischen der Herrscherfamilie Al Saud und dem schiitischen Iran sind traditionell gespannt, seit die Dynastie Saud von



[Grafik: http://de.wikipedia.org/wiki/Bilder:Atomprogramm_des_Iran_2.png]

1803 an die heiligen Stätten des Islams erobert hatte und in Medina die Gräber schiitischer Heiliger einebnete.

- 10.03.07: Russland und Iran haben in Moskau Gespräche über die weitere Finanzierung des von Russland gebauten ersten Atomkraftwerks ergebnislos beendet. Damit könnte sich die für September vorgesehene Inbetriebnahme des Reaktors Buschehr verzögern.
- 12.03.07: Ahmadinedschad will zur noch nicht terminierten nächsten Sitzung des VN-SR über neue Sanktionen gegen sein Land anreisen und persönlich die nationalen Interessen und internationalen Rechte seines Volkes verteidigen.
- 15.03.07: Dem Iran drohen wegen Fortsetzung seines Atomprogramms schärfere Sanktionen. Die fünf Vetomächte im SR und Deutschland einigten sich auf den Entwurf einer neuen VN-Resolution. Vorgesehen sind unter anderem strengere Reisevorschriften für iranische Politiker und ein schärferes Handelsembargo.
- 21.03.07: Russland zieht seine Experten aus der im Bau befindlichen iranischen Atomanlage Buschehr ab. In der vergangenen Woche sind zahlreiche russische Techniker, Ingenieure und andere Spezialisten zurück geflogen. Der Schritt deutet auf wachsende Spannungen zwischen Moskau und Teheran hin.
- 22.03.07: Die Vetomächte und Deutschland haben den Entwurf einer VN-Resolution mit Sanktionen gegen den Iran in den VN-SR eingebracht. Da der Entwurf nicht mit anderen Mitgliedern abgestimmt war, sehen nun einige (z.B. Südafrika, Katar) noch Diskussionsbedarf, da ihnen die Sanktionen (z.B. Verbot von Waffenexport) zu scharf erscheinen.
Das Anliegen der ständigen SR-Mitglieder und Deutschlands ist neben dem Inhalt der Resolution vor allem die politische Botschaft, dass die internationale Staatengemeinschaft auf keinen Fall die notorische Missachtung der VN-Resolutionen durch den Iran hinnehmen wird.
- 23.03.07: Die fünf ständigen Mitglieder legen dem SR einen Entwurf für eine Resolution vor. Einzelne Mitglieder bringen Änderungswünsche ein. Südafrika regt eine 90-tägige Schonfrist an.
Der geistliche Führer des Iran Ayatollah Ali Chamenei droht, dass bei Annahme der Resolution, Teheran künftig internationale Spielregeln einfach ignorieren werde.
Der iranische Präsident Ahmadinedschad, der selber die Haltung seiner Regierung im SR erläutern wollte, sagt seine Reise nach New York kurzfristig ab.
Wie Schachfiguren in einem tödlichen Spiel, quasi als Begleitmusik zur Sitzung des SR, nimmt Iran 15 britische Marineangehörige in angeblich irakischen Hoheitsgewässern fest.
- 24.03.07: Die VN verschärfen ihre Sanktionen gegen Iran. Der SR stimmt der Entschließung wie eingebracht einstimmig zu. Die neuen Sanktionen (über die bereits im Dez. 2006 beschlossenen hinaus) sehen ein Embargo gegen iranische Waffenexporte vor und die Liste der einzufrierenden Vermögenswerte wird um 28 Firmen und

Personen erweitert. Zwei Monate bleiben dem Iran, um die Urananreicherungen einzustellen, sonst drohen neue Verschärfungen.

- 26.03.07: Der Iran rügt die Resolution als »unverantwortliche Haltung« und will an seiner umstrittenen Urananreicherung festhalten und zudem die Zusammenarbeit mit der IAEA einschränken. Selbst Hunderte solcher Resolutionen würden das zivile Atomprogramm des Landes nicht stoppen, sagt Ahmadinedschad.
Papst Benedikt XVI. setzt sich persönlich bei Ayatollah Ali Chamenei, dem obersten geistlichen Führer des Iran, für die Freilassung der britischen Marinesoldaten ein. In einem Brief schreibt er, eine Rückkehr der Briten zu ihren Familien noch vor Ostern sei eine »wichtige religiöse Geste guten Willens«.
- 05.04.07: Der iranische Präsident lässt die 15 britischen Marineangehörigen frei und spricht von einem Geschenk für Großbritannien aus Anlass des Geburtstages des Propheten Mohammed und aufgrund des Osterfestes. Gleichzeitig verleiht er den festnehmenden iranischen Offizieren der Küstenwache Auszeichnungen und bekräftigt, dass die Festnahme in iranischen Hoheitsgewässern erfolgt sei.
Syrien und Katar sollen bei der Lösung des Konflikts eine mitentscheidende Rolle gespielt haben.
- 06.04.07: Israels Botschafter in Deutschland, Simon Stein, betrachtet die iranischen Bemühungen um Atomwaffen mit Sorge. Auch andere arabische Staaten würden da nicht zuschauen und sich vor iranischer Vormacht in der Region schützen wollen: Saudi-Arabien etwa und Ägypten.
- 10.04.07: Aus Anlass des iranischen »Nationalen Atomtages« feiert Ahmadinedschad »den Eintritt des Atomprogramms unsres geliebten Landes in das industrielle Stadium«. Danach hat Iran als ersten Schritt zur Urananreicherung im großen Stil die Zahl der Zentrifugen in Natans von 328 auf 3.000 erhöht. Eine Provokation der VN angesichts der SR-Resolution 1737, die die Einstellung fordert. Wie viele solcher Geräte tatsächlich in Betrieb und voll funktionsfähig sind, ist fraglich. Mit einer solchen Kapazität ließe sich innerhalb eines Jahres genug hoch angereichertes Uran von mindestens 90 % für eine Atombombe herstellen.
Iran bestreitet jedoch eine solche Absicht und versichert, sein Atomprogramm sei rein ziviler Natur.
- 12.04.07: In Teheran sind die Inspektoren der IAEA eingetroffen, um u.a. die iranischen Angaben zu dem berichteten technologischen Durchbruch von 2 auf 18 so genannte Kaskaden der Anreicherung zu verifizieren.
Die USA rechnen mit weiteren Sanktionen des VN-SR. Vor einem solchen Schritt soll aber erst der IAEA-Bericht abgewartet werden, mit dem Ende Mai gerechnet wird.
- 16.04.07: Ungeachtet der internationalen Missbilligung seines Atomprogramms hat der Iran Pläne zum Bau von zwei weiteren Kernkraftwerken bekannt gegeben. Darin sollen Leichtwasserreaktoren eingesetzt werden, die jeweils bis zu 1.600 Megawatt Strom erzeugen könnten.
- 25.04.07: Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana trifft

den iranischen Atom-Unterhändler Ali Laridschani zu neuen Gesprächen im Atomstreit. Dabei soll die Möglichkeit einer Wiederaufnahme von konstruktiven Verhandlungen erörtert werden. Solana war von den fünf ständigen Mitgliedern im VN-SR und Deutschland dazu aufgefordert worden. Vor Beginn solcher Verhandlungen müsste Teheran die mehrmals geforderte Anreicherung von Uran aussetzen, dann könnten auch die VN-Sanktionen für die Dauer der Verhandlungen ausgesetzt werden. Weiter könnte dann über das Angebotspaket aus dem vergangenen Sommer mit weitreichenden wirtschaftlichen und diplomatischen Anreizen gesprochen werden.

Iran betont sein Recht zur Entwicklung eines friedlichen Atomprogramms. Nicht nur westliche Regierungen verdächtigen Teheran dagegen, militärische Zwecke zu verfolgen.

- 09.05.07: Der Iran hat seine Blockadehaltung auf der VN-Konferenz zur Reform des Atomwaffensperrvertrages aufgegeben. Die Delegation aus Teheran akzeptierte einen Kompromiss zur Formulierung der Tagesordnung. Damit kann die Konferenz in Wien, die seit Tagen auf der Stelle trat, mit ihrer eigentlichen Arbeit beginnen.
- 13.05.07: Die USA und Iran bereiten direkte Gespräche über die Sicherheitslage im Irak vor und sollen auch nur auf dieses Thema beschränkt sein. Über den genauen Termin gibt es noch keine Entscheidung. Ziel sei die Stärkung der irakischen Regierung. Iran und die USA haben seit der islamischen Revolution 1979 keine direkten diplomatischen Beziehungen.

Auch wenn das Treffen auf das Thema Irak beschränkt sein soll, so ist es doch bemerkenswert, wenn der »große Satan« und »Feind des Islam« sich mit Vertretern des schurkischsten der »Schurkenstaaten« und »Patens des Terrors« trifft. 28 Jahre galt dies als regierungsamtliche Sicht der Mullah-Regierung auf die USA und umgekehrt. Reden schien sinnlos, weil das ja einen halbwegs rationalen Austausch von Argumenten voraussetzen würde. Eine Fähigkeit, die man der jeweils anderen Seite nicht zutrauen oder zubilligen wollte. Realpolitik statt Ideologie könnte wieder möglich werden. Ein Paradigmenwechsel für beide Seiten!

- 15.05.07: Bei einem Besuch in den arabischen Emiraten hat der iranische Präsident Ahmadinedschad den USA für den Fall eines Militärschlags gegen das Atomprogramm seines Landes mit »schwerer Vergeltung« gedroht. Er forderte zudem die Golfstaaten auf, sich der ausländischen Truppen zu entledigen.

Bewertung:

Der Iran bleibt in der Atomkrise auf Konfrontationskurs. Entweder gelingt es, den Iran und andere Länder von Atomwaffen fernzuhalten, oder es wird in der Region zu einer neuen Runde des Wettrüstens mit unvorhersehbaren Folgen kommen.

Die Spitze des Teheraner Regimes weiß, dass das Risiko eines US-Angriffs auf die iranischen Atomanlagen täglich steigt. Auch die Saudis werden nicht nachgeben, bis Teheran einwandfrei belegt, dass sein Nuklearprogramm friedlich ist.

Die politische Richtlinienkompetenz in der islamischen Republik Iran liegt beim obersten Religionsführer Ayatollah Ali Chamenei. Wie viel politische Leine er dem polternden Ahmadinedschad lässt, gibt somit auch Hinweise auf die Absichten der Führung im Mullah-Staat.

Kann man ernsthaft erwarten, dass die neuen Sanktionen des VN-SR vom 24.03.07 zu einer umgehenden Beendigung des iranischen Atomprogramms führen? Wohl kaum. Auch sie stehen im Kapitel für symbolische Maßnahmen. Drastischeres war nicht durchzusetzen.

Trotzdem, die politische Botschaft an den Iran ist eindeutig: Die internationale Gemeinschaft will den Aufstieg des Iran zur Atommacht nicht hinnehmen. Sie will aber auch eine militärische Konfrontation vermeiden. Diese Geschlossenheit soll den Iran beeindrucken.

Die begleitende Rhetorik der iranischen Führung zu der Resolution, die völkerrechtswidrige(!) Gefangennahme der britischen Soldaten im Persischen Golf und das begleitende Säbelrasseln, deuten eher auf Eskalation und Konfrontation hin als auf die von der internationalen Gemeinschaft angestrebte Verhandlungslösung.

Darüber täuscht auch der gelungene Propaganda-Coup als nobler Friedensfreund bei der Freilassung der britischen Soldaten nicht hinweg. Die Machtverhältnisse zwischen Gemäßigten und Radikalen sowie den militärisch und politisch gerüsteten Revolutionswächtern im Apparat des Mullah-Regimes bleiben undurchsichtig. Das momentane Gefühl der Erleichterung wird nicht von Dauer sein. Für die vermeintliche Großzügigkeit könnte die Verpflichtung zu Entgegenkommen abgeleitet werden. Doch das wäre eine verhängnisvolle Schlussforderung aus der Krise.

Teheran muss auf dem Preisschild für sein Verhalten im Atomkonflikt weiter lesen können: Sanktionen, Sanktionen, Sanktionen. Nur so wird die innere Unzufriedenheit in Iran wachsen, die Opposition gestärkt und das Regime geschwächt. Im Sinne einer Doppelstrategie muss Teheran unter internationalem Druck bleiben bei gleichzeitigem Angebot zum Dialog.

Die zivile Nutzung der Atomenergie ist im Iran zu einer Frage der nationalen Ehre geworden, von der wohl auch die gemäßigten Kräfte nicht mehr abrücken werden. Ein Gesicht wählendes Zugestehen von kontrolliertem selbständigem Forschen und Entwickeln im Bereich ziviler Atomenergie wird bei allem berechtigten Misstrauen Voraussetzung für eine Lösungsfindung sein.

Dass neuerdings wieder von einem »Friedensprozess« im Nahen Osten die Rede sein kann, die Araber und Israel sich annähern, läuft Ahmadinedschads Intentionen völlig zuwider. Um bei den arabischen Nachbarn als Vormacht anerkannt zu werden, braucht er den gemeinsamen Feind Israel. Dass Israels Regierungschef Anfang April alle arabischen Staatschefs zu einer Friedenskonferenz eingeladen hat, dürften die Mullahs als Albtraum erleben und werden wie beim letzten Libanonkrieg bei nächster Gelegenheit zur Spaltaxt greifen.

Die bestehenden Atomkräfte starren gebannt auf den Iran. Befinden Sie sich mit ihren 20.000 Atomsprengkörpern aber nicht auch in einer moralischen Krise? Ein wahrlich starkes Argument gegen die iranische Atomrüstung wäre eine substantielle Abrüstung ihrer eigenen Atomarsenale!

2. Nordkorea

Rückschau:

Bereits in den 1960er Jahren ließ Nordkoreas Regierung unter Kim Jong IIs Vater Kim Il Sung ein Kernforschungszentrum errichten – angeblich zu zivilen Zwecken. Seit 1987 produziert ein mit sowjetischer Technologie erbauter Versuchsreaktor in Yongbyon spaltbares Material.

Im Dezember 1985 trat Nordkorea zunächst dem Atomwaffensperrvertrag bei. Nachdem das Land kurz zuvor noch einem Inspektionsabkommen der IAEA zugestimmt hatte, kündigte Pjôngjang den Vertrag im März 1993. Sanktionsdrohungen der USA bewogen die Führung dazu, die Entscheidung rückgängig zu machen.

Kim Jong Il folgte 1994 seinem verstorbenen Vater als »großer Führer«.

Der endgültige Ausstieg aus dem Vertrag folgte im Januar 2003. Im Juni desselben Jahres gab Kim Jong Il als Chef des »Nationalen Verteidigungsausschusses« zu, Atomwaffen entwickeln zu lassen.

Nach dem Eingeständnis des »Geliebten Führers« kam es im August 2003 zur ersten Runde der Sechser-Gespräche mit Südkorea, den USA, China, Japan und Russland, die allerdings ergebnislos blieben.

Im Februar 2005 verhärteten sich die Fronten, als sich Nordkorea zum Besitz von Atomwaffen bekannte.

Im September 2005 sagte Kim Jong Il die Einstellung des Atomwaffen-Programms zu, forderte im Gegenzug aber Wirtschaftshilfe und die Lieferung ziviler Leichtwasserreaktoren aus den USA. Wegen »unterschiedlicher Interpretationen« war auch dieses Angebot wenig später Makulatur.

Der Atomstreit spitzte sich mit dem Test einer Langstreckenrakete im Juli 2006 abermals zu. Im Oktober 2006 bestätigten russische Messungen einen unterirdischen Atombombenversuch, woraufhin der VN-SR die Sanktionen gegen Nordkorea verschärfte.

Nach Vermittlungen Chinas zeigte sich Pjôngjang Anfang November 2006 wieder gesprächsbereit.

– 08.02.07: Die USA und Nordkorea kommen sich im Streit um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm offenbar näher. Die letzte Runde war am 22.12.06 ohne Ergebnis abgebrochen worden. Vor Beginn der neuen Runde der Sechsergespräche haben die USA in Aussicht gestellt, Handelsbarrieren zu beseitigen und Nordkorea von der Liste der Staaten zu streichen, die den Terrorismus unterstützen. Nordkorea hat die Bereitschaft zur Schließung seines Atomreaktors in Yongbyon erklärt und will im Gegenzug für Energielieferungen auch Inspektoren ins Land lassen.

– 09.02.07: Bei den Sechs-Länder-Gesprächen in Peking war am zweiten Verhandlungstag über einen chinesischen Resolutionsentwurf von Fortschritten und leiser Zuversicht die Rede.

Danach soll innerhalb von zwei Monaten die wichtigste Atomanlage in Yongbyon stillgelegt und vier weitere Nuklearanlagen versiegelt werden.

Der Resolutionsentwurf beschreibt die gewünschte Umsetzung der gemeinsamen Erklärung bereits vom September 2005, in der sich Nordkorea damals verpflichtet

hatte, sein Atomprogramm aufzugeben. Dafür wurden ihm Wirtschaftshilfen und Sicherheitsgarantien geboten.

– 10.02.07: Nordkorea strapaziert die Sechserrunde mit hohen Forderungen: Lieferung von 2 Mio. Tonnen Rohöl und zusätzlich 2 Mio. Kilowatt Strom jährlich. Diese Menge an Energie entspricht der Menge, die von zwei Leichtwasserreaktoren erzeugt werden können.

– 11.02.07: Bei der Gesprächsrunde haben sich zwischen den Delegationen erstmals konkrete Fortschritte abgezeichnet. Es sei bereits ein potenzielles Abkommen über erste Abrüstungsschritte Nordkoreas ausgehandelt worden. Weiter habe sich Nordkorea bereit erklärt, dass Arbeitsgruppen in etwa einem Monat die Umsetzung vereinbarter Ziele konkretisierten.

– 13.02.07: Nordkoreas Führung erklärt sich zur Atom-Abrüstung bereit! Die wichtigsten Punkte der Erklärung, die die Unterhändler der Sechser-Gruppe nach fünftägigen Gesprächen in Peking erarbeiteten:

– Nordkorea verspricht innerhalb von 60 Tagen seinen 20 Jahre alten Zwei-Megawatt-Reaktor in Yongbyon und seine Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage stillzulegen sowie wieder Inspektoren der IAEA ins Land zu lassen.

– Dafür erhält Nordkorea sofort Hilfslieferungen, die dem Wert von 50 000 Tonnen Rohöl entsprechen. Die USA sind bereit, Nordkorea von der Liste der Staaten zu nehmen, die den Terror unterstützen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Sanktionen aufzuheben.

– Nach den zwei Monaten werden sich die Außenminister der sechs Länder treffen, um zu prüfen, ob alle Seiten ihre Zusagen eingehalten haben und über eine künftige Zusammenarbeit zur Sicherheit der Region sprechen.

– In einem zweiten Schritt – für den allerdings keine Frist gesetzt ist – sollen die Nordkoreaner eine vollständige Liste ihrer atomaren Aktivitäten vorlegen und »alle bestehenden nuklearen Einrichtungen untauglich« machen.

– Dafür erhalten sie Zug um Zug Brennstoffe und andere Hilfen im Wert von 950.000 Tonnen Rohöl. Güter, die knapp sind in dem frierenden Land.

– Bereits innerhalb eines Monats werden fünf Arbeitsgruppen gebildet, die nicht nur über technische Details der nuklearen Abrüstung und der künftigen Sicherheitspolitik auf der koreanischen Halbinsel verhandeln sollen, sondern auch über bilaterale Themen.

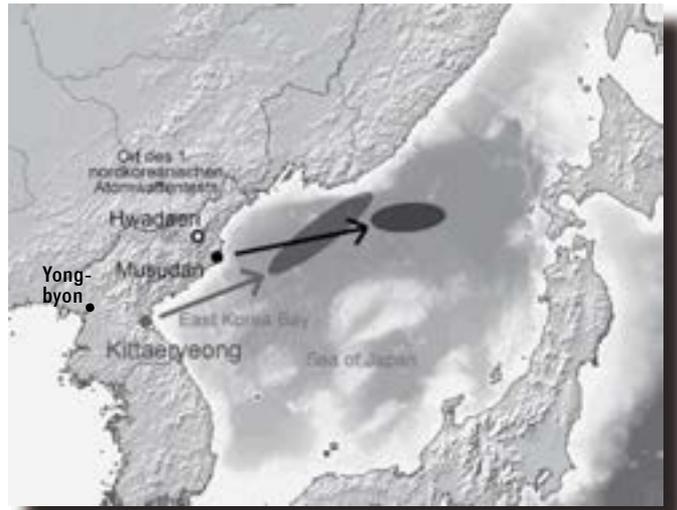
Die USA und Nordkorea befinden sich nach dem Waffenstillstand von 1953 formell noch immer im Krieg. Am Ende dieses (wenn erfolgreich abgeschlossenen) Prozesses könnten Friedensverhandlungen stehen.

Japan wird mit Nordkorea über das Schicksal japanischer Staatsbürger sprechen, die einst von nordkoreanischen Agenten entführt worden waren. Nordkorea hatte 2002 zugegeben, 13 Japaner entführt zu haben. In der Folge konnten fünf der Verschleppten nach Japan zurückkehren. Pjôngjang hat zwar erklärt, dass die anderen Opfer tot seien, was Japan aber nicht glaubt und zudem mehr als 13 Entführungsfälle vermutet.

Südkorea will mit Nordkorea nach 7 Monaten Pause

die »Versöhnungsgespräche« fortsetzen. Diese sollen auf Ministerebene vom 27. Februar bis 2. März in Pjöngjang stattfinden.

- 16.02.07: Kim Jong Il feiert seinen 65. Geburtstag. Spekulationen über seinen Nachfolger gibt es so gut wie keine. Offensichtlich denkt in Pjöngjang derzeit niemand daran, einen der drei Söhne zum künftigen Machthaber zu küren. Zu dem Atomkompromiss lobt das Regime den »lieben Führer«: Kim habe als Koreas David den amerikanischen Goliath mit der nuklearen Schleuder niedergestreckt.
- 17.02.07: Japan bleibt auch nach Atom-Einigung mit Nordkorea als einziger Staat der Sechser-Runde auf hartem Kurs. Ministerpräsident Abe weigert sich, Öl nach Pjöngjang zu liefern, solange die Entführungsfrage nicht gelöst ist. Zudem fürchtet er, dass die nordkoreanische Führung die Atom-Vereinbarungen schnell »vergessen« könnte. Die Opposition und Parteigenossen drängen Abe zum Politikwechsel, um nicht isoliert zu werden.
- 24.02.07: Nordkorea hat die IAEA nach Pjöngjang eingeladen. Dort soll unter Leitung des IAEA-Chefs Mohammed El Baradei über die Umsetzung des vor kurzem erzielten Abkommens bei den Sechser-Gesprächen gesprochen werden.
- 03.03.07: Nach vier Gesprächstagen einigten sich die Regierungen von Nord- und Südkorea, im Mai wieder Familienbegegnungen zuzulassen. Noch im März sollen sich Verwandte, die der Koreakrieg vor einem halben Jahrhundert zu Hunderttausenden getrennt hatte, über eine Videokonferenz wieder sehen.
Mit den Öllieferungen will Südkorea noch warten, bis Nordkorea seinen Atomreaktor in Yongbyon wie vereinbart bis Mitte April ausgeschaltet hat. Die Lebensmittelhilfe soll auch dann wieder aufgenommen werden, wie auch die Testfahrten auf Schienenverbindungen über die innerkoreanische Grenze.
Die nächsten Gespräche auf Ministerebene sollen Ende Mai stattfinden.
- 12.03.07: El Baradei, IAEA, bezeichnet seine Gespräche in Nordkorea als zufriedenstellend. Inhaltlich ging es um die Umsetzung der in der Sechser-Runde erzielten Vereinbarung und den neuerlichen Einsatz von internationalen Inspektoren.
- 15.03.07: Das US-Schatzamt hat für Nordkorea den Weg freigemacht, um wieder in den Besitz der bei einer Bank in Macao seit 2005 eingefrorenen Gelder zu gelangen. Die chinesischen Autoritäten in Macao müssen jedoch der Entnahme vorher noch zustimmen. Dieser Schritt war ein ganz wesentlicher Punkt für das Zustandekommen der nuklearen Abrüstungsvereinbarung.
- 19.03.07: Die Mitglieder der Sechser-Runde haben in Peking ihre planmäßigen Gespräche zur Überprüfung und Umsetzung der Atomvereinbarung vom 13.02.07 sowie des Einsatzes internationaler Inspektoren begonnen.
- 24.03.07: Ohne Geld keine Verhandlungen: Nach diesem Motto haben Nordkoreas Diplomaten die jüngste Runde der mit Spannung erwarteten Atomgespräche in Peking scheitern lassen. Drei Tage lang wartete Nordkorea dar-



Nordkoreanische Raketenschüsse am 5. Juli und Ort des Atomwaffentests vom 9. Oktober 2006. (Quelle: Japan Defence Agency)

- auf, dass 25 Mio. Dollar von einer Bank in Macao auf ein Konto der Bank of China eingehen. Solange weigerte es sich, über andere Probleme zu sprechen. Der Delegationsleiter reiste schließlich ab und ließ frustrierte Diplomaten aus China, Südkorea, Japan, Russland und USA zurück.
- 27.03.07: Trotz der abgebrochenen Verhandlungen nimmt Südkorea seine Hilfen für Nordkorea wieder auf und liefert Dünger für die Landwirtschaft und Nahrungsmittel. Außerdem will es dem Not leidenden Nordkorea auch dann Reis liefern, wenn Pjöngjang die vereinbarte Frist zur Abschaltung seiner umstrittenen Atomanlagen nicht einhält. Der Norden hatte im März um 400.000 Tonnen Reis gebeten.
- 14.04.07: Nordkorea hat die nach amerikanischen Angaben freigegebenen 25 Mio. Dollar noch nicht abgerufen und die Frist zum Beginn der Schließung des Atomreaktors Yongbyon verstreichen lassen. Eine Begründung hat der Norden nicht gegeben. Die USA geben sich abwartend. Die Umsetzung des in den Sechser-Gesprächen vereinbarten Atomabkommens dürfte sich jedoch verzögern. Das Geld soll humanitären Zwecken dienen.
- 18.04.07: Das Pokern um Nordkoreas Atomprogramm geht weiter. Der Zwei-Megawatt-Reaktor in Yongbyon ist noch in Betrieb, ob Vorbereitungen für die verabredete Stilllegung laufen ist ungewiss.
- 12.05.07: Die beiden koreanischen Staaten haben ihre Militärgespräche wieder aufgenommen, nachdem sie ein Jahr lang unterbrochen waren. Im Mai 2006 waren die Gespräche an nicht zu lösenden Meinungsverschiedenheiten über den Verlauf der Grenze vor der Küste der beiden Koreas gescheitert.
- 17.05.07: Nordkorea und Südkorea wollen die Bahnverbindung über ihre schwer gesicherte Grenze nach einem halben Jahrhundert probeweise wieder aufnehmen. Beide Staaten seien zudem der Ansicht, dass es ein »dringendes Anliegen« sei, einen militärischen Konflikt zwischen ihnen zu vermeiden und im Gelben Meer eine gemeinsame Fischereizone einzurichten.

Bewertung:

Ist Nordkorea tatsächlich endlich zu Kompromissen bereit? Haben diplomatische Bemühungen die atomare Aufrüstung gebremst, vielleicht sogar die Tür zur Abrüstung einen Spalt geöffnet? Schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit und komplexe Detailfragen raten zur Vorsicht; Rückschläge sind nicht ausgeschlossen. Die Vereinbarung ist inhaltlich nicht neu, sie ähnelt der von 1994. Doch Nordkoreas ständige neue Drohungen und Provokationen in der jüngsten Vergangenheit und amerikanische Wirtschaftssanktionen haben verhindert, Fakten zum Stopp des Atomprogramms in den vergangenen drei Jahren zu schaffen. Im Gegenteil, inzwischen hat Nordkorea einen Atomtest durchgeführt und benutzt den Beweis als Druckmittel. Es ist erst einmal nicht in Kim Jong IIs Interesse, sein Nuklearprogramm aufzugeben. Er würde wohl kaum sein einziges Pfand opfern, das ihm Gehör im Westen verschafft. Und tatsächlich kann er seine 6-8 Atombomben in seinem Arsenal zunächst behalten. Er müsste sich nur ausweichend zum so allgemeinen wie fernen Ziel einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel bekennen.

Hinzu kommt, dass Pjôngjang nicht mit offenen Karten spielt. Denn neben dem Reaktor in Yongbyon, soll das Land ein heimliches Programm zur Produktion hochgradig angereicherten Urans betreiben.

Dennoch ist die Zusage, erst eine, dann weitere Atomanlagen und damit die Produktion waffenfähigen Plutoniums stillzulegen, ein Schritt nach vorn. Der Verhandlungserfolg ist auch den USA zu verdanken, die die bisher beinharte Linie – das verabscheute Regime durch Drohungen und Sanktionen in die Knie zu zwingen - gegenüber Nordkorea verlassen haben. Wird der amerikanische Kongress der neuen Diplomatie zustimmen?

Erfreulich an den gelungenen Absprachen ist auch, dass in der Sechserunde die USA, China und Russland, die Hauptakteure auch in anderen Konfliktfeldern, zusammenfanden. Kann das ein Muster für mehr sein?

Kim Jong Il kann die Vereinbarung erstmal als ein Geschenk der USA werten. Immerhin hat der Erzfeind in Washington seinen Widerstand gegen direkte Verhandlungen aufgegeben und ihm zudem den Geldhahn wieder aufgedreht.

3. Andere

– 01.01.2007: PAPST BENEDIKT XVI. betont in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag: »Ein anderes Element, das große Beunruhigung hervorruft, ist der jüngst von einigen Staaten geäußerte Wille, sich mit Nuklearwaffen auszurüsten. ... Wie aktuell erscheint in diesem Zusammenhang die Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils *jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiterer Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist*«. Der Weg, um eine Zukunft des Friedens für alle zu sichern, besteht nicht nur in internationalen Übereinkünften über die Nicht-Verbreitung von Nuklearwaffen, sondern auch in dem Bemühen, mit Entschiedenheit ihre

Verminderung und ihren endgültigen Abbau zu verfolgen. Man lasse nichts unversucht, um auf dem Verhandlungswege diese Ziele zu erreichen! Das Schicksal der ganzen Menschheit steht auf dem Spiel!«

– 12.02.07: In Berlin sagt der Außenminister PAKISTANS: Sein Land, das seit 1998 nach zwei Jahrzehnten heimlicher Nuklearforschung öffentlich eingestanden hatte, Atommacht zu sein, habe aus Selbstschutz gegen Indien so handeln müssen. »Es hatte drei Kriege gegeben und tagtägliche Grenzkonflikte«. Ein Gleichgewicht des Schreckens habe zwischen Indien und Pakistan zu Verständigung geführt. Aber im Gegensatz zu Iran habe Pakistan nicht den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet gehabt. Iran müsse diese Selbstverpflichtung erfüllen.

– 20.02.07: Ein Terroranschlag islamistischer Extremisten auf einen Schnellzug von INDIEN nach PAKISTAN – als Sabotageakt gegen die indisch-pakistanischen Beziehungen – hat mindestens 66 Menschen in den Tod gerissen. Der pakistanische Präsident Pervez Musharraf betonte, der Anschlag dürfe den Friedensprozess der beiden Atommächte nicht gefährden.

– 22.02.07: INDIEN und PAKISTAN haben ein Abkommen unterzeichnet, welches das Risiko eines irrtümlich ausgelösten Atomkriegs mindern soll. Die beiden Nachbarländer einigten sich auf vertrauensbildende Maßnahmen.

– 24.02.07: Kurz nach dem Besuch des pakistanischen Außenministers in Indien und in einer Phase der Wiederannäherung hat Pakistan eine zweistufige Langstreckenrakete, mit der auch Atomsprengköpfe abgefeuert werden können, erfolgreich getestet. Das Geschoss vom Typ Hatf VI hat eine Reichweite von 2.000 km. Pakistans »Strategie der minimalen Abschreckung« strebt nach der dauerhaften Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts in Südasien.

– 05.03.07: Die US-AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTE haben sich auf den Bau neuer Nuklearsprengköpfe geeinigt. Die neuen Sprengköpfe sollen von 2012 an zunächst auf die seegestützten Raketen der Navy montiert werden.

Die USA verfügen nach Schätzungen über ca. 6.000 Sprengköpfe, deren Zahl nach einer Abrüstungsvereinbarung mit Moskau bis 2012 auf 2.200 bis 1.700 Stück verringert werden soll. Gemäß eines amerikanisch-sowjetischen Testmoratoriums haben Washington und Moskau seit mehr als 20 Jahren keine neuen Sprengköpfe mehr produziert.

ISRAELS Nukleararsenal wird von Experten heute mit mehreren hundert Sprengköpfen beziffert.

– 15.03.07: Das Parlament GROSSBRITANNIENS folgt in der Abstimmung über das britische Nuklearprogramm Premierminister Blair. Es stimmte der Erneuerung der nuklearen Abschreckung durch neue U-Boote mit amerikanischen Trident-Raketen im Wert von 40 Mrd. US-Dollar zu.

Gegner warfen die ethische Frage auf, mit welchem moralischen Anspruch Großbritannien nun die Non-Proliferation gegen Iran, Nordkorea und andere Staaten durchsetzen will. □

SOWI-UMFRAGE:

Einstellungen der Bundesbürger zu zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen

Alljährlich erforscht das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr die Einstellung der Bürger zu Bundeswehr und Sicherheitspolitik. Vom 30. Oktober bis zum 2. Dezember befragten die Interviewer mehr als 2.000 Personen. Die Ergebnisse dieser repräsentativen Umfrage liegen seit 21.05.2007 vor. Über die Internetseiten www.bundeswehr.de oder www.sowi.bundeswehr.de kann eine Auswertung der Umfrage eingesehen und als PDF-Datei herunter geladen werden.

Zusammenfassung der Meinungsumfrage

1. Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr

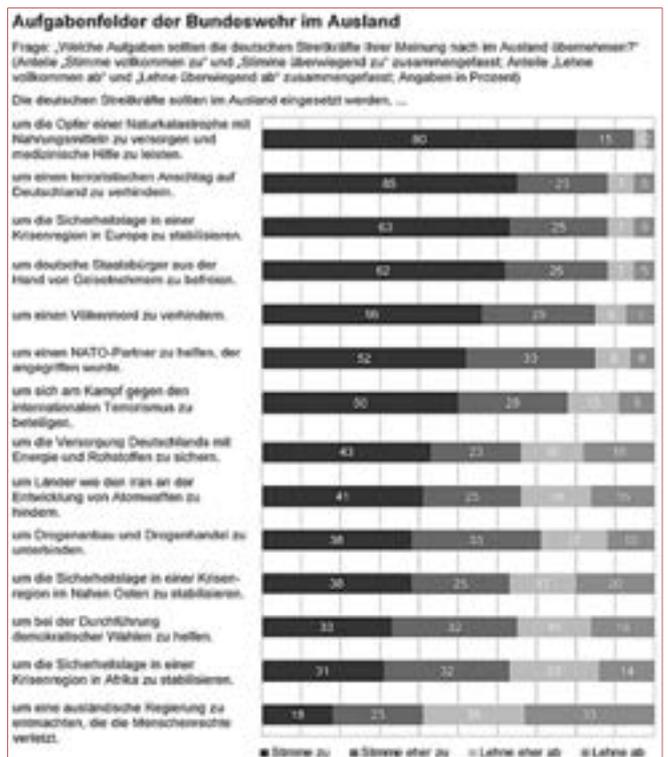
(Grafik 1 u. 2)

- Die Bundeswehr wird vor allem über die Medien wahrgenommen.
- Die kritische Berichterstattung der Medien wird registriert, wirkt sich aber noch nicht nachhaltig auf die persönliche Einstellung zur Bundeswehr aus.
- Die Mehrheit der Bevölkerung vertritt eine positive Einstellung zur Bundeswehr (82 Prozent).
- Besonders positiv beurteilt werden die Leistungen der Streitkräfte bei ihren Einsätzen im In- und Ausland.
- Nur jeder zweite Bürger fühlt sich gut über den Aufbau und die Funktion der Bundeswehr informiert.
- Die Mehrheit der Bevölkerung vertraut der Bundeswehr und bescheinigt ihr eine gute Aufgabenerfüllung.

2. Haltung zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland

(Grafik 3)

- Die Bevölkerung möchte die Bundeswehr für zahlreiche Aufgaben im Ausland einsetzen.
- Besonders unterstützt werden nicht-militärische Hilfseinsätze, z.B. um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.
- Militärische Missionen zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Krisenregionen werden dagegen von einem größeren Teil der Bevölkerung abgelehnt.
- Rund drei Viertel der Befragten stimmen einer Beteiligung deutscher Streitkräfte am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu.



3. Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben, zum Personumfang und zur Wehrpflicht

(Grafik 4)

- Die Mehrheit der Bundesbürger wünscht keine Veränderung bei den Verteidigungsausgaben und dem Personumfang der Bundeswehr.
- Die Zustimmung für höhere Verteidigungsausgaben und für eine personelle Verstärkung der Bundeswehr hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich vergrößert.
- Rund 60 Prozent der Bundesbürger plädieren dafür, die Wehrpflicht beizubehalten.
- In den meisten Altersgruppen, Bildungsschichten und politischen Milieus ist eine Mehrheit für den Erhalt der Wehrpflicht.

4. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

(Grafik 5 u. 6)

- Nur wenige Bundesbürger fühlen sich über die Auslandseinsätze der Bundeswehr gut informiert; die Mehrheit weiß entweder nichts Konkretes oder hat von den betrachteten Einsätzen noch nie gehört.
- Die Bevölkerungsmehrheit befürwortet die Auslandseinsätze der Bundeswehr – teilweise mit knapper Mehrheit; die Zustimmung fällt geringer aus als im Jahr 2005.
- Argumente für eine sofortige Beendigung eines Auslandseinsatzes finden wesentlich mehr Zustimmung als Argumente für eine Verlängerung eines Auslandseinsatzes.

5. Meinungen zum internationalen Engagement Deutschlands

(Grafik 7)

- Die Mehrheit der Bevölkerung plädiert dafür, dass sich Deutschland aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer Länder möglichst heraushält und sich auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentriert.
- Die Gegner eines internationalen Engagements verweisen vor allem auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Deutschlands, auf eine moralische Verpflichtung, zunächst die Bedürftigen im eigenen Land zu unterstützen und darauf, dass Deutschland im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen anderen Ländern bereits genug hilft.
- Die Befürworter eines internationalen Engagements betonen dagegen die moralische Verpflichtung, anderen Menschen im Notfall zu helfen, die friedenssichernde Dimension eines solchen Engagements und den Umstand, dass sich Deutschland in Zeiten der Globalisierung nicht isolieren darf.

(Grafikauswahl von <www.sowi.bundeswehr.de>)



Wahrgenommene Bedrohung der persönlichen Sicherheit
Frage: „Inwieweit fühlen Sie sich aktuell von den folgenden Aspekten bedroht?“ (Angaben in Prozent)

	(Sehr) stark bedroht	Bedeht	Kaum/bis nicht bedroht
Kinship der Sozialleistungen	38	29	33
Ungewöhnliche finanzielle Absicherung im Alter	37	24	39
Ungewöhnliche finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	35	25	40
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes (Zweckentfremdung)	34	25	41
Verweirte Zerstörung der natürlichen Umwelt	33	29	38
Verweirte Klimawandel durch globale Erwärmung	31	37	32
Ungewöhnliche finanzielle Absicherung bei Krankheit	31	28	40
Schwere Wirtschaftskrisen in Deutschland	27	32	41
Atomkraft in der Hand des Iran oder Nord-Korea	26	33	41
Arbeitslosigkeit des Partners (Personen mit Partner)	25	20	55
Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme	21	33	46
Terroranschläge in Deutschland	20	38	42
Überforderung des Gesundheit	18	31	51
Militärischer Angriff auf Deutschland	13	19	72
Kriegerische Auseinandersetzungen in Afghanistan	12	16	74
Einwanderung aus dem Balkan	8	18	76

SICHERHEITSPOLITIK UND MEDIEN:

Medien als Akteure in der Sicherheitspolitik

Welche Rolle spielen die Medien im Blick auf den weltweit handelnden Terrorismus und die daraus folgernde Herausforderung für die innere Sicherheit? Mit dieser Frage befasst sich Jo Reichertz (57), Professor für Geisteswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen, in einem Artikel über »Die Medien als selbständige Akteure« in der »Parlament«-Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte« (12/07). Er geht davon aus, dass die Medien sich nicht mehr auf das Speichern und Transportieren von Informationen beschränken, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen eigenständige Interessen artikulieren und als gesellschaftliche Akteure auftreten. Konkret gibt Reichertz zu bedenken:

Spielregeln für die Berichterstattung

»Die Medien berichten nicht nur über die für sie inszenierte Politik und darüber, was in der Politik entschieden wird, sondern sie ermöglichen und unterstützen bzw. erschweren oder unterlaufen die politische Entscheidung - nicht nur und nicht allein durch einen politischen Kommentar, Sondersendungen, Talkshows und Politikmagazine. Sie stellen vielmehr die Arena, in der Politik – zumindest ein Teil davon – betrieben wird. Die Medien sind wie selbstverständlich in politische Steuerungsprozesse eingebunden, und sie stellen nicht nur die Rennbahn zur Verfügung, sondern sie sind selbst Akteure in dieser Konkurrenz um die ‚Angemessenheit‘ von Politik.«

Eine Einflussnahme auf die Medien sei nur möglich, wenn man deren Eigengesetzlichkeit respektiere, »hat sich doch das moderne Mediensystem aufgrund politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen zunehmend zu einem eigenständigen gesellschaftlichen Subsystem entwickelt, das nach eigenen Logiken und Zwängen verläuft. Damit entzieht es sich weitgehend dem unmittelbaren Zugriff politischer Akteure. Das Mediensystem hat sich eigene Spielregeln geschaffen, gemäß derer Berichterstattung funktioniert ...

Medien – so sie denn um sich herum eine soziale Organisation gebildet haben, und das sind in modernen

Gesellschaften all die, die auf massenhaften Verkauf angewiesen sind – beobachten nämlich in der Regel die Welt gemäß eigener Relevanzen, also auch das Wirken der politischen Akteure. Sie setzen die Prioritäten dabei auf das, was ihren Käufern wichtig ist, etwa über das politische Handeln der unterschiedlichen Akteure nicht mit offiziellen Verlautbarungen informiert zu werden. Für die ‚Hofberichterstattung‘ sind die jeweiligen Regierungs- bzw. Pressesprecher zuständig. Deshalb dürfen sich (in demokratischen Gesellschaften) die Medien – wollen sie noch Käufer finden, also überleben – nicht von den politischen Akteuren instrumentalisiert lassen. Weil politische Akteure und die Medien sich bei ihrem Handeln an unterschiedlichen Interessen orientieren und dennoch immer aufeinander angewiesen sind, werden von den ‚Parteien‘ immer ausgefeiltere Praktiken entwickelt, die jeweils andere Seite für die eigenen Zwecke zu nutzen. Dieses Bestreben ist dann besonders intensiv, wenn Gewichtiges auf dem Spiel steht. Und wenn es um die Sicherheit geht, steht Gewichtiges auf dem Spiel.«

Konzentration auf Presse und Fernsehen

Die für die Sicherheitspolitik Verantwortlichen stellen sich mehr und mehr darauf ein, betont Reichertz: »Sie entwickeln auf allen Ebenen (überregional, regional und lokal) Strategien und Konzepte für den Umgang mit den Medien und für eine mediengerechte



www.sowi.bundeswehr.de (s.a.S. 17 f.)

Präsentation. Sie richten innerhalb ihrer Behörden Abteilungen ein, die entsprechende Konzepte ausarbeiten und die relevanten Kontakte herstellen. Dabei nutzen sie auch eine mittlerweile entstandene medienpolitische Beraterbranche und stellen sie in ihre Dienste - und das alles, um die eigene sicherheitspolitische Position in den Medien öffentlichkeitswirksam zum Tragen zu bringen und durchzusetzen.«

Vor allem empfiehlt Reichertz den Sicherheitspolitikern, die Rolle der Medien als eigenständige Akteure zu begreifen und zu nutzen. Dabei sollten sie sich auf die Printmedien und das Fernsehen konzentrieren. Das Internet werde als eigenständiges Medium »gewiss beachtlich an Bedeutung gewinnen, aber dessen Untersuchung hat noch Zeit, weil zum einen seine Bedeutung (qualitativ wie quantitativ) noch nicht ins Gewicht fällt und weil zum anderen die einzelnen Formate und Gattungen (Mails, Chats, Homepages, Online-Zeitungen, Boards) sich noch zu stark im Wandel befinden, als dass sich mittelfristige Aussagen treffen ließen. Wichtig ist allerdings, dass nicht allein die so genannten anspruchsvollen Medien und Formate (also solche, von denen sich Intellektuelle oder gar der ‚wohl informierte‘ Bürger angesprochen fühlen) untersucht werden sollten, sondern auch die weniger ‚anspruchsvollen‘, da davon ausgegangen werden kann, dass diese Medien und Formate von großen Teilen der Bevölkerung genutzt werden.« (aus: GKP-Informationen V/2007, S. 19)

DISKUSSION UM KINDERKRIPPENPLÄTZE:

Am 15. Mai hat sich die Große Koalition darauf verständigt, dass in sechs Jahren für jedes dritte Kind ein Platz in einer Kinderkrippe oder bei einer Tagesmutter zur Verfügung steht. Von 2013 an erhalten Eltern sogar einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Darüber hinaus soll neu ein häusliches Betreuungsgeld für die Erziehung der Kinder von ein bis drei Jahren gezahlt werden. Details der Finanzierung sind im Koalitionsausschuss jedoch noch offen geblieben.

Die im Vorfeld der politischen Entscheidung vor allem in den Medien stark emotional bis polemisch und gegen warnende Stimmen gar diffamierend geführte Diskussion kommentiert Georg Stingl in den von der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands herausgegebenen »Informationen« (V/2007, S. 1). Stingl ist stellvertretender Vorsitzender der GKP und in Dresden als freiberuflicher Journalist tätig. – Auf den Seiten 31-32 folgt dann ein Beitrag mit Ergebnissen von Meinungsumfragen, Studien und Untersuchungen zu Frauen, Familie, Beruf und Kinderbetreuung.

Stimmungsmache

VON GEORG STINGL

Eine Grundsatzdiskussion beschäftigt seit Wochen die Republik: Sollen vermehrt Kinderkrippenplätze eingerichtet werden? Eigentlich ist das ja eine einfache Sachfrage; doch ganz schnell entwickelte sich aus dem von Familienministerin von der Leyen verkündeten Vorhaben, die Zahl der Krippenplätze insbesondere im Westen der Republik kräftig zu vermehren, unter tätiger Mithilfe der Medien eben die Grundsatzdiskussion: Sollen Kinder innerhalb oder außerhalb der Familie sozialisiert werden? Und das nochmals überhöht: Was ist die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft?

Eine drastische Formulierung von Bischof Mixa, dass er vor einer Entwicklung warne, welche zum Missbrauch der Frau als reiner Arbeitskraft führe, diente vielen Journalisten als willkommener Anlass, den Bischof und die Katholische Kirche als nicht bekehrbare Vertreter der »Küche-Kinder-Kirche-Ideologie« zu brandmarken. Meist waren solche wertenden Urteile auch noch als Nachrichten getarnt. Merkwürdig ist es zu beobachten, wie oft gerade Journalisten, die sonst den Unternehmen jedwede moralische Verantwortung im Streben nach Gewinn absprechen, an dieser Stelle

offenbar gar keine Gefahr sehen. Der allzu grobe Keil, den Bischof Mixa bei einem Seitenthema angesetzt hat, war den Medien offensichtlich hoch willkommen, um „Skandal, Skandal“ zu schreien und dabei wesentliche Fakten auszublenden:

1. Die Kirchen und auch die Katholische Kirche in Augsburg haben die Zahl der von ihnen angebotenen Kinderkrippenplätze erheblich gesteigert.
2. Unter den jungen Erwachsenen, also den jungen oder zukünftigen Eltern, gibt es in dieser Frage gar nicht das medial so gern beschworene Entweder – Oder. Wir wissen aus Umfragen: Nur jeweils 10% Prozent wollen nur Mutter sein oder nur Karriere machen, 80% wollen Mutterschaft (besser Elternschaft) und Beruf und Kar-

riere miteinander verbinden und erwarten dabei Hilfe vom Staat, von den Arbeitgebern und vom Partner. Sie wollen in ihrer situationsbedingten Entscheidung Wahlfreiheit haben. Ein klareres Anforderungsprofil der betroffenen Gesellschaftsgruppe an den Staat kann man sich kaum vorstellen.

Da wird es nun wirklich interessant. Frau von der Leyen hat sich listig um die Finanzierungsfrage herumgedrückt, sie tendiert aber wohl zu Mehrausgaben des Staates für die Einrichtung zusätzlicher Krippenplätze, sowie zur Einrichtung eines Familiensplittings, das Familien umso mehr von der Steuerlast auf dem von ihnen Verdienten befreit, je mehr Kinder sie haben. Letzteres würde natürlich auch Familien nützen, in denen ein Elternteil nicht berufstätig ist. Und siehe da: Das ist denn doch so manchen Befürwortern der Wahlfreiheit der Frau zuviel Familienförderung. Es soll vielmehr umgeschichtet werden. Wenn mehr Kinderkrippenplätze eingerichtet werden, kann zumindest an anderer Stelle Familienförderung nicht gesteigert werden, wenn sie nicht gar gekürzt werden muss. Ist das Ausdruck der immer wieder geforderten Wende der deutschen Gesellschaft zu mehr Kinderfreundlichkeit? Wer ist hier eigentlich konservativ? Dank der Vielfalt unserer Medien, haben sich die Fronten inzwischen etwas geklärt, denn das Fernsehen kam nicht umhin, den Protagonisten der Diskussion wiederholt Sprechzeit einzuräumen, so dass sich journalistische Verzerrungen als solche entpuppten.

Am Thema aber ist die Bedeutung einer journalistischer Grundforderung wieder einmal deutlich geworden: Nachricht und Meinung sind strikt zu trennen. □

Grundgesetz, Artikel 6 [Ehe - Familie - Kinder]

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
- (3) - (5) ...

UNTERSUCHUNGEN ZU FRAUEN, FAMILIE, BERUF UND KINDERBETREUUNG:

Auf der Suche nach Gleichgewicht in einer hektischen Welt

Bei mehr als der Hälfte der Paare mit Kindern in Deutschland gehen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nach. Bei den Ehepaaren war das im Jahr 2005 in 51 Prozent der Fälle so, bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug der Anteil 54 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am 14. Mai in Wiesbaden zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2007 mitteilte. Danach übten bei 23 Prozent der Ehepaare Vater und Mutter eine Vollzeitstätigkeit aus. Bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug der Anteil 41 Prozent.

Laut Statistik war bei 37 Prozent der Ehepaare nur der Vater erwerbstätig. Bei 7 Prozent übte keiner der Partner eine Erwerbstätigkeit aus, bei 5 Prozent war nur die Mutter erwerbstätig. Bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften lag der Anteil der Paare, bei denen ausschließlich der Vater erwerbstätig war, bei 26 Prozent. Bei 13 Prozent der Paare ging keiner der Partner einer Erwerbstätigkeit nach, bei 7 Prozent war allein die Mutter erwerbstätig. (KNA)

Im nachstehenden Beitrag berichtet Pater John Flynn, Mitarbeiter der kath. Nachrichtenagentur ZENIT, über Studien und Untersuchungen zur Berufstätigkeit von Frauen und Müttern. Auch wenn hier vor allem die Situation in angelsächsischen Gesellschaften Gegenstand der Untersuchungen ist, treffen die Feststellungen weitgehend auch auf die deutsche Gesellschaft zu.

Berufstätige Mütter werden in der Arbeitswelt deutlich benachteiligt. Das war eines der Ergebnisse des Untersuchungsberichts, der am 28. Februar von der britischen Vereinigung »Equalities Review« veröffentlicht wurde. Die unabhängige Einrichtung setzt sich kritisch mit der Gleichberechtigungproblematik auseinander. Die Studie mit dem Titel: »Gerechtigkeit und Freiheit« besagt unter anderem, dass Frauen mit kleinen Kindern die am meisten benachteiligten Arbeitskräfte sind. Diese Frauen müssen am Arbeitsplatz mehr Benachteiligung in Kauf nehmen als Behinderte oder Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, heißt es in dem Bericht.

Die Benachteiligung beginnt demnach bereits bei der Möglichkeit zu einem Einstellungsgespräch. Im Fall einer Mutter mit einem Kind unter 11 Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, eine Arbeit zu bekommen, um 45 Prozent niedriger als bei einem Mann.

Die Veröffentlichung dieser Ergebnisse löste in der britischen Presse eine Flut von Kommentaren aus, die die Schwierigkeiten der Frauen am Arbeitsplatz beleuchteten. So gab die

Buchautorin Kirsty Scott im »Scotsman« zu bedenken, dass der Grund für die niedrigere Zahl von Müttern, die arbeiten gehen, auch einfach darin liegen könnte, dass sich viele bewusst dafür entscheiden, zu Hause zu bleiben, und nicht nur darin, dass sie am Arbeitsmarkt benachteiligt werden. Scott weist auf einige Erhebungen hin, aus denen hervorgeht, dass die Mehrheit der arbeitenden Mütter lieber zu Hause bliebe, wenn sie es sich finanziell leisten könnten. Trotz Frustrationen und Schwierigkeiten sei »das Muttersein etwas Wunderbares, tief Befriedigendes und Erfüllendes.«

Madeleine Bunting bemerkt in einem Artikel für die Ausgabe des »Guardian« am 1. März, dass viele Mütter aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt werden, weil die Arbeit nicht genügend flexibel organisiert ist. Außerdem sei es in einer immer mehr von harter Konkurrenz geprägten Arbeitswelt zunehmend schwerer, nach einer um der eigenen Kinder willen gewählten Berufspause wieder in den Beruf einzusteigen. Es bestehe zwar die Möglichkeit einer Teilzeitarbeit, aber allzu oft lägen Qualität und Bezahlung dieser Form von Arbeit weit unter der einer Vollzeitarbeit.

Kein Platz in Spitzenpositionen

Mutterschaft und unflexible Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass Frauen vergleichsweise selten in Spitzenpositionen aufsteigen, berichtete die »Financial Times« vom 10.11.2006. Eine Studie über angesehenere Firmen in den USA sagt nach dem Artikel voraus, dass die Frauen im Jahr 2016 gerade einmal 6,2 Prozent der Stellen von leitenden Direktoren besetzen werden.

Constance Helfat, Professorin an der »Tuck School of Business« am Dartmouth College und Mitautorin der oben erwähnten Studie, erklärte diesbezüglich gegenüber der »Financial Times«, dass diese 6,2 Prozent eine große Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation bedeute – eine Verbesserung um mehr als das Dreifache.

Die Studie erfasste rund 10.000 leitende Angestellte in den 1.000 Topfirmen. Sie ermittelte, dass nahezu die Hälfte dieser Firmen keine einzige leitende Angestellte hat, die in die offiziellen Dossiers der US-amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde aufgenommen werden könnte. Unter den Vorständen lag der Frauenanteil bei 3,8 Prozent.

Am 21. Februar veröffentlichte die amerikanische Organisation »Catalyst« ihre »Erhebung 2006 über Frauen in den 500 größten Firmen, die Vorstandsposten- und Aufsichtsratspositionen innehaben«. Sie zeigt, dass Frauen nur noch 15,6 Prozent der Vorstandsposten einnahmen, während es 2005 noch immerhin 16,4 Prozent gewesen waren. Auch die Anzahl der Frauen auf Direktorenposten ging zurück: von 14,7 Prozent im Jahr 2005 auf 14,6 Prozent.

In Großbritannien sieht die Situation ähnlich aus, wie Daten belegen, die am 2. Oktober 2006 vom »Guardian« veröffentlicht wurden. In den 100 größten britischen Firmen gab es damals nur zwölf Frauen, die die Stelle eines leitenden Direktors innehatten. Der Artikel führt noch eine weitere Studie an, bei der 350 Firmen untersucht wurden. In ihr wird der Anteil der von Frauen besetzten leitenden

Direktorenstellen mit drei Prozent angegeben. Die Studie wurde von der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft »Deloitte« veröffentlicht.

Flexibilität ist gefragt

Ein Aufruf zu mehr Beachtung der Bedürfnisse der Frauen, ob sie nun höhere Posten innehaben mögen oder nicht, ging von Lord Layard aus, einem Mitglied des britischen Oberhauses, der der Labor Party angehört. Er ist von der britischen Regierung dazu beauftragt, die Situation der Kinder zu untersuchen.

In einem Interview am 09.10.2006 im »Telegraph« erklärte Lord Layard, dass berufstätige Mütter mit kleinen Kindern von ihren Arbeitgebern, die sie nach den Arbeitsstunden bewerteten und nicht nach der Qualität der geleisteten Arbeit, enorm unter Druck gesetzt würden.

In einem Bericht, der am 30. Januar vom »Institut für Familie und Arbeit« veröffentlicht wurde, wird hervorgehoben, dass es wichtig sei, den Müttern eine Auswahl von Möglichkeiten anzubieten, wie sie ihre Arbeit einteilen können. Das Institut ist eine in New York ansässige Expertengruppe, ein so genannter »think tank« (Denkfabrik). Der Bericht mit dem Titel »Making Work Work – neue Vorschläge von den Gewinnern des Alfred-P.-Sloan-Preises zur bestmöglichen Flexibilität am Arbeitsplatz« bringt stapelweise Fallstudien über die Einführung innovativer, flexibler Betriebsabläufe durch Unternehmer.

Er zeigt auf, dass Frauen eine immer wichtigere, unverzichtbare Rolle in der Arbeitswelt spielen, da sie nahezu die Hälfte der Lohn- und Gehaltsarbeit leisten. Dies bringe auch wichtige Veränderungen innerhalb der Familie mit sich, wenn man an die Zahl der Doppelverdiener am Arbeitsplatz denke, die von 66 Prozent im Jahr 1977 auf gegenwärtig 78 Prozent gestiegen sei.

Dazu komme, dass für viele Angestellte die Arbeitsstundenzahlen höher und die Arbeit hektischer und fordernder werde. Diese Faktoren zusammengenommen erzeugten bei Familien, in denen beide Elternteile verdienen, großen Stress, heißt es in dem Bericht. Statistische Erhebungen zeigten, dass 55 Prozent der

Angestellten darunter leiden, dass sie nicht genug Zeit für sich selbst haben. 63 Prozent gaben an, dass sie nicht genug Zeit für ihre Ehegatten oder Lebensgefährten haben, und 67 Prozent, dass sie nicht genug Zeit für ihre Kinder haben. Die Flexibilität bei den Betriebsabläufen sei, so der Bericht, nicht nur ein springender Punkt für das Familienleben, sondern auch für die Effektivität und die Zufriedenheit im Erwerbsleben.

Auch aus Australien kommen Daten, die zeigen, wie dringend notwendig es ist, ein besseres Gleichgewicht zwischen den beruflichen und familiären Verpflichtungen herzustellen. Am 18. Dezember berichtete die »Courier Mail« ausführlich über eine Untersuchung der Universität Queensland über die Frage des Elternurlaubs. Die Studie bestätigte, dass sich Eltern Zeit für ihre Kinder wünschen. 46 Prozent der australischen Mütter, die sich beurlauben lassen und innerhalb von 15 Monaten zur Arbeit zurückkehren, gaben an, dass sie sich länger hätten beurlauben lassen, wenn sie bezahlten Urlaub beziehungsweise längeren bezahlten Urlaub hätten nehmen können.

Die Familie – unverzichtbares Element auch für das Wirtschaftsleben

In seinem Kompendium der Soziallehre der Kirche (Sozialkatechismus) nimmt auch der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden zum Thema Frauen, Arbeit und Familie Stellung. Einerseits wird festgestellt, dass die Erwerbstätigkeit unerlässlich

ist, weil sie für den Unterhalt der Familie sorgt, andererseits wird allerdings betont, dass die Familie durch die Erziehung und Charakterbildung der Kinder einen entscheidenden Beitrag gerade auch im Hinblick auf die Arbeitswelt leiste.

Im Abschnitt 250 plädiert das Kompendium dafür, den Familien einen familiengerechten Lohn zu garantieren, der ihr ein angemessenes Auskommen bietet. Hinsichtlich der Frauen fordert das Kompendium im folgenden Abschnitt eine größere Wertschätzung der Arbeit, die Frauen in der Familie und beim Haushalt leisten.

Die Arbeit in und für die Familie – an erster Stelle die der Mutter – stellt nach dem Kompendium eine eminent wichtige und auf die einzelnen Mitglieder der Familie persönlich eingehende Form von Betätigung dar, die vor allem deshalb so notwendig sei, weil sie ein Dienst ist, der sich auf die Qualität des Lebens richtet und ihr ganz gewidmet ist. Dies müsse von der Gesellschaft anerkannt und entsprechend gewürdigt werden – auch durch eine finanzielle Vergütung, die mit dem Lohn für andere Formen von Arbeit Schritt hält.

Die Soziallehre der Kirche will das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Familie eine wesentliche Rolle im Wirtschaftsleben spielt und dass sie von der Gesellschaft und durch eine angemessene Politik unterstützt werden sollte. Ein Ideal, von dem wir noch weit entfernt sind. (PS/KNA/ZENIT)

Linkspartei stellt Schutz der Ehe im Grundgesetz in Frage

Die Linkspartei hat den besonderen Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz in Frage gestellt. In einem Antrag fordert die Bundestagsfraktion die rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragenen Lebenspartnerschaften in allen Rechtsbereichen, wie die Parlaments-Präsidentin am 4. Mai berichtete. In diesem Zusammenhang sollten die Möglichkeiten einer »Umgestaltung« des Grundgesetzes mit Blick auf die Regelungen zu Ehe und Familie »erneut geprüft und debattiert werden«.

Die Bundesregierung müsse »unverzüglich« ein Gesetz zur rechtlichen Gleichstellung vorlegen, forderte die Fraktion. Nach wie vor sei die Gleichbehandlung beispielsweise im Einkommensteuer-, Schenkungs- und Erbschaftsteuerrecht nicht vollzogen. Die Fraktion begründet ihren Vorstoß damit, die Ehe habe einen allgemeinen Bedeutungsrückgang erfahren. Stattdessen steige die Zahl der Paare ohne Trauschein, so genannter Patchworkfamilien und Alleinerziehender seit Jahrzehnten an. – Seit 2001 können sich gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland rechtlich verpartnern lassen. Unterschiede zur Ehe bestehen bislang im steuerlichen Bereich sowie beim Adoptionsrecht. (KNA)

BERICHT ÜBER EINE UNGEWÖHNLICHEN REISE:

Braunschweig – Warschau – Moskau – Peking – Pjöngjang – Lhasa – Almaty – Aralsee – Kiew – Warschau – Braunschweig

Mit Eisenbahn, Flugzeug und Bus in acht Wochen durch Russland und Asien

VON FRITZ WENDLAND

Anfang März bin ich von einer acht-Wochen-Tour über Land bis nach NORD-KOREA¹ heil zurückgekehrt. Meine Reise führte mich zunächst per Bus von BRAUNSCHWEIG über WARSCHAU in POLEN bis nach MARIAMPOLE in LITAUEN. Dort stieg ich in einen anderen Bus und es ging über WILNA (VILNIUS) weiter nach LETTLAND und über die Grenze nach RUSSLAND unter Umgehung von BELARUS (WEISSRUSSLAND), für das ich kein Visum hatte. Nach insgesamt 36 Stunden war ich in MOSKAU. Einen Tag

1 Hervorhebung der Orts- und Ländernamen durch Schreibweise in Kapitälchen.

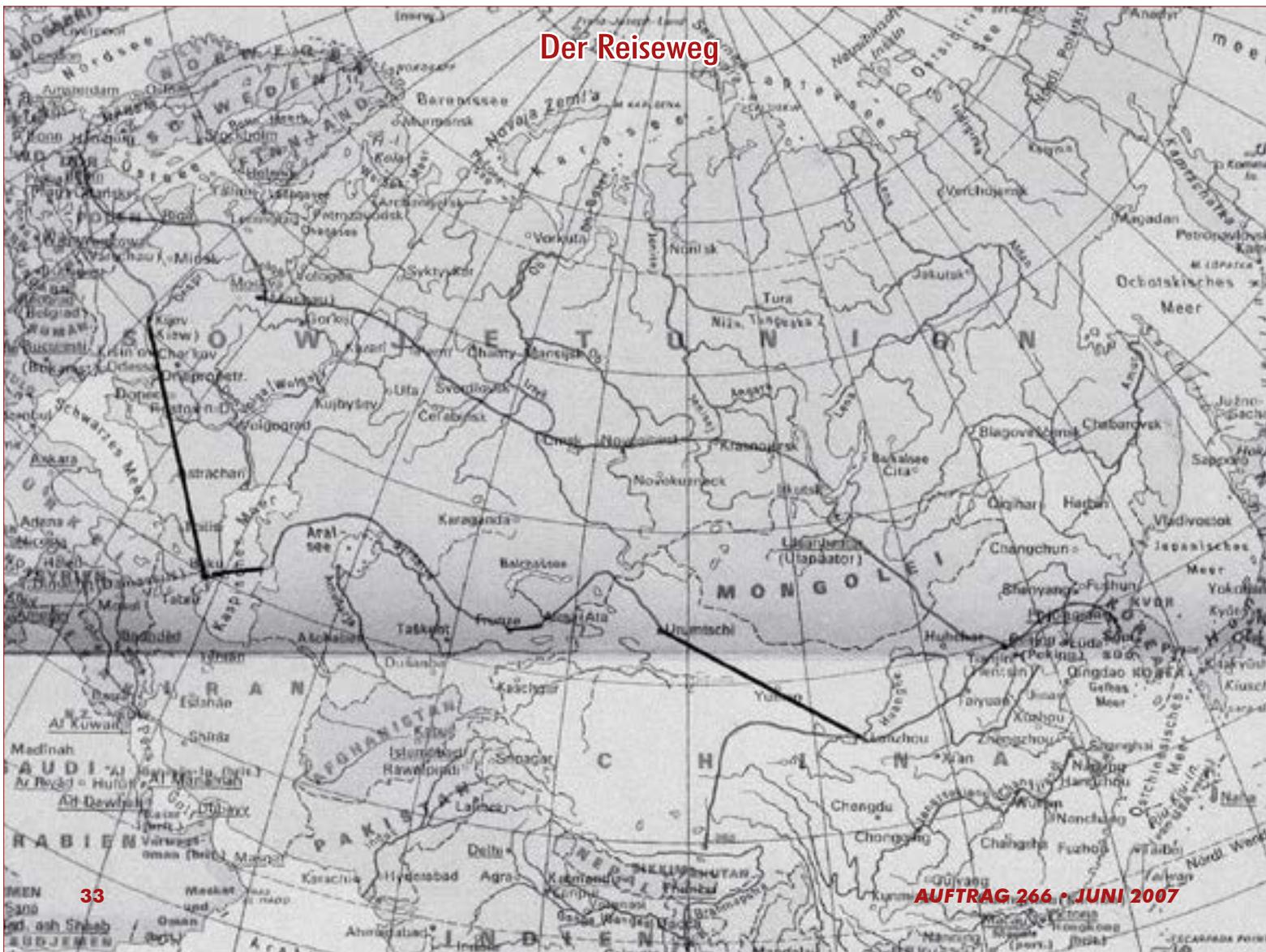
später saß ich in der Transsibirischen Eisenbahn, die mich über NOVOSIBIRSK, OMSK, KRASNOJARSK und IRKUTSK am BAIKALSEE schließlich in vier Tagen und fünf Nächten in die mongolische Hauptstadt ULAN BATOR brachte.

Ich blieb ein paar Tage in der MONGOLEI, bevor es mit dem Zug weiter nach PEKING ging. Als erstes besuchte ich in CHINA die Große Mauer. In weiteren drei Tagen erkundete ich die Hauptstadt des Reichs der Mitte. Es war sehr beeindruckend, sowohl die historischen Stätten (Verbotene Stadt, Sommerpalast, Himmelstempel usw.) als auch die modernen Bauten (Tien-

Anmen-Platz, Mao-Mausoleum) und Stadtviertel zu sehen.

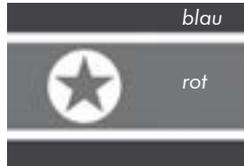
Von Peking fuhr ich mit dem Zug in 24 Stunden weiter nach PJÖNGJANG, der Hauptstadt NORD-KOREAS. Ich blieb insgesamt eine Woche in dem Steinzeit-Kommunismus-Land und kehrte auf dem gleichen Weg per Bahn nach PEKING zurück. Mir war von vornherein klar, was mich in NORD-KOREA erwarten würde, aber ich wollte dieses seit über 40 Jahren abgeschirmte Land besuchen. Nur hatte ich bisher dafür keine Gelegenheit gehabt bzw. keine Einreiseerlaubnis erhalten.

Der Reiseweg



In der Demokratischen Volksrepublik Korea

NORD-KOREA (offiziell: DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIC KOREA) ist unter seinem Diktator Kim Jong-Il einfach schrecklich. Man weiß nicht, wer verrückter war bzw. ist, sein Vater Kim Il-Sung oder er. Der Alte hatte wenigstens noch gegen die Japaner gekämpft, während der Junge weder gedient noch je gekämpft hat, dafür aber wohl einer der ganz wenigen Übergewichtigen Nord-Koreaner ist und zudem auch noch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Demgegenüber herrschen in dem Land nicht vorstellbare und einfach schreckliche Armut und Depression. Kaum Geschäfte gibt es, und wenn, dann sind sie leer. Ohne Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland würden noch mehr Menschen Hungers sterben. Keine Energie, überall ist es kalt, keine Straßenbeleuchtung, Schienen kaputt, alles läuft mit schweren Lasten bepackt zu Fuß. Nur die Hauptstadt macht eine gewisse Ausnahme. Dort gibt es ein paar Busse, aber ebenso wenig Straßenbeleuchtung oder Heizung mit Ausnahme der Hotels für Ausländer. Ich war außer einem japanischen Ehepaar der einzige ausländische »Tourist« in Nord-Korea. Ansonsten nur chinesische Geschäftsleute und die Helfer der internationalen Organisationen zur Verteilung von Lebensmitteln. Ich wurde Tag und Nacht bewacht, konnte nur in Begleitung das Hotel verlassen. Überall war ich mit meinen drei Aufpassern allein, in jedem Restaurant, jedem Park, jedem Museum, Tempel, usw. Man könnte seitenweise das absurde Theater beschreiben.



Flagge



Staatswappen



Kim Il-Sung



Amtssprache	Koreanisch
Hauptstadt	Pjöngjang (>2 Mio. Einw.)
Staatsform	Volksrepublik
Staatsoberhaupt	Ewiger Präsident laut Verfassung ist Kim Il-sung Protokollarisches Staatsoberhaupt ist Kim Yong-nam Faktischer Machthaber ist Kim Jong-Il
Regierungschef	Pak Pong-ju
Fläche	122.762 km ²
Einwohnerzahl	22.912.177 (Juli 2005)
Bevölkerungsdichte	186 Einwohner pro km ²
BIP	20,8 Mrd. USD (Stand 2004)
BIP/Einwohner	914 USD
Währung	Won (1 Euro ~180 Won)
Unabhängigkeit	seit 1948
Nationalhymne	Achimun pinnara
Zeitzone	UTC+9 (KST)
Kfz-Kennzeichen	KP
Internet-TLD	.kp (reserviert, wird nicht verwendet)

AUS DEM OFFIZIELLEN INTERNETAUFTRITT DER BOTSCHAFT DER DEMOKRATISCHEN VOLKSREPUBLIC KOREA:

Kim Jong IIs Wirken [2007-05-06]: Inspektion der 977. Truppe der KVA

Kim Jong-Il, Generalsekretär der PdAK, Vorsitzender des Verteidigungskomitees der KDVR und Oberster Befehlshaber der KVA, inspizierte die 977. Truppe der KVA, Trägerin des Titels „7. Regiment von O Jung Hup“.

Er erkundigte sich nach dem Erfüllungsstand der Aufgaben der Truppe und schaute Übungen der Armeeangehörigen zu.

Er stellte ihnen Aufgaben für weitere Stärkung der Kampfkraft der Truppe und informierte sich über die politische Arbeit unter den Truppenangehörigen, indem er Einrichtungen für ideologische und kulturelle Erziehung, darunter Kulturhaus und Bibliothek, besichtigte.

Beim Rundgang durch ausgezeichnet geschaffene Einrichtungen für rückwärtige Dienste der Truppe und die adrett gestaltete Umgebung der Kaserne kümmerte er sich sorgfältig ums Alltagsleben der Armeeangehörigen.

Er drückte seine Erwartung und Überzeugung davon aus, dass die Truppenangehörigen ihrer Mission und Rolle als Bannerträger und Sturmabteilung bei der Unterstützung der Songun-Politik vollauf gerecht werden, und ließ sich mit ihnen zum Andenken fotografieren. (www.botschaft-kdvr.de)



- 1: Am 23. Januar 1968 kaperte die nordkoreanische Marine unter ungeklärten Umständen das amerikanische Spionageschiff USS Pueblo – offiziell ein unbewaffnetes amerikanisches Forschungsschiff – aus internationalen Gewässern. Nach einem Jahr Verhandlungen konnten die USA schließlich eine Freilassung der Crew nach deren öffentlichen »Schuldeingeständnissen« erwirken. – Die Pueblo, kann als Museumsschiff auf dem Taedong-Fluss in Pjöngjang besichtigt werden. – Auf dem Pier Autor Fritz Wendland mit dem heutigen Kommandanten der P., damals junger Lt zS auf einem der Schnellboote, welche die P. aufbrachten.
- 2: Teil der elektronischen Ausstattung des US-Forschungsschiffes Pueblo.
- 3: Panmunjeom, Ort der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen N- und S-Korea. Blickrichtung aus N- nach S-K. In der mittleren Baracke finden die Verhandlungen statt. Grenze dort, wo sich die jeweils beiden Soldaten an Bodenmarkierung gegenüber stehen. Die Posten waren extra für den Autor als dem einzigen Besucher (begleitet von Dolmetscherin und Aufpasser) der Örtlichkeit aufgezogen.
- 4: Blick von N-K auf den Verhandlungstisch der Waffenstillstandskommission. Die Grenze verläuft entlang der Tischmitte. Die N-K-Soldaten stehen bereits auf S-K-Gebiet.
- 5: Schnappschuss auf einer elektrifizierten Bahnstrecke: Soldaten auf einem hoch mit Reissäcken beladenen Eisenbahnwaggon. Jeder einzelne Waggon dieses Güterzuges hatte seine militärische Wache.
- 6: Eine adrette Polizistin in Pjöngjang regelt anmutig einen mangels Masse nicht zu regelnden Verkehr.
- 7: Gigantischer Triumphbogen in Pjöngjang gegen den sich der Arc de Triomphe in Paris bescheiden gibt. Dafür wird er aber nicht wie jener durch den Straßenverkehr belastet.



6



7

8: Monumentaler Hotelbau, aber welcher Tourist fährt schon in dieses Land. Hotelhalle und Restaurant völlig leer; der Autor, sein Fahrer und die beiden »amtlichen Reiseführer« sind die einzigen Gäste auf weiter Flur.



8



1



2



4



3



5

Koreanische Volksarmee

Lauf der nordkoreanischen Geschichtsschreibung wurde die Volksarmee am 25. März 1932 von Kim Il-sung gegründet, um gegen die japanischen Besatzer zu kämpfen. Abgesehen von einem Überfall auf eine japanische Polizeistation, die zu einer Schlacht hochstilisiert wurde, ist die KVA während der japanischen Okkupation Koreas nicht in Erscheinung getreten. Unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik wurde sie wie in allen Satellitenstaaten der Sowjetunion zielbewusst und in großem Umfang militärisch aufgerüstet. Bereits 1948, als sie erstmals öffentlich in Erscheinung trat, umfasste die KVA etwa 200.000 Soldaten. Ausbilder und Waffen kamen aus der Sowjetunion.

Die Land- und die Luftstreitkräfte sind jeweils die zweitstärksten in Asien nach denen der Volksrepublik China. Insgesamt stehen ständig mehr als eine Million Soldaten unter Waffen. Die Dienstzeit beträgt je nach Waffengattung drei bis sieben Jahre. Die Ausbildung ist extrem hart, praxisgerecht und bezieht die Topographie des Landes perfekt mit ein. Hinzu kommt die Indoktrination, die es jedem Soldaten der KVA zur „heiligen Pflicht“ macht, für die Verteidigung der Volksrepublik und die Wiedervereinigung der Halbinsel bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Die Waffen gelten aber weitgehend als veraltet, Probleme mit Ersatzteilen dürften die Einsatzbereitschaft weiter begrenzen.

Neben den Hauptgegnern Südkorea und dessen Verbündeten USA ist vor allem Japan aufgrund seiner Besatzungspolitik in Korea bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ein wesentlicher Teil des Feindbildes der Koreanischen Volksarmee. (aus: www.wikipedia.de, Stichwort »Nordkorea«)

Mit dem Zug ging es nach der Rückkehr nach PEKING in 50 Stunden schließlich weiter über LANZHOU und GOLMUD nach TIBET und dessen Hauptstadt LHASA. Die letzten 1.000 km Eisenbahnstrecke in dieses von den Chinesen besetzte und abgeschiedene Land wurden erst vor sechs Monaten fertiggestellt. TIBET liegt zwischen 3.000 und 6.000 m hoch. Bei dieser Bahnfahrt durch TIBET mußten Pässe mit bis zu 5.200 m Höhe überwunden werden. LHASA liegt 4.000 m hoch, das Atmen fällt bei körperlicher Anstrengung dann schon schwer. Manche Menschen halten diese Höhe überhaupt nicht aus und werden lebensgefährlich krank bzw. müssen sofort in tiefere Lagen ausweichen.

Der Palast der früheren Könige und Dalai-Lama, der Potala, ist ein wahrer Schatz. Obwohl sich die kommunistischen »Roten Garden« Mao Tse-Tungs in der Zeit der sogenannten »Kulturrevolution« in den 1960er Jahren alle Mühe gaben, die tibetische Kultur auszulöschen und deren Heiligtümer zu zerstören, ist immer noch viel Überwältigendes zu bestaunen. Die Frömmigkeit der Tibeter haben auch 50 Jahre chinesischer Überfremdung und brutaler Unterdrückung nicht zerstören können. Es gibt mittlerweile mit dem chinesischen Reformkommunismus seit Deng Xiao Ping wieder eine gewisse Freiheit für die tibetische

Kultur und Religion. Allerdings beschränkt sich die tibetische Kultur nur noch auf den Potala und einige wenige Tempel sowie die kleine Altstadt von LHASA.

Von TIBET fuhr ich mit ziemlichen Verzögerungen wieder fast 2.000 km mit dem Zug nach Nordosten bis LANZHOU zurück. Es gab keine andere Möglichkeit, in die Hauptstadt der chinesischen Provinz SINKIANG, URUMCHI, zu gelangen. Ich geriet mit-

Umweltkatastrophe ARALSEE

Vor 1960 war der Aralsee der viertgrößte Binnensee der Erde (Oberfläche 66.900 km². Heute ist er nur noch der achtgrößte (weniger als 31.000 km²) und hat etwa 75 Prozent seines früheren Wassergehalts verloren.

Die ursprüngliche Höhe des Meeresspiegels lag bei 53 m ü. NN. Die durchschnittliche Tiefe betrug im Schnitt 20 bis 25 m (an der tiefsten Stelle 68 m), doch inzwischen hat diese um 13 m abgenommen – Tendenz weiter fallend. Die Uferlinien verschoben sich teilweise bis zu 120 km. Ehemalige Fischerdörfer liegen 10 km vom Wasser entfernt. Durch den enormen Wasserverlust stieg die Salzkonzentration stark an und liegt heute bei etwa 10-36 g/l, was dem Salzgehalt offener Meere entspricht.

ten in das chinesische Neujahrsfest. Die Bahnen und Busse waren auf Tage ausgebucht und zusätzlich bekam ich keine Polizeigenehmigung, die Provinz GANSU zwischen TIBET und SINKIANG zu durchqueren. Als Einzelreisender, der alles auf eigene Faust unternimmt, ist das Reisen in solchen Ländern oftmals recht beschwerlich. Man muss sich mit Reisegenehmigungen, der Polizei und Behörden herumschlagen. Auch für den Besuch TIBETS musste ich vorher eine Genehmigung beantragen. Alles kostet natürlich auch Geld.

So nahm ich von LANZHOU das Flugzeug nach URUMCHI. Dort stieg ich in einen Zug, der nur an zwei Tagen in der Woche verkehrt, und erreichte die ehemalige Hauptstadt von KAZAKHSTAN, ALMA ATA (ALMATY). Übrigens wurden alle Schlafwagen der Transsibirischen Bahn und auch der grenzüberschreitenden Züge in KAZAKHSTAN, KYRGYSTAN, der UKRAINE (also den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion) in AMMENDORF (Stadtteil von HALLE) im dortigen »VEB Waggonbau Ammendorf« hergestellt!

ALMATY ist eine junge, rein russische Stadt, obwohl sie so weit im Osten kurz vor der chinesischen Grenze liegt. Selbst die meisten Kasachen dort sprechen nur russisch. Ansonsten ist das Land komplett zweisprachig: russisch und kasachisch (eine Turksprache wie auch kirgisisch und usbekisch). Aber die Russen haben in den 140 Jahren ihrer Herrschaft über KAZAKHSTAN dem Land und den Menschen ihren Stempel aufgedrückt.

Ich besuchte kurz die kirgisische Hauptstadt BISCHKEK (früher FRUNSE) mit dem Bus von ALMATY aus und kehrte von dort mit dem Zug BISCHKEK-MOSKAU weiter westlich nach KAZAKHSTAN zurück, um mir einige Städte und Bauwerke und vor allem die Reste des ARALSEES anzusehen. Da haben sich die Kommunisten unter Chruschtschow schon ein sauberes Stück absoluter Umweltzerstörung geleistet: Die beiden Flüsse Syr-Darja und Amu-Darja, die sonst den Aralsee speisten, werden seit den 1960er Jahren zur Bewässerung der in den Steppen USBEKISTANS und SÜDKAZAKHSTANS künstlich angelegten Baumwollfelder umgeleitet. So bleibt für den See kein Wasser mehr übrig.

Die Schiffe der ehemaligen Fischfangflotte und die Ausflugsdampfer liegen vielerorts auf dem Grund des Aralsees und rosten vor sich hin. Man kann im See jetzt »spazieren« gehen, wenn man bei minus 35° C dazu Lust verspürt.

Der Witz an der Geschichte ist, dass es mit der Baumwolle auch nicht mehr so richtig klappt, weil die Böden durch übermäßigen Handelsdünger und Pestizide völlig vergiftet sind.

Endpunkt in KAZAKHSTAN war die Ostküste des KASPISCHEN MEERES, das ich von der Stadt AKTAU per Flugzeug zur aserbaijanischen Hauptstadt BAKU überquerte. Von BAKU flog ich nach einigen Tagen weiter nach KIEW, um von dort mit dem Zug nach WARSCHAU und mit einem anderen nach BERLIN zu fahren. Ein Zug von BAKU nach KIEW verkehrt nur einmal in der Woche und das russische Visum hätte entweder lange auf sich warten lassen oder wäre als Express-Visum teurer als der Flug gekommen. Übrigens lassen die Azeris (die Bewohner AZERBAIJANS), auch ein islamisches Turk-Volk mit Turk-Sprache, die Russen wie die Pest. Mit den christlichen Georgiern, ihren Nachbarn im Westen sind sie jedoch gut befreundet. Die Georgier sind mit den Russen ebenfalls verfeindet. Das ist für den Fremden alles recht undurchsichtig, aber durchaus sehr interessant. Wir Deutschen meinen ja seit Auschwitz, nun mit jedem gut Freund sein zu müssen und es allen und jedem recht zu machen. Reisen bildet wirklich!

Die Bahnfahrt von KIEW, Abfahrt um 12 Uhr mittags nach WARSCHAU (Ankunft am nächsten Tag um 7 Uhr morgens) war noch mal ein so richtiges »Highlight«. Die vier schönen alten Ammendorfer Schlafwagen waren nämlich komplett von der Zigaretten-Mafia präpariert und besetzt worden. Ich war der einzige echte Reisende, alle andere waren Schmuggler. Zwar holte die polnische Zollfahndung aus meinem Waggon etwa fünf große Säcke mit Zigarettenstangen hinter den Wandverkleidungen hervor. Aber das war nur »Show« und die Spitze des Eisbergs, denn nachdem der Zug sich nach zweistündiger polnischer Grenzkontrolle wieder in Bewegung setzte, ging es richtig los. Die mitfahrenden Mafiosi zerlegten praktisch den gesamten Waggon und die anderen

drei Schlafwagen natürlich auch. Es kamen säckeweise die echten Mengen an Zigarettenstangen zum Vorschein, die sofort in Rekordzeit umgepackt wurden und unterwegs auf menschenleeren Bahnhöfen bzw. außerplanmäßigem Stop aus dem Zug gebracht wurden. In Warschau war außer mir kein echter Reisender mehr im Zug. Ich habe mich wirklich wie im Film gefühlt und bewundernd zugeschaut (die Schmuggler ließen sich überhaupt nicht stören!). Bewunderung wegen der minutiösen Planung und der perfekten Zusammenarbeit mit Fahrkartenverkäufern in KIEW, Schaffnern, Lokführer, polnischer Polizei und Zoll – sagenhaft. Und POLEN ist in der Europäischen Union – ha, ha, ha!

So auf dem Papier hört sich die Reise sehr einfach an. Aber ganz so einfach geht das nun doch nicht, denn man braucht für die meisten der genannten Länder ein Visum. Das kann lange dauern (bei den Russen zwei Wochen und dann noch 50 Euro) oder sehr teuer sein, wenn man es innerhalb eines Tages haben möchte (bei den Russen 200 Euro!). Dann kommen die Scherereien mit der Polizei hinzu, denn in etlichen ehemaligen kommunistischen Ländern muss man sich immer noch in jedem besuchten Ort anmelden. Die Polizei hat aber oftmals keine Lust die Anmeldung vorzunehmen, weil sie dann ja mal arbeiten muss. Oder es ist niemand da. Dann hilft nur Bestechung. Die Polizei in diesen ehemals kommunistischen Staaten ist ohnehin ausländerfeindlich und versucht mit allen Mitteln, fremde Besucher auszurauben. Also nicht wie bei uns der Slogan »Die Polizei – Dein Freund und Helfer«, nein, da heißt es »Die Polizei – Dein Feind und Räuber«. Aber das wusste ich ja schon alles vorher von meiner Reise im letzten Sommer mit dem Motorrad durch die UKRAINE und nach RUSSLAND.



Es kommen aber auch noch andere Widrigkeiten hinzu, so z.B. das schon erwähnte einwöchige chinesische Neujahrsfest (immer Beginn am Wochenende vor unserem Rosenmontag), wenn für eine Woche alle Fernzüge und Überland-Busse komplett ausgebucht sind oder viele Langstreckenzüge nur einmal in der Woche fahren. Na ja, und so weiter und so fort. Und ein bißchen kälter ist der Winter in den genannten Ländern auch. So erlebte ich in der MONGOLEI wie auch am ARALSEE eine bittere Kälte von -30° bis -35° C. Ansonsten bewegte ich mich die ganze Zeit bei »normalen« Temperaturen von -10° bis -20°. In TIBET gibt es keine Heizung in den Zimmern. Also zieht man alles an, was man hat, wenn es ins Bett geht. Die Temperaturen sind unter 0° im Zimmer. Da kommt Freude auf. In den primitiven »Restaurants« wird mit getrocknetem Yak-Dung der Herd angefeuert und gekocht. Da ist es dann wenigstens halbwegs warm, auch wenn es »tierisch« nach der Feuerung stinkt.

Insgesamt werde ich wohl so an die 20.000 km mit der Bahn zurückgelegt haben. Hinzu kommen noch die Busfahrten BRAUNSCHWEIG-MOSKAU, ALMATY-BISHKEK sowie die Flüge LANZHOU-URUMCHI, AKTAU-BAKU und BAKU-KIEW.

Das war nur eine kurze Zusammenfassung meiner Reise. Ich hatte natürlich viele interessante Erlebnisse und Begegnungen. Vor allem aber bin ich gesund und fit durch alle Strapazen gekommen. Und, was am wichtigsten ist, ich habe etwas über mich selbst gelernt und erfahren. Reisen sind oft recht erkenntnisreich. Wohl gemerkt: Reisen, nicht Tourismus. □

»Polen und Deutsche verbindet mehr als uns trennt«

Ein Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung zum 85. Geburtstag von W. Bartoszewski

Professor Wladyslaw Bartoszewski, nach der Wende Botschafter Polens in Österreich (1990-95) und 1995 sowie 2000/01 Außenminister in Warschau, kann auf ein Leben reich an Erfahrungen als polnischer Historiker, Publizist und Politiker zurückblicken. Am 19. Februar 1922 in Warschau geboren, kämpfte er im II. Weltkrieg in seiner Heimat im Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Auch die Gräueltaten als Häftling des Konzentrationslagers Auschwitz blieben ihm (1940-41) nicht erspart. Danach musste er in der kommunistischen Diktatur sechs Jahre in polnischen Gefängnissen verbringen. Dies hielt ihn aber nicht davon ab, sich für die Gewerkschaft Solidarnosc aktiv einzusetzen. 1986 wurde Bartoszewski mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet, 1997 erhielt er das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete am 29.03.2007 zur Würdigung der Verdienste des anwesenden Jubilars um die deutsch-polnische Aussöhnung ein Kolloquium in Berlin.

AUFTRAG dokumentiert anhand der Aussagen Bartoszewskis in verschiedenen Interviews sein Verständnis über die Beziehungen sowohl zwischen Polen und Deutschland als auch zur Europäischen Union.

Das Kolloquium stand unter dem Thema: »DIE EUROPÄISCHE WERTEGEMEINSCHAFT – DEUTSCHLAND UND POLEN IN IHRER GEMEINSAMEN VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS«. Auf die Frage, welche verbindenden Werte die beiden Länder trotz ihrer so unterschiedlichen und auch schwierigen Vergangenheit hätten, antwortete Bartoszewski, der immer eine positive Einstellung zu Deutschland hatte: Die Vergangenheit sei kompliziert gewesen. Die gemeinsamen Werte resultierten jedoch aus der Jahrtausende alten Zugehörigkeit zur europäischen Kultur und Wertegemeinschaft mit ihren christlichen Werten. Christliche Organisationen hätten nicht nur die große Politik, sondern vor allem das Gesundheits- und Schulwesen geprägt. Ebenso basiere die Rolle der historischen Mitgestaltung des Landes und des Volkes auf der Verbindung zur Kirche, was in der polnischen Tradition und Volksüberlieferung tiefer verankert geblieben sei als in Deutschland. Gemeinsam sei fast alles, die Epoche der kulturell-geistigen Entwicklung und die Verwicklung in die Machtpolitik. Und es gäbe kein Volk, mit dem die Deutschen mehr gemischte Ehen gehabt und immer noch haben als mit den Polen; das

seien Millionen. Der gemeinsame katholische Glaube sei immer wichtiger gewesen als das Nationale. Und wir hätten jedes Jahr mehr als 250 Millionen Grenzübertritte auf dem Landweg zwischen Polen und Deutschland.

Hinsichtlich der Verantwortung beider Länder für die Zukunft Europas, führte Bartoszewski aus, hänge das jetzige Leben nicht nur von der Geschichte sondern von der Alltagsrealität, von pragmatischen Bewertungen der Lebensumstände, von dem globalen Blick auf die wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Entwicklungen ab. Das sei eine Tatsache, die nicht nur für unsere beiden Länder gelte. Aber weil wir Nachbarn mit vielleicht 125 Millionen Menschen seien, die sich ähnlich kleiden, Ähnliches essen und ähnliche Vorstellungen über Literatur und Kultur haben, seien die Unterschiede nicht so groß wie z.B. zu Japanern, Philippinos oder Südamerikanern. Deshalb müssten wir uns miteinander wie in einer Familie verstehen, in der nicht alle Brüder und Schwestern dasselbe denken müssen.

Trotz der gegenwärtigen Irritationen zwischen Berlin und Warschau ist Bartoszewski einigermaßen optimistisch. Die Spannungen seien künstlich aufgebauscht worden. Es



Foto: Mariusz Kubik, PL

seien gewisse riskante Schritte der rot-grünen deutschen Bundesregierung in Richtung Moskau gewesen ohne Rücksichtnahme auf das Familienmitglied Polen. Unsere beiden Staaten sind in der Europäischen Union und in der NATO und nicht das Russland von Wladimir Putin. Dies beinhalte eine gewisse psychologische und politische Verpflichtung, was die Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr gut zu verstehen scheine und was „uns Polen“ sehr freue.

Bezüglich eines gemeinsamen Wertekanons der Europäischen Union sagte Prof. Bartoszewski, man müsse mindestens die großen humanen Werte der europäischen Geschichte als Richtlinien oder Rahmenbedingungen nennen. Gleichzeitig dürfe aber nicht die neue Situation einer globalen Welt und die Rolle der USA vergessen werden. Man müsse auch berücksichtigen, dass die Russische Föderation nicht mehr die Sowjetunion sei, aber viele Methoden in unseren Augen nach europäischen Maßstäben von der Demokratie weit entfernt seien. Dies ängstige die Polen in der Mitte Europas gelegentlich. Deshalb müsse die Situation ruhig und ausgewogen bewertet und in einer Vereinbarung des deutschen, polnischen und französischen Denkens ein Konsens gesucht werden.

Die Gemeinsamkeit der Völker in der Europäischen Union erwarte

er in zwei Generationen verwirklicht, schloss der 85-jährige polnische Historiker und Politiker.

Zum Abschluss noch zwei polnische Presse-Reaktionen auf die Berliner Veranstaltung. Die Polnische Presseagentur PAP berichtete am 30. März in einem ganzseitigen Beitrag über die Feier. Bartoszewski habe unterstrichen, dass das Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen, das von Krzysztof Skubiszewski und Hans-Dietrich Genscher gelegt wurde, auch gegenwärtig nicht bedroht sei. Er lobte die Polenpolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel und kritisierte gleichzeitig die polnische Regierung. Weiter heißt es, der Warschauer Oppositionsführer Donald Tusk habe in seiner Rede den polnischen Jubiläum als seinen Lehrmeister bezeichnet. Er habe ihm schon in den 70er und 80er Jah-

ren klar gemacht, dass die deutsche Einheit auch im Interesse Polens liege. Tusk hob hervor, dass Bartoszewski stets für ein Polen eingetreten sei, das keine geschlossene Festung sondern eine Brücke hauptsächlich zwischen West- und Osteuropa sei. Weiter unterstrich der Oppositionsführer, dass es die gemeinsame Aufgabe von Polen und Deutschen sei, die westlichen Werte, wie den Dekalog (die Zehn Gebote, die Red.), die Freiheit, den Rechtsstaat, die Solidarität und den demokratischen Kapitalismus zu verteidigen.

Und die zweitgrößte Tageszeitung Polens, die liberale *Gazeta Wyborcza*, beginnt am 30.03. ihren Bericht mit einem Zitat von Prof. Bartoszewski: „Meine Frau hat mir einmal gesagt, dass mich nur die Deutschen, die Juden lieben und sie selbst. Dar-

auf habe ich geantwortet, dass man doch die Propheten im eigenen Land nicht liebt.“ Die Redner, unter anderem Prof. Bernhard Vogel, hätten die Leistungen Bartoszewskis und seinen Einsatz für die deutsch-polnische Versöhnung hervorgehoben. Auch Altbundeskanzler Helmut Kohl, der nicht persönlich anwesend sein konnte, habe in einem Grußwort betont, dass der Geehrte ein Glücksfall für sein Land und ganz Europa sei.

Bartoszewski äußerte, dass unabhängig davon, wer gerade regiere die deutsch-polnische Annäherung voranschreiten müsse. Über die Deutschlandpolitik der gegenwärtigen Regierung in Warschau sagte der Historiker, man dürfe keine Drohkulisse aufbauen ohne das entsprechende Machtpotenzial zu haben, die eigenen Interessen durchzusetzen. (bt)

GESELLSCHAFT IN POLEN:

Empörung in Polen über Papst-Satire

Eine Satire über den verstorbenen Papst Johannes Paul II. sorgt in Polen für Empörung. Staatspräsident Lech Kaczyński nannte den im Online-Angebot der Zeitung »Die Welt« veröffentlichten Artikel vor Journalisten in Warschau beunruhigend. Auch Außenministerin Anno Fotyga von der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zeigte sich »persönlich sehr beunruhigt«. Die polnische Presse berichtete ausführlich und mit Unverständnis. Die kleine ultrarechte Regierungspartei Liga Polnischer Familien (LPR) nannte den Artikel einen Skandal und rief zum Boykott der Zeitung auf. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hatte die Satire verteidigt. »Es ist Teil der Meinungsfreiheit im demokratischen Staat, mit dem Mittel der Satire Kritik an Persönlichkeiten und Institutionen zu üben«, erklärte DJV-Bundvorsitzender Michael Konken. Katholiken müssten dieses Grundrecht, von dem auch sie profitierten, akzeptieren. Die Auseinandersetzungen um die Mohammed-Karikaturen hätten gezeigt, dass die Pressefreiheit verteidigt werden müsse.

Die konservative Tageszeitung

»Rzeczpospolita« schrieb, dies sei nicht die erste verletzend Satire der »Welt«. Das Blatt habe sich schon im November 2006 in ähnlichem Stil über Polen lustig gemacht. Die linksliberale »Gazeta Wyborcza« kommentierte, die Deutschen machten sich nur zu gern über Ausländer lustig; über sich selbst könnten sie allerdings nicht lachen. Das Boulevardblatt »Fakt«, das wie »Die Welt« zum deutschen Axel-Springer-Verlag gehört, schrieb: »Wenn in Deutschland Polen und Katholiken solch eine Achtung und Respekt genießen wie Araber und Muslime, würde »Die Welt« natürlich Johannes-Paul II.-Karikaturen genauso meiden wie Mohammed-Karikaturen. Aber man kann ja schwer anfangen, Deutsche zu entführen und Gebäude in die Luft zu jagen, um unsere westlichen Nachbarn vor der Eruption ihres Witzes zu schützen.« In Polen wurden mehrfach Journalisten wegen der Herabwürdigung des Papstes verurteilt.

Polnisches Zerrbild vom deutschen Nachbarn

In diesem Zusammenhang interessiert ein Bericht, den Joseph Croitoru unter der Überschrift »Saures vom Nachbarn – Die »Bild«-Zeitung

und ihr polnisches Pendant »Fakt« in der FAZ (14.04.) veröffentlichte. Darin heißt es: »Das Deutschland-Bild wird in Polen maßgeblich von der seit Oktober 2003 vom Springer-Konzern herausgegebenen Tageszeitung »Fakt« geprägt. Während der Konzern, so schreibt Maren Röger in dem deutsch-polnischen Jahrbuch »Inter-Finitimos«, in der heimischen »Bild«-Zeitung um die Pflege des deutschen Patriotismus bemüht sei, zeichne sein polnischer Ableger »Fakt« oft ein unschmeichhaftes Bild von der Bundesrepublik. Die Autorin stuft rund ein Fünftel der Artikel als »kritisch« ein: »In diesen Artikeln wird der Nachbar kritisiert, ihm wird hegemoniales Verhalten vorgeworfen und es werden Stereotypisierungen vorgenommen. Dabei verdichtet sich der kritische Blick auf bestimmte Diskurse, wie den über EU-Konflikte, deutsche Eigentumsrückforderungen und polnische Reparationsforderungen. Negative Werturteile und historische Klischees werden in diesen Kontexten massiv wiederholt und es kommt phasenweise zu anti-deutschen Kampagnen.«

(aus: *GKP-Informationen* V/Mai 2007, S. 11)

POLNISCHE STREITKRÄFTE: Sowjetabsolventen müssen gehen

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Nachdem der »Militärische Informationsdienst WSI«, Polens GRU, unlängst aufgelöst wurde, nahmen sich die Staatsanwaltschaften des polnischen »Instituts für nationales Gedenken IPN« die kommunistische Vergangenheit seiner Angehörigen unter die Lupe. Der Effekt: Wer sich persönlich etwas zu Schulden kommen ließ, dem wurde die Offizierspension drastisch gekürzt oder er wurde gar noch degradiert. Zum Vergleich: Die Pension eines WSI-Offiziers – auch die der zivilen Stasi sowie der Miliz – betrug 7.500 Zloty (1 Euro ~ 4 Zloty), die Rente eines Kommunismus-Opfers 700 Zloty. Jetzt müssen belastete Offiziere mit 600-700 Zloty auskommen.

Nun sind alle Generale und Admirale im Visier, die eine Militärakademie der Sowjet-Armee oder der NVA ab-

solviiert haben. Und das ist die Hälfte der gesamten polnischen Generalität und Admiralität. So mussten der Chef der »Operativen Führung«, General Henryk Tacik, und der Stabschef der Landstreitkräfte, General Zbigniew Cieslik, ihren Hut nehmen. General Tacik half es nicht, dass er nach der »Wende« 1989 noch eine Ausbildung in Washington bekam. Cieslik ist mit Tacik Absolvent der sowjetischen Generalstabsakademie. Ebenso packten die beiden Stellvertreter Taciks, Vizeadmiral Marian Prudzienica und General Jozef Leszega, die Koffer. Prudzienica ist Absolvent der Militärakademie der NVA in Dresden. Gegangen ist auch der Vizestabschef der Landstreitkräfte, General Wijciech Kubiak, Absolvent der Panzerwaffenakademie der UdSSR.

IPN gab ferner bekannt, dass jetzt die evangelische Kirche Polens an der Reihe ist, deren Führung besonders eng mit der kommunistischen Führung liiert war. In Kürze werden auch Journalisten, Juristen, Akademiker – primär aus sensiblen Berufen, wie Physiker und Chemiker, und wiederum voran Absolventen sowjetischer Hochschulen, Universitäten und Akademien – durchleuchtet. Wer nämlich zum Studium in der UdSSR zugelassen wurde, musste sich einer strengen Kontrolle seitens der heimischen Dienste und später des KGB unterziehen. Er oder sie musste ideologisch vollkommen zuverlässig sein. Man gehörte – erst richtig nach Rückkehr vom Studium – zu den Privilegierten des roten Regimes und hatte das Eintrittsbillet zur Nomenklatura.

SPANISCHER SENAT: Rotpolnische Spanienkämpfer diskriminiert

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Der sozialistisch dominierte spanische Senat sieht die Veteranen der rotpolnischen Brigaden des Spanischen Bürgerkriegs diskriminiert. Der Grund: Die polnische Regierung hat die Renten aller Funktionäre auf ein Durchschnittsminimum von 600 Zloty (= 150 Euro) reduziert. Früher waren sie im Minimum um die 4.000 Zloty (= 1.000 Euro) hoch.

Dem hält die halbamtliche, bürgerliche Tageszeitung »Rzeczpolitia« eine Expertenmeinung entgegen. Unter dem Titel »Die Soldaten Stalins« stellt der Historiker und Mitautor des Buches »Die Geschichte Spaniens«, Prof. Pawel Machcewicz, klar, dass die »Internationalen Brigaden«, die am spanischen Bürgerkrieg teilnahmen, »von Anfang an bis zum Ende eine Schöpfung des weltkommunistischen Kominterns eine Schöpfung Stalins« gewesen seien. Die Polen, die ihnen angehörten, waren Mitglieder kommunistischer Parteien oder deren Sympatisanten. Sie kamen sowohl aus Polen als auch den Reihen polnischer Emigranten in Frankreich. Nur ein Teil sei sich nicht darüber im Klaren

gewesen, dass »sie im Interesse Stalins kämpften und unter der Kontrolle der Komintern und des sowjetischen Geheimdienstes NKWD standen.«

Die Brigaden spielten öfters eine entscheidende Rolle: An der Front und in der Auseinandersetzung mit den rivalisierenden Anarchisten. In den roten Brigaden waren sowjetische Militärdienstgrade und deren Kennzeichnung obligat. Das Offiziercorps war sowjetisch oder auch sowjetisch mit polnischer Herkunft, wie der spätere polnische Verteidigungsminister, General Karol Walter-Swierczewski, der 1947 angeblich im Kampf mit ukrainischen Freiheitskämpfern in den polnischen Bieszczadygebieten fiel.

Nach dem Spanischen Bürgerkrieg wurden viele der rotpolnischen Spanienkämpfer in Frankreich interniert. Viele wiederum schlugen sich später in die UdSSR durch, traten der kommunistischen »Polnischen Arbeiterpartei« und den rotpolnischen Partisaneneinheiten »Volksgarde« bei. Die »Dabrowski«-Leute, so genannt nach dem General, der während der Napoleon-Ära die polnische Legion in

Italien befehligte und nach dem die polnische Nationalhymne bezeichnet wird (»Marsch, marsch Dabrowski, von Italiens Erde gen Polen ...«), waren laut Prof. Machcewicz gemeinsam mit den sowjetischen Fallschirmjägern die ersten Bolschewiken, die über Polen im letzten Weltkrieg abgesetzt wurden und eine ordentliche militärische Ausbildung besaßen. Sie bildeten den Kern für die ersten polnisch-kommunistischen Dienste, den »Militärischen Informationsdienst« (WSI) in der Volksarmee und den zivilen Geheimdienst (SB) im Ministerium für Staatssicherheit. Dank ihrer Auslandserfahrungen knüpften sie bald im Westen das erste kommunistisch-polnische Spionagenetz. Dessen erstes Ziel war die Vernichtung dortiger polnischer Emigrantenzentren; ergo auch in der alten Bundesrepublik, voran die der nationalpolnischen Einheiten. Wie das im Kommunismus so üblich war, wurden nicht wenige von der eigenen »Revolution gefressen«, will heißen, als »Westler« vom eigenen Apparat eliminiert. Doch später wieder rehabilitiert, so dass sie bis zum Rentenalter an den Schalthebeln des Sicherheitsapparates – wie des unlängst aufgelösten WSI – saßen. □

Polen bevorzugen Omis vor Kinderkrippen

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Auch im Nachbarland Polen beobachtet man die Kinderkrippen-Diskussion in Deutschland. Jedoch hat man sich schon vor einem halben Jahrhundert entschieden: Für das Modell »Oma«. Damals wurden in der »DDR« und im gesamten Ostblock die Kinderkrippen eingeführt. Sie wurden aber in Polen – nicht ohne Einfluss der Kirche – abgelehnt. Abgelehnt auch von Soldatenfrauen. Sogar der damalige Politchef der Volksarmee, Vizeverteidigungsminister General Wojciech Jaruzelski, ließ sein Töchterchen von seiner Schwiegermutter erziehen, derweil die Ehefrau, wie die meisten Polinnen, nach

der Babypause ihrem Job nachging,

Die meisten Kinderkrippen machten bald dicht. Sie wurden zumeist nur von den Babys streng atheistischer Ehepaare frequentiert. Und natürlich waren sie marxistisch ideologisch ausgerichtet, wie die Amtskirche zu Recht befürchtete. Die Omis waren plötzlich so gefragt, dass auch der sozialistische Staat dies nicht übersehen konnte. Und so gibt es seitdem im Januar den »Tag der Oma«.

Das Gros der Omis sorgte für eine katholisch religiöse Erziehung ihrer Enkelkinder. Notfalls ließen sie sie sogar insgeheim taufen. Sie sorgten dafür, dass die moralischen Werte weitergegeben wurden. Mit dem Er-

* * *

US-Politologe Samuel Huntington 80 Jahre alt

VON KNA-MITARBEITER RONALD GERSTE

Es wird noch einige Zeit dauern, und der Westen wird die dominierende Kultur weit in dieses Jahrhundert hinein bleiben – doch sein Niedergang findet statt. Das ist eine Kernaussage aus dem an griffigen Formeln reichen Werk des Samuel Huntington. Viele seiner Erkenntnisse polarisieren – oder werden von Teilen des Publikums bewusst als provokant empfunden. Am 18. April 1927 wurde Samuel Philips Huntington in New York geboren.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert wirkt der Politikwissenschaftler und ehemalige Präsidentenberater an der Harvard-Universität in Boston. Mit einer Offenheit, die im Zeitalter der »political correctness« selten ist, hat er fast alle gesellschaftlich relevanten Gruppen früher oder später verärgert. Huntington, der sich als »eine Art Anglikaner« bezeichnet, hat den meisten Religionen und Staaten Unerfreuliches ins Stammbuch geschrieben. Der Westen, so erklärt er etwa, habe seinen Aufstieg und den Sieg im Kalten Krieg nicht der Brillanz seiner Ideen, Werte oder Religion zu verdanken, sondern seiner Überlegenheit in der Anwendung organisier-

ter Gewalt. Zum Wesen der westlichen Demokratien und hier vor allem der amerikanischen, so Huntington in seinem bekanntesten Werk, dem 1996 erschienenen »CLASH OF CIVILISATIONS«, gehöre Heuchelei und das Anlegen unterschiedlicher Wertmaßstäbe: »Die Demokratie wird gefördert, aber nicht, wenn sie islamische Extremisten an die Macht bringt. Die Nichtweitergabe von Atomwaffen wird dem Iran und Irak gepredigt, nicht aber Israel. Menschenrechte sind ein Thema für China, nicht aber für Saudi-Arabien.«

Im Brennpunkt der Diskussion um Huntington steht jedoch seine Einschätzung des Islam. Schon lange vor dem 11. September 2001 prophezeite er, dass die Auseinandersetzungen der Zukunft weniger zwischen Nationalstaaten als zwischen Kulturen stattfinden würden. Dass er als einen potenziellen Gegner der Kultur der freiheitlich-westlichen Demokratien vor allem den Islam sah, wird in seinen Schriften angedeutet. Die Warnung vor einem militanten Islam hat Huntington, der sich als Demokrat sieht und keineswegs Anhänger der Bush-Regierung ist, massive Anfeindungen der Linken, von Muslimverbänden und

folg, dass nach neuesten Umfragen 90 Prozent aller Polinnen und Polen sich heute weiterhin dem katholischen Glauben verpflichtet fühlen. (Die Durchschnittspolin – auch die Akademikerin – ist mit ca. 25 Jahren verheiratet und hat ihr erstes intimes Verhältnis mit 18 Jahren neun Monaten.) Der Iststand hat sich heute nur wenig geändert: Wenn die Oma nicht »greifbar« ist, wird ein ukrainisches Kindermädchen engagiert.

Es gibt im heutigen Polen wieder Soldatinnen. Wenn diese ein Kind bekommen, greifen sie auf die allgemein bürgerlichen Gegebenheiten zurück. Kinderkrippen sind jedoch für sie tabu. – Übrigens weiß man gar nicht, wie viele der Kinderkrippen aus der Ära des real existierenden Sozialismus noch übrig geblieben sind. □

Verfechtern des Multikulturalismus eingebracht. Im Gegenzug zeichnete Huntington ein vernichtendes Bild der amerikanischen Geschäfts- und Intelligenz, die er als abgehoben von den Wertvorstellungen der Normalbürger sieht. Amerikaner seien patriotisch wie kaum eine andere Nation; die sogenannten Eliten hingegen hätten Schwierigkeiten, sich zu ihrem Land zu bekennen.

Huntington sieht die Zukunft der USA aber nicht nur durch islamistischen Terror, sondern auch durch illegale Einwanderung aus Mexiko bedroht. »Amerikas Kernwerte«, meint er, »sind die christliche Religion, protestantische Werte wie Individualismus, Arbeitsethos und Moral, die englische Sprache sowie die britischen Traditionen in der Gesetzgebung und die europäische Tradition in Kunst, Literatur und Philosophie.« Die Erfolgsgeschichte der Nation beruhe auf der Amerikanisierung immer neuer Einwandererwellen. Das sei vor allem durch das amerikanische Schulsystem und durch den Druck auf Neuankömmlinge erfolgt, die englische Sprache zu beherrschen. Doch diesen Weg habe man verlassen; eine hispanische Nebenkultur wachse heran, die Gesellschaft werde zunehmend fragmentiert. Und die Elite, so beklagt Huntington, unternehme nichts gegen diesen Prozess oder fördere ihn gar. (KNA)

VOR 70 JAHREN: Enzyklika »Mit brennender Sorge«

Am Palmsonntag 1937 wurde zum ersten Mal eine Enzyklika direkt von den Kanzeln der katholischen Kirchen in Deutschland verlesen. Ebenfalls erstmals wurde eine Enzyklika des Papstes in deutscher Sprache veröffentlicht. Wie kam es dazu?

1933 schloss die neue Reichsregierung das Reichskonkordat mit dem Vatikan ab, in dem die gegenseitigen Aufgaben beschrieben wurden. In der Formulierung und Abfassung des Textes war der damalige Kardinalstaatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli (ab 1939 Papst Pius XII.) maßgeblich beteiligt.

In der Folge der Gleichschaltung im damaligen Deutschen Reich unter den Nationalsozialisten wurde dieses Konkordat aber immer häufiger verletzt, um der katholischen Kirche und ihrer Organisationen die Eigenständigkeit zu nehmen. Hauptziel war es, eine Reichskirche zu gründen. Alle Protestbriefe des Vatikans wurden von der Reichsregierung ausweichend beantwortet, bis noch nicht einmal mehr eine Antwort gegeben wurde. Durch die damalige politische Entwicklung des Totalitarismus in Europa stark beunruhigt, entschloss sich Pius XI., in Enzykliken Stellung zu beziehen.

So erschien am 19. März 1937 die Enzyklika »Divini redemptoris« (göttlicher Erlöser), in welcher der atheistische Kommunismus verurteilt wurde. Dagegen hatte man in der Berliner Reichsregierung nichts. Währenddessen wurde schon auf dem Kurierwege die Enzyklika »Mit brennender Sorge« in Deutschland verteilt und die Verlesung geplant. Die Sicherheitsdienste erfuhren erst spät von diesem Vorhaben und konnten zwar einige Druckereien schließen, aber das Erscheinen des Lehrschreibens nicht verhindern.

In der Enzyklika »Mit brennender Sorge« (zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland) machte der Pontifex noch einmal deutlich, wie und warum es zum Reichskonkordat kam und schilderte im Folgenden die Politik der Reichsregierung mit den Verstößen. Im Hauptteil wurde der reine Gottesglaube, der wahre Christusglaube, der wahre Kirchenglaube

sowie die Bedeutung und Bestätigung des Primates des Bischofs von Rom begründet. Der Papst wandte sich gegen die Umdeutung christlicher Begriffe und stellte dar, dass es keinen Grundsatz geben könne »Recht ist, was dem Volk nützt«, weil es dem Naturrecht widerspräche.

Danach wandte sich Pius XI. an die Jugend und an die Laien, ein für die damalige Zeit äußerst ungewöhnlicher Vorgang, da bis dahin ausschließlich die Bischöfe Adressaten für Enzykliken waren. Der Papst ermunterte alle Gläubigen, am katholischen Glauben festzuhalten und im »Dienst der Wahrheit« auszuharren. Er schloss mit dem Wunsch, den wahren Frieden in Deutschland zwischen Staat und Kirche wieder herzu-

stellen, aber wenn »nicht Friede sein soll, dann wird die Kirche Gottes ihre Rechte und Freiheiten verteidigen im Namen des Allmächtigen, dessen Arm auch heute nicht verkürzt ist.«

Die Enzyklika hat die damaligen Machthaber getroffen, noch in der Karwoche wurden Verhaftungen vorgenommen, beteiligte Druckereien enteignet und die »so genannten Sittlichkeitsverfahren« gegen Priester und Ordensleute wieder aufgenommen. Pius XI. starb 1939, sein Nachfolger Pius XII. vermied weitere öffentliche Stellungnahmen gegen das NS-Regime, was ihm später als Feigheit vorgeworfen wurde. Hinter den Kulissen half er den Gegnern des Regimes und den verfolgten Juden, die sich nach dem Krieg dafür bei ihm bedankten. (BB)

GLAUBENSVOZZUG IN DEUTSCHLAND:

ZENIT.org veröffentlichte bereits vor einiger Zeit einen Vortrag, den der Augsburger Diözesanbischof Dr. Walter Mixa am 1. Dezember 2006 in Rom gehalten hat. Anlass war eine Studientagung der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung, die sich mit der Sonntagsmesse im Hinblick auf die Heiligung des Volkes Gottes befasste. Seine Ausführungen »DIE SONNTAGSMESSE AUS DER SICHT DEUTSCHLANDS« wirft ein bezeichnendes Licht auf die kirchliche Praxis deutscher Katholiken und die Notsituation in der sich viele, gerade kleine Gemeinden befinden. Bischof Mixa skizziert zunächst die kirchliche Entwicklung und zeigt dann auf, was vorgesehen ist, wenn an Sonntagen eine Eucharistiefeier nicht möglich ist.

In einem weiteren Beitrag »DIE NEUEN GEMEINDESTRUKTUREN IN DEN DEUTSCHEN BISTÜMERN« gibt KNA einen Überblick, mit welchen Strukturmaßnahmen die deutschen Bistümer auf die veränderte Situation reagiert haben.

Die Sonntagsmesse aus der Sicht Deutschlands

VON BISCHOF DR. WALTER MIXA

Statistische Daten und Trends

Die Zahl der Gottesdienstteilnehmer ist in Deutschland seit den 50er Jahren von etwa 50 % auf derzeit etwa 15 % zurückgegangen. Die Brisanz des Geschehens wird allerdings erst dann erfasst, wenn man die Altersstruktur der Gottesdienstteilnehmer betrachtet. Bis in die 60er Jahre entsprach sie der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung, während sich danach parallel

zur Ausdünnung der Gottesdienstgemeinden ein zunehmender Überalterungsprozess bemerkbar machte.

Allerdings zeigt eine Onlinebefragung von McKinsey aus dem Jahre 2005 einen erfreulich hohen Anteil von jugendlichen Gottesdienstteilnehmern zwischen 16 und 19 Jahren: nämlich 20 % gaben an, regelmäßig – d.h. in dieser Befragung allerdings wenigstens einmal monatlich(!) – den

Gottesdienst zu besuchen. Dieser Trend hat sich nach der neuesten Umfrage aus dem Jahr 2006 auf 24% verstärkt, was sicher eine Auswirkung der besonderen Ereignisse des Jahres 2005 ist.

Teilnahme am Sonntagsgottesdienst unter Berücksichtigung der Spannung zwischen Wollen und Können

Bedenkt man den drastischen Rückgang der Gottesdienstteilnahme in den letzten vier Jahrzehnten, so wird man sagen müssen, dass dieser Rückgang nicht durch einen Mangel an Gelegenheit bedingt ist. Dafür spricht, dass der Schwund in den Städten besonders hoch ist, obwohl dort die Auswahl an Gottesdienstgelegenheiten und -zeiten am größten ist.

Auf dem Lande ist die Teilnahme am Gottesdienst prozentual etwa doppelt so hoch wie in den Stadtpfarreien. Hier ist es allerdings nicht mehr möglich zu gewährleisten, dass jede Pfarrei ihren Sonntagsgottesdienst immer als Eucharistie feiern kann. In diesem Zusammenhang macht sich aufgrund der zurückgehenden Zahlen der aktiven Priester durchaus eine wachsende Spannung zwischen Wollen und Können bemerkbar. Dies soll ein Blick in die Statistik verdeutlichen.

Seit den 60er Jahren ist die Zahl der aktiven Priester in Deutschland um 2/5 zurückgegangen, die Zahl der neu aufgenommenen Priesteramtskandidaten sogar um 4/5 und die Zahl der Neugeweihten ebenfalls um 4/5. Daraus folgt, dass wir in den nächsten Jahren, selbst wenn die Zahl der Neugeweihten wieder deutlich steigen würde, mit einer weiteren Abnahme der aktiven Priester rechnen müssen.

Die Diözesen in Deutschland versuchen, den Nachwuchsmangel und den Rückgang der aktiven Priester dadurch zu kompensieren, dass ein Pfarrer die Verantwortung für mehrere Pfarreien erhält und dass die betroffenen Pfarreien im Sinne von Pfarreiengemeinschaften oder Pfarrverbänden intensiv kooperieren, wobei die Laien – insbesondere die Ehrenamtlichen – stärker als bisher die pastoralen Aufgaben mittragen. Einige Diözesen reduzieren durch Fusionen die Anzahl der Pfarreien. Außerdem werden, in einem Umfang der in den

einzelnen Diözesen unterschiedlich ist, Priester aus dem Ausland für die Pfarrseelsorge angestellt und Ruheständler um ihre Mitarbeit gebeten.

Die Situation in der Diözese Augsburg

Es ist wichtig, wenn von der Sicht Deutschlands die Rede ist, nicht aus den Augen zu verlieren, dass die Situation in den einzelnen Diözesen nicht nur in Bezug auf Größe, Katholikenanteil, Gottesdienstbesucheranzahl und Nachwuchssituation differiert, sondern dass sich auch die Eigenart der Diözesen hinsichtlich Pfarreienzahl und -größe, mehr ländlicher oder mehr städtischer Struktur deutlich unterscheidet. In den folgenden Ausführungen habe ich vor allem die Situation der Diözese Augsburg vor Augen. Unsere Diözese ist ein Flächenbistum. Die 1,5 Millionen Katholiken verteilen sich auf eine Großstadt, einige mittlere und kleinere Städte und auf viele Dorfpfarreien, die meist schon seit Jahrhunderten bestehen; gewachsene Gebilde also, mit einer hohen Identifikation der Gläubigen mit ihrer Pfarrei und ihrer Kirche.

Über die Hälfte der tausend Pfarreien hat weniger als tausend Katholiken. Mittelfristig wird es nur noch wenige Einzelpfarreien geben, die übrigen Pfarreien werden in Pfarreiengemeinschaften zusammengeschlossen, von welchen etwa die Hälfte aus vier oder mehr Pfarreien besteht. Durch Priester aus dem Ausland und durch das Engagement der Ruheständler ist es noch möglich, dass in vielen der Pfarreiengemeinschaften mit vier oder mehr Pfarreien ein zweiter Priester tätig ist.

Was ist vorgesehen, wenn eine Eucharistiefeier nicht möglich ist?

Es gibt bereits derzeit Pfarreiengemeinschaften, wo in Ermangelung eines zweiten Priesters einmal monatlich in den Pfarreien im Wechsel anstelle der Eucharistiefeier eine WORT-GOTTES-FEIER (oder auch eine Laudes oder Vesper) stattfindet.

Dabei besteht die Vorschrift, dass in jeder Pfarreiengemeinschaft eine der Sonntagsmessen als Gottesdienst der Pfarreiengemeinschaft gefeiert wird, zu dem die Gläubigen aus der gesamten Pfarreiengemeinschaft ein-

geladen sind.¹ Doch zugleich ist es der Diözese ein Anliegen, dass in allen Pfarreien, in denen bislang regelmäßig Eucharistie gefeiert wurde, auch in Zukunft am Sonntag grundsätzlich ein Gottesdienst gefeiert wird, d.h. auch an den Sonntagen, an welchen eine Eucharistiefeier nicht möglich ist.

Zum einen sollen auch jene, die nicht so mobil sind, Gelegenheit haben, einen Gottesdienst mitzufeiern, zum anderen soll verhindert werden, dass die für den Gottesdienst vorbehaltenen Zeiten in Zukunft für alle möglichen Vereinsaktivitäten in Anspruch genommen werden und das Dorf sein sonntägliches »Gesicht« verliert. Nicht zuletzt soll das Gemeinschaftsbewusstsein, das im Dorf im Allgemeinen noch stärker spürbar ist, auch im religiösen Bereich angesprochen und gestärkt werden.

Nicht zu vergessen, dass es in vielen Pfarreiengemeinschaften keine genügend großen Kirchen gibt, die für einen ausschließlich zentralen Gottesdienst geeignet wären.

Angesichts der einmaligen Bedeutung der Eucharistiefeier für das Glaubensbewusstsein und den Glaubensvollzug der Katholiken stellt sich die entscheidende Frage, ob die dargelegte Praxis unter gewissen noch näher darzulegenden Bedingungen, zumindest vorübergehend, ein Weg ist, die kirchliche und gottesdienstliche Beheimatung der Menschen aufrecht zu erhalten oder ob sie die Gläubigen eher der Eucharistie entfremdet.

In der Fragestellung ist bereits ein wichtiger Aspekt der Lösung angedeutet. Es gilt die Umstände zu bedenken, welche die Situation vor Ort bestimmen. Ganz besonders aber kommt es darauf an, wie diese Wort-Gottes-Feiern eingeführt werden, wie sie gestaltet sind und nicht zuletzt, wie die Einstellung derer ist, die sie leiten.

Die einschlägigen lehramtlichen Aussagen betonen, dass derartige Lösungen »als bloß vorläufig betrachtet werden« müssen, »solange die Gemeinde auf einen Priester wartet« und dass den Gläubigen bewusst bleiben muss, »dass die christliche Gemeinde nur aufbaut, wenn sie Wurzel und Angelpunkt in der Feier der Eucharistie hat«. Daher ist dafür zu

1 (ABl 111 [2001] 192, Nr. 1.1).

sorgen, »dass in der Gemeinde ein wahrer ‚Hunger‘ nach der Eucharistie lebendig bleibt.«²

Diese Grundsätze müssen in der Ausbildung und Begleitung derer, die die Wort-Gottes-Feiern leiten, bei der Erläuterung des Pfarrers anlässlich der Einführung der Wort-Gottes-Feiern am Sonntag wie auch bei ihrer Gestaltung wirksam werden.

Das bedeutet unter anderem, die Wort-Gottes-Feier darf nicht als gleichwertige Alternative zur Eucharistiefeier angeboten werden,

1. sie darf auch nicht als »kurze Messe« erscheinen, die bei den Gläubigen keinen Mangel ob des Fehlens der Eucharistie verspüren lässt.
2. Sie darf auch nicht zum Experimentierfeld für jene werden, die die wesentlichen Prinzipien der Liturgie nicht kennen oder sich nicht an sie gebunden wissen, sondern sie muss Liturgie der Kirche sein, vom Bischof hinsichtlich Leitung, Ablauf und wesentlicher Elemente geregelt und autorisiert.³
3. Die Gestaltung sollte einen klaren Bezug zur Eucharistiefeier erkennen lassen und den Hunger nach ihr wecken.
4. In der Wort-Gottes-Feier sollte das Gebet um Priesternachwuchs einen besonderen Stellenwert haben als ein Gebet, das spüren lässt, dass die Gemeinde auf einen Priester wartet.

Bei der umfassenden Aufgabe, Menschen für die Liturgie und insbesondere für die Eucharistie aufzuschließen, könnte in der Wort-Gottes-Feier am Sonntag eine Chance eigener Art liegen. Sie könnte z.B. der eucharistischen Anbetung Raum geben, wodurch ein unersetzlicher Zugang zum eucharistischen Geheimnis bewusster gemacht und in gewisser Weise auch eingeübt würde. In Betrachtungsimpulsen und Gebeten könnten wesentliche, aber vielfach in Vergessenheit geratene Elemente der Liturgie- und Eucharistiefeier vergegenwärtigt und ein »großes und dankbares Staunen«

über das Geschenk der Eucharistie neu geweckt werden.

Wenn ein Team von (im Allgemeinen ehrenamtlichen) Laien die Wort-Gottes-Feier mit sinnvoll verteilten Rollen leitet, so setzt das eine intensive liturgische Schulung voraus; eine Qualifizierung, die sich oft im Engagement in Liturgie- und Bibelkreisen fortsetzt. Hier, wie in der Vorbereitung und Feier des Gottesdienstes, kann der Sinn für eine eucharistische Spiritua-

lität und für eine gemeinsame Verantwortung für den Gottesdienst wachsen. Eine eindeutige Ausrichtung der Wort-Gottes-Feier auf die betende und betrachtende Erschließung des eucharistischen Geheimnisses und auf die Förderung einer eucharistischen Spiritualität ermöglichte es auch – selbst wenn die hl. Kommunion nicht ausgeteilt wird –, eine klare Unterscheidung zum ökumenischen Gottesdienst aufzuzeigen. □

Die neuen Gemeindestrukturen in den deutschen Bistümern: Ein Überblick

Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat bei ihrer Frühjahrsvollversammlung im Kloster Reute eine Zwischenbilanz der in den meisten Diözesen begonnenen Strukturreformen gezogen. Dabei geht es um die Zusammenführung der rund 12.800 katholischen Kirchengemeinden (Stand 2005) zu größeren pastoralen Einheiten, entsprechend den größer gewordenen Lebensräumen. Die einzelnen Bistümer gehen dabei unterschiedliche Wege, wie aus einer von der Bischofskonferenz vorgelegten Übersicht hervorgeht.

• Im **Erzbistum Bamberg** hat Erzbischof Ludwig Schick unter der Überschrift »Den Aufbruch wagen – heute« 96 Seelsorgebereiche errichtet. Für die 367 Gemeinden gab es drei Modelle: Fusion, Zusammenschluss zu einer Pfarreiengemeinschaft aus selbstständigen Gemeinden mit einem Pfarrgemeinderat oder Kooperation als Pfarreienvorstand, wobei die Pfarrgemeinderäte erhalten bleiben. Es wird jeweils ein Leitender Pfarrer bestimmt; die übrigen Priester gehören zum Pastoralteam.

• Im **Erzbistum Berlin** wurde die Zahl der Pfarreien von 206 auf 108 reduziert. Im »Plan 2009« ist die Bildung von »Schwerpunkt-« und »Profilgemeinden« in den Dekanaten vorgesehen.

• Im **Erzbistum Freiburg** wird es 26 statt bisher 39 Dekanate geben. Seit 1999 werden die 1.084 Pfarreien unter dem Leitwort »Den Aufbruch gestalten« zu 350 Seelsorgeeinheiten zusammengefasst, bleiben aber rechtlich selbstständig.

• Im **Erzbistum Hamburg** läuft der Reformprozess unter dem Motto »Salz im Norden«. Dort soll es künftig nur

noch 83 statt 163 Pfarreien geben. Die bisherigen Pfarreien bleiben als unselbstständige Unterstrukturen bestehen.

• Das **Erzbistum Köln** bietet den Gemeinden unter dem Leitwort »Zukunft heute« drei Modelle an. Beim Pfarrverband oder Seelsorgebereich bleiben die Gemeinden und ihre Gremien selbstständig. Die zweite Variante lässt den Gemeinden ebenfalls ihre Selbstständigkeit, es werden aber gemeinsame Gremien gewählt. Das dritte Modell sieht die Gründung neuer, größerer Gemeinden vor. Aus 750 Altgemeinden sollen rund 220 neue Einheiten werden.

• Im **Erzbistum München und Freising** werden seit 1970 Pfarrverbände gegründet. Ihnen gehören mindestens zwei eigenständige Pfarreien an, für die ein Pfarrer zuständig ist. 194 Pfarrverbände sind geplant. In Städten sollen sich die Gemeinden durch ein höheres Maß an Schwerpunktbildung und Aufgabenteilung auszeichnen.

• Im **Erzbistum Paderborn** sollen rechtlich selbstständig bleibende Pfarreien Pastoralverbände gründen.

2 (Ecc. de Euch., Nr. 32 und 33; vgl. Redemptionis Sacramentum, Nr. 164).

3 (vgl. ABl 111 [2001] 197 – 204. 278 – 355).

In der Regel soll ein Pastoralverbund mit zwei Priestern und einem Gemeindefereferenten besetzt sein.

- Das **Bistum Aachen** will die Gemeinden bis 2010 zu 72 »Gemeinschaften von Gemeinden« zusammenschließen. 221 der 523 Gemeinden haben sich bisher den vier Verwaltungszentren angeschlossen, die die administrativen Aufgaben in der Finanz-, Personal-, Bau- und Liegenschaftsverwaltung übernehmen sollen.

- Im **Bistum Augsburg** schließen sich selbstständig bleibende Pfarreien zu einer Pfarreiengemeinschaft zusammen. Sie entscheiden miteinander über den Umfang ihrer Zusammenarbeit.

- Im **Bistum Eichstätt** bestehen seit 2003 insgesamt 52 Seelsorgeeinheiten. 45 von ihnen richtete – damals noch – Bischof Walter Mixa als Pfarreiverbände ein. Zwei Seelsorgeeinheiten wurden als Pfarrverbände eingerichtet; in ihnen gibt es auch einen Gesamtpfarrgemeinderat.

- Das **Bistum Erfurt** verringert die Zahl der Gemeinden in diesem Jahr auf 71. Schon vor zwei Jahren war sie von 120 auf 95 reduziert worden, indem zuvor selbstständige Pfarreien anderen als Filialgemeinden zugeordnet wurden.

- Im **Bistum Essen** werden die Gemeinden bis 2008 zu 42 Großverbänden zusammengeschlossen. Pro Pfarrei sind 7 hauptamtliche Stellen für Küster, Kirchenmusik und Sekretariate eingeplant.

- Im **Bistum Fulda** trat am 1. April eine neue Dekanatsstruktur in Kraft. Statt 21 Dekanaten gibt es jetzt 10 neue. Damit erlischt zugleich die Gliederung des Bistums in die Regionen Fulda, Hanau, Kassel und Marburg. Bereits im vergangenen Jahr waren an die Stelle der überkommenen pfarrlichen Strukturen 48 Pastoralverbände getreten.

- Die **Diözese Hildesheim** will die Zahl der Gemeinden bis 2014 von 313 auf 120 verringern. Dabei sollen in der Regel ganz neue Gemeinden gegründet werden.

- Im **Bistum Limburg** betreuen Teams aus Priestern sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern so genannte Pastorale Räume; ein Geist-

licher wird zum Leitenden Priester bestimmt. Die seit 1998 bestehenden 105 Pastoralen Räume wurden zuletzt auf 77 reduziert, die Bezirksämter in -büros herabgestuft.

- Im **Bistum Magdeburg** sollen sich unter dem Leitwort »Den Aufbruch gestalten« die 150 Gemeinden in 44 Gemeindeverbänden zusammenschließen.

- Das **Bistum Mainz** hat seine Strukturreform 2006 abgeschlossen. Seitdem bilden die zuvor 343 Gemeinden 81 Pfarrgruppen und 39 Pfarreiverbände. Eine Pfarrgruppe ist der Zusammenschluss mehrerer Pfarreien unter Leitung eines Pfarrers. Ein Pfarreienvbund besteht aus mehreren selbstständigen Gemeinden, die jeweils einen Pfarrer haben. Dabei sind alle Seelsorger für alle Gemeinden zuständig.

- Im **Bistum Münster** werden Gemeinden fusioniert und als neue Gemeinde gegründet, besonders in den städtischen Regionen. Außerdem sollen Bereiche wie die Erwachsenenbildung stark gestrafft und die Jugendarbeit in drei regionalen Zentren gebündelt werden.

- Im **Bistum Osnabrück** werden die 256 Pfarreien zu 60 Großgemeinden zusammengelegt. Statt 16 soll es höchstens 12 Dekanate geben. Der »Perspektivplan 2015« sieht entweder Gemeindeverbände vor, in denen die Pfarreien rechtlich eigenständig bleiben, oder die Gründung neuer, größerer Pfarreien.

- Die **Diözese Passau** will die vormals 306 Pfarreien nach und nach in 109 Pfarrverbänden zusammenfassen; die Gemeinden sollen dabei rechtlich selbstständig bleiben.

- Im **Bistum Regensburg** sollen rechtlich selbstständig bleibende Gemeinden zu Seelsorgeeinheiten



zusammengefasst werden. Die Einheiten sollen aus zwei oder mehr Pfarreien bestehen.

- Im **Bistum Rottenburg-Stuttgart** wurden aus den 1.039 Pfarrgemeinden seit Beginn des Jahrtausends 282 Seelsorgeeinheiten. Die Gemeinden bleiben selbstständig; daneben gibt es Personalgemeinden und Gemeinden für Katholiken anderer Muttersprachen.

- Das **Bistum Trier** will bis 2020 die Zahl der Pfarreien von 960 auf 180 verringern. Die vormals 75 Dekanate wurden bereits zu 35 neuen Dekanaten zusammengeführt. Im städtischen Raum werden Gemeinden vor allem fusioniert; auf dem Land werden Pfarreiengemeinschaften mit einem gemeinsamen Pfarreienrat und einem Kirchengemeindeverband geschaffen.

- Im **Bistum Würzburg** sollen sich bis 2010 die Gemeinden zu Pfarreiengemeinschaften zusammenschließen. Die Pfarreien bleiben erhalten, Kirchenstiftungen bleiben auf Pfarreiebene bestehen, während auf Ebene der Pfarreiengemeinschaft ein gemeinsamer Pfarrgemeinderat gebildet werden kann. (KNA)

KURZ BERICHTET:

Gewachsen: Um mehr als 2,4 auf fast 166 Millionen ist die Zahl der Mitglieder der Religionsgemeinschaften in den USA 2005 angestiegen. Während die großen protestantischen Kirchen Mitglieder verloren, blieben die Katholiken laut dem neuen »Jahrbuch der Amerikanischen und Kanadischen Kirchen« die größte Denomination. Ihre Zahl erhöht sich um 2 Prozent auf 69.135.254 Millionen. Das entspricht 42 Prozent der Kirchenmitglieder in den USA. (KNA)

Das christliche Erbe Ägyptens

Teil 2¹: Die koptisch-katholische Kirche

VON DIETER KILIAN

1. Einleitung

Die Katholiken Ägyptens sind mit maximal 250.000 Gläubigen eine Minderheit innerhalb der christlichen Minderheit, denn sie stellen nur zwischen 3 und 5 % aller Christen des Landes und damit kaum 0,3 % der Gesamtbevölkerung. Zwar haben sie eine gemeinsame Lehre und erkennen den Papst in Rom als Oberhaupt an, doch ihre Liturgie ist in sieben unterschiedliche Riten (*Bild 1*) aufgeteilt. In der Öffentlichkeit Ägyptens werden sie daher – wenn überhaupt – als Splittergrup-

1 Teil 1 »Die koptisch-orthodoxe Kirche« in AUFTRAG 265/Ostern 2007, S. 46 ff. Der Verfasser dankt Pater Samy, Privatsekretär des Patriarchen Antonios, Pater Boulos von der Kathedrale »Unsere Liebe Frau von Ägypten« sowie Mme. Jeanne Buisson vom Patriarchat für ihre Unterstützung.

pen wahrgenommen und als religiöse »Sekten« bezeichnet. Unter den sieben katholischen Gemeinschaften ist die koptisch-katholische Kirche, die den römischen und nicht den koptischen Papst als Oberhirten anerkennt, mit etwa 200.000 bis 250.000 Gläubigen die größte, wenngleich sie im Schatten der zahlenmäßig weit größeren koptisch-orthodoxen Kirche (6-9 Mio.) steht.

2. Die koptisch-katholische Kirche

2.1 Kurze Geschichte

Im 7. Jh. wurde Ägypten ein zweites Mal von einer Macht jenseits eines Meeres missioniert: Nach Rom wurde Mekka auf der anderen Seite des Roten Meeres das neue religiöse Zentrum und blieb es bis heute. Nach dem römisch-christlichen Einfluss, der mehr als ein halbes Jahrtausend vor-

herrschte, wurden nun die politischen Linien Ägyptens von Damaskus und Bagdad aus bestimmt. Zwar behaupteten sich die Kopten, doch ihre Zahl nahm ab, und sie waren überdies permanenter Verfolgung ausgesetzt, die einen hohen Blutzoll² forderte. Zusätzlich wurden sie durch Rivalität im eigenen christlichen Lager geschwächt, denn bereits seit dem 13. Jh. missionierten Franziskanermönche in Ägypten. Die Kopten waren für sie Schismatiker, die die Einheit der Kirche verlassen hatten, waren sie doch im 5. Jh. auf dem Konzil von Chalcedon in der Frage der Natur Jesu von der offiziellen Lehrmeinung abgewichen. 1630 gründeten die Kapuziner eine Niederlassung in Kairo und 1675 folgten die Jesuiten. Im 19. Jh. verstärkte sich der französö-

2 z.B. unter dem Fatimiden-Kalifen Hakim von 996 bis 1021.

Abb 1:

Die mit Rom unierten orientalischen Kirchen in Ägypten

Gesamt: ca. 223.000 – 273.000²

Römisch-katholische Kirche	Koptisch-katholische Kirche	Melkitisch-griechische Kirche ¹	Maronitische Kirche	Syrisch-katholische Kirche	Armenisch-katholische Kirche	Chaldäisch-katholische Kirche
Lateinischer Ritus	Alexandrin. Ritus	Byzantinischer Ritus	Westsyrischer Ritus	Westsyrischer Ritus	Armenischer Ritus	Ostsyrischer Ritus
Oberhirte: Apostolischer Vikar Bischof Giuseppe Bausardo (* 1951)	Oberhirte: Patriarch von Alexandria Erzbischof Antonios Naguib (* 1935)	Oberhirte: Patriarch von Antiochia Bischof Gregorios III. Laham (* 1933)	Oberhirte: Patriarch von Antiochia & der Levante Erzbischof Nasrallah B. Kardinal Sfeir (* 1920)	Oberhirte: Patriarch von Antiochia Erzbischof Ignace Pierre VIII. Abdel-Ahad (* 1930)	Oberhirte: Patriarch von Cilicia Bischof Nerses Bedros XIX. Tarmouni (* 1927)	Oberhirte: Patriarch von Babylon Erzbischof Emmanuel III. Delly (* 1927)
Sitz: Kairo	Sitz: Kairo	Sitz: Beirut	Sitz: Beirut	Sitz: Beirut	Sitz: Beirut	Sitz: Bagdad
7.000	200.000-250.000	6.500	5.000	2.000	1.600	500)**



Anmerkungen:

¹ auch Byzantinisch-katholische Kirche ² Schätzwerte des kirchl. Hilfswerkes »Kirche in Not«, aktualisiert 2007.

sich geprägte römisch-katholische Einfluss als eine Spätfolge von Napoleons Ägyptenfeldzug 1798. So stieg zwischen 1840 und 1910 die Zahl der in Ägypten wirkenden französischen Ordensgemeinschaften beträchtlich.³ Ihr Erbe ist bis heute im Lande lebendig. Eine Zusammenarbeit zwischen römisch-katholischer und koptischer Kirche entstand daraus jedoch nicht. Der Schutz der Franziskaner wurde 1875 in einem Abkommen zwischen Wien und dem osmanischen Statthalter der einzigen katholisch orientierten europäischen Großmacht, Österreich-Ungarn, übertragen.

Durch die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit (z.B. beim Bau des Suez-Kanals) und die kolonialen Bindungen⁴ zog es viele Europäer in der zweiten Hälfte des 19. Jh. an den Nil. Um deren kulturelle und religiöse Bedürfnisse zu erfüllen, wurden in Kairo nicht nur ein Opernhaus, sondern auch Kirchen gebaut. Nachdem der Statthalter der Hohen Pforte, Sherif Ismail Pascha (1867-1879), dem italienischen Missionar Daniele Comboni (1831-1881)⁵ Land verkauft hatte, wurde 1884 im Zentrum der Hauptstadt die erste Herz-Jesu-Kirche (Coeur di Jesu) auf afrikanischem Boden eingeweiht. Später folgten weitere römisch-katholische Kirchen wie z.B. die Basilika Notre Dame 1911 in der Kairoer Vorstadt Heliopolis (Bild 2), und die zwischen 1919 und 1929 im Zentrum der Hauptstadt erbauten Kir-

2: Römisch-kath. Basilika »Notre Dame« in Heliopolis.

3: Römisch-kath. Kirche »St. Franziskus« im Zentrum Kairos

chen »St. Franziskus« (Bild 3), »St. Joseph«, »St. Markus«⁶ und »Monte Carmelo«. Auch die anderen Riten – wie z.B. Armenier, Maroniten und Melkiten – errichteten in jenen Jahren eigene Kirchen.

Zwar haben sowohl Rom als auch das koptische Alexandria die Einheit der Kirche nie aus den Augen verloren, doch gelang es trotz mehrerer Versuche⁷ nicht, die Spaltung zu überwinden. Bereits im Jahre 1215 war von Papst Innozenz III. (1161-1216) ein »Lateinisches Patriarchat von Alexandria« als Apostolisches Vikariat⁸ eingerichtet worden.

Mitte des 18. Jh. versuchte der koptische Bischof von Jerusalem, Amba Athanassios, die Einheit zwischen Rom und den Kopten dadurch zu erreichen, indem er mit einigen seiner Gläubigen zum Katholizismus wechselte. Daraufhin übertrug ihm Papst Benedikt XIV. (1675-1758) – trotz der Erkenntnis, dass der koptische Patriarch von Alexandria Yoannis XVII. (1727-1745) und die Mehrheit der koptischen Bischöfe diesen Schritt ablehnten – 1741 die kirchliche Amtsgewalt über alle Kopten und richtete ein »Apostolisches Vikariat von Ägypten«⁹ ein. Doch



der kirchlichen Einheit kam er damit nicht näher. Überdies konnte die organisatorische Struktur wegen massiven Schwunds an Gläubigen vor allem durch Abwanderung nicht mit Leben erfüllt werden. Erst Ende des 19. Jhs. wurde die Idee der Einheit, diesmal von Rom, wieder aufgegriffen, zumal sie politische Unterstützung durch den letzten osmanischen Vizekönig (= Khedive) in Ägypten, Abbas Hilmi II. (1874-1944), fand. Hilmi wollte – wie schon Muhammad Ali Pascha (1769-1848) vor ihm – das verhasste osmanische Joch abwerfen und hoffte, mit dem »römischen Gegenpol« seine Abhängigkeit von der Hohen Pforte in Istanbul mindern zu können – ein Beispiel politischer Zusammenarbeit über religiöse Grenzen hinweg. Im Jahre 1895 schuf Papst Leo XIII. (1810-1903) mit der Wiedereinrichtung des kopt.-kath. Patriarchats von Alexandria die organisatorische Grundlage für eine eigenständige, wenngleich zahlenmäßig sehr kleine kopt.-kath. Kirche in Ägypten. Er ernannte den jungen Bischof Kyrillos

3 U.a. 1844: Pères Lazariste und Soeurs de Saint-Vicent-de-Paul, sowie Soeurs de Notre Dame de la Charité du Bon Pasteur ; 1847: Frères des Écoles chrétiennes; 1880: Congregation de la Mère-de-Dieu; 1903: Mères du Sacre-Coeur de Jésus.

4 Ägypten stand vom 19. bis Mitte des 20. Jhs. sowohl unter franz. als unter brit. Einfluss. Da der Suez-Kanal für Englands Kolonien in Asien strategische Bedeutung besaß, drängte es Frankreich Zug um Zug zurück.

1875 übernahm London alle Suezkanal-Aktien. 1882 besetzten brit. Truppen Ägypten und machten es zu einem Teil des brit. Empires. Zwar wurde Ägypten 1922 als Königreich formal unabhängig, erreichte jedoch seine volle Souveränität erst 1956 unter Nasser.

5 1877 wurde Comboni zum Apostolischen Vikar von Zentralafrika ernannt und zum Bischof geweiht. Er gründete die »Comboni-Missionare vom Herzen Jesu« (MCCJ). 1996 wurde er selig und 2003 heilig gesprochen.

6 Nicht zu verwechseln mit der kopt.-orthod. Kathedrale »St. Markus« in Kairo-Abbesiya, dem Sitz des kopt. Papstes, und der ebenfalls kopt.-orthod. St. Markus-Kirche in Kairo-Abidin.

7 U.a. kam auf dem Konzil von Florenz 1439/42 ein fertiger Unionsvertrag zwischen Rom und den Kopten zustande, wurde aber nicht umgesetzt. Ein zweiter Versuch 1582 brachte ebenfalls keinen Durchbruch.

8 Apostolisches Vikariat in der kath. Kirche ein Bistum auf Probe. In ihm übt ein Apostolischer Vikar, der Titularbischof ist, die Jurisdiktion eines Diözesanbischofs aus. Im Gegensatz zu diesem ist er jedoch nicht Ordinarius aus eigener Person, sondern nur Stellvertreter des Papstes.

9 Die kopt.-kath. Kirche zählt zwischen 1741 und 1895 insgesamt 12 Apostolische Vikare: Athanassios (1741-1744); Antonios Flaiffel (1761-1774); Roksi Kodssi (1780-1781); Youhanna El-Farary (1781-1785); Bischai Nousseir (1785-1787); Matta El-Rouguely (1788-1822); Maximos Gouaied (1824-1831); Tawadeis Abou-Karim (1832-1854);

Athanassios Khouzam (1855-1864); Antoun Nadab (1880-1889); Samaan Baraya (1889-1892) und Antoun Kabes (1892-1895); 1951 umbenannt in »Apostol. Vikariat von Alexandria«.



4: *Koptisch-katholische Kirche
»St. Teresa« im Kairoer Vorort
Shubra*

5: *Koptisch-kath. Kirche
»St. Antonius von Padua«
im Zentrum Kairos*

6: *Koptisch-kath. Kathedrale
»Unsere liebe Frau von Ägypten«
im Kairoer Vorort Nasr City.*

Bischof Ignacio Gladès Berzi (1867-1925) – beide 1896 zu Bischöfen geweiht.

Die mittelägyptische Diözese Hermopolis bestand aus etwa 2.500 Katholiken, zehn Priestern (darunter vier verheiratet), sieben Kirchen, sowie neun Jungen- und einer Mädchenschule. Die oberägyptische Diözese Theben bestand aus etwa 15.000 Gläubigen, 31 Priestern (davon 15 verheiratet), 35 Kirchen, einem Priesterseminar (für das Patriarchat und beide Diözesen), sowie 21 Jungen- und fünf Mädchenschulen. Rom sah es als Schritt in Richtung Wiedervereinigung an, aus koptischer Perspektive, jener von Papst Kyrillos V. (1831?-1927)¹¹ hingegen bedeutete es Schwächung und

Rivalität. Insofern brachte er die angestrebte Einheit der Kirche nicht voran. Es blieb auch deshalb eine Behelfslösung, weil nur eine geringe Zahl von koptischen Gläubigen diesem Schritt folgte. Überdies residierte in Ägypten – und residiert bis heute – parallel ein Apostolischer Vikar als Statthalter Roms für die kleine römisch-katholische Gemeinde. Zusätzlich zum neu geschaffenen katholischen

Patriarchat bestand – quasi als dritter Strang römischer Jurisdiktion in Ägypten – bis 1964 ein Lateinisches Titular-Patriarchat von Alexandria¹², was die Strukturen noch unübersichtlicher erscheinen ließ.

11 Fast 53 Jahre lang war er – als 112. kopt. Papst – von 1874 bis 1927 der bisher längste aller Amtsinhaber.

12 Die Titelkirche des Patriarchen war nicht etwa in Alexandria, sondern die römische Basilika »Sao Paolo fuori de Mura«. Der letzte Amtsinhaber von 1950 bis 1954 war Luca Ermenegildo Pasetto, OFM Cap (1871-1954). Erst 1964 wurde der Titularbischofssitz offiziell gelöst.

Mit erst 112 Jahren zählt das kopt.-kath. Patriarchat von Alexandria¹³ zu den jungen orientalischen Kirchen.¹⁴ Der Aufbau war schwierig, denn man musste vor allem im kostenintensiven infrastrukturellen und organisatorischen Bereich bei Null beginnen. Dieses Manko wird an den Kirchenbauten deutlich. Viele kopt.-kath. Kirchen machen einen ärmlichen Eindruck, wie z.B. die in den 1940er Jahren erbaute Kirche St. Teresa in der Nähe der Ramses-Straße in Kairo (*Bild 4*). Heute liegt sie in einem verwinkelten Viertel nahe dem Hauptbahnhof, baulich eingepfercht und von oben beinahe erdrückt durch einen der zahlreichen Stelzen-Highways der Metropole. Nur wenige Meter entfernt hoch über ihrem Dach quält sich ein nur selten endender Strom an Fahrzeugen vorbei. Spiegelbildlich fühlt sich der Besucher an manche Moschee in Deutschland erinnert, oft in einem heruntergekommenen Hinterhof eingerichtet. Das quirlige, junge und freudig-offene Gemeindeleben von St. Teresa steht im krassen Gegensatz zu den renovierungsbedürftigen Mauern.

Über viele Jahre war »St. Antonius von Padua« (*Bild 5*) in Kairos Innenstadt die Kathedrale der koptisch-kath. Patriarchen – trotz des Titels »Patriarch von Alexandria« liegt sein Amtssitz in der ägyptischen Hauptstadt. Auch sie ist kein repräsentativer Bau, sondern nach westlichen Maßstäben eine schlichte Kapelle. Erst mehr als einhundert Jahre nach Gründung des Patriarchats – zu Weihnachten 1999, gerade noch rechtzeitig zum Besuch des Papstes – wurde in der Kairoer Vorstadt Nasr City eine neue Kathedrale »Unsere liebe Frau von Ägypten« (*Bild 6*) eingeweiht. Bei diesem Anlass war Präsident Mubarak nicht anwesend. Dies wäre nicht weiter erwähnenswert, fände man in Kairo ein Hotel, ein Kaufhaus, einen Park oder sonst eine öffentliche Einrichtung, die nicht durch

13 Vier Kirchen führen bzw. führten diesen Titel: koptisch-orthodoxe, griechisch-orthodoxe, koptisch-unierte (kath.) u. griechisch-melkitische Kirche (bis 2000).

14 Jünger sind nur die syro-malabarische Kirche (Erzbistum Ernakulam-Angamaly/Indien) und die syro-malankarische Kirche (Erzbistümer Trivadrurum & Tiruvalla/ Indien).

Macaire (1867-1921) zunächst zum Apostolischen Vikar mit Amtssitz in Kairo und 1899 schließlich zum ersten Patriarchen. Macaire gab sich den Namen »Kyrillos II.« Dem Patriarchat waren zwei Suffragan-Bistümer¹⁰ zugeordnet – Hermopolis (Minya) mit Bischof Joseph-Maxime Sedfaoui (1863-1925) und Theben (Luxor) mit

10 Der Suffragan(bischof) ist in der kath. Kirche der einem Metropoliten zugeordnete Bischof einer Diözese. Mit dem Erzbistum des Metropoliten (hier dem Patriarchat des Patriarchen) bilden diese Diözesen als S.-Bistümer eine Kirchenprovinz.

den Staatspräsidenten eingeweiht worden wären. Und so zählt das Fernbleiben des Präsidenten bei diesem herausragenden kirchlichen Anlass zu den Indizien, die den niedrigeren Stellenwert der kopt.-kath. Kirche in der Wahrnehmung durch die ägyptische Regierung belegen.¹⁵ Nur eine Gedenktafel weist bescheiden darauf hin, dass die Kirche während der Amtszeiten von Präsident Mubarak und Papst Johannes Paul II. durch Patriarch Stephanos I. erbaut wurde. Die neue Kathedrale liegt von einer Mauer umgeben in einem Stadtgebiet mit unansehnlichen Wohnblocks. Auf dem etwa vier Hektar großen Grundstück ist auch ein College für Jungen untergebracht.¹⁶

Die Kathedralekirche ist kein architektonisches Prunkstück. Zwei schmale Seitenschiffe sind durch Säulen vom Hauptschiff getrennt und durch eine weiße Flachdecke abgeschlossen. Auf einen Kirchturm wurde aus Kostengründen verzichtet. Der weite Altarraum in der Apsis ist offen und durch keine Ikonostase wie in koptisch-orthodoxen Kirchen abgeteilt. Die wenigen Teppiche sind verschlissen, der Thron des Patriarchen ist ein einfacher, mit Samt überzogener Sessel. Vor festlichen Gottesdiensten wird eine 80 cm hohe Madonnenstatue – »Unsere liebe Frau

von Ägypten« – auf die oberste Stufe des Altarraumes gestellt. Doch die Kirche besticht durch die Weite ihres Licht durchfluteten Raumes, in den die Sonnenstrahlen durch hohe, bunte Motivfenster und Deckenöffnungen dringen. Ihre eigentliche Weihe erhielt sie jedoch durch den Besuch des Papstes am 25. Februar 2000, als er christliche Kirchenführer des Nahen Ostens zu einem ökumenischen Treffen dorthin einlud. In einer kleinen Gruft befindet sich auch die letzte Ruhestätte der Patriarchen, sowie einiger anderer Bischöfe, deren sterbliche Überreste überführt und hier beigesetzt wurden. Die bescheidene Residenz des Patriarchen, das »Palais de Koubbeh«, liegt etwa 6 km entfernt in Kairo-Abbesiya – nicht weit von der Residenz des koptischen Papstes.

2.2 Die Patriarchen

Auch die personellen Anfänge der koptisch-kath. Kirche gestalteten sich schwierig. So kollidierten die Vorstellungen des neuen Patriarchen Kyrillos II. (*Bild 7a*) am Nil und jene der Kurie am Tiber unter anderem in der Frage des Ritus: Rom wollte die lateinische Liturgie, Kyrillos II. hingegen bestand auf dem koptisch-alexandrinischen Ritus. Unter Papst Pius X. (1835-1914), der im Jahre 1903 Papst Leo XIII. gefolgt war, kam es zum Bruch. 1908 wurde Kyrillos abgelöst, und das Patriarchat nicht nachbesetzt. Sein Andenken jedoch wird bewahrt: Das Bild von Kyrillos II. hängt in der Residenz des Patriarchen neben dessen Thronstuhl, und auch seine letzte Ruhestätte fand er in der neuen Kathedrale in Nasr City.

Abermals führte Rom ab 1908 direkt durch einen Apostolischen Vikar: Joseph-Maxime Sedfaoui (*7b*), der Bischof von Minya, leitete das schwierige Amt siebzehn Jahre lang bis zu seinem Tod im Jahre 1925. Zwei Jahre später, 1927, wurde der Bischof von Luxor Marcos Khouzam (1888-1958) von Papst Pius XI. (1857-1939), der 1922 den Stuhl Petri bestiegen hatte, zum Nachfolger berufen. Der Ritus der kopt.-kath. Kirche blieb alexandrinisch. Rom konnte weder unter Sedfaoui, noch unter Khouzam die angestrebte Latinisierung durchsetzen. In der Rückschau ist festzustellen, dass die Haltung Macaires, Sedfaouis und Khouzams Jahrzehnte später auf dem 2. Vatikan. Konzil letztlich bestätigt wurde. Erst nach fast 40-jähriger Vakanz wurde der Stuhl des Patriarchen durch Papst Pius XII. (1876-1958) wieder besetzt: Khouzam, der zwanzig Jahre lang das Amt des Apostolischen Vikars bekleidet hatte, bestieg am 10. August 1947 als Marcos II. (*7c*) den Stuhl des Patriarchen und führte das Patriarchat bis zum seinem Tod am 2. Februar 1958. Seine sterbliche Hülle ruht – wie die von Sedfaoui – in der Gruft der Kathedrale von Nasr City.

Drei Monate später wurde Stephanos Sidarouss, C.M. (1904-1987), der Titular-Bischof von Sais, zum Nachfolger gewählt (*7d*). Die kleine kopt.-kath. Gemeinde hatte es in jenen Jahren nicht leicht, sich gegenüber der großen koptisch-orthodoxen Kirche zu behaupten. An deren Spitze stand zunächst von 1959 bis 1971 mit Papst Kyrillos VI. ein Oberhaupt, das bereits zu Lebzeiten als Heiliger verehrt wurde, und ihm folgte der ebenso charis-

15 An der Einweihung der kopt.-orthod. Kathedralekirche »St. Markus« im Jahre 1968 nahm Präsident Gamal Abdel Nasser teil.

16 Nur wenige Fußminuten entfernt wurde 2005 »City Stars«, der größte Einkaufs- und Unterhaltungstempel im Nahen Osten, erbaut und natürlich durch Präsident Mubarak eingeweiht.

Die koptisch-katholischen Patriarchen von Alexandria seit 1899



7a: Kyrillos II. Macaire (1867-1921, Apostolischer Administrator 1895-99, Patriarch 1899-1908)



7b: Bischof Joseph-Maxime Sedfaoui (1863-1925), Apost. Admin. 1908-27



7c: Patriarch Marcos II. Khouzam (1888-1958), Apost. Admin. 1927-47, Patriarch 1947-1958



7d: Patriarch Stephanos I. Kardinal Sidarouss, C.M. (1904-1987) Patriarch 1958-1986, Kardinal 1965.



7e: Patriarch Stephanos II. Kardinal Ghattas, (* 1920) Patriarch von 1986-2006 Kardinal 2001



7f: Patriarch Antonios Naguib (* 1935), Patriarch seit 2006

matische Shenouda III. (* 1923). Es waren zwei religiöse Schwergewichte, denen die Erneuerung ihrer bis dahin schwächelnden Kirche bravourös gelang. Gleichzeitig begann eine neue Phase der Annäherung zwischen Rom und der koptischen Kirche, die sowohl das Verhältnis zwischen der kopt.-kath. Kirche und Rom als auch das der beiden koptischen Kirchen zueinander berührte. Rom wusste um die schwierige Lage der mit ihr unierten Kirche in Ägypten. Als Zeichen der Verbundenheit mit Rom, seiner Verdienste während des 2. Vatikanischen Konzils wegen, sicherlich aber auch, um die Stellung ihres Oberhauptes sowohl im Lande selbst, als auch gegenüber dem koptischen Papst Kyrillos VI. zu stärken, wurde Stephanos I. Sidarouss von Papst Paul VI. 1965 als erster koptischer Patriarch in das Kardinalskollegium berufen.

1973 – bereits zwei Jahre nach seinem Amtsantritt – reiste Papst Shenouda III., Stephanos' koptisch-orthodoxer Amtsbruder, als erstes koptisches Oberhaupt in der Geschichte zu Papst Paul VI. nach Rom. Beide Kirchenführer unterzeichneten eine Erklärung, in der sie die alten gegenseitigen Vorwürfe ausräumten und eine gemeinsame Kommission ins Leben riefen, welche die Details der Zusammenarbeit erarbeiten sollte. In einem Apostolischen Schreiben vom 12. September 1974¹⁷ an Stephanos I. erläuterte Papst Paul VI. deren Ziele und schrieb, der Besuch hätte eine neue Epoche im Verhältnis beider Kirchen eingeläutet. In der gemeinsamen Kommission, die zwischen 1974 und 1992 tagte, war die kopt.-kath. Kirche mit einem Repräsentanten im Bischofsrang vertreten. 1986 trat Stephanos I. aus Altersgründen zurück und starb nur vierzehn Monate später, am 23. August 1987. Er ruht gemeinsam mit seinen Vorgängern in Nasr City.

Stephanos II. Ghattas C.M. (*1920)¹⁸, seit 1967 Bischof von The-

ben, wurde von der Heiligen Synode zum Nachfolger gewählt (7e). Seine apostolische Nachfolge als Bischof geht – über die Vorgänger Marcos II. und Stephanos I. – auf Kardinal Rebiba¹⁹ zurück. Stephanos II. hatte es hinsichtlich des Behauptens gegenüber der koptisch-orthodoxen Kirche noch schwerer als Stephanos I. Zwar ist er lebensälter als Shenouda, aber als Stephanos II. das Amt des Patriarchen 1986 antrat, stand Shenouda sturmerprobt schon 15 Jahre an der Spitze der koptisch-orthodoxen Kirche. So hatte er – 1981 von Präsident Sadat per staatlicher Macht des Amtes enthoben – gerade ein fünfjähriges Exil in der Wüste hinter sich und war populär wie kaum einer seiner Vorgänger. In dieser Zeit kam es wiederholt zu gewaltsamen Ausschreitungen militanter Muslime gegen koptische Christen beider Kirchen und deren Einrichtungen. Stephanos I. vertrat hinsichtlich des Agierens gegenüber der muslimischen Mehrheit im Lande die gleiche behutsame Linie wie Shenouda 2001. Bereits im 81. Lebensjahr berief ihn Papst Johannes Paul II. in das Kardinalskollegium. Er war der zweite koptische Patriarch, dem diese Ehrung zuteil wurde. Höhepunkt seiner Amtszeit war der Besuch von Papst Johannes Paul II.,²⁰ der im Februar 2000 als erster Papst in das Land am Nil kam. Im März 2006 emeritierte Stephanos I. aus Altersgründen.

Zum Nachfolger wurde Antonios Naguib (* 1935)²¹, der Bischof seiner Geburtsstadt Minya, gewählt (7f). Auch Naguibs apostolische Nachfolge als Bischof geht – über die Vorgänger Stephanos I. und II. – auf Kardinal

risten wurden 625 in Paris vom heiligen Vinzenz von Paul gegründet und widmen sich dem Dienst der Armen. Nach seiner Emeritierung lebt er im Priesterseminar im Kairoer Vorort Maadi.

19 Ununterbrochene Weitergabe der Bischofsweihe; auf Scipione Kardinal Rebiba (1504-1577) führen heute die meisten Nachfolgelinien zurück.

20 Allerdings war der junge Bischof Karol Wojtila im Dezember 1963 auf einer Pilgerreise erstmals nach Ägypten gekommen und hatte eine Messe in der Kirche »St. Joseph« zelebriert.

21 Naguib studierte zwischen 1953 bis 1958 in Rom, wurde 1960 zum Priester und 1977 zum Bischof geweiht. Von 1977 bis 2002 war er Bischof von El-Minya im Nildelta.

Rebiba zurück. Bei seiner Inthronisation am 1. Mai 2006 wies er auf die Bedeutung der nationalen Einheit Ägyptens hin und betonte, Muslime und Christen seien gleichermaßen aufgerufen, daran mitzuwirken. Am 6. April 2006 gewährte ihm Papst Benedikt XVI., wie im »Codex Canonum Ecclesiarum Orientalium« (CCEO), dem Gesetzbuch aller 21 katholischen Ostkirchen vorgesehen, die kirchliche Gemeinschaft (communio) und empfing den neuen Patriarchen am 15. Dezember 2006 im Clementina-Saal des Vatikans zum Antrittsbesuch.

2.3 Skizzen zur Struktur und Liturgie

Oberhaupt der kopt.-kath. Kirche ist der Patriarch von Alexandria. Er wird von der Synode der Bischöfe gewählt. Das Patriarchat ist in sieben Diözesen gegliedert. Es betreibt – neben einem kleinen Priesterseminar – eine große Zahl von Schulen und karitativen Einrichtungen. Allein aufgrund der geringen Zahl an Gläubigen – die überwiegende Mehrheit zählt überdies nicht zur begüterten Schicht der Kopten – ist die Kirche auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen, zumal der ägyptische Staat keiner Kirche finanzielle Zuschüsse gewährt. Dabei ist die kopt.-kath. Kirche mit etwa 400 Kindergärten, Grund- und Realschulen, 3 Colleges, 13 Krankenhäuser, 43 Waisenhäusern und über 100 ambulante Kliniken überdurchschnittlich stark im sozialen Bereich engagiert und stellt vor allem für die Bevölkerung auf dem Land einen wichtigen Faktor schulischer und medizinischer Versorgung dar. Der Priesternachwuchs ist gedeckt. Die Heirat von Priestern ist – wie in der koptisch-orthodoxen Kirche – erlaubt, sofern sie vor der Weihe erfolgt ist. Eine Ordination von Frauen wird – wie auch in der koptisch-orthodoxen Kirche – abgelehnt. Eine ausschließlich auf klösterlich-kontemplatives Leben ausgerichtete Tradition gibt es in der kopt.-kath. Kirche – im Gegensatz zu ihrer Schwesterkirche, die diese sehr pflegt – nicht.

Die kopt.-kath. Kirche hat bei den beiden Hochfesten einen Kompromiss gefunden: Weihnachten wird am 25. Dezember gefeiert, Ostern hingegen nach dem alten koptischen Kalender. Der Altarraum ist offen, denn an-

17 Zu dieser Zeit (1974 bis 1977) diente der verstorbene Bischof von Fulda und Militärbischof der Bundeswehr, Erzbischof Dr. Johannes Dyba (1929-2000), als Nuntiaterrat an der Apostolischen Nuntiat in Kairo.

18 1944 zum Priester geweiht, gehört er wie sein Vorgänger der Ordensgemeinschaft der Vinzentianischen Lazaristen (C.M. = Congregatio Missionis) an. Die Laza-

ders als in den koptisch-orthodoxen Kirchen fehlt die Ikonostase. Die Liturgiesprache der Hochgebete (Anaphoren) und der Gesänge ist koptisch, die Gebete, Lesungen und Predigt hingegen erfolgen auf Arabisch. Von daher wird Gott in der koptischen Kirche auch »ALLAH« genannt.

Die kopt.-kath. Eucharistiefeier ist – wie bei der Schwesterkirche – durch den einstimmigen (monophonen) Kirchengesang geprägt. Dieser wird ohne melodieführende Musikinstrumente (a capella) – von einem Chor und Solisten – vorgetragen. Die Melodieführung basiert dabei auf dem halbtongepägten orientalischen Tonsystem. Orgelmusik gibt es in der Tradition der koptischen Kirche nicht; die einzigen »Instrumente« sind Messingzimbeln (kleine Becken) und Rahmentrommeln (Tamburin). Fehlt der Chor, wird er durch »Kirchenmusik vom Band« ersetzt. Auch eine kopt.-kath. Messe dauert mindestens eineinhalb Stunden, Festtagsgottesdienste weit länger. Priester und Bischöfe tragen beide beim Gottesdienst eine mitra-ähnliche Kopfbedeckung aus Stoff, deren Tradition auf die Pharaonen zurückgehen soll. Im Gegensatz zu den Rundkappen (Turban) koptisch-orthodoxer Bischöfe, tragen die koptisch-unierten Bischöfe eine schwarze Kopfbedeckung, »Kalusa«²² genannt, ähnlich jener der Ostkirchen. Bei feierlichen Anlässen – jedoch nicht während der Liturgie – trägt der Patriarch als Zeichen seines Amtes eine hohe Krone aus Stoff, sowie einen Bischofsstab, bei dem zwei stilisierte Schlangen das Kreuz umrahmen. Die in der koptisch-orthodoxen Kirche ausgeprägte Heiligen- und Reliquienverehrung, insbesondere der ihrer Märtyrer, findet man in der koptisch-katholischen nicht. Zur Kommunion werden kleine Brotstücke in Wein getaucht und den Gläubigen vom Priester in den Mund gelegt. Auch Kinder dürfen schon am Abendmahl teilnehmen, gehören sie doch bereits mit der Taufe zur Gemeinde.

Dr. Yoannes Golta (* 1937), Bischof der Patriarchal-Diözese, predigt auf Arabisch im abendlichen

²² Die Herkunft des Wortes – es ist nicht arabischer Herkunft – ist auch dem Patriarchen unbekannt. In der Ostkirche wird es »Klobus« oder auch »Epanokamelachion« genannt.

8: *Inthronisation von Patriarch Antonios Naguib am 1. Mai 2006 in der Kathedrale »Unsere Liebe Frau von Ägypten«. Der scheidende Patriarch, Stephanos II. Kardinal Ghattas (r.) übergibt sein Amt an seinen Nachfolger.*



Sonntagsgottesdienst in der Kathedrale. Doch auffällig sind weniger die Worte. Es ist die Akustik: Seine Stimme hat einen weichen, versöhnlichen Klang, völlig anders als die häufig landauf landab zu hörenden und zumindest aggressiv klingenden Stakkato-Predigten, die während des mittäglichen Freitagsgebetes aus den Moscheen hallen.

3. Das Verhältnis der beiden koptischen Kirchen

Die Spannung, die früher das Verhältnis belastete, ist gewichen. Freundschaft ist daraus zwar noch nicht erwachsen, aber zumindest Respekt, Verständnis und der Wille zum gemeinsamen Handeln. Dazu haben sowohl der Druck der muslimischen Mehrheit im Lande, als auch die Zusammenarbeit zwischen Rom und der kopt.-orthod. Kirche beigetragen. In den Dialog war die kopt.-kath. Kirche permanent eingebunden. Bei der Inthronisation des neuen Patriarchen am 1. Mai 2006 (*Bild 8*) waren – neben zahlreichen Würdenträgern anderer christlichen Kirchen²³ und Vertretern der Kairoer Al-Azhar-Universität – von kopt.-orthod. Seite drei Bischöfe, Bischof Youannes, der Sekretär von Papst Shenouda, sowie die Bischöfe Moussa und Marcos, anwesend. Die Oberhirten der beiden koptischen Schwesterkirchen treffen sich mehrfach im Jahr.

²³ Nersés Bédros XIX. Tarmouni, der armenisch-katholische Patriarch von Cilicia; Michel Sabbah, der Lateinische Patriarch von Jerusalem; der Apostolische Nuntius in Ägypten, Erzbischof Michael L. Fitzgerald; Bischof Nicolas als Vertreter der griechisch-orthodoxen sowie hohe Repräsentanten der protestantischen und anglikanischen Kirche in Ägypten.

Patriarch Antonios traf seit seiner Amtsübernahme vor einem Jahr fünfmal mit Papst Shenouda zusammen. Gleichwohl gab und gibt es hier und da kleinere Konflikte. So sollen nach allerdings unbestätigten Quellen etwa 80 % der katholischen ägyptischen Nonnen von der Orthodoxie zur kopt.-kath. Kirche konvertiert sein. Der Grund lag darin, dass viele koptische Frauen wohl ein Leben als Nonne anstrebten, jedoch nicht in klösterlicher Abgeschiedenheit ohne eine soziale Komponente für die Gemeinde leben wollten. Dies aber steht im Widerspruch zur orthodoxen Mönchs- und Nonnentradition, die ausschließlich auf das Klosterleben ausgerichtet ist. Als die Frauen daher auf Ablehnung bei der koptischen Amtskirche stießen, wechselten sie zur kopt.-kath. Kirche. Nachdem die orthodoxe Kirchenführung nun den sozialen Dienst toleriert, gibt es kaum noch Übertritte.

Unterschiedlich ist die Haltung zu Israel. 2005 hatte Papst Shenouda III. bei einem Besuch in Jordanien dem christlich-jüdischen Dialog eine klare Absage erteilt. Besuche Israels lehne er ab, solange das Land Jerusalem besetzt halte und liegt mit dieser Haltung auf der arabisch-muslimischen Linie. Ungeklärte Immobilienrechte in Jerusalem, die die koptisch-orthodoxe Kirche beansprucht, aber auch die Betonung nationaler Interessen mögen eine ergänzende Rolle spielen. Patriarch Antonios hingegen nennt Reisen nach Israel eine »private Entscheidung« und unterscheidet sich mit dieser konzilianteren Lesart von Shenouda. Überdies helfe der Pilgertourismus indirekt auch den Palästinensern. Diese Haltung der kopt.-kath. Kirche decke sich mit der Auffassung

Roms: beide Völker, Israelis und die Palästinenser, hätten das Recht auf eine friedvolle, selbstbestimmte Gestaltung ihrer Zukunft. Kritisch hingegen sieht Antinios die derzeitige Politik Israels: geteilte Gebiete verurteilt er ebenso wie gewaltsame Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und willkürliche Zerstörung von Häusern und Eigentum. Er bezeichnet die Ausdehnung israelischer Siedlungen auf palästinensische Gebiete als Aggression und hält Dialog, Friedfertigkeit, Gebet und einen Friedensvertrag als einzig Erfolg versprechenden Weg.

4. Die Kopten in einer muslimischen Mehrheit

Die offiziellen diplomatischen Bindungen zwischen Ägypten und dem Heiligen Stuhl sind eng und weitgehend ungetrübt. So stattete Staatspräsident Hosni Mubarak am 13. März 2006 Papst Benedikt XVI. einen offiziellen Besuch ab (Bild 9). Auf der Nilinsel Zamalek in Kairo residiert der Apostolische Nuntius, der britische Erzbischof Michael L. Fitzgerald (* 1937)²⁴, und vertritt gleichzeitig die Interessen des Heiligen Stuhles gegenüber der Arabischen Liga, deren Zentrale nicht weit entfernt auf dem östlichen Nilufer steht. Diese guten Beziehungen wirken sich aber auf die kopt.-kath. Kirche kaum aus. Zwar wird sie offiziell wahrgenommen, jedoch auf einem niedrigen Niveau. So ist Patriarch Antonios – seit einem Jahr im Amt – dem ägyptischen Präsidenten bisher nicht einmal begegnet. Er nimmt es mit Gelassenheit, einem Lächeln und Humor: »But I meet him each day through the media«²⁵. Die Gründe dafür liegen aber wahrscheinlich nicht im Religiösen, sondern einfach in der »mangelnden Masse«.

Ägyptische Regierung und muslimische Bevölkerung betrachten die koptisch-orthodoxe Kirche mit Papst



9: Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak besucht am 13. März 2006 Papst Benedikt XVI. im Vatikan.

Shenouda III. an der Spitze als einzige Vertretung der ägyptischen Christen und somit als christliche Nationalkirche Ägyptens. Dies ist nicht nur ein Ausdruck dessen, dass diese den zahlenmäßig größten Anteil christlicher Gläubigen stellt. Für viele scheinen die Bindungen der Katholiken zu Rom auch unterschwellig verdächtig. Hatte Bismarck aus ähnlicher Perspektive den deutschen Katholiken im 19. Jh. fälschlicherweise »Ultramontanismus«, d.h. eine engere Bindung an den Papst jenseits der Alpen als an die eigene Nation unterstellt, so könnte man die ägyptische Haltung als »Ultramarismus« bezeichnen – gesteuert von einer fremder Macht jenseits des Meeres. Auch sie misstraut insgeheim – aus politischer Irrationalität, nicht aus konkretem Anlass – den katholischen Ägyptern und zweifelt grundlos an ihrer nationalen Zuverlässigkeit. Überdies argwöhnen strenggläubige Kräfte, Rom könne die Missionierung im Lande vorantreiben. Entwickelt wurde diese latente Furcht in der langen Zeit der Fremdbestimmung. Rom und Istanbul waren für Ägypten zwei koloniale und imperiale Machtzentren nördlich des Mittelmeeres, die das Land am Nil über Jahrhunderte beherrscht und unterdrückt hatten, und es gab in dieser Zeit immer auch Ägypter, die mit den Fremden kollaborierten. Dies macht es fundamentalistischen muslimischen Kräften im Lande leicht, die Losung »Nur ein muslimischer Ägypter ist ein guter Ägypter«, zu propagieren. Und so sehen sich orthodoxe und katholische Kopten ungerechtfertigt in ihrem nationalen Selbstverständnis und Stolz verletzt. Dabei sind viele koptische Katholiken im Alltagsleben noch größeren Nachteilen ausgesetzt als ihre orthodoxen Glaubensbrüder, vor allem, was den beruflichen Werdegang in der staatlichen Verwaltung und ihren Organen anbetrifft. Die ägyptische Regierung drückt ihre »Rangordnung«

der Christen, jenes 0,3%-Bevölkerungsanteils, auch durch »abgemergerte« Repräsentanz bei christlichen Festen und Anlässen aus. So fehlte bei der Amtseinführung des neuen kopt.-kath. Patriarchen, Erzbischof Antonios Naguib, im Frühjahr 2006 selbst »die zweite Garnitur« ägyptischer Politiker. Staatspräsident Mubarak ließ sich durch seinen Sekretär und Premierminister Ahmed Nazif (* 1952) durch den Umweltminister vertreten. Anwesend waren jedoch die Gouverneure von Kairo, Giza und Kalyoubia, sowie einige Mitglieder der beiden Kammern des ägyptischen Parlaments. Der Groß-Sheikh der Al-Azhar-Universität, Dr. Mohammed Tantawi (* 1928), wurde allerdings hochrangig durch den Groß-Mufti von Ägypten, Sheikh Dr. Ali Gomaa (* 1952) vertreten. Zu Weihnachten und Ostern werden auch in die katholischen Kirchen muslimische Vertreter entsandt, zumeist die örtlichen Polizeichefs oder hochrangige Militärs, da diese in ihrer Galauniform die Präsenz des Staates in der ersten Reihe der Gläubigen besonders hervorgehoben kundtun.

Die Beziehungen der kopt.-kath. Seite zu den Repräsentanten der Muslime in Ägypten sind freundlich und von gegenseitigem Respekt geprägt. »Tantawi ist ein guter Mensch« heißt es im Patriarchat, allerdings mit der Einschränkung, dass auch er in seinem Handeln nicht frei ist vom Einfluss der Öffentlichkeit. Der Patriarch beurteilt die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen heute verhalten optimistisch. Doch als Grund nennt er die Kontrolle der Regierung und nicht eine Verbesserung im Verhalten der muslimischen Mehrheit. Gutnachbarliche und bisweilen sogar freundschaftliche Beziehungen zwischen Kopten und Muslimen gibt es nur im privaten Bereich. Als Richtschnur dabei gilt allgemein: je höher das Bildungsniveau, desto häufiger sind solche interreligiösen Kontakte. Die Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen erfolgt nahezu ausschließlich auf persönlicher Ebene. Auch im sozialen Bereich gibt es zwar

24 Im Februar 2006 war der aus Alexandria stammende Franziskaner-Erzbischof Marco Dino Brogi, O.F.M. (* 1932) abberufen und ins vatikanische Staatssekretariats versetzt worden. Nachfolger wurde Fitzgerald, der vormalige Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog und Sekretär des Rates für die Beziehungen zum Islam.

25 Patriarch Antonios am 07.03.2007 auf die Frage, wann und wie oft er bisher den Präsidenten getroffen habe (vgl. Interview mit dem Patriarchen S. 54 ff.).

Formen der Zusammenarbeit, und zu manchen Tagungen werden Vertreter beider Seiten eingeladen. Gleichwohl ist sie aber immer noch sehr begrenzt. Über Zahlen zum Islam konvertierter Kopten liegen keine exakten Erkenntnisse vor. Patriarch Antonios nennt zwar die Zahl von zwischen 10.000 und 20.0000 pro Jahr, verweist aber einschränkend darauf hin, dass dies nur die Schätzungen einiger und überdies die Hintergründe im Dunkeln sind.

5. Die kopt.-kath. Kirche und Rom

Als Oberhaupt der römischen Kirche kam Papst Johannes Paul II. erst auf seiner 90. Auslandsreise im 12. Jahr seines Pontifikats nach Ägypten (*Bild 10*). Der Besuch war nicht als Pastoralreise zu seinen kopt.-kath. Gläubigen, sondern als »Jubiläumspilgerfahrt zum Berg Sinai« deklariert. Sollte der päpstlichen Reiseabfolge eine Priorität innewohnen, steht Ägypten nicht im hohen Kurs; anderen muslimischen Ländern mit einer katholischen Minderheit wurde weit früher die Ehre eines Papstbesuches zuteil.²⁶

Ein zweiter Aspekt der Wahrnehmung der kopt.-kath. Kirche Ägyptens ist die Kreierung ihrer Patri-

10: Pastoralbesuch von Papst Johannes Paul II. in Ägypten im Februar 2000.

archen zum Kardinal. Stephanos I. Sidarouss war das erste Oberhaupt der kopt.-kath. Kirche, dem der Kardinals purpur verliehen wurde. 1965, sieben Jahre nach seiner Wahl zum Patriarchen, erfolgte durch Papst Paul VI. seine Ernennung. Sein Nachfolger Stephanos II. Ghattas musste 15 Jahre warten und wurde erst 2001, im Alter von 81 Jahren, von Papst Johannes Paul II. zum Kardinal ernannt. Die Erhebung in das Kardinalskollegium ist – wie Patriarch Antonios betont – eine persönliche Auszeichnung, die der alleinigen Entscheidung des Papstes zusteht. Jedoch gibt es Metropolitensitze, die einen geschichtlichen »Anspruch« auf den Purpur haben, der in der Regel seitens Rom erfüllt wird. So ist die »Wartezeit« der Inhaber traditioneller Erzbischöfsstühle – z.B. Bologna, Köln, Madrid, Paris oder Wien – auf den Purpur zumeist kurz. Bei orientalischen Patriarchen²⁷,

²⁷ In der röm.-kath. Kirche führen die Erzbischöfe von Lissabon und Venedig den Titel eines Patriarchen. Seit 2006 ist »Patriarch des Abendlandes« im Päpstlichen Jahrbuch als einer der Titel des Papstes nicht mehr aufgeführt. Er wurde im Jahre 642 von Papst Theodoros I. verwendet; eine konkrete Bedeutung hatte er aber nicht. Im *Annuario Pontificio*, dem Päpstlichen Jahrbuch, wurde er erstmals 1863 genannt.



die Oberhäupter ihrer Kirchen sind, ist die Kardinalswürde eher die Ausnahme. So wurden bisher nur neun von insgesamt 23 Patriarchen der sechs betrachteten orientalischen Kirchen²⁸ im Zeitraum von 1945 bis heute zum Kardinal ernannt (*Abb 11*). Zwar ist das Amt des Patriarchen weit älter als der Titel eines Kardinals und damit höherrangig. Gleichwohl besitzt die Aufnahme in das Kardinalskollegium heute eine nicht zu unterschätzende mediale Signalwirkung. Eine häufigere Ernennung von Patriarchen orientalischer Kirchen könnte auch dazu beitragen, diese weltweit stärker in Erinnerung zu rufen und sie damit auch zu stärken.

Die Annäherung zwischen Rom und koptisch-orthodoxer Kirche geht nicht zu Lasten der kopt.-kath. Seite, da diese in die Zusammenarbeit ein-

²⁸ Ohne die beiden indischen Kirchen (syro-malabarisch u. syro-malankarisch).

²⁶ Türkei 1979 (4. Reise); Pakistan 1981 (9.); Marokko 1985 (27.); Bangladesch 1986 (32.); Sudan 1993 (57.); Tunesien 1996 (70.), Libanon 1997 (77.).

Abb. 11:

Die Kardinäle der orientalischen Kirchen*

Patriarchat	Anzahl der Kardinäle	Name (Lebensdaten)	Patriarch von ... bis ...	In das Kardinalskollegium aufgenommen	Lebensalter bei Ernennung zum Kardinal	Amtsahre als Patriarch bei Ernennung zum Kardinal
Armenisch	1	Krikor Bedros XV. Agagianian (1895-1971)	1937-1962	1946	51	9
Chaldäisch	0	----	----	----	--	--
Koptisch	2	Stephanos I. Sidarouss (1904-1987) Stephanos II. Ghattas (* 1920)	1958-1986 1986-2006	1965 2001	61 81	7 15
Maronitisch	3	Pierre-Paul Méouchi (1894-1975) Antoine Khoraiich (1907-1994) Nasrallah Boutros Sfeir (* 1920)	1955-1975 1975-1985 seit 1985	1965 1983 1994.	71 76 74	10 8 9
Melkitisch	1	Maximos IV. Saigh (1878-1967)	1947-1967	1965	87	18
Syrisch	2	Ignatius Gabriel I. Tappouni (1879-1968) Ignatius Moussa I. Daoud (* 1930)	1929-1968 1998-2000	1935 2001	56 61	6)**
<u>gesamt:</u>	9			<u>Durchschnitt:</u>	68,7	10,25

Anmerkung: * Ohne syro-malabarische und die syro-malankarische Kirche mit den beiden Groß-Erzbistümern Ernakulam und Trivandrum in Indien sowie ohne die äthiopisch-katholische Kirche

** erst nach seiner Amtszeit Kurienkardinal

gebunden ist. Käme es allerdings irgendwann zu einer Anerkennung des römischen Primats durch die koptische Orthodoxie, so bliebe dies nicht ohne Konsequenzen für das kopt.-kath. Patriarchat.

6. Ausblick

In jedem Gottesdienst in Ägypten, gleich ob armenisch, koptisch oder melkitisch, wird für das Staatsoberhaupt Mubarak, den »christlichen Schutzheiligen« gebetet, vor allem für dessen langes Leben. Nicht zu Unrecht, ist er doch der Garant ihrer, wenn auch hier und da knirschenden religiösen Freiheit. Ob er diese Linie aus Überzeugung und im Wissen um das Verfassungsgebot oder politischem Kalkül verfolgt, sei dahin gestellt. Sicher kennt Mubarak die Verdienste der Christen für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes. Vor allem aber

hält er die extremen muslimischen Kräfte um eigener Sicherheit willen im Schach. Er weiß, dass die Gefahr für die Stabilität des Landes nicht von der christlichen Minderheit und auch nicht von der muslimischen Mehrheit ausgeht, sondern ausschließlich von der kleinen Gruppe militanter Muslime. Mubarak ist seit fast 26 Jahren – seit Sadats Ermordung im Oktober 1981 – im Amt. Viele, auch ihm wohl gesonnene Ägypter, kritisieren dies und meinen süffisant, in der Geschichte des Landes blickten nur drei Herrscher auf eine solch lange Regierungszeit: Ramses III. (ca. 1184 bis 1152 v.Chr.), Mohammad Ali Pascha (*1769, +1848) und Mubarak. Der Präsident vollendet am 4. Mai 2008 sein 80. Lebensjahr, und niemand weiß, wie viel Zeit ihm noch bleibt. Der Versuch, seinen zweiten Sohn Gamal (* 1963) als Nachfolger

zu etablieren, wird ebenso kritisiert wie sein imperialer Führungs- und Lebensstil. Und so kann niemand sagen, wer und in welche Richtung die »Nach-Mubarak-Ära« steuert, und wie sich ein Wechsel auf die christlichen Minderheiten auswirken wird.

Spürt man bei den orthodoxen Kopten, dass sie – trotz auch dort manch ärmlicher Kirche – zwar nicht aus dem Vollen schöpfen können, so doch über beträchtliche Mittel verfügen, so begegnet man in kopt.-kath. Einrichtungen überwiegend Improvisation und Geldknappheit. Die Kopten – orthodoxe und katholische – sind eine junge, mutige und zugleich frohe und engagierte Glaubensgemeinschaft. Darin liegen ihre Stärke und ihre Überlebensfähigkeit. □

*Abbildungen und Fotos:
Verfasser u. kopt.-kath. Patriarchat.*

Interview mit Seiner Seligkeit, dem koptisch-katholischen Patriarchen von Alexandria, Erzbischof Antonios Naguib

Dies ist das bisher erste Interview, das der Patriarch seit der Amtsübernahme am 1. Mai 2006 einer deutschen Zeitschrift gab. Das Gespräch wurde am 7. März 2007 – dem 72. Geburtstag des Patriarchen – im Palais de Kobbah in Kairo geführt. Für den AUFTRAG stellte Dieter Kilian, der auch die Übersetzung aus dem Englischen vornahm, die Fragen.

1. Innenansichten

AUFTRAG: Das Lateinische Patriarchat von Alexandria wurde im Jahre 1895 durch Papst Leo XIII. eingerichtet. Bischof Georges Macaire übernahm das Amt 1898 als erster Patriarch und nannte sich Kyrillos II., jedoch musste er 1908 zurücktreten. Welches waren die Gründe?

Patriarch Antonios: Soweit wir es aus der Geschichte wissen, fühlte er sich nicht frei genug, um die Entscheidungen zu treffen, die er für richtig hielt. Möglicherweise besaß die Orientalische Hierarchie damals nicht die Handlungsfreiheit, die sie heute besitzt.

AUFTRAG: Die kopt.-kath. Kirche ist eine Minderheit in einer Minderheit. Wie viele Ägypter gehören der kopt.-kath. Kirche heute an?

Patriarch Antonios: 200.000 bis 250.000

AUFTRAG: Wie finanziert sich die koptisch-katholische Kirche? Erhält

sie finanzielle Unterstützung durch die ägyptische Regierung?

Patriarch Antonios: Die kopt.-kath. Kirche verfügt nur über geringe finanzielle Mittel in Form einiger landwirtschaftlich genutzter Flächen und einiger Häuser. Die Gemeinschaft ist klein, und somit ist auch die finanzielle Beteiligung der Gläubigen begrenzt. Sie deckt die laufenden Kosten für den Unterhalt der Gebäude wie Kirchen und Häuser, einen Teil der Lebenshaltungskosten der Priester und die geringen Bedürfnisse der Gemeinden ab. Schulen und andere Sozialeinrichtungen sind kaum kostendeckend. Bei größeren Projekten müssen wir daher um Hilfe bei kirchlichen Organisationen bitten, wie z.B. bei MISSIO. Seitens des Staates erhalten die Kirchen keinerlei finanzielle Unterstützung.

AUFTRAG: Wie viele Diözesen sind dem Patriarchat zugeordnet?

Patriarch Antonios: Sieben Diözesen. Dies sind die Patriarchaldiözese, die den Raum Kairo und Alexandria, sowie das Nildelta abdeckt, Ismailiya,

Gizeh mit Beni-Suef und Fayoum, Minya, Assiut, Sohag und Luxor.

AUFTRAG: Sieht sich die kopt.-kath. Kirche mit ähnlichen Problemen hinsichtlich der Gewinnung ihres Priesternachwuchses konfrontiert wie sie in vielen westlichen Ländern auftreten? Ist den Priestern der kopt.-kath. Kirche die Ehe erlaubt wie in der kopt.-orth. Kirche?

Patriarch Antonios: Bis heute haben wir genügend Priester und Theologiestudenten, wobei einige Diözesen mehr und andere weniger haben. Die mittelägyptischen Diözesen – Minya, Assiut und Sohag – verfügen über die größte Anzahl. Die Heirat von Priestern ist nach der alten Tradition der Ostkirchen erlaubt, allerdings muss diese vor der Weihe erfolgt sein.

AUFTRAG: Wie viele Christen sind durch wirtschaftlichen Druck, Diskriminierung, Überredung oder andere Gründe zum Islam konvertiert?

Patriarch Antonios: Es gibt keine offizielle Statistik. Einige Schätzungen belaufen sich auf 10.000, andere wiederum auf 20.000 pro Jahr. Auch die Hintergründe sind nicht klar

2. Die beiden ägyptischen Schwesterkirchen

AUFTRAG: *Wie eng ist die Zusammenarbeit mit der kopt.-orth. Kirche?*

Patriarch Antonios: Sie basiert auf großer Freundschaft und gegenseitigem Respekt. Vor allem arbeiten wir bei der Hilfe für die Armen zusammen, ebenso wie in der jährlichen Gebetswoche für die Einheit der Christen.

AUFTRAG: *Gibt es eine gemeinsame Einrichtung (z.B. in Form einer Konferenz oder eines ständigen Ausschusses), die aus den christlichen Kirchen Ägyptens gebildet ist oder zumindest aus den beiden koptischen Schwesterkirchen?*

Patriarch Antonios: Bis jetzt nicht.

AUFTRAG: *Wie oft haben Sie, Eure Seligkeit, seit Sie vor fast einem Jahr zum Patriarchen gewählt wurden, Seine Heiligkeit Papst Shenouda III. getroffen?*

Patriarch Antonios: Fünfmal. Ich besuchte ihn dreimal. Einmal bat er die Oberhäupter der einzelnen Kirchen zu sich, um über den »Da Vinci Code« zu sprechen. Einmal, als er unser Patriarchat zu Weihnachten besuchte – am 25. Dezember 2006 – wie er es jedes Jahr tut.

AUFTRAG: *Sprechen die beiden Schwesterkirchen mit einer Stimme gegenüber der ägyptischen Regierung, wenn religiöse Probleme auftauchen?*

Patriarch Antonios: Bei besonderen Anlässen. Gewöhnlich geht die Initiative von Seiner Heiligkeit, Papst Shenouda III. aus.

AUFTRAG: *Seit vielen Jahren gibt es direkte Kontakte zwischen Rom und der kopt.-orth. Kirche. Stärkt oder schwächt diese Zusammenarbeit die Stellung der koptisch-katholischen Kirche?*

Patriarch Antonios: Dies schwächt die koptisch-katholische Kirche deshalb nicht, weil seit Beginn ein Ver-

treter unserer Kirche Mitglied der Gemeinsamen Kommission ist. Überdies ist es eine ideale Gelegenheit, um enge Kontakte und Freundschaften mit der kopt.-orth. Kirche zu schließen.



3. Die Kirche in einem Land, in dem der Islam Staatsreligion ist

AUFTRAG: *Sind Eure Seligkeit mit dem offiziellen Kontakt zur ägyptischen Regierung und deren Unterstützung der katholischen Minderheit in Ägypten zufrieden?*

Patriarch Antonios: Wir haben nur gelegentlich Kontakt mit der ägyptischen Regierung. Die Behörden arbeiten stets freundlich und verständnisvoll. Wenn wir ihnen unsere Probleme und Wünsche vortragen, versuchen sie zu helfen. Allerdings braucht die konkrete Umsetzung Zeit und ist bisweilen auch nicht garantiert.

AUFTRAG: *Wie oft haben Sie Hosni Mubarak, den Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten nach der Amtsübernahme Eurer Seligkeit getroffen?*

Patriarch Antonios: Persönlich hatte ich noch keine Gelegenheit, ihn zu treffen. Aber er begegnet mir täglich in den Medien.

AUFTRAG: *Von Zeit zu Zeit erschüttern gewaltsame Übergriffe militanter Muslime hier in Ägypten das Zusammenleben, kosten Menschenleben und verursachen große Verluste an Sachwerten. Von 1977 bis 2002 – etwa 25*

Jahre waren Sie Bischof von Minya. 1997, d.h. vor 10 Jahren, sagten Sie in einem Interview, dass innerhalb von nur fünf Jahren – von 1992 bis 1997 – in Mittel- und Oberägypten rund 1.100 Menschen, darunter 220 Christen durch militante Islamisten getötet worden wären. Wenn Sie die damalige Lage des Verhältnisses zwischen Christen und Muslimen mit der heutigen vergleichen, zu welchem Ergebnis kommen Sie?

Der koptisch-katholische Patriarch von Alexandria, Erzbischof Antonios Naguib, am Tag seines 72. Geburtstages im Gespräch mit Oberst a.D. Dieter Kilian.

Patriarch Antonios: Ich erinnere mich nicht, eine derartige Aussage über Opfer islamischer Gewalt in der Vergangenheit gemacht zu haben. Der Grund liegt darin, dass ich nicht glaube, dass eine solche Statistik jemals geführt und veröffentlicht wurde. Unabhängig davon – im Vergleich zu den neunziger Jahren kann ich sagen, dass sich die heutige Situation verbessert hat. Dies liegt darin begründet, dass die Regierung die Lage besser kontrolliert.

AUFTRAG: *Trotz der diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und dem Heiligen Stuhl gewinnt ein Betrachter von außerhalb wie ich den Eindruck, dass die ägyptische Regierung der kopt.-orth. Kirche mehr Aufmerksamkeit schenkt und diese als einzige Repräsentantin der christlichen Kirche betrachtet. Inwieweit ist dieser Eindruck richtig?*

Patriarch Antonios: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und dem Heiligen Stuhl sind gut. Die ägyptische Regierung zollt der katholischen Kirche durchaus Aufmerksamkeit, wenngleich in einem geringeren Maße als der kopt.-orth. Kirche. So ist bei bestimmten Anlässen, wie zum Beispiel wichtigen nationalen Treffen mit dem Staatspräsidenten Seine Heiligkeit Papst Shenouda III. der einzige und damit gemeinsame Repräsentant aller christlichen Kirchen. Die Regierung praktiziert dies im Übrigen ebenso mit den islamischen Autoritäten; der Groß-Sheikh von Al-Azhar ist deren alleiniger Vertreter.

4. Christlich-muslimische Zusammenarbeit

AUFTRAG: *In Kairo sieht man viele Orte, wo Kirche und Moschee räumlich eng zusammen und oft nur durch eine Straße getrennt sind. In Deutschland zum Beispiel gibt es vielseitige Kontakte zwischen den Religionen, so auch zwischen Christen und Muslimen, besonders auf örtlicher Ebene, die Spannungen entschärft und Zusammenarbeit erleichtert. Gibt es eine ähnliche Zusammenarbeit hier in Ägypten zwischen Christen und Muslimen?*

Patriarch Antonios: Die Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen hier in Ägypten vollzieht sich mehr auf persönlicher Ebene. Es gibt zahlreiche Freundschaften. Vor allem im sozialen Bereich kommt es zur Zusammenarbeit. Bei manchen Tagungen und Treffen werden Vertreter beider Seiten eingeladen. Nichtsdestotrotz ist sie aber immer noch sehr begrenzt.

AUFTRAG: *Wie oft treffen Sie mit muslimischen religiösen Autoritäten und Rechtsgelehrten, z.B. dem Großsheich der Al-Azhar-Universität Dr. Mohammed Sayed Tantawi zusammen. Gibt es regelmäßige Treffen?*

Patriarch Antonios: Ich besuchte den Groß-Sheikh von Al-Azhar Dr. Mohammed Sayed Tantawi zweimal, den Mufti, Sheikh Dr. Ali Gomaa, einmal. Dr. Mahmoud Hamdi Zaqzouq, Minister für religiöse Angelegenheiten (Al-Waqf), traf ich einmal – zum koptischen Weihnachtsfest am 7. Januar bei Seiner Heiligkeit, Papst Shenouda III.

AUFTRAG: *Nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 geriet die öffentliche Meinung gegenüber der muslimischen Minderheit auch in Europa leider in eine Schieflage. Inwieweit haben sich dadurch auch die Beziehungen der christlichen Minderheit hier in Ägypten zur muslimischen Mehrheit verändert?*

Patriarch Antonios: Die Christen Ägyptens haben die Anschläge des 11. Septembers nicht mit der Religion des Islam in Verbindung gebracht. Es war ein terroristischer Akt, ausgeführt von einer Terrorgruppe. Wir bedauern den Schmerz und das Leid, das damit zugefügt wurde, und

zugleich die vielen negativen Reaktionen gegenüber dem Islam und der Religion.

AUFTRAG: *Einige Ereignisse der jüngsten Vergangenheit in Europa (Mohammed-Karikaturen in Dänemark und die missverstandenen Äußerungen des Papstes) haben zu gewaltsamen Reaktionen in vielen muslimischen Ländern geführt. Meinungsfreiheit im Wettstreit mit religiösen Gefühlen – welches sind die Empfehlungen Eurer Seligkeit an die Gesellschaften westlicher Länder, um religiöse Spannungen dieser Art zu vermeiden?*

Patriarch Antonios: Um religiöse Spannungen zu vermeiden, empfehle ich den westlichen Gesellschaften einen sehr respektvollen Umgang mit den Religionen, deren Vertretern und Symbolen. Im Orient ist Religion eine sehr empfindliche und wichtige Sache. Alles, was diese religiösen Gefühle verletzt, sollte vermieden werden.

5. Das Lateinische Patriarchat und der Heilige Stuhl

AUFTRAG: *Der Vor-Vorgänger Eurer Seligkeit, Stephanos I. Kardinal Sidarouss (1904-1987), war der erste kopt.-kath. Patriarch, der in das Kardinalskollegium berufen wurde. Sieben Jahre nach seiner Wahl zum Patriarchen verlieh im Papst Paul VI. 1965 den Kardinalspurpur. Bei Ihrem direkten Vorgänger, Stéphanos II. Kardinal Ghattas, dauerte es 15 Jahre, bevor er im Jahre 2001 zum Kardinal erhoben wurde. In Italien erhalten die traditionellen Metropolitane wie z.B. die von Mailand oder Venedig in wesentlich kürzerer Zeit das rote Birett. Ist dies ein Zeichen unterschiedlicher Wertigkeit zwischen westlichen und orientalischen Kirchen?*

Patriarch Antonios: Der Patriarch ist das Oberhaupt einer Kirche. Aus diesem Grunde wird er kein Kardinal. In der röm.-kath. Kirche ist die Kardinalswürde in der Regel mit einem Amt verbunden – wie die Präsidenten der Kongregationen und Päpstlichen Kommissionen im Vatikan. Dies gilt aus geschichtlichen Gründen auch für wichtige Bischofsstühle. In den kath. Kirchen des Orients hingegen ist es eine persönliche Auszeichnung.

AUFTRAG: *Papst Johannes Paul II. tat sehr viel für die Versöhnung der Religionen; so besuchte er im Jahre 2000 auch Ägypten im Rahmen einer Pastoralreise. Haben Sie Papst Benedikt XVI. nach Ägypten eingeladen, als Sie ihn als neuer Patriarch gegen Ende des letzten Jahres besuchten?*

Patriarch Antonios: Ja, ich lud Seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. ein, Ägypten zu besuchen, als ich ihn im Dezember 2006 traf. Er antwortete, er komme gern, jedoch müsse ein passender Zeitpunkt gefunden werden.

6. Die koptisch-katholische Kirche und Israel

AUFTRAG: *Ihr Amtsbruder, Papst Shenouda III., lehnt die Zusammenarbeit mit Israel ab, solange das Land die Heiligen Stätten in Jerusalem besetzt hält und rät seinen Gläubigen von Reisen ab. Wie ist die Haltung der kopt.-kath. Kirche dazu?*

Patriarch Antonios: Die katholische Kirche in Ägypten verbietet solche Reisen nicht. Wir glauben, dass dies eine private Entscheidung ist, wobei in der einen oder anderen Weise durch die Pilgerreisen auch den Palästinensern geholfen wird. Wir vertreten die gleiche Haltung zu Israel wie die katholische Kirche. Beide – Israel und die Palästinenser, haben das Recht auf ein friedliches und gerechtes Leben. Die Palästinenser haben das Recht auf einen eigenen Nationalstaat im Rahmen eines sinnvollen und vereinten Staatsgebietes, nicht aber von einander getrennten, isolierten Flecken wie dies zurzeit der Fall ist. Angriffe beider Seiten gegenüber der Zivilbevölkerung und der Schaden an Häusern und ihrem Besitz sind abzulehnen. Die Zerstörung palästinensischer Häuser und Eigentums und unmenschliche Behandlung werden verurteilt. Die Ausdehnung von Siedlungen in Palästinensergebiete – bewohnt oder unbewohnt – stellen eine Aggression dar. Die Kirche ruft zu Dialog, einem Friedensvertrag, Friedfertigkeit der Herzen und Gebet auf. □

HILFERUF AUS SIMBABWE:

Bischöfe und Priester im Visier der staatlichen Sicherheitskräfte

Die katholische Kirche Simbawes hat in einem an Ostern veröffentlichten Hirtenbrief einen demokratischen Aufbruch mit einer neuen Verfassung gefordert. Das Land stehe angesichts der derzeitigen politischen und sozialen Konfrontation an einem Scheidepunkt, den nur eine demokratisch gewählte neue Führung überwinden könne. Das Bischofswort zeichnet ein dramatisches Bild von Leid, Armut und Unterdrückung. Der 60-jährige Ncube, Erzbischof von Bulawayo, hat schon mehrfach zu einer friedlichen Revolution aufgerufen und den Rücktritt von Staatspräsident Robert Mugabe gefordert. Mugabe und seine Regierung seien korrupt, sagte Ncube dem britischen Sender BBC. Die Verfolgung der Opposition und das Leid der Zivilbevölkerung würden immer dramatischer. Kritiker der Regierung würden geschlagen, gefoltert und verhaftet. Auch er selbst sei bedroht worden, sagte der Erzbischof von Bulawayo.

Die dramatische Situation in Simbabwe spitzt sich nach Angaben eines Priesters, der anonym bleiben will, auch für die Seelsorger dramatisch zu.

Im Zuge der Veröffentlichung des »historischen Hirtenbriefs« der nationalen Bischofskonferenz mit dem Titel »God hears the cry of the oppressed« (»Gott hört den Ruf der Unterdrückten«) würden Bischöfe und Priester von den staatlichen Sicherheitskräften ins Visier genommen, heißt es in dem Schreiben eines namentlich nicht genannten Priesters, dessen Inhalt vom internationalen pastoralen Hilfswerk Kirche in Not Anfang Mai verbreitet wurde.

»Ich hatte Gelegenheit, an der Vollversammlung der katholischen Bischofskonferenz von Simbabwe teilzunehmen, bei der jede Diözese von den Erfahrungen berichtet hat, die nach der Verlesung des Hirtenbriefs in unseren Pfarreien gemacht wurden. Danach waren einige Priester schon bald, nachdem sie den Brief ihren Gemeindemitgliedern vorgelesen hatten, verhaftet worden. Einer wurde sogar aus der Messe gezerzt, ehe diese beendet war.«

Nach Angaben des simbabwischen Seelsorgers sind einige Priester vom staatlichen Geheimdienst auf die schwarze Liste gesetzt worden. »Wir leben jetzt in der Furcht, verhaftet, gefoltert oder getötet zu werden«, fügt er hinzu.

Die katholischen Hirten von Simbabwe gehen in ihrem gemeinsamen Pastoral Schreiben auf die Ursachen der gegenwärtigen nationalen Krise ein, die in ihren Augen eine »Krise der Staatsführung«, eine »Krise der moralischen Führerschaft« und eine



ANGOLA

SIMBABWE

»geistige und moralische Krise« ist. Nach einer ausführlichen Analyse sprechen sie sich unmissverständlich für eine »moralisch legitimierte politische Autorität« aus. Zugleich verurteilen sie aber ebenso nachdrücklich jede Herrschaft, die »auf Gewalt, Unterdrückung und Einschüchterung« beruht.

»Wir rufen die Bevölkerung von Simbabwe zu Frieden und Zurückhaltung auf, wenn es darum geht, ihre berechtigten Beschwerden zu äußern und für die Menschenrechte zu demonstrieren.«

Die Mitglieder der »Southern African Catholic Bishops« (Bischofskonferenz des südlichen Afrikas) hatten die Regierung Mugabes in einer gemeinsamen Erklärung zu einem Sinneswandel aufgerufen. Sichtbare Zeichen für einen solchen Schritt seien die Aufnahme von Gesprächen mit allen Teilen der Gesellschaft, die gemeinsame Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Abhaltung freier Wahlen.

»Wir, die Bischöfe der südafrikanischen Bischofskonferenzen, glauben an Simbabwe«, heißt es in dem Doku-

ment. »Wir glauben an seine Bevölkerung und ihr Potenzial. Wir glauben, dass dieses Potenzial von denen, die die Amtsgewalt innehaben, noch erkannt werden kann, wenn sie sich mit Vertretern aller Sektoren der Gesellschaft Simbawes im selben Raum zusammensetzen, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Diese Verfassung wird die Grundlage für eine neue Demokratie bilden. Vollkommen freie und klar erkennbar gerechte Wahlen werden dann möglich sein. Wir unterstützen mit Nachdruck die Hirten der Kirche in Simbabwe in ihrem Bemühen, Dialog, Verhandlungen und Versöhnung zustande zu bringen.«

Damit das geschehen könne, sei bei der Führungsschicht allerdings »ein radikaler Sinneswandel« vonnöten. Diesbezüglich schreiben die Bischöfe: »Wir bitten unseren Gott, dass er dieses Wunder für sein Volk in Simbabwe wirken möge.«

Mugabe warnt katholische Bischöfe:

Kritik ist Unsinn

Simbawes Staatspräsident Robert Mugabe hat die katholischen Bischöfe des Landes vor weiterer Kritik gewarnt. In einem Interview des in London erscheinenden »New African Magazine« wies er den Hirtenbrief der Bischöfe mit seiner deutlichen Kritik an der Regierung als Unsinn zurück. Die Kirche sei für geistliche Worte, nicht für politische Einmischung zuständig. Zugleich kündigte er an, sich mit den Kirchenvertretern zu einer Aussprache treffen zu wollen. Allerdings nannte er keinen konkreten Termin. Dabei werde er den prominenten Regierungskritiker Erzbischof Pius Ncube jedoch nicht einladen, der längst ein »verlorener Bischof« sei.

Mugabe, der selbst katholisch ist, sagte, er habe an Ostern wegen des Bischofsworts nicht den Gottesdienst besucht. Wenn er den »so genannten Hirtenbrief« gehört hätte, hätte er aufstehen »und ‚Unsinn‘ sagen müssen«. Er betonte, die Bischöfe seien auf einem gefährlichen Weg. Der Brief sei kein geistlicher oder religiöser Text, vielmehr hätten sich die Bischöfe entschieden, politisch zu werden. Dann werde die Regierung sie nicht länger als geistliche Vertreter betrachten, sondern so mit ihnen umgehen, als seien sie politische Repräsentanten.

Der 83-Jährige regiert das süd-afrikanische Land seit dessen Unabhängigkeit 1980 mit harter Hand. Armenviertel der großen Städte wurden in den vergangenen Jahren systematisch zerstört. Bei Kundgebungen wurden zuletzt wiederholt oppositionelle Demonstranten brutal zusammengeschlagen. Für die gravierende Wirtschaftskrise und eine Inflationsrate von rund 1.700 Prozent macht Mugabe eine westliche Verschwörung gegen ihn verantwortlich. (KNA)

Angola: 40 Kilometer zu Fuß zur Messe

Armut und Leid brachte der 40-jährige Bürgerkrieg über die Menschen Angolas. Fast die ganze Infrastruktur hat er zerstört. Doch die Angolaner lassen nicht zu, dass dieses Schicksal ihr Leben bestimmt. Sie schöpfen Leben und Freude aus ihrem christlichen Glauben. Pater Luis Brevis Muñoz, ein Missionar aus Chile, der ein Waisenhaus in Angola leitet, berichtet Kirche in Not von einer Pfarrgemeinde im Erzbistum Lubango im Südwesten des Landes. Eine »richtige« Kirche, wie sie in Westeuropa bekannt ist, gibt es dort nicht. Die Messfeiern finden im Freien statt: Das Dach der Kirche ist der Himmel, die Wände sind aus Stroh und die Bänke sind befremdliche Gebilde aus quer gelegten Baumstämmen. Die Gläubigen gehen bis zu 40 Kilometer zu Fuß, um den Gottesdienst zu besuchen. Viele von ihnen haben keine Schuhe. Da der Weg lang ist, übernachten die meisten irgendwo auf der Erde. Zu essen haben sie kaum etwas. Am Osterfest haben sich in dieser Pfarrei 56 Jugendliche und Erwachsene taufen lassen.

Was wir von den Afrikanern lernen können? »Die Ehrfurcht vor dem Heiligen«, sagt Pater Luis. Die Menschen in Angola, 55 % von ihnen sind Katholiken, wollen mehr über Gott erfahren. Nur so können die Wunden des Krieges heilen, und nur so können Hoffnung und Freude gedeihen. Deshalb führt die Kirche z.B. auch »Versöhnungstreffen« durch, mit denen sie den Boden für eine friedliche Zukunft Angolas bereiten will.

(ZENIT)

SOWI-FORSCHUNGSBERICHT 79: »Weltreligionen kompakt«

Zum Verständnis von Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus und Buddhismus. Eine Handreichung für Soldaten einer »Armee im Einsatz«, die ihre Aufgabe – und sich selber – wertschätzen und denen in besonderer Weise daran gelegen sein muss, über das eigene Leben Klarheit im Ganzen zu gewinnen; weil ihr Dienst mehr verlangt als Rollenkompetenz und Auftragserfüllung. Er fordert ihre ganze Person, notfalls sogar den Einsatz von Leib und Leben.

Zum Inhalt:

Die Fähigkeit zur interkulturellen Kommunikation und zum Verständnis fremder Religionen hat in der vernetzten Welt von heute und angesichts erheblicher Spannungen zwischen der westlichen und Teilen v.a. der islamischen Welt an politischer und gesellschaftlicher Relevanz gewonnen. Diese Kompetenz kann auch mit Blick auf die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr kaum überschätzt werden. Von ihnen muss erwartet werden, dass sie sich gegenüber Bundeswehrangehörigen mit nichtchristlicher Religionszugehörigkeit bzw. in weltanschaulich und religiös fremden Kulturkreisen angemessen zu verhalten wissen, um ihren Auftrag erfüllen zu können und ihre eigene Sicherheit nicht zu gefährden.

Die vorliegende Studie dient u.a. der Sensibilisierung für diese Aufgabe, indem sie Profile von fünf Weltreligionen skizziert. In den Abschnitten »Grundwissen« informiert sie in einfacher und äußerst knapper Form über Ursprung, Lehre und Ausprägungen dieser Religionen, in den Abschnitten »Lebensregeln« über kennzeichnende Aspekte der religiös (mit)geprägten Lebenswelt der Gläubigen.

Zum Autor:

Klaus Ebeling studierte Philosophie, Theologie, Politikwissenschaften und Pädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Nach den Staatsexamina war er zunächst Studienrat an einem Frankfurter Gymnasium und lehrte an der

Jesuitenhochschule St. Georgen. 1990 wechselte er zum katholischen Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel (heute: Hamburg). Seit 1998 ist er Projektleiter für ethische Grundfragen am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg. Publikationen und kirchliche Politikberatung (v.a. im Kontext der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung) zu ethischen Problemen im Politikbereich Frieden und Sicherheit: insbesondere Nonproliferations- und Rüstungs(export)politik, Bundeswehr (Berufsethik, Innere Führung), Friedensethos und Gewaltpotenziale der Religionen. Zuletzt erschienen: Militär und Ethik. Moral- und militärkritische Reflexionen zum Selbstverständnis der Bundeswehr. Stuttgart: Kohlhammer (2006).

Hinweis:

Die Studie 79 kann als PDF-Datei von der Website des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in Strausberg

<www.sowi.bundeswehr.de> herunter geladen werden. □

ISLAM IN DEUTSCHLAND:

Ein Schritt zur Anerkennung des Islam

In die Debatte um den Islam in Deutschland ist Bewegung gekommen: Mit der Gründung des »KOORDINIERUNGSRATS DER MUSLIME« (KRM – s.a. *STICHWORT* S. 60) durch die vier großen Dachverbände ist das von staatlicher und kirchlicher Seite immer wieder vorgetragene Desiderat eines verbindlichen Ansprechpartners ein großes Stück näher gerückt. Bei aller positiven Resonanz stehen zugleich die noch offenen Fragen deutlicher im Blickfeld.

Die Bundesregierung geht in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage zum Thema davon aus, dass nur etwa 10-15 Prozent der schätzungsweise 3,1-3,4 Mio. Muslime in Deutschland in den vier Verbänden organisiert sind. Die halten dagegen, dass sie 85 Prozent der Moscheegemeinden repräsentierten. Diese verträten vor allem die konservativen und nicht die liberalen Muslime, lautet ein weiterer Einwand – den die Verbände natürlich nicht gelten lassen wollen. »Wir vertreten einen Mainstream-Islam«, hält KRM-Sprecher Ayyub Axel Köhler dagegen. Im Unterschied zu den Kirchen sei der Islam nicht mitgliedschaftlich verfasst und führe auch nicht so etwas wie ein Taufregister. Andererseits, betonen Kritiker, gebe es nicht einmal eine »Austrittsmöglichkeit« für solche, die sich vom Islam abgewandt hätten; diese müssten vielmehr Sanktionen fürchten. »Der Rat kann hilfreich sein, aber nicht den Dialog, wie wir ihn in der Islamkonferenz führen, ersetzen«, resümiert Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU).

Erwartungen, dass der KRM als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt werden könnte, sind sicherlich verfrüht. Das Bestehen einer Religionsgemeinschaft ist allerdings auch nicht an den Körperschaftsstatus gebunden (s. *Beitrag* S. 60). Insofern bestünde für die vom KRM geforderte »Anerkennung des Islams in Deutschland im Rahmen von Staatsverträgen« Spielraum, sofern das politisch gewünscht wäre. Die entscheidende Frage dürfte somit sein, was das Bekenntnis des KRM zu Koran und

Sunna als seiner »Grundlage« in der Praxis bedeutet.

Beteiligung von Milli Görüs an Islamkonferenz kritisiert

Islamwissenschaftler kritisieren eine Beteiligung vom Verfassungsschutz beobachteter Verbände an der Deutschen Islamkonferenz (s. *STICHWORT*). Das sei eine Aufwertung »dieser extremistischen Organisationen«, sagte die Marburger Islamwissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann dem ARD-Magazin Report Mainz. Sie frage sich, warum gerade Vertreter dieser Organisationen die Muslime in Deutschland repräsentieren sollten. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen den Vorsitzenden des Islamrats, Ali Kizilkaya, und den Präsidenten der Islamischen Gemeinschaft Deutschland, Ibrahim El-Zayat. Nach Berichten verschiedener Verfassungsschutzämter wird der Islamrat von der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) dominiert. Sie vertritt die Auffassung, dass die Scharia, die islamische Gesetzessammlung, die verbindliche Richtschnur ist.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte die Beteiligung der IGMG mehrfach verteidigt. »Wir wollen mit der Deutschen Islamkonferenz auch Einfluss ausüben. Und deswegen reden wir etwa auch mit der Gemeinschaft Milli Görüs, in der es verschiedene Strömungen gibt«, sagte er im Vorfeld der zweiten Runde der Konferenz Anfang Mai. Dem Magazin liegen nach eigenen Angaben Film- und Tonmitschnitte von einer IGMG-Veranstaltung vor, bei der ein Funktionär das Osmanische Reich als die zu erstrebende Gesellschaftsordnung dargestellt habe. Diese Predigt bewertet der Saarbrücker Islamwissenschaftler Gerd R. Puin laut vorab verbreitetem Preetext als politisches Programm, »das gewiss mit Demokratie nicht vereinbar ist«. Auf einer IGMG-Feier im hessischen Stadtallendorf tanzten die Kinder laut Report zu einem alten osmanischen Lied mit der Textzeile: »Lasst uns für den Weg Gottes Krieg führen.« (KNA)

STICHWORT

Deutsche Islamkonferenz (DIK)

Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) ist ein auf zwei bis drei Jahre angelegter Dialog zwischen staatlichen deutschen Stellen und Vertretern der in der Bundesrepublik lebenden rund dreieinhalb Millionen Muslime. Ziel der im September 2006 erstmals einberufenen Konferenz ist eine verbesserte religions- und gesellschaftspolitische Integration der Muslime. Dabei sollen aus Sicht der Bundesregierung kulturelle und religiöse Unterschiede anerkannt, aber auch die vollständige Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangt werden.

Inhaltlich geht es etwa um Islamunterricht in deutscher Sprache, die Ausbildung von Imamen, den Bau von Moscheen, aber auch um die Beteiligung islamischer Institutionen bei der Abwehr von islamistischem Terror. Weiterhin gibt es Gespräche über die Gleichberechtigung von Mann und Frau, über Sprachunterricht und Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie über den Abbau von Vorurteilen.

Neben den Vollversammlungen tagen drei ständige Arbeitsgruppen und ein Gesprächskreis. Die Arbeitsgruppen befassen sich mit den Themenfeldern »DEUTSCHE GESELLSCHAFTSORDNUNG UND WERTEKONSENS«, »RELIGIONSFRAGEN IM DEUTSCHEN VERFASSUNGSVERSTÄNDNIS« und »WIRTSCHAFT UND MEDIEN ALS BRÜCKE«. Ein beigeordneter Gesprächskreis widmet sich dem Thema »SICHERHEIT UND ISLAMISMUS«.

Ständige Teilnehmer der Islamkonferenz sind 15 staatliche Vertreter und 15 Repräsentanten der Muslime in Deutschland. Die staatliche Seite ist mit Vertretern von Bundesministerien, der Innenministerkonferenz, der Kultusministerkonferenz und der kommunalen Spitzenverbände besetzt. Auf Seiten der Muslime sind 5 Vertreter der mitgliederstärksten islamischen Dachverbände eingeladen. Darüber hinaus nehmen 10 Persönlichkeiten aus dem Spektrum der nicht organisierten Muslime teil, darunter auch Vertreter, die dem Islam kritisch gegenüberstehen. (KNA)

HINTERGRUND: Religionsgemeinschaft Islam?

Zur verfassungsrechtlichen Debatte um die Gleichstellung

VON ANSGAR HENSE*

Im Umfeld der Islamkonferenz kommt es zu begrifflichen Unsicherheiten, die einer babylonischen Sprachverwirrung gleichen. Schwierigkeiten bereiten insbesondere die Begriffe Religionsgemeinschaft, Religionsgesellschaft und die Qualifikation einer Religionsgesellschaft als »Körperschaft des öffentlichen Rechts«. Die immer wieder diskutierte Umschreibung der Rechtsmaterie als Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht wird eher überschätzt. Beide Bezeichnungen haben ihre Berechtigung, sind letztlich aber gleichbedeutend.

Das deutsche Staatskirchenrecht ist durch die Übernahme bestimmter Vorschriften aus der Weimarer Reichsverfassung in das Grundgesetz (Art. 140 GG) stark institutionell geprägt – eine Komponente, die dem Recht anderer europäischer Länder eher fremd ist.

»Religionsgemeinschaft« und »Religionsgesellschaft« sind Schlüsselbegriffe dieses deutschen Staatskirchenrechts. Beide sind rechtlich gleich zu interpretieren. Das Verfassungsrecht wie auch die gesetzlichen Regelungen knüpfen an die Qualifikation einer Gruppierung als Religionsgemeinschaft an, ohne dass es – wie etwa in Österreich – ein spezielles Anerkennungsverfahren gibt.

Es reicht aber nicht, dass sich eine Gruppierung selbst als Religionsgemeinschaft bezeichnet. Nur wenn der Staat eine Vereinigung als Religionsgemeinschaft identifizieren kann, hat sie einen Anspruch auf diese Rechtsposition. Die Rechtsprechung versteht unter Religionsgemeinschaft einen Verband, der die Angehörigen ein und desselben Glaubensbekenntnisses (oder mehrerer verwandter Glaubensbekenntnisse) zu allseitiger Erfüllung der durch das gemeinsame Bekenntnis gestellten Aufgaben zusammenfasst.

Der Berliner Staatsrechtler Bernhard Schlink hat diese Formel so interpretiert, dass die Gruppierung über

ein konsistentes religiöses Bekenntnis verfügen muss; religiös getarnte Vorwände genügen dem nicht, ebenso muss sich die Vereinigung von wirtschaftlichen, politischen Interessengruppen unterscheiden. Die religiöse Konsistenz einer Vereinigung setzt sich in der bekenntnismäßigen Homogenität ihrer Mitglieder fort.

Wichtig ist, dass eine Religionsgemeinschaft nach deutschem Recht auf natürlichen Personen beruht und das Bekenntnis die geistig-religiöse Klammer darstellt. Schließlich muss das religiöse Bekenntnis »Fluchtpunkt« (B. Schlink) aller Aktivitäten der Vereinigung sein. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist eine Vereinigung Religionsgemeinschaft und kann dem Staat kompetenter und legitimer Ansprechpartner zum Beispiel für den Religionsunterricht, die Gefängnis- oder Militärseelsorge sein. Ob beispielsweise muslimische Dachverbände dem genügen, ist momentan zweifelhaft.

Strikt davon zu trennen ist die Qualifikation als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Religionsgemeinschaften können jede denkbare zivilrechtliche Rechtsform annehmen, sofern sie mitgliederbasiert ist (deshalb kann eine Religionsgemeinschaft nicht als Stiftung organisiert sein). Grundsätzlich kann jede Religionsgemeinschaft den Rechtsstatus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhalten. Der Körperschaftsstatus ist kein exklusiver Status der christlichen Kirchen.

Dieser Rechtsstatus wird in der Regel durch Gesetz oder auf Antrag hin verliehen, wenn die Religionsgemeinschaft durch ihre Gesamtkonstitution und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bietet (rund 30 Jahre soll die Religionsgemeinschaft bestehen). Weitere Voraussetzung ist ihre Rechtstreue. Verlangt wird etwa die Anerkennung der fundamentalen Verfassungsprinzipien, wie das freiheitliche Religions- und Staats-

STICHWORT:

Koordinierungsrat der Muslime (KRM)

Im Koordinierungsrat der Muslime (KRM) mit den vier zahlenmäßig größten Organisationen auf Bundesebene,

- der TÜRKISCH-ISLAMISCHEN UNION DER ANSTALT FÜR RELIGION (Ditib),
- dem ZENTRALRAT DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND,
- dem ISLAMRAT und
- dem VERBAND DER ISLAMISCHEN KULTURZENTREN,

sind laut Bundesregierung nur 10 -15 Prozent der Muslime organisiert. Zur Frage der rechtlichen Gleichstellung verweist die Regierung auf das religionsverfassungsrechtliche System in Deutschland (s. *nebenstehenden Beitrag von Ansgar Hense: Religionsgemeinschaft Islam? – Zur verfassungsrechtlichen Debatte um die Gleichstellung*). Dies verlange repräsentative Strukturen der religiösen Gemeinschaften. Allerdings sei der Islam traditionell nicht so verfasst wie die christlichen Kirchen oder die jüdische Gemeinschaft. Viele Muslime hätten aber die Notwendigkeit erkannt, sich in geeigneter Weise zu organisieren. Diese und ähnliche Fragen werden derzeit in der DEUTSCHEN ISLAMKONFERENZ (DIK) eingehend erörtert. (KNA)

kirchenrecht. Hierzu zählt auch die Scheidung des religiösen vom weltlich-politischen Bereich. Ausdrücklich verfassungsrechtlich verbürgt ist nur das Recht, hoheitlich Mitgliederbeiträge (Steuern) einzuziehen. Im Übrigen kann eine Religionsgemeinschaft, der der Körperschaftsstatus verliehen worden ist, sich bestimmter öffentlich-rechtlicher Handlungsformen bedienen. Darüber hinaus bietet der Körperschaftsstatus eine Vielzahl von einfachgesetzlichen Regelungsvorteilen, etwa im Bauplanungsrecht, beim Zeugnisverweigerungsrecht oder im Gebührenrecht. (KNA)

* Ansgar Hense ist Privatdozent an der Juristischen Fakultät der TU Dresden und Juristischer Referent am Institut für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands (Bonn).

Muslime haben prozentual ebenso viele Gebetsräume wie Christen

Für Muslime stehen in Deutschland anteilmäßig fast ebenso viele Gottesdiensträume zur Verfügung wie Kirchen für Christen. Das geht aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Grünen zur rechtlichen Gleichstellung des Islam hervor. Derzeit gebe es zudem mehr als hundert Bauvorhaben von Moscheen. Auf jede islamische Gebetsstätte kommen demnach 1.231 Muslime. Bei Katholiken liege dieses Verhältnis bei 1:1.050, bei Protestanten bei 1:1.164. Insgesamt soll es laut Regierung 2.600 muslimische Gebetsstätten in Deutschland geben, von denen rund 150 als klassische Moscheen mit Kuppel und Minarett zu bezeichnen sind. Hinzu kommen den Angaben zufolge noch mehr als 120 »Medresen«, also Lehrhäuser. Die Zahl der Moscheebauten nahm nach

Regierungsangaben in den vergangenen Jahren beständig zu.

Bei den Ausführungen zur religiösen Praxis beruft sich die Regierung auf Angaben der Stiftung Islam-Archiv-Deutschland. Demnach nehmen rund 200.000 Muslime am täglichen und 493.000 Muslime am Freitagsgebet teil. An den höchsten muslimischen Festtagen sind es rund 904.000. Damit ist der wöchentliche Moscheebesuch mit über 14 Prozent in etwa so stark wie der Besuch der Sonntagsmesse bei Katholiken. Die Zahl der Muslime schätzt die Regierung auf 3,1-3,4 Millionen, darunter haben rund eine Million die deutsche Staatsangehörigkeit.

Bei den Herkunftsländern entfällt der größte Anteil auf die Türkei mit 2,43 Millionen, gefolgt von Bosnien-Herzegowina mit 188.000 sowie dem

Iran und Marokko mit je rund 125.000 Muslimen. (KNA)

In Europa leben mehr als 53 Millionen Muslime

In Europa leben mehr als 53 Millionen Muslime. Davon entfallen auf Länder der Europäischen Union (EU) knapp 16 Millionen, wie das Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland Anfang Mai in Soest mitteilte. Das EU-Mitglied mit den meisten Muslimen sei Frankreich mit 5,5 Millionen, gefolgt von Deutschland (3,3), Großbritannien (1,5) und Bulgarien (1,1). Unter den Ländern außerhalb der EU weist Russland den Angaben zufolge mit 25 Millionen den mit Abstand höchsten muslimischen Bevölkerungsanteil auf. (KNA)

Großmufti verurteilt Gewalt im Namen der Religion

Der Großmufti von Syrien hat Gewalt im Namen der Religion eine scharfe Absage erteilt. »Jeder Prediger, der Hass schürt, egal ob in Deutschland oder in einem arabischen Land, muss gestoppt werden«, sagte Badreddine Hassoun am 11. Mai der »Frankfurter Rundschau«. Ihm stehe »jeder Atheist näher als Osama bin Laden«. Zu den Christenmorden in der Türkei sagte der Großmufti: »Das Töten im Namen des Islam verleumdet die Religion.« Jeder Mensch sei selbst für seine Taten verantwortlich und nicht die religiöse Gemeinschaft, der er angehöre.

Hassoun verurteilte auch so genannte Ehrenmorde. Der Islam erlaube niemandem, ein Urteil zu fällen und an seiner Frau oder Tochter zu vollstrecken. Die islamischen Gelehrten müssten »die einfachen Muslime in den Moscheen darüber noch mehr aufklären«. Nach Hassouns Worten gibt es auch keinen Zwang zum Kopftuch. Niemand dürfe seine Frau oder Tochter zu etwas zwingen, wovon sie nicht überzeugt sei: »Aber man muss auch lernen, zu respektieren, wenn eine Frau ein Kopftuch tragen möchte.« (KNA)

Kardinal Kasper warnt vor Blauäugigkeit gegenüber Islam

Vor Blauäugigkeit gegenüber dem Islam warnt Kurienkardinal Walter Kasper. Auch wenn man den Islam vom fanatischen Islamismus unterscheide, dürfe man nicht aus einem naiven Harmoniestreben das Konfliktpotenzial unterschätzen, sagte der Präsident des Päpstlichen Rats zur Förderung der Einheit der Christen am 11. Mai in Stuttgart.

Der Kardinal wies auf eine »ambivalente Einstellung« des Islam zur Gewalt hin. Der Islam sei nicht nur eine andere Religion: »Er ist auch eine andere Kultur, die bislang den Anschluss an unsere moderne westliche Kultur, zu der auch die Gleichstellung von Mann und Frau gehört, nicht geschafft hat.« Dies könne, »wenn es denn gewollt wird«, nicht in wenigen Jahren oder Jahrzehnten geschehen, sondern nur in einem sehr langfristigen Prozess, sagte Kasper bei einer von der baden-württembergischen Landesregierung veranstalteten »Stuttgarter Rede zu Europa«.

Wegschauen hilft Kasper zufolge nicht, die Herausforderung müsse angenommen und mit fried-

lichen Mitteln ausgetragen werden. Die hier lebenden Muslime müssten integriert und mit dem »gemäßigten« Islam müsse ein Dialog geführt werden. »Das setzt von unserer Seite Toleranz und Respekt voraus, aber auch Toleranz und Respekt der Muslime gegenüber unserer Kultur und unseren Überzeugungen«, so Kasper. Gegenüber Intoleranz könne es keine Toleranz geben. Jede Gesellschaft brauche ein gewisses Maß gemeinsamer Werte und Regeln, um friedlich zusammenleben zu können. Multikulti sei europaweit gescheitert.

Es sei kein Dialog, sondern »charakterlose Selbstverleugnung, wenn wir in vorseilendem Gehorsam einknicken und kapitulieren, wenn wir unsere Überzeugungen und Werte verstecken«, sagte der Kardinal und erwähnte das Abhängen von Kreuzen oder den Verzicht auf Weihnachtsfeiern. »Mit einer solchen Appeasement-Politik werden wir nicht Respekt, sondern zu Recht Verachtung ernten«, so Kasper. Nur wer sich selbst achte, könne andere achten. (KNA)

HAUPTTAGUNG 2007 DER DEUTSCHEN KATHOLISCHEN MÄNNERARBEIT:

»Männerarbeit in einer von Migration geprägten Gesellschaft«

VON HEINRICH DORNDORF

In Zeiten, in denen über das Zuwanderungsrecht eifrig debattiert wird, übersieht man leicht: Es leben rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Viele von diesen sind hier schon geboren, gehören also der zweiten oder gar dritten Generation an. Migration und Integration sind wichtige Themen in der politischen Diskussion, wie sie an Stammtischen, in den Medien, im kirchlichen Bereich und nicht zuletzt auch in Familien geführt werden. Vor diesem Hintergrund lud die deutsche katholische Männerarbeit vom 25. bis 27. April 2007 zu ihrer Haupttagung nach Fulda ein. Das Thema lautete: „Vom Nebeneinander zum Miteinander. Männerarbeit in einer von Migration geprägten Gesellschaft.“

Veranstalter dieser Tagung waren die »KIRCHLICHE ARBEITSSTELLE FÜR MÄNNERSELSORGE UND MÄNNERARBEIT IN DEN DEUTSCHEN DIÖZESEN« in Fulda und die »GEMEINSCHAFT DER KATHOLISCHEN MÄNNER DEUTSCHLANDS« (GKMD). Vor dem eigentlichen Beginn der Haupttagung führte die GKMD ihre jährliche Mitgliederversammlung durch.

GKMD-Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung der GKMD – hier treffen die Verantwortlichen Geistlichen und Referenten für die Männerarbeit in den Diözesen sowie die Delegierten von katholischen (Männer-)Verbänden zusammen – wurde sowohl die Arbeit der GKMD als auch der Arbeitsstelle reflektiert, so z.B. die gute Zusammenarbeit mit der evang. Männerarbeit in Kassel und der Arbeitsstelle für Frauenseelsorge in Bonn. Fortgesetzt werden soll die Zusammenarbeit auf dem Katholikentag 2008 in Osnabrück. Dort wird es ein gemeinsames Frauen- und Männerzentrum geben, das jedoch auch getrennte geschlechtertypische Themen anbieten wird. Die 1998 erstellte Männerstudie soll 2008

wieder in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Paul M. Zulehner, mit dem Familienministerium und der Gleichstellungsbeauftragten der Bundesregierung fortgeschrieben werden. Darüber hinaus wird ein neues Strukturmodell der Arbeitsstelle der kath. Männerarbeit erstellt u.a mit dem Ziel, die Arbeitsstelle in Fulda zu erhalten.

Gemäß der Satzung war in diesem Jahr das Präsidium der GKMD neu zu wählen. Das bisherige Präsidium stand geschlossen zur Wiederwahl und wurde von den Delegierten bestätigt.

Vom Nebeneinander zum Miteinander

Grundlegende Informationen erhielten die Teilnehmer im thematischen Teil der Tagung durch Prof. Dr. Michael Bommes vom Institut für

Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück. Aus soziologischer Sicht stellte er die Phasen der Zuwanderung nach Deutschland dar: Die Migrationsgeschichte Deutschlands beginnt mit dem Ende des 2. Weltkriegs.

- Mehr als 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene strömen in die Bundesrepublik.
- Ab 1955 setzt die Gastarbeiterzuwanderung ein. Zunächst war es nur eine Zuwanderung auf Zeit. Je länger aber ein Arbeitsverhältnis besteht, desto stärker wird der Niederlassungswunsch. Seit 1977 gibt es 10-12% ständige ausländische Arbeitsverhältnisse.
- Eine weitere Zuwanderung gibt es ab 1992/93. Flüchtlinge, Auswanderer (Kasachstan), Asylbewerber, die zu 70-80% in Deutschland bleiben.

Deutschland sei also zumindest z.T. eine Migrationsgesellschaft, wie sie so ursprünglich nicht geplant war. Wenn aber etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund habe, man aber diese vielen Migranten im Alltag nicht ständig bewusst wahrnehme, zeige das, so Prof. Bommes, dass die Integration in Deutschland gar nicht so schlecht gelungen sein könne. In der deutschen Gesellschaft herrsche i.d.R. eine zivile Gelassenheit, d.h. eine *Gleich-Gültigkeit*, denn man nehme die Migranten einfach nur so zur Kenntnis. Wichtig wäre jedoch ein Miteinander; das geschehe aber nur, wenn man auch miteinander rede, führte der Referent aus.

Dennoch gebe es genügend Problemfelder, oft bei denen männlichen Migranten mit ihren sehr unterschiedlichen Auffassungen von Familie, im Bildungsbereich und vor allem bei illegalen Migranten, die häufig gerade im Pflegebereich, im Dienstleistungsbereich (Haushaltshilfen) oder in der Landwirtschaft beschäftigt würden. Prof. Bommes plädierte dafür, sich



»Männerbischof« Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick, Bamberg (Mitte), mit dem wiedergewählten Präsidium der GKMD: Präsident Franz-Josef Schwack, Osnabrück (r.); die Vizepräsidenten Msgr. Wolfgang Witzgall, Staffelstein(l.), Vertreter der Männerseelsorger; Vertreter der Verbände Paul Schulz, Lüneburg (2.v.l.) und aus der Gruppe der Diözesanvertreter Wilfried Vogelmann, Stuttgart (2.v.r.).

die jeweilige Konstellation, aus der ein Migrant stamme, genau bewusst zu machen, denn je nach Zuwanderungsgeneration, Herkunftsland und sozialem Stand gebe es große Unterschiede.

Bei männlichen Migranten potenzieren sich die Probleme durch »Nöte des Alleinseins« (kollektive Unterbringung, getrennte Familien, stillgelegte Sexualität, eingeschränkte Gesundheit, Zerstörung des gewohnten Sozialverbandes, fehlende Repräsentationsrolle). Deshalb holen sich junge Männer aus Migrantenfamilien oft ihre zukünftigen Frauen aus dem Herkunftsland ihrer Eltern. Dies, meint Bommes, sei ein Zeichen dafür, dass der Zugang zu Gleichaltrigen im Aufnahmeland schwierig sei. Heiratsmigration biete Rollenbestätigung; und wenn man etwas über Männerprobleme erfahren wolle, müsse man ihre soziale Position in der Migranten-gruppe kennen und verstehen lernen. So seien, führte Prof. Bommes aus, Familienverhältnisse Binnenverhältnisse, die nicht einfach zerstört werden könnten.

Projekte: »Männerarbeit mit Migranten«

Der Leiter der Kath. Erwachsenenbildung (KEB) in Frankfurt/Main, Dr. Hans Prömper, stellte ein Projekt der KEB am Beispiel älterer Migranten, die oft in Deutschland bleiben, vor. Dort werden Workshops angeboten (z.B. Deutsch, Kommunikation, Gesundheit, Rente, Computer, neue Technologien, religiöse Fragen) und es wird auf nationenspezifische Wünsche eingegangen. Ferner betreuen ehrenamtliche Senioren ältere Migranten bei sprachlichen Schwierigkeiten in der Rentenberatung, bei Problemen mit Hartz IV, Krankheit, Pflege, Pflegeversicherung, Schuldnerberatung. Bei allen Angeboten sei, betonte Prömper, ein langer Atem erforderlich, da der Bildungsstand gerade bei älteren Migranten sehr niedrig sei. Dies hemme auch die Weiterbildungsbereitschaft. Und nach den Erfahrungen seien Männer weniger

Prof. Dr. Michael Bommes, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) Osnabrück, referiert über das Thema: »Deutschland – eine Migrationsgesellschaft«.

bildungsbereit als Frauen: »Männer spielen lieber Karten«.

Ein weiteres Projekt praktischer Männerarbeit mit Migranten stellte der evangelische Pfarrer Siegfried Pick, Pfarramt für Ausländerarbeit an Nahe und Glan in Bad Kreuznach, vor. Er wurde von zwei Migranten begleitet. Der eine war 1994 aus dem Kosovo geflohen und hatte im Jahr 2000 die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Der andere, ein Flüchtling aus dem Iran lebt seit acht Jahren als geduldeter Flüchtling in Deutschland. Sein Asylantrag ist rechtswirksam abgelehnt. Beide erhielten Gelegenheit, ihre sehr unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Positionen darzustellen. Das Pfarramt für Ausländerarbeit berät Flüchtlinge und kämpft im Einzelfall für deren gerechte Bewertung durch amtliche Stellen.

Die Tagung wurde abgeschlossen mit einer Podiumsdiskussion: »Aufeinander zugehen – Herausforderungen und Chancen für die kirchliche Männerarbeit«. Tenor der Diskussion war, Einheimische und Migranten müssen zusammen kommen. Multikulti als Nebeneinander müsse sich zur Interkulturalität wandeln¹, d.h. gemeinsam und miteinander. Besonders Männer in der Migration müssen noch ihre »Rolle« finden, denn die Stellung des Mannes in den Heimatländern sei anders als in der deutschen Gesellschaft. Ein unverzichtbares Recht für Familien in der Migration ist das Recht zusammen zu leben. Eine Grundvoraussetzung für Integration sei auch, dass im Heimatland erzielte schulische und berufliche Abschlüsse

1 Kurienkardinal Walter Kasper, ist da anderer Meinung; s. Beitrag S. 61.

Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Jose Antonio Arzo, Spanische Delegation, Bonn-Bad Godesberg; Daniel Gluncic, II. Botschaftssekretär, Kroatische Botschaft, Berlin; Dr. Hans Prömper, Kath. Erwachsenenbildung, Frankfurt/Main (Moderation); Gabriele Erpenbeck, Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, und Sr. Stefan Vesper, Generalsekretär des ZdK, Bonn.

(Fotos: Martin Hochholzer)



hier bei uns anerkannt werden.

Gabriele Erpenbeck, die Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, betonte, dass es im Interesse der Verbände liege, auf die Migranten (als potenzielle Mitglieder) zuzugehen. Pfarrer Arzo von der Spanischen Delegation in Bonn-Bad Godesberg gab der Männerarbeit die Sicht der ausländischen Mitbürger mit auf den Weg: »Machen Sie nichts für uns, machen Sie alles mit uns.« Daniel Gluncic, II. Sekretär der kroatischen Botschaft, machte darauf aufmerksam, dass viele Migranten erst an die ehrenamtliche Arbeit herangeführt werden müssen, da sie aus ihren Heimatländern so etwas nicht kennen.

Der Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick, »Männerbischof«, d.h. Beauftragter der DBK für die Männerseelsorge, der mit den Teilnehmern in der St. Michaelskirche einen Gottesdienst feierte, mahnte mit Blick auf das Tagungsthema, dass ein Nebeneinander – geschweige denn ein Miteinander – nicht selbstverständlich sei, jedoch ein Ziel sein müsse. Dagegen könne ein Gegeneinander nur als bösartig bezeichnet werden. □



JOSEPH RATZINGER BENEDIKT XVI. JESUS VON NAZARETH

Gedanken zu einem notwendigen Buch

Antwort gesucht

Eines hat mich in meinem – bisher nicht ganz kurzen und »im Schoße der katholischen Kirche« sicher verbrachten – Glaubensleben stets interessiert: Ab wann wusste der (historische) Mensch »Jesus von Nazareth«, dass er »Gottes eingeborener Sohn«¹ war? Diese Frage hatte ich vor Jahren in einem Glaubensgesprächskreis gestellt, als dort die Taufe Jesu erörtert wurde. In diesem Kreis – wo alle die Glaubensaussage »..., aus dem Vater geboren vor aller Zeit: ..., wahrer Gott vom wahren Gott, ..., eines Wesens mit dem Vater ...«² auswendig aufsagen konnten – war diese Frage so provozierend, dass die Einen sich von dem »Ketzer«, der in Frage stellte, was doch offen auf der Hand lag, entrüstet abwandten und andere in guter Absicht versuchten, mich durch Einreden auf den rechten Glaubenspfad zurückzuführen. Diese Frage ist mir nie zufriedenstellend beantwortet worden. Lesen Sie die entsprechenden Abschnitte im KKK und Sie verstehen wohl, was ich meine.³

- 1 Bekenntnis nach dem allen christlichen Konfessionen gemeinsamen »Apostolischen Glaubensbekenntnis«, s. Gotteslob (GL) Nr. 2,5.
- 2 »Großes Glaubensbekenntnis«, GL Nr. 356
- 3 Katechismus der Katholischen Kirche, 1993; Stichwort: »Jesus Christus« und dort: »Gottessohnschaft Jesu« (Nr. 443-

Methode und Absicht des Buches

Mit Spannung und Neugierde habe mich auf das angekündigte Papstbuch »Jesus von Nazareth« gewartet, von dem Benedikt der XVI. im ersten Satz des Vorwortes selbst sagt, »Zu dem Jesus-Buch ... bin ich lange innerlich unterwegs gewesen.«⁴ Bereits am Erscheinungstag (16.04.2007) war es nach wenigen Stunden in den Bonner und Kölner Buchhandlungen vergriffen. Und schon am 26. Mai meldete KNA »Papst-Buch über Jesus 1,5 Millionen Mal gedruckt«.⁵

445), »Göttlichkeit Jesu: Jesus als wahrer Gott und wahrer Mensch« (Nr. 464-469).

- 4 J. Ratzinger/Benedikt XVI., Jesus von Nazareth, S. 10.
- 5 »Papst-Buch über Jesus 1,5 Millionen Mal gedruckt«:
Rom (KNA) Das Jesus-Buch von Papst Benedikt XVI. hat sechs Wochen nach dem Verkaufsstart eine Gesamtauflage von 1,5 Millionen erreicht. Wie der Mailänder Verlag Rizzoli auf Anfrage mitteilte, beträgt die gedruckte Auflage allein in Italien 510.000 Exemplare. Die deutsche Ausgabe von »Jesus von Nazareth« wurde nach Angabe des Verlags Herder in Freiburg 450.000 Mal an die Buchhandlungen ausgeliefert. Der 450 Seiten starke Band, der das Leben Jesu von der Taufe am Jordan bis zur Verklärung abhandelt, war zum 80. Geburtstag des Papstes am 16. April erschienen. Inzwischen wurde es auch in Polen, Slowenien, Griechenland, Großbritannien und in den USA veröffentlicht. Laut Rizzoli soll es in insgesamt 30 Sprachen übersetzt werden. Die am 24. Mai in Athen vorgestellte grie-

- In zehn Kapiteln
1. Die Taufe Jesu
 2. Die Versuchung Jesu
 3. Das Evangelium vom Reich Gottes
 4. Die Bergpredigt
 5. Das Gebet des Herrn
 6. Die Jünger
 7. Die Botschaft der Gleichnisse
 8. Die großen johanneischen Bilder
 9. Petrusbekenntnis u. Verklärung
 10. Selbstaussagen Jesu
- deutet der Autor das Bild Jesu Christi von den Evangelien her. Das mag nicht unbedingt neu und besonders originell sein. Was das Buch ausmacht, erläutert Joseph Ratzinger, dass »dieses Buch in keiner Weise ein lehramtlicher Akt ist, sondern einzig Ausdruck meines persönlichen Suchens nach dem Angesicht des Herrn« (vgl. Ps 27,8). Es steht daher jedermann frei, mir zu widersprechen.«⁶ Und an anderer Stelle betont der Papst, dass »dieses Buch nicht gegen die moderne Exegese geschrieben ist«. Er habe »lediglich versucht, über die bloße historisch-kritische Auslegung hinaus die neuen methodischen Einsichten anzuwenden, die uns eine eigentlich theologische Interpretation der Bibel gestatten und so freilich den Glauben

chische Fassung enthält ein Nachwort des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I.

- 6 Ratzinger/Benedikt XVI., a.a.O., S. 22.

einfordern.«⁷ Benedikt XVI. begründet diese Kombination einer von ihm angewandten historisch-kritischen mit der theologischen Analyse. Ebenfalls im Vorwort stellt er die Fragen, wie es in den 20 Jahren nach der Kreuzigung Jesu zu einer voll entfalteten Christologie⁸ kommen konnte. »Wie-so konnten unbekannte kollektive Größen (die zur frühen Gemeindebildung führten) so schöpferisch sein? So überzeugend sich durchsetzen?« Seine Antwort darauf lautet, dass es auch »historisch viel logischer« ist, »dass das Große am Anfang steht und dass die Gestalt Jesu in der Tat alle verfügbaren Kategorien sprengte und sich nur vom Geheimnis Gottes verstehen ließ. Freilich, zu glauben, dass er wirklich als Mensch Gott war und dies in Gleichnissen verhüllt und doch immer unmissverständlicher zu erkennen gab, überschreitet die Möglichkeiten der historischen Methode. Umgekehrt – wenn man von dieser Glaubensüberzeugung her die Texte mit historischer Methode und ihrer inneren Offenheit für Größeres liest, öffnen sie sich, und es zeigt sich ein Weg und eine Gestalt, die glaub-würdig sind.« Um also das Buch und die Absicht, die Benedikt XVI. damit verfolgt, richtig zu verstehen, ist es unerlässlich, zu den o.g. zehn Kapiteln auch das die Methode erläuternde 14-seitige Vorwort und die 7-seitige Einführung »Ein erster Blick auf das Geheimnis Jesu« aufmerksam zu lesen. Er will, dass die Evangelien neu gelesen werden und »Jesus als historisch sinnvolle und stimmige Figur«⁹ verstanden wird. Kurz: Der Pontifex will mit seinem Jesus-Buch den »Riss zwischen dem historischen Jesus und

7 ebd.

8 Gemeint ist der Christus-Hymnus des Apostel Paulus in Phil (2,6-11).

9 Ratzinger/Benedikt XVI., a.a.O., S. 21.

dem Christus des Glaubens«, der in den vergangenen 50 Jahren immer tiefer geworden sei, wieder schließen. Er wirbt darum, der Darstellung der Evangelien zu trauen.

Begleitende »große Frage«

In seinem Buch über den historischen Jesus und den theologischen Christus stellt Josef Ratzinger ein anschauliches »Beziehungsgefüge zwischen Altem und Neuem Testament« her. Er bezieht also das Alte Testament in seine christologischen Interpretationen mit ein, so wie es m.E. die Autoren der Schriften des Neuen Testaments ja auch getan haben, und ohne die letztlich die Entwicklung des Messiasglaubens nicht zu verstehen sind. Ob das bibelwissenschaftlich erlaubt ist, entzieht sich meiner Kenntnis, ist jedoch für mein Verständnis vom Gesamtzusammenhang wichtig und klärend. Ähnlich sehe ich die in dem Buch durchgängig gestellte »große Frage«: »Aber was hat Jesus ... eigentlich gebracht ...?« Der Papst gibt die einfache Antwort, die ich hier ausführlich zitieren möchte: »Gott. Er hat Gott gebracht. Er hat Gott, dessen Antlitz zuvor sich von Abraham über Mose und die Propheten bis zur Weisheitsliteratur langsam enthüllt hatte – den Gott, der nur in Israel sein Gesicht gezeigt hatte und der unter vielfältigen Verschattungen freilich in der Völkerwelt geehrt worden war – diesen Gott, den Abrahams, Isaaks und Jakobs, den wahren Gott, hat er zu den Völkern der Erde gebracht.

Er hat Gott gebracht: Nun kennen wir sein Antlitz, nun können wir ihn anrufen. Nun kennen wir den Weg, den wir als Menschen in dieser Welt zu gehen haben. Jesus hat Gott gebracht und damit die Wahrheit über

unser Wohin und Woher; den Glauben die Hoffnung und die Liebe. ... Nur unsere Herzenshärte wegen meinen wir, das sei wenig.«¹⁰

Antwort gefunden?

Die eingangs gestellte Frage, wann Jesus wusste, dass er Gottes Sohn ist, kann auch nach dem Studium des Buches nicht eindeutig mit Zeit-, Orts- und Ereignisangabe beantwortet werden. Das habe ich auch nicht erwartet. Denn Leben, Wirken und Lehre Jesu sind eben nicht wissenschaftlich-dokumentarisch begleitet und aufgezeichnet worden. Aber Vieles wird doch deutlicher als beim Lesen des trockenen KKK.

Das »Evangelium unseres Herrn Jesus Christus«¹¹ ist Jahrzehnte nach dem Pfingstereignis nach subjektiven Berichten von Zeit- und Augenzeugen aufgeschrieben worden. Jeder der vier Evangelisten gibt mit einem persönlichen (Erfahrens-)Hintergrund, in einer klaren Absicht und für einen bestimmten Empfängerkreis das aus dem Leben und der Lehre Jesu wieder, was ihm bedeutsam erscheint. Aber alle berichten in der Kenntnis des Kreuzestodes Jesu und seiner Auferstehung. Glaubenserfahrungen und -zweifel der Urgemeinden werden mit verarbeitet. Das heißt, der Jesus Christus, wie er im Neuen Testament und in der kirchlichen Lehre bezeugt wird, ist nur von der Auferstehung her zu verstehen und muss geglaubt werden. Nur durch die Gnade des Glaubenskönnens ist Jesus mehr als der ideale »Gutmensch«, kann er der »Christus« und der »eingeborene Sohn Gottes« sein, der »eines Wesens mit dem Vater«¹² ist.

Das bei Herder erschienene Jesus-Buch von Benedikt XVI. ist für an Glaubensfragen interessierte Laien ein von seinem Inhalt und seiner klaren, verständlichen Sprache her sehr empfehlenswertes Buch. Über jedes Kapitel lässt sich – angeleitet durch den Autor als klugen Denker und Lehrer – trefflich und mit viel Gewinn meditieren. – Hoffen wir, dass es dem Papst vergönnt ist, auch den 2. Band seines Jesus-Buches zu vollenden. □

10 Ratzinger/Benedikt XVI., a.a.O., S. 73.

11 Zuruf des Priesters/Diakons an die Gemeinde nach der Verkündigung in der hl. Messe

12 »Großes Glaubensbekenntnis« a.a.O.

Stimmen zum Buch

Frankfurter Allgemeine Zeitung: »Ein Buch, dem man zweierlei wird nachsagen können: Es belebt die Auseinandersetzung um die Substanz einer Weltreligion, reißt diese Weltreligion aus den Verflachungen eines sich bloß humanitär und ethisch begreifenden Projekts heraus. Der metaphysische Ernst von Religion erhält wieder einen Bezugspunkt.«

Süddeutsche Zeitung: »Entstanden ist ein Buch, das in seiner radikalen Ernsthaftigkeit, seinem unerbittlichen inneren Anspruch, seinem kompromisslos moralischen Grundton quer steht zu den Tendenzen der Zeit wie der Theologie.«

Die Welt: »Ob Benedikt/Ratzinger sich mit seinen Erkenntnissen heute an irgendeiner theologischen Fakultät Deutschlands habilitieren könnte, ist höchst fraglich.« □

GKS-SEMINAR DRITTE LEBENSPHASE:

Pilger in der Zeit

Seit vielen Jahren führt die GKS jeweils im Frühjahr, im Sommer und im Herbst in Zusammenarbeit mit dem Kardinal-von-Galen-Haus in Cloppenburg und dem Caritas-Pirkheimer-Haus in Nürnberg Seminare zur Vorbereitung auf die »Dritte Lebensphase« durch. Eingeladen sind Berufssoldaten mit Ihren Ehepartnern, die in absehbarer Zeit aus dem aktiven Dienst ausscheiden werden. Die meisten Soldaten a.D. sind noch fit und wollen die mit der Pensionierung gewonnene freie Zeit zusammen mit ihren Partnern und Familien bewusst und aktiv gestalten und erleben. Die Seminarinhalte reichen von Rechts- und Versorgungsfragen bis hin zu Sinnfragen des Alterns (s.a. S. 68 sowie AUFTRAG Nr. 265/Ostern 2007, S. 89).

Im diesjährigen Frühjahrsseminar in Nürnberg hat Msgr. Georg Kestel, Geistlicher Beirat der GKS von 1997 bis 2005 und heute Generalvikar der Erzdiözese Bamberg, in einem Gottesdienst am 27. April mit der nachstehenden Predigt zum Nachdenken über die Zeit angeregt.

»Pilger sind wir Menschen«, so beginnt ein Lied im Soldatengesangbuch¹ und fährt fort:

»... suchen Gottes Wort. Unerfüllte Sehnsucht treibt uns fort und fort. Wer hört unsere Bitte, wer will bei uns sein? Komm in unsere Mitte, Herr, tritt bei uns ein.

Menschen auf dem Wege, Frieden suchen wir, unerfüllte Sehnsucht überall und hier. Gottes Volk kann siegen über Hass und Streit. Stärker als Gewalttat ist Gerechtigkeit. Tausendmal getreten, tausendmal verlacht, doch nun strahlt die Hoffnung neu in unsere Nacht«.

Das Lied endet mit den Versen:

»Land der großen Hoffnung, Zukunft, die uns winkt. Gott in unserer Mitte, Sonne, die nicht sinkt. Gott schenkt uns Vertrauen und ein Arbeitsfeld. Er will mit uns bauen eine neue Welt«.

Diese Dichterworte von Diethard Zils fassen gut zusammen, was weitgehend Allgemeingut in der Lebensauffassung ist: Das Leben ist ein Weg; wir kämpfen und mühen uns ab; wir tragen Fragen in uns und haben viele Sehnsüchte – nicht zuletzt nach Gütern, die über diese Welt hinaus weisen bzw. in dieser Welt nie ganz hun-

dertprozentig zu haben sind: Frieden und Gerechtigkeit, unerschütterliche Hoffnung in den Dunkelheiten der Existenz, ja das Verlangen nach der Erfahrung Gottes inmitten unseres Lebens – jenem »Arbeitsfeld«, wie das Lied sagt, auf dessen Boden Gott mit uns »eine neue Welt« bauen will.

Ein ziemlich anspruchsvolles und anstrengendes Programm. In diesen Tagen des Seminars zum »Dritten Lebensabschnitt« versuchen Sie, über das Geschenk der Lebenszeit intensiver nachzudenken, sich auf eine neue Phase der Zukunft einzustellen. Wer und was sind wir als Pilger auf dem Weg durch die Zeit der Welt und des Lebens?

»Die Zeit geht nicht,
sie steht still.

Wir ziehen durch sie hin;
sie ist eine Karawanserei,
wir sind die Pilger drin«

(Gottfried Keller)

Dieser Satz stellt zunächst einmal die landläufige Auffassung total auf den Kopf! Die Zeit wäre demnach nicht das Fließend-Bewegliche, sondern etwas Feststehendes. Ich glaube, der Dichter hat ganz scharf beobachtet, so fremd seine Feststellung zunächst auch klingt.

Tatsächlich sind wir Lebewesen nicht die Festen und Bleibenden, sondern veränderlich, mobil, unbeständig, in beständiger Entwicklung – zum Guten oder auch zum Schlech-

ten – letztlich bis zur allerletzten Phase, dem Sterben.

In einem bekannten Kirchenlied heißt es:

»Wir sind nur Gast auf Erden
und wandern ohne Ruh,
mit mancherlei Beschwerden
der ewigen Heimat zu«.

Vieles im Leben ist nur eine vorübergehende Station, wir sind stets Besucher auf Zeit mit Gaststatus, ruhelose Wanderer durch das Diesseits – das gilt für einzelne Lebensabschnitte wie für unsere irdische Existenz insgesamt.

Die Zeit aber ist im Gegensatz dazu tatsächlich so etwas wie das große unbewegliche Haus, dem niemand entfliehen kann; die Karawanserei, die uns nicht als Sesshafte und stolze Besitzer auf Dauer kennt, sondern als flüchtige Pilger auf der Lebensreise. Immer auf der Suche nach der Oase, die uns ausruhen lässt, die die Kräfte wieder auftankt und die uns den Kontakt mit guten Mitmenschen und Wegbegleitern schenkt.

Es ist letztlich so, wie Gottfried Keller sagt: Die ZEIT steht still, sie ist das Bleibende. WIR sind in Bewegung, WIR ziehen durch sie hin, WIR sind die Pilger. Ausgespannt zwischen unserer Herkunft und der Zukunft, zwischen Zeit und Ewigkeit, zwischen Gott und Mensch, gehen wir den Weg durch die Zeit. Als Gäste des Hauses der Zeit – welchen guten Ratschlägen können wir vertrauen?

»Nicht die Jahre in unserem
Leben zählen, sondern das
Leben in unseren Jahren«

(Adlai Ewing Stevenson)

Dazu passt genau das Thema dieser Einkehrtage: »QUALITÄT IN DER 3. LEBENSPHASE«. Es geht also um Qualität und darum, was sie von rein quantitativen Größen unterscheidet. Klasse hat Vorrang vor Masse. Auch hier wird ein Grundsatz deutlich, der nicht automatisch im Alltag Geltung besitzt. Was zählt, ist doch oft die Zahl der erlebten Jahre, die Fülle des Erlebens und Schaffens, das Maß der erbrachten Leistung, die nachgewiesene Nützlichkeit für andere.

¹ Nr. 166 im »Katholischen Gebet- und Gesangbuch für die Soldatinnen und Soldaten in der Deutschen Bundeswehr«, hrsg. vom KMBA, ³2003

Seltsamerweise wollen sich aber oft trotz einer Steigerung dieser Quantitäten das Glück und die Zufriedenheit nicht wie gewünscht einstellen. »Das kann doch nicht alles gewesen sein«, resümiert die Schauspielerin und Sängerin Erika Pluhar in einem ihrer Lieder, im Blick auf den Alltag eines Normalbürgers, und fordert: »Da muss noch mehr Leben ins Leben!« Qualität vor Quantität. Es zählt das Leben in den Jahren.

So ein kluger Satz könnte auch in der Bibel stehen. Vielleicht schon im Alten Testament, das treffsicher unterscheiden kann zwischen leerer Betriebsamkeit und sinnerfülltem Dasein.

»Die alt an Jahren sind, nicht immer sind sie weise«, so spricht die Gestalt des Elihu im Buch Hiob (32,9). Ähnlich das Weisheitsbuch: »Denn ehrenvolles Alter ...« wird nicht an der Zahl der Jahre gemessen (4,8).

Während hier nur die unterschiedlich langen Zeitspannen der Lebensjahre gegeneinander gestellt werden und die bloße Zeitdauer relativiert wird, geht es an anderen Stellen der Schrift noch viel grundsätzlicher um den Kontrast zwischen oberflächlich wahrnehmbaren Dingen oder Äußerlichkeiten und dem eigentlichen Kern, dem tieferen Sinn einer Sache – immer nach dem Prinzip: Qualität vor Quantität.

»Zerreißt eure Herzen, nicht eure Kleider«, mahnt der Prophet Joël im Blick auf die religiöse Lebenspraxis (2,13). Und der große Prophet Jesaja sagt zum gleichen Thema (58,5.6): »Ist das ein Fasten, ... wenn man den Kopf hängen lässt? ... Nein, das ist ein Fasten, wie ich es liebe: die Fesseln des Unrechts zu lösen«.

Ähnlich Jesus, der gerade auch im religiösen Leben bloße Äußerlichkeiten entlarvt, der nach dem tieferen Sinn von Regeln und Gesetzen fragt und nicht selten neue, ungewöhnliche Akzente setzt: »Der Sabbat ist für den Menschen da«, sagt er (Mk 2,27) und spricht im Weinberg-Gleichnis den Arbeitern der letzten Stunde den gleichen Lohn zu wie denen, die den ganzen Tag gearbeitet haben (Mt 20). Qualität vor Quantität, sprich: Sicherung des minimalen Lebensunterhalts

Ausgedient? Sinnerfülltes Leben im Ruhestand

Seminare »Vorbereitung auf die dritte Lebensphase«

Ein Angebot der GKS für Soldaten,
die aus dem aktiven Dienst
ausscheiden

So buchstabieren wir PENSION

P = Persönliche Lebensplanung

E = Einkommensveränderung

N = Nachdenken über sich selbst

S = Sinnfragen erörtern

I = Individuelle Freizeitgestaltung

O = Offen sein für Neues

N = Neues zulassen

vor dem Nachweis einer bestimmten Leistung; Belohnung des guten Willens statt bloßes Diktat nackter Zahlen.

»Du aber geh in deine Kammer, wenn du betest« (Mt 6,6) – Gott sieht in das Herz und weiß den Menschen gerecht zu beurteilen. Um Lebensqualität zu sichern, räumt Jesus durchwegs der Vergebung den Vorrang ein vor der Rechthaberei oder der Rache. Dem frischen Wagemut vor der kleinlichen Verzagtheit. Der Gnade vor Leistung. Dem Gottvertrauen vor der menschlichen Angst.

»Vor Gott sind tausend Jahre
wie ein Tag« (vgl. Ps 90,4)

Unser biblisch-christlicher Glaube behandelt von Anfang an das Thema der Zeit ganz ausdrücklich. Die Schöpfungsgeschichte des Alten Bundes spielt in den sieben Tagen der Woche und legt somit für das Volk Israel den Grundrhythmus des Lebens und Glaubens fest. Und im Neuen Testament heißt es bei Paulus im Galaterbrief (4,4): »Als aber die Zeit erfüllt war, sandte Gott seinen Sohn«.

Die alten Kirchenväter haben den Gedanken ausgeprägt, dass unsere Zeit »sub specie aeternitatis« steht – modern ausgedrückt, eine wahrhaft zeitlose Perspektive aufweist, mit einer Option für die Ewigkeit ausgestattet

ist. Der Glaube lädt uns ein, über den Horizont des Irdischen hinauszuschauen: Ursprung und Ziel von Welt und Mensch liegen letztlich außerhalb des engen irdischen Rahmens, liegen in Gott selbst, der Schöpfer, Erlöser und Vollender der Welt ist.

Vor allem angesichts der Allmacht der Ewigkeit und der Größe Gottes werden menschliche Zeitauffassungen relativiert, werden irdische Zeitgrenzen überschritten und menschliche Zeitmaße in einen ganz neuen Zusammenhang gestellt.

»Wie ein Wassertropfen im Meer und wie ein Körnchen im Sand, so verhalten sich die wenigen Jahre zu der Zeit der Ewigkeit« – so lesen wir im Buch der Weisheit (18,10).

Im Neuen Testament zitiert der Zweite Petrusbrief (3,8) an einer Stelle den schon soeben genannten Psalmvers (90,4). Er enthält den treffenden Satz, der die biblische Position zur Zeit so ausdrückt. Auch sie wirft unsere normalen Maßstäbe völlig durcheinander: »Das eine dürft ihr nicht übersehen: Dass beim Herrn ein Tag wie tausend Jahre und tausend Jahre wie ein Tag sind«.

Angesichts der Ewigkeit Gottes erscheinen menschliche Größenverhältnisse in einem ganz anderen Licht. Es ist ein Licht, unter dessen Schein nicht alle irdischen Dinge den Rang und die Bedeutung behalten, die wir ihnen oft zumessen. Es ist aber zugleich auch jener Strahl, der Gottes Gegenwart in unsere Welt bringt, der unser Wirken beim Aufbau des Reiches Gottes ins Licht setzt, der unserem Glauben die Erleuchtung des Heiligen Geistes schenkt, der mit seinen Feuerzungen wie einst die Jünger am Pfingsttag auch unser Glaubenszeugnis stärkt und mit Erfolg krönen wird. Denn: »Pilger sind wir Menschen«, so sagt unser eingangs zitiertes Kirchenlied, »suchen Gottes Wort. Unerfüllte Sehnsucht treibt uns fort und fort ... Land der großen Hoffnung, Zukunft, die uns winkt. Gott in unserer Mitte, Sonne, die nicht sinkt. Gott schenkt uns Vertrauen und ein Arbeitsfeld. Er will mit uns bauen eine neue Welt«.

»Was soll ich hier noch?«

Experten fordern stärkere Suizidprävention im Alter

VON KNA-REDAKTEUR TIMM MAXIMILIAN HIRSCHER

»Ich habe alles verloren. Was soll ich hier noch?« Das sagte ein Senior nach dem Tod seiner Ehefrau. Partnerverlust und eine solche Reaktion sind typische Zeichen für eine Selbstmordgefährdung im Alter. Mit dem Thema »Suizid im Alter« beschäftigte sich am 26. April ein Studentag in der Katholischen Akademie Freiburg.

Laut Statistik wird durchschnittlich alle 50 Minuten in Deutschland ein Suizid verübt, 73 Prozent von Männern. Im Jahr 2005 gab es über 10.000 Suizidopfer. Fast die Hälfte der Betroffenen ist über 60 Jahre alt. Trotzdem findet der Alterssuizid insgesamt eine geringe Beachtung, wie der Alterspsychologe Norbert Erlemeier beklagte. Ursachen dafür seien ein negatives Altersbild und die Tatsache, dass alten Menschen eher ein Recht zugestanden werde, sich selbst das Leben zu nehmen.

Suizid-Risikofaktoren für Senioren sind laut Erlemeier unter ande-

rem psychische und somatische Erkrankungen, etwa Depressionen und chronisch schmerzhaftes Leiden. Auch Verlust Erfahrungen wie der Tod des Partners sowie Hoffnungslosigkeit und Sinnverluste spielten eine maßgebliche Rolle.

»Suizidgedanken und -absichten entstehen in als unerträglich erlebten Situationen, wenn sich das Selbst, repräsentiert durch das Selbstwertgefühl, von Zerstörung bedroht fühlt«, hieß es in einem schriftlich vorgelegten Tagungsbeitrag des Psychotherapeuten Martin Teising. Er sei im Rahmen seiner Arbeit vielen suizidalen alten Menschen begegnet: »Keiner von ihnen hatte in freier Entscheidung seine Suizidabsichten entwickelt, sondern in Situationen seelischer Not mit tiefer Verzweiflung, in Krisen und Notlagen, in Lebenssituationen, die unfrei sind und einengen.«

Erlemeier plädierte für eine stärkere Suizidprävention im Alter. Notwendig seien unter anderem nie-

derschwellige Hilfsangebote für suizidgefährdete alte Menschen, Vernetzung von Altenhilfe, Aufklärung der Öffentlichkeit sowie Fortbildung von Fachpersonal und Ehrenamtlichen. Vor allem Hausärzte, aber auch Pfleger, Seelsorger und Angehörige müssten besser Krisensymptome erkennen lernen und darauf reagieren. Eine besondere Schwierigkeit bei der Suizidprävention im Alter ist laut Erlemeier, dass selbstmordgefährdete Senioren selten Krisendienste in Anspruch nehmen. Von den Besuchern solcher Dienste seien maximal zehn Prozent Menschen über 60 Jahre, so der Professor. Der Mediziner Hans Wedler warnte davor, Selbsttötungen vorschnell als Ausfluss von Selbstbestimmung zu interpretieren. Suizidverhalten sei meist mit psychischen Störungen verbunden, daher sei Hilfe geboten. Eine »herzlose Toleranz« gegenüber dem Alterssuizid dürfe es nicht geben. Die Gesellschaft ist dem Mediziner zufolge zur Hilfe aufgefordert, damit Menschen auch im Alter der Lebenssinn erhalten bleibe. Das sei allerdings in einer von Individualisierung und Vereinzelung geprägten Welt schwierig. (KNA)

DENK-MAL:

Mein Name ist

VON MARTIN HOCHHOLZER

Ein einsames Kloster inmitten eines überwältigenden Panoramas schneebedeckter Gipfel. Majestätische Ruhe – nur unterbrochen von Maschinengewehrsalven und den Detonationen von Handgranaten.

Ein gewagter Sprung, und der in elegantes Schwarz gekleidete Skifahrer landet zielsicher im auf der Terrasse bereitstehenden Stuhl, während sein letzter Verfolger sich selbst in einer Lawinverbauung aufspießt.

»Ich hätte nicht gedacht«, meint der ihm gegenüberstehende Abt, »dass Sie so wie angekündigt eintreffen würden.«

»So oder so ähnlich – das war abzusehen.«

»Darf ich Sie nach Ihrem Namen fragen?«

»Das ist ja das Problem: dass ich der bin, der ich bin; immer den Vorstellungen gerecht werden soll, die sich mit meinem Namen verbinden.«

»Zum Beispiel?«

»Mittlerweile erwarten auch schon die Schurken, dass ich immer dasselbe trinke! Niemand bietet mir mal einen Milchshake an – oder eine Diätcola. Und dabei soll ich doch stets in Form bleiben. – Oder: Möchten Sie ständig Leute abknallen? Warum kann ich die Schurken nicht einfach verhaften? Aber natürlich wäre das nicht ‚männlich‘ genug! So eine Knarre ist doch ein Phallussymbol – und ich muss immer der Macho sein nach dem Motto: Es kann nur einen geben, der übrig bleibt.«

»Männlichkeit wird häufig mit Dominanz gleichgesetzt ...«

»Zum Glück bin ich Offizier – sonst dürfte ich meinen Vorgesetzten überhaupt nicht gehorchen. Es wird ja immer erwartet, dass ich meinen eigenen Weg gehe, mich von niemandem führen lasse. Dabei verfare ich mich doch ständig in London.«

»Sie fühlen sich von den Erwartungen, die mit ihrem Job verbunden sind, vereinnahmt ...«

»Genau. Vor fünf Jahren wollte ich mir eigentlich eine Auszeit nehmen, um Rosen zu züchten. Aber nichts da! Warum tauchen nur immer wieder diese Superschurken auf, die die ganze Welt beherrschen wollen und die dann auch noch den entsprechenden Reichtum für ihre Pläne haben? Also, manchmal denke ich mir, wenn es mich nicht gäbe, dann gäbe es die auch nicht. Existiert da irgendein

geheimer Zusammenhang? Wäre die Welt ohne mich sicherer?

Und zu meinen anderen Hobbys komme ich übrigens auch nicht mehr. Ich sammle Briefmarken und Nadeln.«

»Nadeln?«

»Akupunkturadeln. Ich verwende sie, um meine Schmerzen zu bekämpfen. All die Verwundungen im Dienst ... Und diese ganzen Schönheitsoperationen – ich würde eher schon sagen: Gestaltumwandlungen –, denn ich habe ja immer attraktiv auszusehen. Das setzt mir gewaltig zu. Ich muss jeden Tag zwei Dutzend Tabletten einnehmen, damit mein Körper nicht die ganzen Implantate abstößt und sich keine Narben zeigen. Also echt: Ich bin nur noch ein Versuchskaninchen!«

»Ich hoffe, Sie haben jemanden, der Sie ab und zu einfach nur mal in den Arm nimmt.«

»Sie denken an eine Frau? Wissen Sie, die, denen ich begegne, werden immer aggressiver! Früher gab es noch welche, die waren wirklich anschiessbar. Aber heutzutage: Asiatische Kampfsporttechniken, ein ganzes Waffenarsenal hinter dem Kleiderschrank – das ist ja scheinbar schon Standard.«

»Sie haben keine feste Freundin?«

»Wenigstens einmal im Leben möchte ich mal länger mit einer zu-

sammenbleiben. Und nicht gleich mit ihr ins Bett fallen. Aber Frauen ...« – er blickt verträumt vor sich hin – »ja, ich liebe sie. Und auch umgekehrt: Sie fliegen auf mich. Doch dann wache ich eines Morgens – gewöhnlich schon ein paar Tage nach der letzten Weltrettung – auf und finde einen Zettel auf dem Nachtkästchen: ‚Liebling, es war wundervoll mit Dir, aber ich möchte Dir für das nächste Mal nicht im Weg stehen.‘ Wie verständnisvoll!«, meint er sarkastisch. »Sie halten mich alle für einen ständigen Eroberer, der nur Trophäen sammelt. So ein Klischee! Ich sitze dann da, weine vor mich hin, betrinke mich und lasse mich nach London verfrachten, wo ich Wochen damit zubringe, meine Berichte zusammenzuschustern und mich durch Tonnen von Papierkram zu quälen, bevor es wieder losgeht.«

»Sie sollten wirklich mal zur katholischen Männerseelsorge gehen. Da treffen sich gerade die Männer, die genug davon haben, nur ein Klischee zu sein.«

Eine Maschinengewehrsalve kündigt neue Verfolger an. Der Gentleman springt auf.

»Ich muss weiter. Danke für den Rat.«

»Danke für das offene Gespräch, Mister ...?«

»Mein Name ist ...« – doch der Rest geht im Krachen einer Handgranate unter. □

Bayerns Familienministerin: Männer, macht es wie Brad Pitt

Bayerns Familienministerin Christa Stewens (CSU) hat den Vätern empfohlen, sich ein Beispiel an Brad Pitt zu nehmen und sich mehr um ihre Kinder zu kümmern. »Du kannst ein Buch schreiben, einen Film drehen, Du kannst zeichnen, ein Bild malen, aber Kinder zu haben, ist wirklich das Außergewöhnlichste, auf das ich mich jemals eingelassen habe«, zitierte die Ministerin den Hollywoodstar am 15. Mai in München. »Ein bisschen Brad Pitt steckt daher in vielen Männern – es dürfen aber gern noch etwas mehr sein«, meinte Stewens anlässlich des diesjährigen Vatertags.

Viel zu viele Männer verbrächten ihr Leben ohne Kinder, bedauerte die Ministerin. Dadurch verzichteten sie auf das schönste und größte Abenteuer des Lebens. Dabei wirkten sich Kinder auch positiv auf die eigene Persönlichkeit aus. Aktive Väter könnten Kompetenzen erwerben, wofür sonst teure Persönlichkeitstrainer engagiert würden. Zugleich legten immer mehr Unternehmen Wert auf verantwortungsbewusste, konfliktfähige und stressresistente Mitarbeiter. Stewens appellierte an die Väter, zumindest die Chance der zwei Partnermonate im neuen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zu nutzen. (KNA)

Nur eine Kuriosität? — Eine Meldung gefunden bei ZENIT.org in der Rubrik »Glaube und Welt«

Virtuelle Reise ins Heilige Land: »Gott ist die Liebe.«

Liebe Freunde, seid Zeugen dieser Wahrheit«

NAZARETH, 21. Mai 2007 (ZENIT.org).- Die Gläubigen der ganzen Welt können nun von Zuhause aus einen virtuellen Rundgang in der Verkündigungsbasilika von Nazareth machen und den Segen eines dort tätigen Priesters empfangen.

Die neue Webseite Mi rezo (spanisch für »mein Gebet« – siehe nebenstehende Abb.) ermöglicht dem Besucher eine virtuelle Wallfahrt zur Basilika. Mittels eines Live-Webcasts kann der Pilger mittels einer Spende von \$10 zudem einen persönlichen Segen erhalten. Dieser Webcast kann in einem Webkonto gespeichert werden.

(Anmerkung der Redaktion AUFTRAG: »kurios« lt. Duden: merkwürdig, sonderbar, wunderbar, komisch – oder ist »Mi zero« Abzockerei?)

Kleine Hausapotheke zur Lösung von Ehe-Konflikten

AUFTRAG veröffentlicht zwei Texte, die dem Rundbrief »Familie – Weg der Kirche« (03/2003) des Familienreferats der Erzdiözese Salzburg entnommen sind und die bei einer diesjährigen Familienaktion von der Erzdiözese Wien wieder aufgegriffen wurde.

Konflikte – Chance zur Reifung

Die zentrale Frage lautet: Wie kann aus zwei Haltungen, zwei Lebensstilen, ein gemeinsamer Weg werden? Das regelmäßige Gespräch, die Bereitschaft zuzuhören und den anderen zu verstehen, der Wille zur Versöhnung wirken dabei vorbeugend.

Es kann aber auch Situationen geben, die einfach ausgetragen werden müssen, um größeren Schaden zu vermeiden. Dabei ist manchmal ein »reinigendes Gewitter« besser als ständig schwüle Luft.

Was sollten wir bei Auseinandersetzungen vermeiden? »Fluchttendenzen« – Rückzug zu anderen oder in sich selbst. Dadurch wird es meist noch schlimmer. Ein Beispiel: Der Mann wurde von den Schwiegereltern nicht akzeptiert. Die Mutter sagte immer wieder zur Tochter: »Wenn es bei Euch Probleme gibt, komm einfach nach Hause, ich helfe Dir.« Sie hat es getan, und heute ist die Ehe geschieden. Nicht selten wird die Flucht zu den Eltern von jungen Eheleuten vollzogen, und sie lernen nicht, sich miteinander auseinanderzusetzen. Es gibt auch die Flucht in die eigene Welt (»Höhle«): Hobbys, Arbeit, Vereine. Bereiche also, wo der andere keinen Anteil hat.

Eine »Hausapotheke« zur Krisenprophylaxe

- Akzeptieren, dass er/sie anders ist. Die Verschiedenheit als Herausforderung und Aufgabe annehmen.
- Das Paargespräch pflegen
- Zeit füreinander nehmen – eine notwendige Investition in die Ehe.
- Etwas miteinander unternehmen; Pflege gemeinsamer Interessen, Entspannung, Freizeit.
- Wir lassen den anderen unsere Wertschätzung erfahren. Liebe und Anerkennung ausdrücken.
- Zärtlich zueinander sein. Wir lassen das romantische Feuer nicht verlöschen.
- Füreinander einsetzen. Ich stehe an der Seite meines Ehepartners (Kindern, Verwandten gegenüber).
- Klischees den Kampf ansagen (»Männer und Frauen sind halt so«) und auf die echten Bedürfnisse des anderen achten.
- Zeit finden für erfüllte Sexualität – der tiefste Ausdruck der Liebe und Ganzhingabe.
- Das Eheversprechen erneuern. Ich sage Dir mein Ja zu. Liebe ist eine Willensentscheidung.
- Freunde suchen, denen wir uns anvertrauen können: Priester, geistliche Begleiter, reife Ehepaare, die uns stärken, ermutigen.
- Füreinander beten und einander segnen. Die Kraft des Ehesakramentes im Alltag wirksam werden lassen.

Fragen für das Gespräch im Konfliktfall:

- Wann haben wir schon erlebt, dass wir uns nach einem Konflikt besser verstanden?
- Gibt es in unserer Ehe einen »unter den Teppich gekehrten« Konflikt?
- Wie können wir ihn lösen?
- Wie wurde in meinem Elternhaus mit Konflikten umgegangen?
- Welche Strategien habe ich mir angeeignet?
- Welche meiner Eigenschaften sind konfliktfördernd? Kann ich dazu einen Vorsatz für die nächste Zeit fassen?

Zur Betrachtung: Kol 3,12-25



PORTRÄT:

Kardinal Fensterputzer

Prager Erzbischof Miloslav Vlk 75 Jahre alt

VON KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH STRACK

Die Jahre nach der Diktatur hat sich Miloslav Vlk anders vorgestellt. »Unsere Diözese verliert ihr Herz«, klagte der Prager Erzbischof vor wenigen Wochen in Prag, als der Oberste Tschechische Gerichtshof den Prager Veitsdom dem Staat zusprach. Der geistliche Hausherr verbittert: »Der Kommunismus ist zwar 1989 gestürzt worden. Aber er steckt trotzdem noch in den Köpfen der Menschen.« Mit dieser Enttäuschung verkörpert Vlk, der am 17. Mai 75 Jahre alt wurde, das Schicksal der Kirche in der Tschechischen Republik, dem vielleicht am stärksten entkirchlichten Land des früheren Ostblocks. Doch der Geistliche sorgte auch mit für das Zusammenwachsen der katholischen Kirche in Europa. Von 1993 bis 2001 stand Kardinal Vlk an der Spitze der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE). Im Westen wie im Osten wird er geschätzt. Schon früh nach 1989 pflegte er den vertrauensvollen Dialog mit Amtsbrüdern im Westen.

Der Kardinal steht für die lebendige Kirche im kommunistischen Osteuropa. Berufsverbote und Schikanen – am eigenen Leib hat der stämmige Kirchenmann, der herzlich lachen und gut erzählen kann, die Kirchenverfolgung in der damaligen Tschechoslowakei erfahren. Nachdem er sich früh entschlossen hatte, Priester zu werden, und 1952 in Budweis Abitur machte, konnte er nicht Theologie studieren; der Staat hatte sämtliche Seminare aufgelöst. Vom Besuch eines »Staatsseminars«, ohne Einwilligung des Vatikan errichtet, rieten die Bischöfe ab. Vlk verdingte sich als Fabrikar-

beiter und absolvierte Militärdienst. Danach gewährte ihm der Staat den Besuch einer Hochschule: So studierte er Archivwissenschaften und wurde schließlich Direktor des Bezirks- und Staatsarchivs in Budweis.

Doch Vlks Wille, der Priesterberufung zu folgen, bestand nach wie vor. So nahm er 1964 nach Beratungen mit seinem internierten Bischof das Theologiestudium in Leitmeritz auf. Nach vierjähriger Studienzeit wurde er im Juni 1968, im Jahr des Prager Frühlings, zum Priester geweiht und arbeitete als Sekretär des Bischofs von Budweis. Weil er als Seelsorger zu erfolgreich schien, entzogen ihm die Behörden die Zulassung, als Priester zu arbeiten. Der gelernte Archivar suchte sich einen einfachen Job. Er fand ihn nach einem Ortswechsel – um die polizeiliche Überwachung etwas zu lockern – in Prag: Dort arbeitete Vlk acht Jahre lang als Fensterputzer. Und wirkte als Seelsorger heimlich im Untergrund. Erst 1989 erhielt er wieder die staatliche Erlaubnis, als Priester arbeiten zu dürfen. Gut 13 Monate später ernannte Papst Johannes Paul II. Pfarrer Vlk zum Bischof. So ein Lebenslauf prägt. Vlk bezeichnet es als unentbehrlich, dass Lehrer der Theologie »konkrete Zeugen des Glaubens« seien. Wenn der heutige Mensch noch auf die Lehrer höre, »dann, weil sie Zeugen sind«. Ehrendoktor-Titel, 2001 der Brückepreis der Stadt Görlitz, 2006 der Europäische Sankt-Ulrichs-Preis und die Nepomuk-Medaille der Ackermann-Gemeinde galten diesem persönlichen Lebenszeugnis wie seinem ökumenischem und europäischem Engagement.

In seinem Land gehört Vlk zu den mahnenden Stimmen, auch wenn er wegen der anhaltenden Wirren um den Prager Veitsdom und um die Staat-Kirche-Beziehungen unbequem ist. Bald nach dem Fall des Eisernen Vorhangs schrieb er einen »Versöhnungsbrief« und verurteilte die Ver-

treibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Er thematisiert die Herausforderung des Materialismus und kritisiert westlichen Konsumismus. Seit langem streitet er mit dem tschechischen Staat um ein Religionsgesetz, das nach kirchlicher Ansicht allzu sehr ihre Rechte in der Sozialarbeit beschränkt. □

Kardinal Vlk weiter an der Spitze der katholischen Kirche in Tschechien

Wie es zum 75. Geburtstag Vorschrift ist, hat Kardinal Vlk dem Papst seinen Rücktritt angeboten. Doch hat Papst Benedikt XVI. das Rücktrittsgesuch bereits abgelehnt. Kardinal Miloslav Vlk wird zunächst weitere zwei Jahre das Amt des Prager Erzbischofs bekleiden. Dies wurde offiziell während eines Festgottesdienstes bekannt gegeben, der am 19. Mai im Veitsdom auf der Prager Burg zelebriert wurde.

Die Tatsache, dass er nun 75 Jahre alt ist, nimmt Vlk eher nüchtern zu Kenntnis: »Ich empfinde das nicht als etwas Emotionales oder Besonderes. Ich mache mir bewusst, dass es einfach so ist, dass es Wirklichkeit ist, und ich bin dankbar dafür, dass ich bei Kräften bin – sowohl geistig als auch physisch«, sagt Vlk.

Präsident Klaus empfing den Kardinal anlässlich seines Geburtstags auf der Prager Burg. Klaus würdigte die Verdienste von Kardinal Vlk für die Entwicklung des religiösen Lebens in Tschechien und des gesellschaftlichen Dialogs. Dafür erhielt Miloslav Vlk die Ehrenplakette des Präsidenten der Republik. Der Prager Erzbischof steht seit 16 Jahren an der Spitze der katholischen Kirche in Tschechien. Auch wenn das Palais von Kardinal Vlk nur wenige Meter von der Kanzlei des Staatspräsidenten entfernt ist, gibt es genug Trennendes zwischen beiden Seiten. Klaus und Vlk haben schon oft harte Meinungsgefechte geführt. □

50 JAHRE BUNDESWEHR:



Der achte Bundespräsident und die Bundeswehr

Johannes Rau – Versöhnung in Raten

VON DIETER KILIAN

Johannes Rau wurde als Sohn des Kaufmannes Ewald Rau (1898-1953) am 16. Januar 1931 in Wuppertal-Barmen geboren. Vater Ewald war lange Jahre nebenberuflicher Laienprediger bei den Pietisten vom »Deutschen Hauptverein des Blauen Kreuzes« und hatte – deutsch-national geprägt – als Freiwilliger von 1916 bis 1918 im I. Weltkrieg als Soldat gedient. 1939 wurde er – obwohl inzwischen über vierzig Jahre alt – ein zweites Mal zu den Fahnen gerufen und stand in Belgien, Italien und später in Russland nahezu sechs Jahre an der Front. Während eines Heimaturlaubs im Mai 1943 erzählte er seiner Familie, dass er von einem Kameraden über die Existenz von KZ informiert worden war.¹ Kurz vor Kriegsende, so Johannes Rau, hatte er »eine Einheit mit einem Schiffstransport nach Kurland bringen müssen. Das Schiff ist torpediert worden oder auf eine Mine gelaufen, ... und von den etwa 750 Mann sind 550 ertrunken. Mein Vater gehörte zu den 200, die überlebt haben.«²

Allerdings wurde Ewald Rau dabei schwer verwundet und kam in ein Lazarett in Schleswig-Holstein. Zwar wurde er bald nach Wuppertal entlassen, dort aber erneut in ein Lazarett eingewiesen, wo er in amerikanische Gefangenschaft geriet. Wegen seiner Verwundung durfte er jedoch bereits

einen Tag später nach Hause – ein Wunder, wie sein Sohn Johannes es später nannte. Über seine Soldatenzeit ist nichts überliefert. Sicher aber dürfte sein, dass Ewald Rau wegen seiner ausgeprägten Hilfsbereitschaft ein überaus guter Kamerad gewesen sein muss. Er gehörte offenbar zur seltenen Gattung jener altruistischen, tief religiös geprägten Mitmenschen, die das Wohl der Anderen ohne eigenen Vorteil über das eigene stellen. Nach dem Krieg musste mitunter selbst seine Familie Nachteile hinnehmen, wenn Ewald Rau Hilfsbedürftige und Obdachlose mit nach Hause brachte, um sie zu versorgen. Er predigte christliche Nächstenliebe nicht nur, sondern praktizierte sie. Ewald Rau hatte zwei Weltkriege er- und überlebt, insgesamt fast neun Jahre als Soldat an der Front gestanden und kam dann 1953 mit nur 55 Jahren bei einem banalen Unfall ums Leben: Eine Bustür war nicht verriegelt, und er stürzte während der Fahrt hinaus. Mutter Helene Rau (geb. Hartmann; 1901-1988) erlebte den Aufstieg ihres Sohnes zwar, starb aber, lange bevor er an die Spitze des Staates gewählt wurde.

Johannes Rau war bei Ausbruch des 2. Weltkrieges acht Jahre alt. Viele Nächte verbrachte er als Kind im Luftschutzbunker, erlebte die Zerstörung seiner Heimatstadt ebenso hautnah und bewusst wie Tod und Leid sowie die lange Trennung vom Vater. Am Ende des Krieges war er 14 Jahre alt.

Raus Urteil und Bild vom Krieg und Militär wurde in den frühen Jugendjahren von zwei Personen außerhalb der Familie geprägt: von Karl Immer (1888-1944), dem Pastor der Heimatgemeinde Barmen, und Hans-Joachim Kraus (1918-2000), einem der Leiter des Schüler-Bibelkreises der Gemeinde. Beide waren

keine weltfremden Theoretiker, sondern kannten den Krieg und dessen Folgen aus eigenem Erleben. Immer war Militärfarrer im I. Weltkrieg gewesen und mit dem EK I ausgezeichnet worden. Später arbeitete er aktiv in der Bekennenden Kirche. Im Zweiten Weltkrieg verlor er beide Söhne. Kraus hatte im II. Weltkrieg als Kampfpilot gedient, war abgeschossen und verwundet worden. Nach dem Theologiestudium wurde er Professor für Altes Testament. Seinem späteren Vorbild Gustav Heinemann hingegen, einem strikten Gegner der Wiederbewaffnung nach 1945, der als dritte Person Raus Leben beeinflusste, war er erstmals mit neunzehn Jahren, am 29. Mai 1950, bei einer Tagung des Bibelkreises in Marburg begegnet. Zu diesem Zeitpunkt war das Weltbild des jungen Mannes allerdings bereits weitgehend gefestigt. Im Gegensatz zu Immer und Kraus kannte Heinemann den Krieg weder aus persönlichem Erleben als Soldat, noch war er mit dessen schmerzlichen Folgen direkt in Berührung gekommen. Doch er wies Johannes Rau – was wiederum Immer und Kraus nicht taten, konnten oder wollten – den Weg in die Sphäre politischen Denkens und Handelns. Was Wunder, dass der junge Rau durch diese Prägung seines protestantisch-pietistischen Elternhauses und des nahen sozialen Umfeldes, sowie der vielschichtigen Folgen des Krieges strikt gegen den Aufbau der Bundeswehr war.

»Rau wäre damals nie auf die Idee gekommen, Soldat zu werden. Er begriff sich in der Tradition der Bekennenden Kirche, fühlte sich ins Stuttgarter Schuldbekennntnis seiner Kirche eingebunden.«³

Und so taucht in den diversen Bio-

3 Filmer, Werner; Klein, Wolfgang; »Johannes Rau, der Bundespräsident«, S. 52.

1 Süskind, Martin E.; Irrgang, Christian G. »Johannes Rau – Porträt eines Präsidenten«, S. 19.

2 »Wenn ich Kanzler bin« – Gespräch mit Johannes Rau, in: Bickerich, Wolfram u.a. »Bruder Johannes. Herausforderer Rau«, S. 40.

graphien Raus das Wort Bundeswehr äußerst selten auf. Rau hatte 1948 mit siebzehn Jahren den Besuch des Gymnasiums abgebrochen und danach eine Lehre als Verlagsbuchhändler begonnen. Nebenher war er freier Mitarbeiter der »Westfälischen Rundschau« in Wuppertal. Nach beendeter Lehre arbeitete er ab 1952 zunächst als Verlagsbuchhändler und wurde ein Jahr später Lektor eines kleineren Verlages in Witten. Aus Protest gegen die angestrebte Wiederbewaffnung trat er mit einundzwanzig Jahren in die »Gesamtdeutsche Volkspartei« (GVP) von Gustav Heinemann⁴ ein, der diese Partei mitbegründet hatte, und übernahm den Kreisvorsitz in Wuppertal. Obwohl Buchhändler und nicht Journalist, machte er die »Gesamtdeutsche Rundschau«, zum Parteiorgan der GVP und schrieb dort manche Artikel, die sich – wenige Jahre nach dem Ende des Krieges – kritisch mit der Wiederbewaffnung auseinandersetzten.

»Johannes Rau stand uneingeschränkt auf Seiten Heinemanns. Er machte sich aus eigenem Antrieb auf den Weg zu allen in Wuppertal und Umgebung erscheinenden Zeitungen und bat und drängte, ein ‚Memorandum über die deutsche Sicherheit‘ zu veröffentlichen, das Heinemann vier Tage nach seinem Rücktritt verfasst hatte.«⁵

Der Streit um die Aufstellung der Bundeswehr stand am Beginn von Raus politischem Leben – lange bevor die ersten Soldaten eingezogen wurden; vielleicht war er sogar die Initialzündung, beruflich ganz in die Politik zu wechseln.

»Dass junge Männer heute deutschen Stellen sagen müssen, warum sie den Wehr- und Kriegsdienst verweigern, das ist pervers.«⁶

4 Heinemann war 1950 als Innenminister im ersten Kabinett Adenauers wegen dessen Wiederbewaffnungspläne zurückgetreten, hatte die CDU verlassen und eine eigene Partei, die GVP, gegründet.

5 Bormann, Cornelius, »Ein Stück menschlicher«; S. 7.

6 Johannes Rau – »Gesamtdeutsche Rundschau« vom 22. 06.1956 – zit. in: Süd-deutsche Zeitung vom 25.10.2001, S.12. Ein anderer Artikel (JR 56d) unter der Überschrift »Ich hatt' einen Kameraden« erschien am 23.11.1956.

Ab 1954 arbeitete Rau als Geschäftsführer beim Jugenddienst-Verlag. Im Jahre 1962 stieg er in dessen Vorstand auf und wurde 1965 Direktor. Als sich die »nicht gerade erfolgreiche«⁷ GVP fünf Jahre später, 1957, auflöste, wechselte Rau – wie sein Vorbild Heinemann – zur SPD und legte damit den Grundstein einer langen Karriere in der Politik. Der Skatspieler, Fußballfan und Biertrinker Rau ging auf die Menschen zu, hatte keine Berührungängste. Dieses Gefühl für Gemeinschaftssinn – Kameradschaft im Soldatischen – war sicherlich auch Teil des Erbes seines Vaters. Gleichwohl kam ihm die plump klingende Anrede »Genosse« nur schwer über die Lippen. Und so prägte Ministerpräsident Heinz Kühn (1912-1992) den saloppen, bisweilen leicht abwertend klingenden Begriff »Bruder Johannes«⁸.

Schnell übernahm Rau wichtige Parteiämter. Von 1958 bis 1962 war er Vorsitzender der Jungsozialisten in Wuppertal. Die Jugendorganisation der SPD war und ist bis heute nicht eben ein Hort der Bundeswehrfreunde. Zeitgleich wurde er 1958 mit nur 27 Jahren in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt und gehörte ihm über 40 Jahre lang bis 1999 an. Von 1964 bis 1978 saß Rau zusätzlich im Wuppertaler Stadtrat und stand kurzzeitig von 1969 bis 1970 als Oberbürgermeister an der Spitze der Stadt. Wuppertal war bis 2001 Bundeswehrstandort; so waren dort u.a. in der Generaloberst-Hoepner-Kaserne Heeresflugabwehrtruppenteile stationiert. Über Kontakte Raus zur Bundeswehr während seiner kommunalen Zeit ist nichts bekannt. Parallel dazu rückte Rau in höchste Bundesgremien seiner Partei auf: 1968 in den Bundesvorstand und ab 1978 ins Präsidium. 1982 wurde er Stellvertretender Bundesvorsitzender zunächst unter Willy Brandt (1913-1992) und danach unter Hans Jochen Vogel (* 1926). Für knappe zwei Monate übernahm er 1993 kommissarisch den Parteivorsitz.⁸

Mit 39 Jahren – 1970 – berief Mi-

7 Johannes Rau in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1999.

8 Zwischen dem Rücktritt Björn Engholms und der Wahl Rudolf Scharpings, d.h. vom 3. Mai bis zum 25. Juni.

nisterpräsident Kühn Johannes Rau in sein Kabinett. Als Ressortchef »Wissenschaft und Forschung« hatte er jedoch keine dienstlichen Berührungspunkte mit der Bundeswehr.

Im Jahre 1978 trat Rau mit 47 Jahren die Nachfolge Kühns an und blieb dies 20 Jahre. Daher muss auch dieser lange Zeitraum in die Betrachtung seines Verhältnisses zur Armee einbezogen werden. Nordrhein-Westfalen war während des Kalten Krieges das Bundesland mit der größten Dichte an hohen und höchsten militärischen Kommandobehörden der Bundeswehr, der NATO⁹ und alliierter Truppen¹⁰. Bezogen auf die Bundeswehr waren dies – neben dem Verteidigungsministerium in Bonn – die Stäbe der Luftflotte (heute: Luftwaffenführungskommando) in Köln-Wahn und des Lufttransportkommandos in Münster, sowie der Stab des I. Korps (heute: Deutsch-Niederländisches Korps) ebenfalls in Münster und das Territorialkommando Nord in Mönchengladbach (1969-1994). Die Bindung zur Bundesmarine bestand – geografisch bedingt – nur in Form einiger Patenschaften auf kommunaler Ebene, so z.B. zwischen der Stadt Duisburg und dem Schnellboot »Ozelot« (S-78)¹¹ oder der Stadt Remscheid mit dem Schnellboot S-61 »Albatros« (1976-2005). Die territoriale Kommando-

9 Heeresgruppe Nord (NORTHAG) in Rheindahlen bis 1988; ab 1992 das Allied Rapid & Reaction Corps – ARRC; 2. ATAF in Mönchengladbach.

10 British Army of the Rhine (BAOR) bis 1994. Von den 21 Oberbefehlshabern (C-in-C) der BAOR zwischen 1945 und 1994 dienten folgende 7 Generale während Raus Amtszeit in Düsseldorf: Sir William N. R. Scotter, KCB (1978-80); Sir James M. Gow, KCB (1980-83); Sir Nigel T. Bagnall, GCB (1983-85); Sir Martin Farndale, KCB (1985-87), Brian L. G. Kenny (1987-89); Sir Peter A. Inge, GCB (1989-93); Sir Charles R.L. Guthrie, GCB (1993-94). Danach: United Kingdom Support Command. Ferner: Stab des I. belgischen Korps in Soest und niederländische Truppen.

11 Duisburg übernahm 1974 die Patenschaft. Oberbürgermeister Arnold Masselter (1922-1984, SPD) überreichte die Patenschaftsurkunde dem Kommandanten, Oberleutnant zS Frank Ropers (* 1946, heute: Vizeadmiral). Auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Verbindungen in Form von Patenschaften auch zu anderen Truppenteilen, so z.B. zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Feldjägerbataillon 730 (1986).

behörde, der »ex officio« die Zusammenarbeit mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalens oblag, war das Wehrbereichskommando (WBK) III in Düsseldorf. Von den insgesamt elf Befehlshabern, die zwischen 1957 und 1994 den Wehrbereich befehligten, dienten fünf¹² während der Amtszeit von Rau. Doch diese Kontakte waren überwiegend technischer Natur. Die direkte Verbindung zwischen dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Heer hingegen war optisch und vor allem emotional bei jenen Truppenteilen verankert, die einen Teil des Landeswappens, das silberne springende Pferd auf rotem Grund, als Ärmelabzeichen und damit als Ausdruck besonderer Verbundenheit führten: die 7. Panzerdivision. Überdies unterstanden diesem

12 Die Generalmajore Windisch (1978-1982), Galinsky (1982-1984), Philipp (1984-1990), Würfel (1990-1993) und Gliemeroth (1993-1994). Nach der Neuordnung der territorialen Kommandobehörden trägt das WBK in Erfurt die Nummer III.

Großverband – im Gegensatz zu den höheren Stäben – etwa 17.000 Soldaten, was für eine Landesregierung z.B. bei Katastrophen äußerst wichtig war. 1982 verlieh Ministerpräsident Rau im Beisein des Divisionskommandeurs, Generalmajor Erich-Wolfgang Diedrichs (1927-2005), dem in der Bergischen Kaserne in Düsseldorf stationierten Feldjägerbataillon 730 (heute 252; Standort Hilden), als erstem Truppenteil das Fahnenband des Landes Nordrhein-Westfalen.

Als der Divisionsstab 1994 von Unna in die Landeshauptstadt verlegt und mit dem Wehrbereichskommando III fusionierte¹³, wurden die strukturellen und örtlichen Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit besser.

13 Die Division – ihre Bezeichnung wechselte mehrfach – war 1958 in Lippstadt aufgestellt worden. 1959 verlegte der Divisionsstab nach Unna und von dort 1994 nach Düsseldorf an den Sitz der Landesregierung. Am 13.06.2006 wurde die 7. PzDiv aufgelöst und verabschiedete sich mit einem Großen Zapfenstreich im Rokoko-Schloss in Benrath.

Von den insgesamt 18 Kommandeuren der Division von 1958 bis zur Auflösung des Großverbandes im Jahre 2006 erlebte Rau insgesamt acht¹⁴.

Allerdings ist das Bild der Beziehung zwischen Landesvater Rau und »seiner Hausdivision« nicht eindeutig. Die Aussagen von vier befragten Divisionskommandeuren schwanken zwischen »hervorragend« und »Nicht-Beziehung« (s. Abb. 1 unten u. Bild 3 auf Seite 62). Neben den offiziellen dienstlichen Kontakten spielt ohne Zweifel auch die »persönliche Chemie« zwischen Ministerpräsidenten und Divisionskommandeur eine Rolle, doch dürften auch parteipolitische Überlegungen z.B. vor Wahlen, oder die politische »Großwetterlage« jener Jahre während der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss und die Rücksichtnahme auf den Koalitions-

14 Die Generalmajore Dr. Greiner (1978-1980), Frickinger (1980-1981), Diedrichs (1981-1984), Söder (1984-1986), Klug (1986-1990), Willmann (1990-1993), Gliemeroth (1993-1996) und Gudera (1996-2000).

Abb. 1: Ministerpräsident Johannes Rau und die Bundeswehr in der Beurteilung durch Kommandeure der 7. Panzerdivision

Divisionskommandeure in willkürlicher, d.h. weder in zeitl. noch in alphabet. Reihenfolge	persönl. Verhältnis zu MP Rau	Raus Verhältnis zur Bundeswehr	Raus Verhältnis zur 7. PzDiv	Teilnahme an Veranstaltungen der Division	Antritts- u. Abschiedsbesuche
DivKdr 1	keines, da keine persönl. Begegnung	kritisch distanziert, kein persönl. Bezug	ergibt sich aus nächster Spalte	keine Teilnahme	nein, 9 Monate Wartezeit, dann telefon. Abmeldung in der Staatskanzlei
DivKdr 2	keine Verbindung zum MP gesucht	distanziert	ergibt sich aus nächster Spalte	nur an einem Nachmittag Teilnahme am Dienst der Div	keine Angabe, vermutlich weder Antritts- noch Abschiedsbesuch
DivKdr 3	offen u. ungezwungen, im Ton durchaus herzlich	distanzierte Solidarität mit Betonung auf Distanz; Interesse an ethischen Grundfragen; aber kein spürbares Interesse an Bw	Berührungängste; schien der Armee bisweilen merkbar aus dem Wege zu gehen.	keine Teilnahme; bei einem Anlass wochenlanges Ringen um einen Termin; bewusster Verzicht auf pompösen Rahmen (0-Ton eines der Staatskanzlei Nahestehenden: "Auch wenn Sie sich beide Beine ausreißen, Rau wird nicht kommen.")	Zu Antritts- u. Abschiedsbesuch empfangen u. in besonders herzlicher Form adressiert.
DivKdr 4	ausgesprochen gut; Rau bot an, zu Veranstaltungen der Div. zu kommen; bot Hilfe bei eventuellen Anliegen an.	bekanntete sich zur Landesverteidigung	angenehm u. fürsorglich; Truppe lag ihm am Herzen; herzliche Ansprachen.	Ja, immer, sobald vom DivKdr eingeladen; MP Rau nahm an mehreren Veranstaltungen teil.	Zu Antritt u. Abschied (jeweils 50 Min.); beim Abschiedsbesuch im Stau steckengeblieben, 60 Min. zu spät, dennoch empfangen.

2: Ministerpräsident Johannes Rau überreicht dem PzGrenBtl 202 am 12. November 1985 in Hemer das Fahnenband des Landes Nordrhein-Westfalen; Mitte GenMaj Söder, Kommandeur 7. PzDiv.



partner eine nicht unbeträchtlichen Einfluss auf die Gestaltung der Kontakte zur Bundeswehr gehabt haben. Rau unterschied offenkundig zwischen einem guten, bisweilen sogar herzlichen Verhältnis zum Soldaten als Mitmenschen und seiner in langen Jahren gewachsenen Distanz zum Militär als Machtinstrument des Staates. Dies drückte sich auch in seinen Reden, z.B. beim Feierlichen Gelöbnis in der Bergischen Kaserne Düsseldorf am 12. November 1985 – es war zugleich der 30. Geburtstag der Bundeswehr –, aber auch in seinen Ansprachen zum Volkstrauertag aus, wo Rau die Soldaten der Bundeswehr stets warmherzig einband. Bei der Fahnenbandübergabe an das Panzergrenadierbataillon 202 in Hemer (Bild 2) unter ihrem Kommandeur Oberstleutnant Helmut Feis am 10. September 1984 goss es in Strömen. Mit dem zweideutigen, allerdings nur auf die aktuelle Wetterlage bezogenen Satz »Wir lassen unsere Soldaten nicht im Regen stehen« verzichtete Rau auf eine längere Ansprache vor den vor Nässe triefenden Soldaten.

Im Jahre 1989 legten 300 Rekruten des Instandsetzungsbataillons 7 und des Nachschubbataillons 7 auf der Schachanlage Monopol in Bergkamen ihr Feierliches Gelöbnis ab. Die Gelöbnisrede hielt der Vorsitzende der Industriegewerkschaft (IG) Bergbau und Energie Heinz-Werner Meyer (1932-1994). Das Verhältnis zwischen Armee und Gewerkschaften – in früheren Zeiten oft stark belastet – hatte sich seit Georg Leber als Verteidigungsminister zunehmend entspannt. Zehn Jahre zuvor war in Dortmund im Beisein des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt (* 1925), der die Front der angetretenen Soldaten mit abschnitt, zum ersten Mal eine derartige Veranstaltung der Bundeswehr im Ruhrgebiet durchgeführt worden. Diese Ausöhnung lag Rau offenbar am Herzen und hat dies z.B. durch das Knüpfen von Kontakten gefördert. 1998 feierte

Rau das Reformationsfest zusammen mit Soldaten im Altenberger Dom im Bergischen Land – die quälende Diskussion um die Frage des Christseins von Soldaten war vergessen.

In Raus direktem Umfeld in Düsseldorf waren mehrere hochrangige Mitarbeiter, die als Soldaten in der Wehrmacht und in der Bundeswehr gedient hatten: Dr. Klaus Dieter Leister (* 1937), Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei von 1983 bis 1988 war Hauptmann der Reserve und von 1981/82 Staatssekretär im BMVg unter Hans Apel.

Die beiden nachfolgenden Chefs der Staatskanzlei – Wolfgang Clement¹⁵ (* 1940) von 1988 bis 1995 und Rüdiger Frohn (* 1950) von 1995 bis 1999 – hatten hingegen keinen Wehrdienst geleistet. Frohn wurde 1999 Chef des Bundespräsidialamtes unter Rau und damit ranghöchster Staatssekretär. Dr. Fritz Behrens (* 1948) seit 1983 Raus Büroleiter, war Leutnant der Reserve. Er gehörte später mehreren Kabinetten in NRW an. Der Verwaltungswissenschaftler Dr. Karlheinz Bentele (* 1947), die Schaltstelle zwischen Staatskanzlei und Partei (später Minister) und ebenfalls seit 1983 bei Rau, hatte auch in der Bundeswehr gedient. Raus Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig (* 1927) war Fallschirmjäger im 2. Weltkrieg gewesen. Aus diesen personellen Kons-

tellationen lassen sich zwar keine direkten Schlüsse auf die Beziehung zum Militär – weder in positiver noch in negativer Hinsicht – ableiten, doch sie belegen zumindest Raus Differenzierung.

In dieser Zeit wurde Rau Verbindung zu Heinemann – er war bereits 1976 verstorben – auch familiär besiegelt: Am 22. August 1982 heiratete er Christina Delius¹⁶, eine Enkelin des vormaligen Bundespräsidenten Heinemann. Die polyglotte Diplom-Politologin Christina Rau ist eine begeisterte und vielseitige Sportlerin. Zu ihren Hobbys zählen Reiten, Segelfliegen, Skifahren, Snowboarden, Surfen, Tauchen und Fallschirmspringen. Im Oktober 2000 absolvierte sie – als wohl weltweit einzige First Lady – einen einstündigen Mitflug in einem Tornado-Kampffjet mit Korvettenkapitän Lars Brechtefeldt (* 1964) vom Marinefliegergeschwader 2¹⁷ im schleswig-holsteinischen Tarp-Eggebek. Der Flug führte über die Nordsee zur ostfriesischen Insel Spiekeroog, wo die Familie Rau ein Ferienhaus besitzt. Christina Rau sagte, sie wolle jungen Frauen damit auch Mut machen, den Pilotenberuf zu ergreifen.

Während Raus Amtszeit in Düsseldorf kam es zu sog. »Kießling-Affäre«¹⁸. Zum Umgang einiger Politiker

15 Nach zwei Kabinettsposten in NRW wurde er 1998 Raus Nachfolger als Ministerpräsident. Von 2002 bis 2005 war er Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

16 Ihr Vater Eduard Delius, Textilfabrikant (Seidensticker); Mutter Christa Delius (* 1928) ist die zweite Tochter von Gustav und Hilda Heinemann.

17 Außerdienststellung 2005.

18 Der Vier-Sterne-General Dr. Günter Kießling war wegen angeblich homosexueller Kontakte durch Minister Wörner



3: MinPräs Johannes Rau beim Biwak der 7. PzDiv am 26. August 1984 in Hengsen-Opherdicke; li. von Rau der KG des I. Korps in Münster GenLt Dr. Wachter, li. außen DivKdr GenMaj Söder u.r. GenMaj Galinsky (Lw).

der CDU mit General Dr. Kießling äußerte sich Rau kritisch: »Er (Helmut Kohl) spricht von geistig-moralischer Führung, und das unentwegt, aber er handelt nicht danach. Sehen Sie sich das doch an ... Im Falle des Generals Kießling war für mich keine Spur von geistig-moralischer Führung.« Auf die Frage, »hätten Sie Wörner gefeuert«, antwortete Rau mit einem klaren Ja. »Ich hätte vor allen Dingen diese Tage und Wochen vorher nicht so zugelassen – mit den täglichen Pressekonferenzen mit der täglichen Frage, in welchem Lokal wer wann mit wem gesehen worden ist.«¹⁹

Raus Aussage wirkt glaubhaft und überzeugend, weil er in dieser Frage elementare Grundsätze des zwischenmenschlichen Verhaltens verletzt sah und diese auch auf politischer Ebene beherzigt wissen wollte. Doch in der Praxis politischen Handelns kamen sie später auch bei Rau nicht zum Tragen. Als Brigadegeneral Reinhard Günzel (* 1944) im Jahre 2003 auf eine, die Grundsätze der Inneren Führung verletzenden Weise von Minister Peter Struck vorzeitig aus dem Dienst entlassen wurde, unterzeichnete Rau die Entlassungsurkunde ohne Bedenken. Vielleicht ist es zuviel verlangt, vom Staatsoberhaupt zu erwarten, sich für einen Brigadegeneral in die Bresche zu werfen. Auch andere Präsidenten haben die vorzeitige Versetzung hoher Offiziere in den Ruhestand trotz

des Dienstes enthoben und – nachdem sich die Vorwürfe als haltlos herausstellten – wieder reaktiviert worden.

19 in: Bickerich, Wolfram u.a. »Bruder Johannes. Herausforderer Rau«, S. 92 f.

ren Antwort aus:

»Ich hoffe, dass beide Entscheidungen, die unser Grundgesetz anbietet, als gewissenhafte Entscheidungen gesehen werden. Ich hoffe, daß mein Sohn eines Tages seine Entscheidung ohne einen Rat seines Vaters treffen kann – und dass er sie so trifft, dass der Vater sie versteht.«²⁰

Vierzehn Jahre später, am 15. März 1999, setzte er sich vor Schülern des Trifels-Gymnasiums im pfälzischen Annweiler zwar für die allgemeine Wehrpflicht ein – da diese wichtig wäre für das »Zusammengehörigkeitsgefühl in einem Staat«, betonte aber, er »würde versuchen, in derselben Woche Bundeswehrsoldaten und Wehrdienstverweigerer zu besuchen.«

Mit dieser Sicht der Wehrdienstverweigerung ist Rau näher bei Heinemann denn bei Scheel, Carstens, von Weizsäcker oder Herzog. Durch sein Bemühen, Soldaten und Wehrdienstverweigerern gleichermaßen gerecht zu werden, wird eine Gleichrangigkeit abgeleitet, die nicht gegeben ist.²¹

Rau scheiterte zweimal bei einer Wahl: 1987 verlor er als Kanzlerkandidat der SPD gegen Amtsin-

20 »Wenn ich Kanzler bin«; a.a.O. S. 139 f. Sein Sohn Philip Immanuel war im Jahr des Interviews gerade geboren worden.

21 Bundespräsident Roman Herzog auf der 35. Kommandeurtagung der Bw in München am 15.11.1995: »Es wäre falsch, aus der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Gleichbehandlung der Wehrdienst- und Zivildienstleistenden eine Gleichrangigkeit beider Dienstformen abzuleiten. Gesellschaftlich wichtig und wertvoll ... sind allerdings beide Dienste.«

Zweifels widerspruchslos hingenommen.

1985 wick Ministerpräsident Rau auf die Frage, ob er seinem Sohn, wenn er 18 Jahre alt ist, empfehlen würde, zur Bundeswehr zu gehen, einer klaren

Antwort. 1985 wick Ministerpräsident Rau auf die Frage, ob er seinem Sohn, wenn er 18 Jahre alt ist, empfehlen würde, zur Bundeswehr zu gehen, einer klaren Antwort aus: »Ich hoffe, dass beide Entscheidungen, die unser Grundgesetz anbietet, als gewissenhafte Entscheidungen gesehen werden. Ich hoffe, daß mein Sohn eines Tages seine Entscheidung ohne einen Rat seines Vaters treffen kann – und dass er sie so trifft, dass der Vater sie versteht.«²⁰

hab er Helmut Kohl, und 1994 unterlag er als Kandidat für das höchste Staatsamt im dritten Wahlgang gegen Roman Herzog. 1998 trat Rau sowohl als Ministerpräsident wie auch als Landesvorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen zurück.²² Der zweite Versuch, Bundespräsident zu werden, war erfolgreich. Rau war – sieht man von Weizsäcker als Regierendem Bürgermeister des damals noch geteilten Berlins ab – der erste Ministerpräsident, der Bundespräsident wurde. Als Landesvater nur am Rande mit Sicherheitspolitik und Bundeswehr befasst, äußerte er sich durchaus auch profiliert zu sicherheitspolitischen Themen und Fragen der Abrüstung, so z.B. bei seinem Besuch in Moskau im Oktober 1981.

Am 23. Mai 1999 wurde Rau im zweiten Wahlgang²³ zum achten Bundespräsidenten gewählt. Drei Jahre älter als Vorgänger Herzog war er der zweite Bundespräsident der Nachkriegsgeneration, d.h. zwar vor dem Krieg geboren, aber erst danach ins Berufsleben eingetreten. Als Rau sein neues Amt 1. Juli 1999 antrat, war der dreimonatige Kosovo-Krieg gerade vorüber. In seiner Haltung zu diesem Waffengang der NATO ohne Mandat der UN vertrat Rau eine ähnliche Haltung wie sein Vorgänger Herzog. Doch gerade für ihn, der bis dahin das Militär als Instrument der Politik argwöhnisch angesehen und im Grunde abgelehnt hatte, bedeutete es eine Zäsur im Denken. Sicher hatte Rau größere innere Mühe als sein pragmatisch und niemals pazifistisch angehauchter Vorgänger Roman Herzog, sich mit diesem Krieg in Südeuropa abzufinden. In seiner Rede zum Amtsantritt am 1. Juli 1999 in Bonn sagte dieser dazu:

22 Wolfgang Clement wurde neuer Ministerpräsident und Franz Müntefering übernahm den Parteivorsitz im Lande.

23 Eine seiner Gegenkandidatinnen kam aus der Familie: die parteilose Theologin Prof. Uta Ranke-Heinemann, Tante seiner Ehefrau und eine Tochter des früheren Bundespräsidenten Heinemann, kandidierte für die PDS.

4: Bundespräsident Johannes Rau empfängt am 26. Okt. 2000 General Harald Kujat, den neuen Generalinspekteur der Bundeswehr.

»Ich gehöre zu denen, die mit zer-rissenem Herzen gesagt haben: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn mitten in Europa Terror und Vertreibung Platz greifen. In einem solchen extremen Ausnahmefall ist auch der Einsatz militärischer Gewalt gerechtfertigt. Das ist eine außergewöhnliche Belastung für die betroffenen Soldaten und für die politische und militärische Führung.«

Während seiner fünfjährigen Amtszeit lag das Verteidigungsressort in Händen der Minister Rudolf Scharping und Dr. Peter Struck. An der Spitze der Bundeswehr standen drei Offiziere als Generalinspekteure (Bild 4): Hans-Peter von Kirchbach (* 1941), Harald Kujat (* 1942) und Wolfgang Schneiderhan (* 1946). Als Verbindungsoffiziere diente zunächst von September 1999 bis September 2002 Kapitän zur See Rolf Schmitz (* 1949; heute Flottillenadmiral) und von Oktober 2002 bis September 2004 mit Oberst i.G. Heinz Georg Wagner (* 1951; heute Brigadegeneral) abermals ein Heeresoffizier.

Bei einem Truppenbesuch an Bord der Fregatte »Bayern« am 20. Juni 2000, wo er mehrere Stunden auf See verbrachte, regte Rau vor dem Hintergrund geänderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen eine breite Debatte über Zukunft von Bundeswehr und Wehrpflicht an, um einen gesellschaftlichen Grundkonsens in dieser Frage herbeizuführen.²⁴ Auf der 38. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Leipzig am 14.11.2000 unter der Leitung von Generalinspekteur Kujat wiederholte er dies in ähnlicher Form. Doch Raus Erklärungsversuchen haftet Unsicherheit und Gespreiztheit an. Militärische Gewalt darf nur »ultima ratio«, nicht aber »ultima irratio« sein. Bei der Frage nach konkretem politischen Handeln blieb er vage:

»Wir müssen durch vorbeugende Politik die falsche Alternative zu vermeiden suchen, dass wir Schuld auf uns laden durch Wegschauen

oder dass wir Schuld auf uns laden durch den Einsatz militärischer Mittel, der auch völlig Unschuldige trifft.«²⁵

Heinemann hätte sich vermutlich ähnlich ausgedrückt. In seiner Rede vor den Kommandeuren beleuchtete er den Wandel der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und wies dabei auch sehr klar auf die Grenzen des militärischen Instrumentariums hin:

»Moderne Sicherheitspolitik übersteigt immer mehr den Rahmen klassischer Verteidigungspolitik, weil wir uns heute Sicherheitsrisiken völlig neuer Art gegenüber sehen, denen mit militärischen Mitteln kaum begegnet werden kann. ... Traditionelle Sicherheitspolitik setzte sich mit den Gefährdungen des Friedens auseinander. Moderne Sicherheitspolitik muss in erster Linie an den Ursachen der Friedensgefährdung ansetzen. Die Sicherheitspolitik der Zukunft beugt vor.«

Die Unterscheidung in »alte« und »neue« Sicherheitspolitik mag unklar sein, aber sein Hinweis, die Bekämpfung von Konflikten bei den Ursachen zu beginnen, ist richtig. Leider verhalte er. Heute verzetteln sich nationaler und auch bündnispolitischer Ansatz an den Symptomen – sicherheitspolitische Flickschusterei ohne Nachhaltigkeit. Rau hatte erkannt, dass der Einsatz militärischer Mittel in bestimmten Situationen auch heute noch unumgänglich sein kann. 1985 hatte Rau auf die Frage, ob er Pazifist sei oder als solcher galt, noch ausweichend geantwortet:

»Ich galt. Es gab in den fünfziger Jahren eine lange Diskussion, ob ein evangelischer Christ Pazifist sein könne. Aber ich stand da-



mals nicht vor der konkreten Frage. ... Aber ich habe auch immer die Bundeswehr besucht. Mir liegt sehr daran, dass der Streit um die richtige Verteidigungspolitik nicht auf dem Rücken der Bundeswehr ausgetragen wird.«²⁶

Rau hatte ab 2000 auch eine »kulinare Bindung« zur Bundeswehr in Gestalt von Jan-Göran Barth (* 1978), dem von der Bundeswehr abgestellten Chefkoch des Bundespräsidenten. Beim Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Bundesgrenzschutzes am 16. März 2001 in Berlin wies Rau auf dessen – heute fast vergessene – personelle Aufbauhilfe hin, die dieser für die Bundeswehr geleistet hatte. In Raus Amtszeit von 1999 bis 2004 wurden die Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht nur Alltag, sondern weiteten sich beträchtlich aus. Ein Jahr zuvor hatte Rau, der nicht in das Horn vom »clash of civilizations« blies, die Bedeutung des interkulturellen Dialogs betont und darauf hingewiesen, dass Fundamentalismus aus sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlichen Ungleichgewichten erwächst. Zu Recht leitete er daraus ab, den Ursachen der Spannungen zu Leibe zu rücken, anstatt sich in der Bekämpfung der Symptome zu verzetteln.²⁷ Auch diese Mahnung des Staatsoberhauptes blieb in der praktischen deutschen Politik ungehört. Die Anschläge des 11. Septembers 2001 in den USA zogen bis heute eine beispiellose Welle der Hysterie und eine Welle des poli-

24 siehe: Rau, Johannes, »Friede als Ernstfall«; S. 72 ff.

25 ebd. S. 15.

26 »Wenn ich Kanzler bin«; a.a.O.; S.140.

27 Namensartikel von Johannes Rau in der Süddeutschen Zeitung vom 08.09.2000.

tischen Aktivismus auch in Deutschland nach sich. Rau rechtfertigte das militärische Vorgehen der USA in Afghanistan.²⁸ Und so gab es auch keinen Widerspruch, als der damalige Verteidigungsminister Struck am 05.12.2002 forsch behauptete, die Sicherheit Deutschlands werde »auch am Hindukusch verteidigt«. Der Wandel war für Rau sicherlich »quälend und belastend«²⁹, denn es war für ihn wie für viele andere der Abschied vom früheren Liebäugeln mit pazifistischen Ideen. Der Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH), Prof. Dr. Dieter S. Lutz (1949-2003), nannte den Bundespräsidenten einmal »Vermittler, Schlichter, Visionär«. Sicher hat er diese drei Elemente nicht mit gleicher Wertigkeit ausgefüllt; letztere Rolle bleibt hinter den ersten beiden zurück.

Im Januar 2002 war Rau – zusammen mit seiner Frau Christina – als Ehrengast auf der Fregatte »Lübeck«. Das Schiff machte anlässlich des 600-jährigen Bestehens der »Schiffergesellschaft zu Lübeck« eine Überfahrt von Travemünde nach Lübeck. Im März 2002 besuchte Rau die Sanitätsakademie in München im Beisein des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, Generaloberstabsarzt Dr. Karl Wilhelm Demmer (* 1941). Am 7. Juni 2002 verabschiedete der Bundespräsident in Anwesenheit des belgischen Königs Albert II. in Troisdorf-Spich belgische Truppen unter dem Kommando von Oberst Reynaert aus Deutschland mit einem anschließenden Großen Zapfenstreich. Rau verlieh den scheidenden Truppenteilen – darunter das 1. belgische Panzergrenadierbataillon, ein Artilleriebataillon, das 20. Logistikbataillon und die 4. Fernaufklärerkompanie – das Fahnenband des Bundespräsidenten.

Im September 2002 besuchte Rau – zusammen mit Ehefrau Christina und Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan – die deutschen KFOR-Truppen der »Multinationalen Brigade Süd« auf dem Balkan unter Brigadegeneral Wolf-Dieter Skodowski (* 1950) in Prizren. Am 26. Novem-

ber 2002 stattete Rau den hauptamtlichen Jugendoffizieren auf ihrer 84. Arbeits- und Informationstagung an der Akademie für Information und Kommunikation in Strausberg einen Besuch ab. Am 29. Dezember 2002 nahm der Bundespräsident im Bonner Münster an der Trauerfeier für die sieben Bundeswehr-Soldaten teil, die am 21. Dezember 2002 in der Nähe der afghanischen Hauptstadt Kabul mit ihrem Hubschrauber vom Typ Sikorsky CH 53 wegen eines technischen Defekts abgestürzt waren. Im Mai 2003 empfing Bundespräsident Rau während seines Staatsbesuches in Schweden König Karl Gustav und



Königin Silvia, sowie zahlreiche Ehrengäste an Bord der Gorch Fock unter ihrem Kommandanten, Kapitän zur See Michael Brühn (* 1955), auf Reede vor Stockholm. Am 25. September 2003 – sechs Monate nach dem Einmarsch von US-Truppen in den Irak – besuchte Rau die Führungsakademie in Hamburg und verabschiedete bei dieser Gelegenheit den Generalstabs- und Admiralstabslehrgang des Jahres 2001 am Ende seiner Ausbildung. Es war das erste Mal, dass diese Zeremonie in Anwesenheit des Bundespräsidenten stattfand, eine hohe Auszeichnung durch das Staatsoberhaupt, die zweifelsohne mehr als ein Routinebesuch war.

»Die Akademie und ihre Absolventen prägen die Bundeswehr entscheidend und leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zum demokratischen Selbstverständnis unseres Landes.«

Diese Geste zeigt zugleich, dass

Rau sich hier von seinem Vorbild Heinemann entfernt hat. Zwar war auch Heinemann Gast der Akademie in Blankenese, doch es dürfte eher Pflicht denn Kür gewesen sein. Rau sprach über die Herausforderungen, die durch das erweiterte Aufgabenspektrum auf Politik, Bevölkerung und Streitkräfte zukommen und kritisierte, dass dieser grundlegende Wandel geistig noch nicht verarbeitet sei.

»Gelegentlich frage ich mich, ob in einer breiten Öffentlichkeit überhaupt richtig wahrgenommen wird, wie weit wir uns in der Praxis von dem verabschiedet haben, was jahrzehntelang die allgemein akzeptierte Aufgabe der Bundeswehr gewesen ist.«

5: Johannes Rau und seine Frau Christine beim Sommerfest des Bundespräsidenten 2004 im Garten des Schloss Bellevue.

Als europäische Mittelmacht stelle sich die Frage, welchen Beitrag Deutschland – auf der Grundlage seiner Werteordnung und als Teil der Europäischen Union, der NATO und der UN für Freiheit und Verteidigung der Menschenrechte leisten wolle. Warnend beschrieb er – vielleicht auch mit Blick auf den 3. Golfkrieg – den Einsatz militärischer Mittel:

»Wofür sind wir bereit, notfalls unsere Soldaten einzusetzen? Welche Aufgaben soll unsere Bundeswehr in Zukunft wahrnehmen können? Welche finanziellen Mittel müssen wir bereitstellen, was bedeutet das für die Wehrpflicht, was bedeutet das für die personelle Stärke der Streitkräfte?«

Sehr klar skizzierte Rau die Aufgaben des Stabsoffiziers:

»Was ich mir von Ihnen, als künftigen Beratern, ... erhoffe, das ist Wahrhaftigkeit. ... Sie verlangt Selbstbewusstsein und den Mut zur Selbstkritik. ... Sie werden die Erfahrung machen, dass nicht jeder Entscheidungsträger bereit ist, Rat anzunehmen, ... Dann ist Loyalität gefordert. Das kann zu erheblichen Belastungen führen, ... In jedem Fall ist sorgfältig zu prüfen: Geht es wirklich um eine Gewissensentscheidung?«.

Eine besondere Geste war Raus

28 Münchner Merkur vom 10.10.2001; S. 2.

29 Filmer, W., Klein, W.; a.a.O., S. 193.

- 9: Beim Staatsbesuch in Irland im Juli 2003 schreitet Bundespräsident Johannes Rau eine Ehrenformation der irischen Streitkräfte ab. Hinter Rau sein Verbindungsoffizier Oberst i.G. Heinz Georg Wagner.



Dank an die Ehefrauen der Soldaten. »Soldaten und Bundespräsidenten, ... haben eines gemeinsam: Ihre Ehepartner sind ... von ihrer Berufstätigkeit in besonderem Maße mit betroffen! Für den Einsatz, den Sie, meine Damen, an der Seite Ihrer Männer zu leisten bereit sind, möchte ich Ihnen deshalb heute besonders danken«.

Die Feststellung, die militärischen Führer würden zunehmend auch in nicht-militärischen Fragen gefordert sein, hat mittlerweile jeder Zugführer im Auslandseinsatz erlebt. Daher kann sich – wie bereits in der Bundeswehr erfahren – das Fehlverhalten selbst einzelner Soldaten direkt auf höchster politischer Ebene negativ auswirken.

Zum 3. Golfkrieg sagte der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache 2003 und wurde hierbei als Visionär sichtbar:

»Als im März der Irakkrieg begann, waren die meisten von uns erschüttert und entsetzt. Wir freuen uns über das Ende einer schrecklichen Diktatur – aber wir erkennen wieder einmal, dass mit Waffen und militärischer Überlegenheit allein die Probleme der Welt nicht zu lösen sind. Friede kommt nicht mit Gewalt«.

Am 23. März 2004 wollte Rau zum Abschluss seines Besuchs in Nigeria und Tansania nach Dschibuti reisen, um dort die Fregatte »Augsburg« der Deutschen Marine zu besuchen, die im Rahmen des Anti-Terror-Einsatzes »Enduring Freedom« am Horn von Afrika stationiert war. Jedoch musste der Besuch aus Sicherheitsgründen ausfallen. Es war gemeldet worden, dass ein Terroranschlag auf einen hochrangigen europäischen Repräsentanten, also möglicherweise auf Rau, verübt werden sollte. Rau bedauerte die Absage, jedoch habe er sich davon überzeugen lassen, dass ein Festhalten am Besuchsprogramm »viele Menschen in erhebliche Gefahr gebracht hätte«. Den Soldaten dankte er ausdrücklich für deren Beitrag für

die Friedenssicherung.³⁰

Rauschied von der Bundeswehr fand am 29. Juni 2004 mit einem Großen Zapfenstreich vor dem festlich illuminierten Schloss Bellevue, seinem Amtssitz, statt. Man kann dies als den vorletzten Akt der endgültigen Versöhnung mit den Streitkräften ansehen. Bewusst grenzte sich Johannes Rau auch hier von seinem Mentor Gustav Heinemann ab. Waren am Anfang von Raus politischem Leben dissonante Töne um die Bundeswehr zu hören gewesen, so klang es mit einem harmonischen Akkord – wenngleich in Moll – aus: Johannes Rau starb am 27. Januar 2006. Der letzte Akt der Aussöhnung fand wenige Tage später statt. Nach dem Staatsakt im Berliner Dom am 7. Februar eskortierten acht Offiziere im Generals- und Admiralsrang³¹ den Sarg des Bundespräsidenten, getragen von Soldaten des Wachbataillons, die Stufen hinab. Es war derselbe Treppenaufgang, auf dem er vor seiner Wahl zu Bundespräsidenten am 23. Mai 1994 mit Ehefrau Christina und seinen drei Kindern gestanden hatte.³² Vor dem Dom nahm das Wachbataillon stellvertretend für die Bundeswehr Abschied von dem Verstorbenen. Die Beisetzung fand

30 Sein Nachfolger Köhler holte diesen Besuch im Dezember 2004 nach und wurde dabei von Generalinspekteur Schneiderhan begleitet.

31 Die Brigadegenerale Glawatz, Schachtböfer, Schreiner, Skodowski und Wagner (vormaliger Verbindungsoffizier bei Bpräs. Rau), Generalarzt Witkowski, sowie die Flottillenadmirale Kolletschke und Schmitz stellten die Ehrenwache. Die Obersten Werner Fischer und Werner Heidemann waren die Ordenskissenträger.

32 Irrgang, Christian G.; Süskind, Martin E., Johannes Rau – Porträt eines Präsidenten; S. 45.

auf dem Dorotheenstädter Friedhof in Berlin im engsten Familienkreise statt. Raus Weg zur Versöhnung war lang und sicher nicht einfach, aber er hat sein Lebensmotto »VERSÖHNEN STATT SPALTEN« auch auf sein Verhältnis zur Bundeswehr übertragen.

Literatur:

- Bickerich, Wolfram; Leinemann, Jürgen; Leyendecker, »Hans Bruder Johannes. Herausforderer Rau«. Spiegel-Buch Rowohlt Taschenbuch-Verlag Reinbek 1986.
Bormann, Cornelius; »Ein Stück menschlicher. Johannes Rau – die Biografie«; Hammer Verlag, 1999.
Filmer, Werner; Klein, Wolfgang; »Johannes Rau, der Bundespräsident«; Gustav Lübbe Verlag, 1999.
Irrgang, Christian G.; Süskind, Martin E.; »Johannes Rau – Porträt eines Präsidenten«; Propyläen Verlag, 2002.
Rau, Johannes; hrsg. von Lutz, Dieter S.; »Friede als Ernstfall«; Nomos Verlagsgesellschaft Baden Baden, 2001.
Süskind, Martin E.; Irrgang, »Christian G. Johannes Rau – Porträt eines Präsidenten«; Propyläen Verlag Berlin, 2002

Bilder in diesem Beitrag:

- priv. GenLt a.D. Söder 2 u. 3;
- priv. BrigGen Wagner 9;
- www.bundespraesident.de/Die-deutschen-Bundespraesident/ Portrait, 4 u. 5. □

47. KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE WOCHE DER BEGEGNUNG

Einladung zur 47. Woche der Begegnung des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge für die Bundeswehr »Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte«

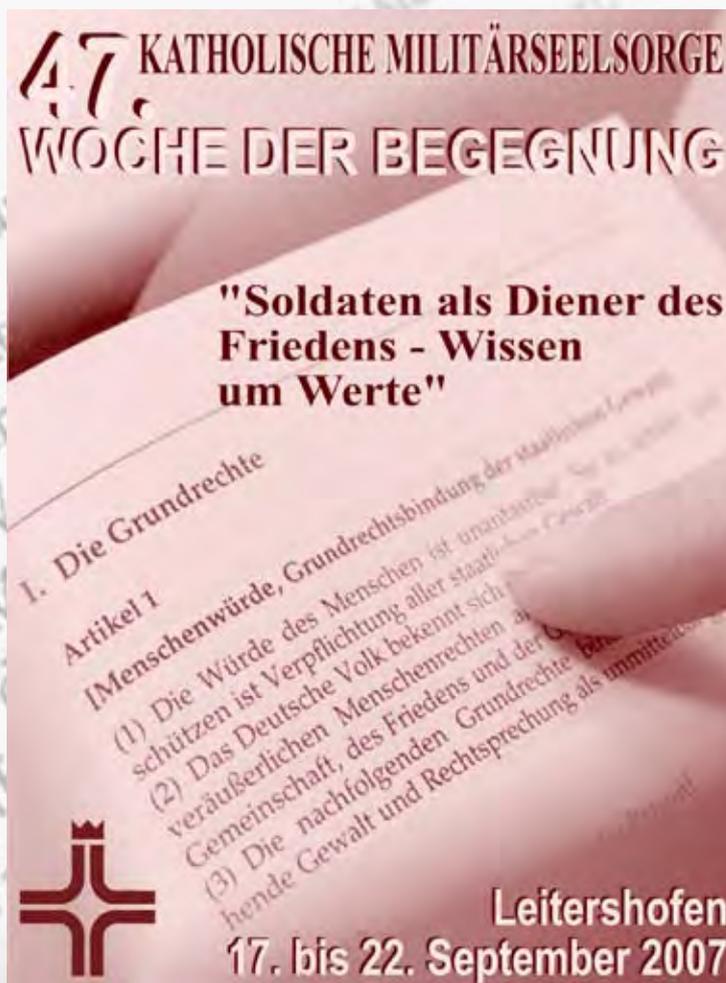
Sa 15. bis Mo 17. September
Vorkonferenz für die Vorstände
von ZV u. GKS

Mo 17. bis Mi 19. September
Zentrale Versammlung (ZV)
>> Seite 81-85

Do 20. bis Sa 22. September
Bundeskonferenz der GKS
>> Seite 85-89

Fr 21. September
Mitgliederversammlung FGKS
>> Seite 90-93

Sa 22. September
Mitgliederversammlung
GKS e.V.



Leitershofen

17. bis 22. September 2007

Soldatisches Selbstverständnis angesichts von Individualisierung und Pluralisierung der Wertorientierungen

Das soldatische Selbstverständnis in der Bundeswehr orientiert sich an der Idee des »Staatsbürgers in Uniform«. In dieser Idee kommt ein demokratiekonformes berufsethisches Leitbild der Soldaten und Soldatinnen zum Ausdruck, und es werden Erwartungen an Werthaltungen und charakterliche Eigenschaften der Angehörigen der Streitkräfte formuliert. Angesichts der Individualisierung und Pluralisierung der Wertorientierungen in unserer Gesellschaft wird gelegentlich gefragt, ob die Propagierung dieses Leitbildes durch die Bundeswehr mit der weltanschaulichen Neutralität des Staates vereinbar sei. Dem muss entgegengehalten werden, dass ähnlich dem gesellschaftlichen Konsens über die Grundlagen der Verfassung auch auf eine Verständigung hinsichtlich des soldatischen Leitbildes nicht verzichtet werden kann. Relativismus ist uns hier nicht gestattet. Denn sobald die anspruchsvollen ethischen Voraussetzungen für den Umgang mit Gewaltmitteln nicht mehr bewusst sind oder in Zweifel geraten, kann auch der angemessene Umgang mit diesen Mitteln nicht mehr sicher erwartet werden – mit weit reichenden Folgen für alle Betroffenen. Allerdings kann ein ethisch reflektiertes soldatisches Selbstverständnis nicht durch Befehl oder Sanktionsdrohung sichergestellt werden. Die moralische Loyalität zu den Werten und Normen der demokratischen Ordnung und die Bildung eines demokratischen Ethos müssen vielmehr das Ziel umfassender Bildungsprozesse in den Streitkräften sein. Die Kultur der Inneren Führung schafft den erforderlichen Freiheitsraum zur Aneignung des gewünschten Leitbildes.

(aus: Die deutschen Bischöfe: »Soldaten als Diener des Friedens. Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr«, vom 29.11.2005)

Programm der ZV in Auszügen



Montag, 17. September

- bis 17.00 Uhr Anreise und Empfang der Delegierten, Sachausschussmitglieder und Gäste
- 19.15 Uhr Eröffnungsgottesdienst in der Hauskapelle
- 20.15 Uhr Begrüßung der Delegierten und Gäste, der ZV, Einweisung in das Tagungshaus, und Eröffnung der Beratungen
- anschl. Treffen der Delegierten

Dienstag, 18. September

- 08.15 Uhr Heilige Messe
- 09.15 Uhr Plenum: Präliminarien
- 09.30 Uhr Vortrag mit Aussprache: »SOLDATEN DER BUNDESWEHR – GERÜSTET MIT WERTEN«
Referent: Heinz-Wilhelm Brockmann, Osnabrück
- 11.00 Uhr Arbeitsgruppen zum Leitthema
- 15.00 Uhr Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen
- 16.00 Uhr Aus der Arbeit von Sachausschüssen des Vorstandes, Beschluss zur Fortsetzung der Nachbarschaftshilfe 2007/2008
- 17.00 Uhr Bericht des Vorsitzenden der ZV
- 17.15 Uhr Einbringen von Beschlussvorlagen
- 18.00 Uhr Vesper mit Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 20.00 Uhr Treffen der Delegierten

Mittwoch, 19. September

- 08.30 Uhr Morgenlob
- 09.00 Uhr Bericht über die Arbeit im ZdK
- 09.15 Uhr Vorstellung der Kandidaten und Wahl von zwei Vertretern der ZV in das ZdK
- 10.20 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses und Verabschiedung von Beschlussvorlagen
- 10.45 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates
- 11.00 Uhr Bericht zur Lage der Katholischen Militärseelsorge durch Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut
- 11.20 Uhr Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken der Katholischen Leitenden Militärdekane
- 15.00 Uhr Fortsetzung der Berichte
- 15.30 Uhr Zusammenfassung durch den Vorsitzenden der ZV mit Aussprache
- 16.00 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS
- 16.20 Uhr Wort des Militärbischofs zum Abschluss
- 16.40 Uhr Schlusswort des Vorsitzenden der ZV
- 17.30 Uhr Pontificalgottesdienst mit Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 19.00 Uhr Empfang und Gästeabend

Donnerstag, 20. September

- 07.15 Uhr Heilige Messe
- anschl. Abreise der Delegierten der ZV



Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte

Gedanken des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV), Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt, zum Thema der 47. Woche der Begegnung 2007

»...*Glaube* bedeutet Hoffnung, denn so wie die Welt ist, ist sie ja nicht einfach gut, und so sollte sie auch nicht bleiben«¹, mit dieser Feststellung wies der damalige Präfekt der Glaubenskongregation, Joseph Kardinal Ratzinger, der Christenheit die Aufgabe zu »um das Böse zu wissen und doch zuversichtlich der Zukunft entgegenzugehen«² »Um das Böse zu wissen, müssen Wertmaßstäbe vorhanden sein. Werte sind der Schlüssel mit dem Sachverhalte und Geschehen beleuchtet werden, um Bewertungen vorzunehmen.

Bewerten in seiner Kurzform wird auch Werten genannt. Darin enthalten ist die Wertung, die Einschätzung, die Würdigung. Das Substantiv Würde ist eine Bildung zu dem unter »wert« behandelten Adjektiv³. Als Christen sind die Menschen aufgefordert, die Welt so zu sehen wie sie wirklich ist.⁴ Und es sei an dieser Stelle in Erinnerung gerufen: »Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.«⁵

Damit ist von Soldaten ein Wertfundament gefordert, das die Beurteilung des eigenen Handelns zulässt. Soldaten der Bundeswehr mag diese Forderung durch das leitende Prinzip der Inneren Führung nicht überraschen. Innere Führung darf kein deutscher Sonderweg sein, sondern ihre Grundsätze müssen wegweisend sein auch für andere Armeen.⁶ Jeder Nivellierung ist deshalb zu wehren.

Die Streitkräfte eines demokratischen Verfassungsstaates verlangen von ihren Soldaten moralisch verantwortliches Entscheidungsverhalten.⁷ Werte sind stark von Erziehung und Bildung abhängig. Dass immer wieder Soldaten Grenzen überschreiten und dabei auch Menschenwürde verletzen, haben in der Vergangenheit Geschehnisse in der Bundeswehr deutlich werden lassen. Umgekehrt haben Soldaten, indem sie ihr Gewissen geprüft haben, auch Gehorsam verweigert und hier ebenso ein Spannungsfeld in der Bundeswehr aufgezeigt. Dieser Frage hat sich die Zentrale Versammlung im Jahr 2006 in Ludwigshafen unter dem Thema »SOLDAT ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN



UND GEHORSAM« gestellt, und als Ergebnis festgehalten, dass es einen Bedarf gibt, über Werte grundsätzlich zu reden, zu diskutieren und zu beraten. Im Vordergrund steht die Frage des Wissens um Werte.

Deshalb haben der Vorstand der Zentralen Versammlung und der Bundesvorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten beschlossen, mit dem Jahresthema für die 47. Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen »SOLDAT ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE«, die angefangene Diskussion grundlegend fortzuführen. Die

Bundeskonferenz der GKS wird dieses Thema mit Blick auf »Werke«, die aus Werthaltungen entstehen, beleuchten.

Der Militärseelsorge kommt eine besondere Aufgabe zu. »Sie muss einerseits daran festhalten, dass Zweck und Einsatz des soldatischen Dienstes von der gesamten Gesellschaft wie den Soldaten selbst vor allem auch unter ethischen Gesichtspunkten zu verantworten sind. Andererseits muss auch die Militärseelsorge ihrerseits den Soldaten zu einer verantworteten Entscheidung verhelfen, dass das Prinzip von Befehl und Gehorsam in den Streitkräften mehr denn je ethische Verantwortungsbereitschaft von Vor- und Nachgeordneten voraussetzt.«⁸

»Intensive ethisch-moralische Bildung trägt nicht nur dazu bei, ein reflektiertes berufliches Selbstverständnis zu entwickeln, sondern fördert auch die Fähigkeit des Einzelnen, in moralisch schwierigen Situationen eigenverantwortlich zu handeln.«⁹

Ein eigenes Wertefundament sichert die Urteilsfähigkeit und ist Grundlage für moralisch, angemessenes Verhalten von Soldaten im Einsatz und im Grundbetrieb. So wird die Zentrale Versammlung bei der diesjährigen 47. Woche der Begegnung in ihrem Bildungsteil in Arbeitsgruppen die Rolle von christlichen, staatlichen und sonstigen Werten im Kontext zum soldatischen Dienst in der Bundeswehr und der Gehorsamspflicht beleuchten. Es sollen die soldatischen Tugenden genauer betrachtet werden. Und es werden Werte von Soldaten – Christen – Bürgern erfasst und gewichtet. Ziel ist es, eine breite Debatte in den Seelsorgebezirken, in den GKS-Kreisen, bei Familienwochenenden und bei Diskussionsveranstaltungen anzuregen. Darüber hinaus wollen wir in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass es Soldaten in der Bundeswehr gibt, denen das Wissen um Werte nicht gleichgültig ist, sondern Verpflichtung zum christlichen Handeln.

1 Joseph Ratzinger / Benedikt XVI: Salz der Erde. DVA Verlag 1996, Seite 125.

2 Ebd.

3 Duden: Etymologie der Deutschen Sprache, Dudenverlag.

4 Karl Rahner: Grundkurs des Glaubens – Der Realismus des Christen.

5 II. Vatikanum, Gaudium et Spes Nr. 79.

6 Ebd., Vorwort.

7 Ebd., Abs. 1.2.

8 Gemeinsame Synode der Bistümer, 1976, Entwicklung und Frieden, Nr. 2.2.4.4.

9 Weißbuch 2006, 3.4 Innere Führung.



Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten

im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

– Der Vorsitzende –

Berlin, im Juli 2007

An

- Mitglieder des Vorstandes der Zentralen Versammlung
- Vertreter der ZV im ZdK
- Mitarbeiter/innen in den Sachausschüssen des Vorstandes
- Delegierte der Zentralen Versammlung 2007
- Moderatoren der Arbeitskonferenzen
- Gäste der Zentralen Versammlung 2007
- Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten
- Katholische Leitende Militärdekane
- Moderator des Priesterrates

Rundbrief 2/2007

Sehr geehrte Damen und Herren!

Seelsorgebezirksräte und Mitarbeiterkreise, Arbeitskonferenzen und Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, können nur dann existieren und arbeiten, wenn es immer wieder Soldatinnen und Soldaten gibt, die sich ehrenamtlich für diese Arbeit in den Räten einbringen. Ehrenamtlich einbringen bedeutet, sich Zeit zu nehmen – auch Zeit die der Familie oder dem Freundeskreis oder anderen Interessen zugute kommen könnte –, Arbeit zu investieren und Maßnahmen aktiv umzusetzen. Die Zentrale Versammlung erfordert dieses Engagement. Dem Vorstand ist bewusst, dass es manchmal sehr schwierig ist, diese Zeit aufzubringen, sich aus dem Dienst zu lösen. Dafür, dass Sie es dennoch tun, danke ich Ihnen gleich zu Beginn in diesem Rundbrief mit dem ich zugleich über die Zentrale Versammlung 2007 informieren möchte. Ich hoffe, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden nach der Zentralen Versammlung bereichert sein und das Gefühl haben, die Zeit gut eingesetzt zu haben.

Unsere Zentrale Versammlung 2007 findet in der Zeit vom 17.09. bis 20.09.2007 im Rahmen der 47. Woche der Begegnung statt. Veranstaltungsort ist das Diözesan-Exerzitienhaus St. Paulus, Leitershofen, Krippackerstr. 6, 86391 Stadtbergen. Ebenfalls tritt hier vom 19.09. bis 22.09.2007 die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zusammen. Beide Gremien des organisierten Laienapostolates sind somit zu Gast in der Diözese Augsburg, der Diözese, welcher unser Militärbischof Dr. Walter Mixa, als Ortsbischof vorsteht.

Wer zum Haupteingang des Diözesan-Exerzitienhaus St. Paulus gelangen will, muss zuvor an einer Bronze-Statue vorbei gehen. Sie zeigt einen Reiter und sein Pferd. Der Reiter ist von dem Pferd abgestiegen und schaut, auf einem Bein kniend zum Himmel empor. Er streckt seine Hand aus und ruft: »Herr, was willst du, das ich tun soll«. Diese Frage des Saulus, der in dieser Stunde zu Paulus, dem großen Völkerapostel wurde, ist genau die Frage, welcher sich die 47. Woche der Begegnung widmen wird.

Wir werden uns als katholische Soldatinnen und Soldaten in diesem Haus mit dem Leitthema: „Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte“ beschäftigen. Im Bildungsteil der Zentralen Versammlung wird dazu der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Herr Heinz-Wilhelm Brockmann, aus Sicht eines

Fortsetzung auf Seite 84

Fortsetzung von Seite 83: »Rundbrief 2/2007«

gesellschaftlich engagierten Christen in die Thematik mit einem Vortrag einführen. In Arbeitsgruppen werden wir das Leitthema vertiefen und uns mit der soldatischen Gehorsamspflicht, den christlichen Werten, den soldatischen Tugenden, der Kameradschaft, den Pflichten als Soldaten, Bürger und Christen beschäftigen. »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« (Apg 5,29), diese Kernaussage des Apostels Petrus und anderer Apostel weist uns darauf hin, dass Werte als Richtschnur des Lebens nur im Einklang mit dem Glauben an Jesus Christus Bestand haben. So ist ein Ziel der Zentralen Versammlung, als Beratungsgremium des Katholischen Militärbischofs, die Wertediskussion aufzugreifen und die Notwendigkeit zu zeigen, dass Soldaten der Seelsorge, genauer der Militärseelsorge bedürfen. Einer Militärseelsorge, die dazu beiträgt, dass Soldaten zu einer Werthaltung geführt werden, die dem Menschen gerecht wird. Auch vor dem Hintergrund der immer anspruchsvoller werdenden Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr in internationalen Einsätzen, in der »internationalen Konfliktverhütung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus« (Weißbuch 2006) ist Militärseelsorge unverzichtbar für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Frieden, Sicherheit und Abrüstung, Entwicklung und Armutsbekämpfung, Schutz der gemeinsamen Umwelt, Menschenrechte und Demokratie sowie gute Regierungsführung, dieses sind die Richtungspunkte, welche in acht Schritten mit Hilfe der Millennium-Entwicklungsziele erreicht werden sollen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat dazu mehrere Erklärungen verabschiedet und auch konkrete Beschlüsse gefasst. Wir werden mit einer Beschlussvorlage zu einer freiwilligen Flugticketabgabe diese Zielentwicklung aufgreifen.

Mit der Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten unterstützen wir den Aufbau eines Gymnasiums im KOSOVO. Während der Zentralen Versammlung werden wir hören, wie sich dieses Projekt entwickelt, und wir werden über den Fortgang der Nachbarschaftshilfe beschließen.

Aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) scheidet Herr Oberst a.D. Richard Schmitt aus. Auch meine Wahlperiode endet dieses Jahr. Deshalb werden während der Zentralen Versammlung Neuwahlen von zwei unserer drei Vertreter für das ZdK stattfinden. Dem Vorstand liegen Personalvorschläge vor. Auch ich möchte mich erneut zur Wiederwahl stellen.

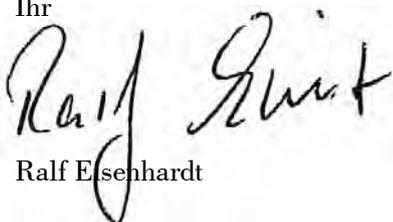
Die Moderatoren bzw. Vertreter der Arbeitskonferenzen haben die Gelegenheit, ihre Arbeit und die der Seelsorgebezirke des jeweiligen Dienstaufsichtsbezirkes direkt dem Militärbischof, dem Militärgeneralvikar und der Zentralen Versammlung vorzustellen.

Zum Ende dieses Rundbriefes erlauben Sie mir noch ein paar Worte in eigener Sache. Ich habe in dem ersten Jahr meiner Arbeit als Vorsitzender der Zentralen Versammlung viel Unterstützung erhalten. Die Kontakte zu Seelsorgebezirksräten, über die Moderatoren zu den Arbeitskonferenzen, zu Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorgern und vielen in der Katholischen und evangelischen Militärseelsorge aktiven Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörigen waren zahlreich und oftmals sehr lehrreich. Dazu kamen viele Kontakte in die Politik, verschiedene Parteien, Einzelpersonlichkeiten des öffentlichen Lebens und zu den der Katholischen Militärseelsorge besonders verbundenen Organisationen: der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung und der aktion kaserne.

Die Hilfen aus dem Katholischen Militärbischofsamt, die gute, sehr harmonische Arbeit im Vorstand der Zentralen Versammlung sowie die intensive Verbindung zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten, vor allem über deren Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Paul Brochhagen, all diese Erfahrungen lassen mich sehr dankbar auf dieses erste Jahr in der Aufgabe zurückblicken. Ich danke Ihnen sehr und bin froh und glücklich mit Ihnen allen gemeinsam am Werk unseres HERRN teilhaben zu dürfen. So freue ich mich schon jetzt auf die 47. Woche der Begegnung. »Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte«, mehr als nur ein Thema, denke ich.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit der Vorbereitung auf die Woche der Begegnung, eine gute und gesunde Anreise und verbleibe bis in Leitershofen

Ihr



Ralf Eisenhardt

Die Referenten zum Leitwort der 47. Woche der Begegnung



Zentrale Versammlung – Vortrag:

»SOLDATEN DER BUNDESWEHR – GERÜSTET MIT WERTEN«
Referent: Heinz-Wilhelm Brockmann, Osnabrück

Heinz-Wilhelm Brockmann ist Ministerialdirigent und Abteilungsleiter im Niedersächsischen Kultusministerium sowie Präsident des Niedersächsischen Landesprüfungsamtes für Lehrämter. 17 Jahre lang hat er bis 2005 als Mitglied im Landesvorstand, davon mehrere Wahlperioden als Vorsitzender, die Geschicke der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Lande Niedersachsen entscheidend bestimmt. Der Diözeansrat Osnabrück entsendet Brockmann, Delegierter des Dekanats Osnabrück-Stadt, in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Seit 2001 gehört Brockmann dem Präsidium des ZdK an, dessen Vizepräsident er ist. Schließlich gehört Heinz-Wilhelm Brockmann zur Leitung des 97. Deutschen Katholikentages, der vom 21. bis 25. Mai 2008 in Osnabrück stattfinden wird.

(PS, Quelle: Internet)

BuKonf GKS – Vortrag:

»Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte. An ihren Früchten (Werten) werdet ihr sie erkennen«. Referent: Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Freiburg



Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Professor für Moralthologie, geboren 1953 in Stuttgart, studierte Theologie in Tübingen und Rom. Auf die Priesterweihe folgte von 1979 bis 1982 eine praktische Seelsorgertätigkeit als Vikar in Ellwangen und Stuttgart. Nach Promotion und Habilitation 1990 Professor für Moralthologie an der Universität in Regensburg; seit 1994 an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Herausgeber der »Zeitschrift für medizinische Ethik«; Autor zahlreicher Aufsätze und Publikationen zu Fragen der Ethik, zuletzt »Wie gewiss ist das Gewissen? Eine ethische Orientierung« (2003). Seit 2001 vertritt er die katholische Kirche im Nationalen Ethikrat, seit 2005 als dessen stellvertretender Vorsitzender.

(PS nach: www.1000fragen.de)

»Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte«

Bundeskonzferenz der GKS vom 19. bis 22. September 2007

Programm der BuKonf GKS in Auszügen



Mittwoch, 19. September

- bis 16.30 Uhr Anreise weiterer Teilnehmer und Gäste zur BuKonf GKS
- 17.30 Uhr Pontificalgottesdienst mit Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 19.00 Uhr Empfang und Gästeabend

Donnerstag, 20. September

- 07.15 Uhr Heilige Messe
- 09.15 Uhr Plenum: Eröffnung der BuKonf GKS, Begrüßung, Grußworte, Bericht
- 10.30 Uhr Plenum: Berichte und Aussprache zum Lagebericht
- 12.10 Uhr Bericht des Vorsitzenden der ZV
- 15.00 Uhr Vortrag mit Aussprache: »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE. AN IHREN FRÜCHTEN (WERTEN) WERDET IHR SIE ERKENNEN«. Referent: Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Freiburg
- 17.15 Uhr Vorstellen des Entwurfes des Grundsatzprogramms der GKS »ZIELE UND WEGE«
- 19.00 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes mit Neuwahlen und Berufungen
- anschl. konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstandes

Freitag, 21. September 2007

- 08.15 Uhr Heilige Messe
- 09.15 Uhr Plenum:
 - Vorstellen des neuen Bundesvorstandes
 - Arbeitsgruppen zum Thema des Vortrages
- 11.00 Uhr Aussprache zum Grundsatzprogramm »ZIELE UND WEGE«
- 13.30 Uhr Mitgliederversammlung FGKS e.V.
- 15.00 Uhr Kulturprogramm
abends geselliger Abend

Samstag, 22. September

- 08.15 Uhr Heilige Messe
- 09.15 Uhr Plenum:
 - Beschlüsse
 - Die Jahresarbeit 2007/08 der GKS
 - Unser Jahresthema
 - Aktivitäten
 - Schlusswort des Bundesvorsitzenden
- Ende der Bundeskonferenz
- anschl. Imbiss und Abreise



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

– Bundesvorsitzender –

Rundbrief 2/2007

Am Fest der Apostelfürsten
Petrus und Paulus

Sehr geehrter Herr Militärdekan Meyer,
sehr geehrte Damen und Herren,
Kameradinnen und Kameraden,

vom 19. bis 22. September 2007 findet in LEITERSHOFEN bei AUGSBURG die Bundeskonferenz der GKS im Rahmen der 47. Woche der Begegnung statt. Die Einladungen sind versandt, so dass es jetzt Zeit für diesen Rundbrief ist, mit dem ich Ihnen die Vorbereitung auf die Arbeit in unserem höchsten Beratungs- und Beschlussgremium erleichtern möchte.

Zugleich bekommen auch alle, die an der Bundeskonferenz nicht als Delegierte oder Gäste teilnehmen können, durch die Veröffentlichung in unserer Verbandszeitschrift AUFTRAG einen Einblick in unsere Arbeit.

Meine Hinweise beziehen sich auf die wichtigsten Tagesordnungspunkte der Bundeskonferenz.

1. Lagebericht

Ohne dem Lagebericht, der Ihnen wie gewohnt gedruckt vorliegen wird, vorgreifen zu wollen, kann ich zusammenfassend sagen, dass meine erste 2-jährige Amtszeit nach einem turbulenten Jahr 2006/2007 endet. Als Stichworte seien nur 50 Jahre Militärseelsorge und Haushaltsplanung genannt.

Die GKS steht da als lebendige Gemeinschaft, deren Arbeit allseits geschätzt wird. Eine Erhebung der Anzahl der Mitglieder hat ergeben, dass über 3.500 Menschen zu uns gehören und sich zu unseren Leitsätzen und Zielen bekennen. Das ist eine stolze Zahl, die ich mit Genugtuung aufgenommen habe. Mehr noch als die quantitative Größe stimmt jedoch die Vitalität der GKS-Kreise dankbar und zuversichtlich.

Der Militärgeneralvikar hat mir anlässlich meines Lagevortrags zur GKS ausdrücklich bestätigt, dass unser Tun und das Wie unseres Tuns vom Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr anerkannt und geachtet werden.

2. Jahresthema und Hauptvortrag

Über der 47. Woche der Begegnung steht das Leitthema
»Soldaten als Diener des Friedens – Wissen um Werte«.

Ganz bewusst wurde damit das Wort der Deutschen Bischöfe »Soldaten als Diener des Friedens – Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr« vom 29. November 2005 aufgegriffen. Nachdem sich die Zentrale Versammlung und die GKS im vergangenen Jahr aus aktuellem Anlass mit dem Aspekt »Gehorsam und Gewissen« beschäftigt haben, wollen wir jetzt darüber nachdenken, was zu tun ist, um dem hohen ethischen Anspruch unseres Berufes und unseres Glaubens gerecht zu werden. Deswegen konkretisiert das Schriftwort,

»An ihren Früchten (Werten) werdet ihr sie erkennen«,
das Generalthema und bildet das Jahresthema der GKS 2007/2008.

Zur Einstimmung finden sie im Anhang einige Gedanken und Fragen, die unserem Referenten Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Moraltheologe an der Albert-Ludwigs-Universität in FREIBURG, als Stichworte für den Impulsvortrag dienen.

Es ist mir gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung ein besonderes Anliegen, an diesem Leitthema »dran zu bleiben«, weil berechtigter Anlass zu der Sorge besteht, dass diese grundsätzlichen Fragen in der Bundeswehr kaum diskutiert werden, obwohl dies in der »Armee der Inneren Führung« unverzichtbar ist. Ich bin gespannt, Ihre Erfahrungen zu hören.

3. Neufassung »Ziele und Wege«

Seit zwei Jahren arbeiten wir an einer Neufassung des Grundsatzprogramms »Gemeinsam in die Zukunft – Ziele und Wege der GKS«. Auf allen Ebenen haben wir über unser Selbstverständnis, die Lage katholischer Soldaten in Staat, Kirche und Bundeswehr sowie die Herausforderungen für die Arbeit der GKS diskutiert. Eine Projektgruppe hat die Beiträge zum Entwurf einer Neufassung zusammengefasst, der Bundesvorstand hat intensiv daran gearbeitet und die Vorlage des Entwurfs mehrheitlich beschlossen; bis Mitte August wird noch an Sprache und Form gefeilt. Ich bin sehr froh, dass es gelingen wird, den Delegierten zeitgerecht vor der Anreise zur Bundeskonferenz den Entwurf zukommen zu lassen. Ich werde unser neu gefasstes »Programm« dann der Bundeskonferenz vorstellen und zur Beschlussfassung empfehlen.

Sie als Delegierte haben selbstverständlich das Recht, Änderungsanträge zu stellen. Eine Antragskommission wird vor Ort darüber befinden und der Bundeskonferenz Empfehlungen unterbreiten, über die sofort abgestimmt wird.

Die Beschäftigung mit unseren Grundsätzen und Werten tut uns gut. Leicht verliert man in der Geschäftigkeit des Alltags den Ausgangspunkt seines Weges und das übergeordnete Ziel aus dem Auge. Da lohnt es sich, inne zu halten und Zeit zu investieren für Besinnung und Diskussion. Ganz besonders danke ich unseren beiden Ehrenbundesvorsitzenden, Oberstlt a.D. Paul Schulz und Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, für ihre Wegweisung im Geist der Gründer unserer Gemeinschaft.

Wir werden den 25. Todestag von Oberst Dr. Helmut Korn im kommenden Jahr zum Anlass nehmen, dieses Gedankengut öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Wenn dann das Grundsatzprogramm »Ziele und Wege« verabschiedet sein wird, gilt es in einem zweiten großen Schritt, die »Ordnung«, also die Satzung, zu überarbeiten. Der Bundesvorstand hat den Ehrgeiz, dies bis zur Bundeskonferenz 2008 in BERLIN zu schaffen. Der Meinungsbildungsprozess ist durch Impulse bei der letzten Sitzung des Bundesvorstands im Gang gesetzt worden. Ich ermutige Sie, den Schwung aufzunehmen und im Reformeifer nicht nachzulassen. Die Bundeskonferenz bietet Gelegenheit zur Diskussion der anstehenden „heißen Eisen“:

- Struktur der Bereichsebene
- Zuschnitt der Leitungsgremien
- Mitgliedsbeitrag.

Die Militärseelsorge wurde neu strukturiert, da gilt es den Schritt aufzunehmen. Die erforderlichen Strukturentscheidungen und der Kostendruck gebieten schlankere Gremien (Bundesvorstand, Exekutivausschuss) als bisher. Schließlich wurde uns bei der Aufstellung des Haushalts für das laufende Jahr mehr als klar, dass unsere Eigenmittel nicht ausreichen, unseren Anspruch auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu untermauern. Ich werde in meinem Lagebericht und bei der Rechenschaftslegung über das Haushaltsjahr 2006 näher darauf eingehen.

4. Wahlen

Nach Ablauf der 2-jährigen Amtszeit sind der Bundesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter entsprechend unserer Ordnung vom Bundesvorstand neu zu wählen. In diesem Zusammenhang hatte ich bei der jüngsten Bundesvorstandssitzung Anfang Juni in PASSAU dazu aufgefordert, ein viertes „heißes Eisen“ anzufassen und den Wahlmodus zu überdenken und zu diskutieren, ob in der künftigen »Ordnung« die Wahl des Bundesvorsitzenden und seiner Stellvertreter der Bundeskonferenz zugestanden werden soll.

Mit Ablauf des September 2007 endet auch die Amtszeit unseres Bundesgeschäftsführers, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann. An dieser Stelle ein herzliches „Vergelt's Gott“. Wir werden seine Verdienste um die GKS in angemessener Weise würdigen. Dem Bundesvorstand werde ich Oberstlt Arthur Ernst für die Berufung in diese Aufgabe vorschlagen.

Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen im Heimatbistum unseres Militärbischofs und wünsche einen erholsamen Urlaub und eine gute Anreise.

Behüt' Sie alle Gott!



Paul Brochhagen
Oberstleutnant

Anhang siehe Seite 82 ff.

Anregungen zum Thema des Impulsvortrags

»SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE. AN IHREN FRÜCHTEN (WERTEN) WERDET IHR SIE ERKENNEN«

Bezug zum Thema:

- Die dt. Bischöfe (Nr. 82): »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS. ERKLÄRUNG ZUR STELLUNG UND AUFGABE DER BUNDESWEHR« VOM 29.11.2005
- Skandalfotos aus AFGHANISTAN vom Oktober 2006
- Strafverfahren nach COESFELD
- Erziehung zur Moral – geht das bei Erwachsenen noch, wie kann das gehen?
- Ethische Bildung – geht es auch um Wissen? »Wissen um Werte«
- Moralisch handeln ohne transzendentalen Bezug (re-ligio) – sind Christen a priori die besseren Menschen/Soldaten/Staatsdiener?
- Schuld und Sünde – mit Recht verdrängte Phänomene?
- Stand der Moralisationsforschung und Neurologie
- Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!« – Grenzen des Gehorsams aus Sicht der kath. Ethik; dabei Bedeutung des Gewissens und der Gewissensbildung (Bezug: Urteil des BVerwG in Kausa Maj Pfaff)
- Quellen:
 - »Dilemma-Methode« – ein in der Bundeswehr genutztes Modell (s. Beiträge in: »kompass« Ausgabe 05/07, S. 4-7: »Ist Moral lehrbar?«, S. 8-11 »Konstanzer Methode ...« sowie Ausgabe 07-08/07, S. 30 »Lesermeinung«);
 - Rheinischer Merkur Nr. 13/2007 S. 21: »Wo sitzt die Moral?« von Thomas Geduhn
 - Die Tagespost Nr. 8/2007, S. 12, »Werte lassen sich nicht vererben« von Johannes Schwarte (s.u. auf dieser Seite)

»Werte lassen sich nicht vererben«

Zusammenfassung von vier Artikeln in „Die Tagespost“ über neue Erkenntnisse in der Moralisationsforschung für den Bildungsprozess und zur Frage der Entwicklung von Moralität und Gewissen

»Die Tagespost«, Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur, veröffentlichte von Dezember 2006 bis Februar 2007 vier Artikel von Johannes Schwarte zur Moralisationsforschung „Intolerant aus Identitätsschwäche“ (19.12.2006), zur Entwicklung einer sozialen Wertordnung „Wie gelangt der Mensch zu Werten?“ (09.01.2007), zur Entwicklung von Moralität und Gewissen (23.01.2007) sowie zu Folgerungen aus neueren Erkenntnissen der Moralisationsforschung für den Bildungsprozess „Werte lassen sich nicht vererben“ (24.02.2007).

Im Artikel über neuere Erkenntnisse der Moralisationsforschung (»INTOLERANT AUS IDENTITÄTSSCHWÄCHE. JUGENDLICHE MIT GERINGEM SELBSTBEWUSSTSEIN KÖNNEN GEWALTÄTIG WERDEN«, DT 19.12.) ging es um grundlegende Einsichten in den Prozess der Entwicklung von Moralität und Gewissen.

Gewalttätiges Handeln junger Menschen, zumal sehr brutales, hinterlässt nicht nur Empörung, sondern auch Ratlosigkeit, so z.B. bei ausgeführten Amoktaten oder androhten Taten an Schulen. Dabei ist es nahezu belanglos, ob es sich um brutale Gewalttaten als Selbstzweck, also ohne erklärte »Zielsetzung« – wie etwa bei »Hooligans« – handelt oder um solche, die sich »politisch« maskieren und mit denen vorgeblich politische Ziele verfolgt werden sollen – wie etwa die von Rechtsextremisten, Linksextremisten, Neonazis oder Ausländerfeinden. Sie alle werfen

im Kern dieselbe Frage auf: Wie ist es möglich, dass ein Persönlichkeitsentwicklungsprozess Gewalttätigkeit und Brutalität ergeben kann?

In zwei Anschlussartikeln zur Frage »WIE GELANGT DER MENSCH ZU WERTEN?« stellt der Verfasser am 09.01.2007 »NEUERE ERKENNTNISSE ÜBER DIE ENTWICKLUNG EINER PROSOZIALEN WERTORIENTIERUNG SOWIE ÜBER GRADE MORALISCHER URTEILSFÄHIGKEIT« vor, die sich auf die Frage beziehen, welche Bedeutung es für die Gesellschaft hat, ob und mit welchem Ergebnis die Moralisation des gesellschaftlichen Nachwuchses gelingt. Im zweiten der beiden Artikel geht es um den Prozess der »ENTWICKLUNG VON MORALITÄT UND DER AUSPRÄGUNG EINES PERSÖNLICHEN GEWISSENS« (23. 01.).

Die Frage, wie der Mensch zu Werten gelangt, ist so alt wie die nach den Möglichkeiten und Bedingungen gelingender Erziehung und Menschwerdung. Dabei war im

* Die vier Artikel können auf der Internetseite von „Die Tagespost“ <www.die-tagespost.de> im Link „Archiv“ geöffnet werden, wenn im Menü der Verfassername und das Erscheinungsdatum eingetragen werden.

Prinzip schon immer klar, dass es sich bei dem, was oft als Vermittlung beziehungsweise Aneignung von Werten bezeichnet wird, nicht primär um Aneignung von Kenntnissen handelt. Aneignung von Werten meint etwas anderes als etwa Aneignung historischer Kenntnisse. Es meint eine Prägung, ein Geprägtwerden durch Werte im Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Es geht um die Ausprägung eines Wertebewusstseins sowie um eine Motivierung der Person zu wertbezogenem Handeln.

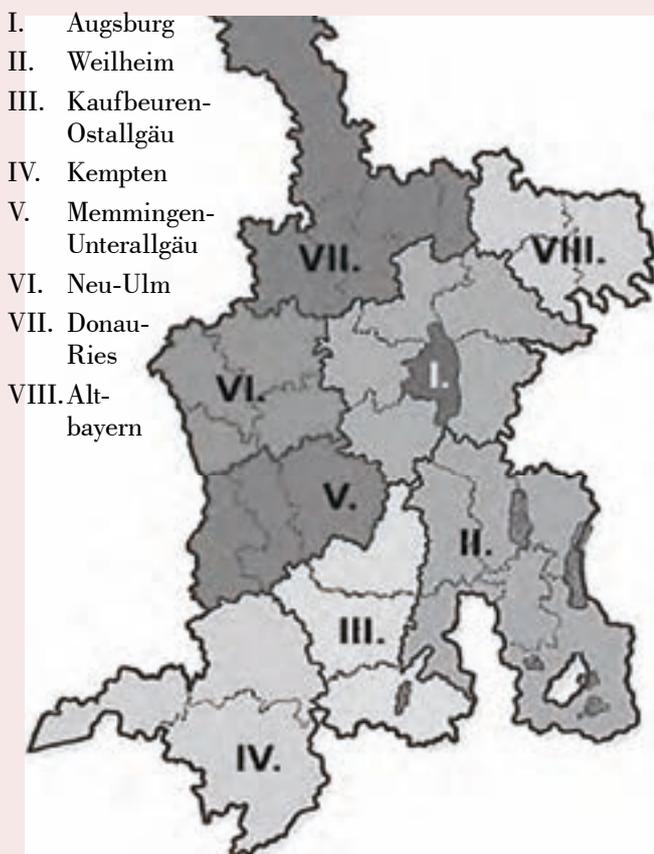
So hat der amerikanische Sozialisationsforscher Ervin Staub sehr überzeugend aufgezeigt, wie wichtig es für den Fortbestand und die humane Qualität einer Gesellschaft ist, ob die Moralisation des Nachwuchses im Prozess der Sozialisation hinreichend gelingt. Aus seiner Sicht lautet die zentrale Frage: »Welche Art der Sozialisation wird benötigt, um sorgende, helfende und kooperative Menschen hervorzubringen?« Unter Sozialisation versteht er den ständigen kulturellen Erneuerungsprozess der Gesellschaften, dessen Notwendigkeit sich insbesondere aus dem Umstand ergibt, dass die Gesellschaft als Kollektiv überleben muss und will, obwohl ständig einerseits wichtige Träger der gesellschaftlichen Kultur und gesellschaftlicher Funktionen sterben und andererseits neue Mitglieder geboren werden, die noch keine Kulturträger sind, sondern es erst werden müssen. »Durch Sozialisation erholt sich die Kultur und schafft sich selbst neu«, schreibt Staub. Sie ist jener Prozess, »in dem eine Kultur ihre Werte vermittelt, Regeln und Rollen an das Kind weitergibt«. Zugleich wird dadurch die Persönlichkeit des Kindes ausgeprägt. »Was eine Kul-

tur lehrt – sei es durch Belohnung oder Bestrafung, durch Geschichten oder durch Beispiele – ist die Quelle für die Werte und persönlichen Charaktermerkmale jedes einzelnen Menschen«.

Im abschließenden Artikel »WERTE LASSEN SICH NICHT VERERBEN« vom 24.02. zieht Johannes Schwarte Folgerungen für den Bildungsbegriff und den Bildungsprozess. Dabei ist die Einsicht von zentraler Bedeutung, dass die Moralisation nicht naturwüchsig erfolgt und auch nicht primär über Aneignung von Kenntnissen, sondern über soziale Erfahrungen. Deshalb muss es zentral um die Frage gehen, welche sozialen Erfahrungen junge Menschen machen und wie man Einfluss auf diese nehmen, sie »steuern« und »organisieren« kann.

Es geht konkret um die Frage, wie die Erfahrungswelt junger Menschen – vor allem im Elternhaus und in der Schule – so gestaltet werden kann, dass sie möglichst vielfältige und unter Moralisationsgesichtspunkten günstige Erfahrungen machen können. Dass es dabei nicht um die Herstellung einer »heilen Welt« oder einer »pädagogischen Insel« im Sinn einer »Sonderwelt« gehen kann, in der die Wirklichkeit des heutigen Lebens nicht vorkommt, versteht sich von selbst. Denn es muss darum gehen, junge Menschen auf ein verantwortlich und möglichst autonom geführtes Leben in dieser Welt vorzubereiten. Aber es ist sehr wohl anzustreben, jungen Menschen zu Erfahrungen zu verhelfen, die sie in der sonstigen Wirklichkeit des heutigen gesellschaftlichen Lebens kaum noch machen können. □

Regionen der Diözese Augsburg



Zahlen, Daten Fakten über die Diözese Augsburg

Fläche des Bistums:	13.250 km ²
Katholiken im Bistum (Stand: 31.12.2005):	1.493.282
Einwohner im Gebiet des Bistums	2.262.963
Pfarrgemeinden im Bistum:	1001
Pfarreiengemeinschaften errichtet zum 1.1.2006:	147
Pfarrgemeinden, die sie umfassen	477
Diözesanregionen / Dekanate	8 / 36
Bistumspatrone: Heiliger Ulrich, Bischof v. Augsburg, † 973, Fest: 4. Juli; Heilige Afra, Märtyrerin, † 304, Fest: 7. August; Heiliger Simpert, Bischof v. Augsburg, † 807, Fest: 13. Oktober	
Diözesanbischof Bischof Dr. Walter Mixa, Weihbischöfe Weihbischof Josef Grünwald, Weihbischof Dr. Dr. Anton Losinger	
Emeritierter Bischof Dr. Viktor Josef Dammertz OSB	
Weltpriester (inkardiniert) im Bistum	716
davon hauptamtlich im Dienst des Bistums	436
Weltpriester (nicht im Bistum inkardiniert)	77
Ordenspriester im Dienst des Bistums (inkl. ausländ. Ordensangehörige)	222
Ständige Diakone hauptberuflich:	47
mit Zivilberuf:	66
Gemeindereferenten/-innen:	224
Pastoralreferenten/-innen:	163
Religionslehrer/-innen	463

Angaben umfassen die Personen im aktiven Dienst im Bistum
(Datenstand 31.12.2005)

Förderkreis der Gemeinschaft



Katholischer Soldaten e.V.
Vorstand

48317 Drensteinfurt, im Juni 2007

Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Vorstand des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS e.V.) lädt gemäß § 8 der Satzung alle Mitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2007 ein.

Termin: **21.09.2007**
Zeit: 13:30 Uhr
Ort: **Diözesan-Exerzitenhaus St. Paulus
Leitershofen
Krippackerstraße 6
86391 Stadtbergen (Augsburg–Leitershofen)**
Kosten: sind einschl. der Fahrtkosten selbst zu tragen
Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Sachstand:
 - a) Gemeinnützigkeit
5. Satzungsänderung
6. Änderung der Geschäftsordnung
7. Wahlen:
 - a) Stellvertretender Vorsitzender
 - b) Schatzmeister
8. Verschiedenes

Zur Tagesordnung Nr. 5. und Nr. 6.:

Die Änderungen werden in diesem Auftrag Nr. 266 auf den folgenden Seiten und im Internet (http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/html/termine_fgks.html) veröffentlicht.

Mitglieder des FGKS, die an der Versammlung teilnehmen, melden sich bitte an

bis Montag, 27. August 2007

schriftlich, per Fax (030-206 199 91) oder per E-Mail (gks.berlin@online.de) bei der Geschäftsstelle der GKS, Bundesgeschäftsführer, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

gez. der Vorstand des FGKS

Vorsitzender	Oberstleutnant Paul Brochhagen, Hermesdorfer Weg 6, 51580 Reichshof Tel.: 02296-8883, FAX: 02296-999421, E-Mail: Kardinal104@gmx.de
Stellv. Vorsitzender	Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, Poststraße 12, 52477 Alsdorf Tel.: 02404-66776, Fax: 02404-64762, E-Mail: KarlJuergenKlein@t-online.de
Schatzmeister	Oberstabsfeldwebel Hubert Berners, Mecklenburger Straße 11 Tel.: 02508-984639, mobil: 01520-1940981, E-Mail: gks@hmt-berners.de

FGKS – ANLAGE ZU TOP 5.:

ENTWURF einer Änderung*) der Satzung für den „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.“ (FGKS)

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.“ (FGKS)
2. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.
Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben, Gemeinnützigkeit

1. Zweck des Vereins ist das Beschaffen von Mitteln für die GKS und die Förderung aller Ziele und Aufgaben der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ **gemäß deren „Ordnung“ in der jeweils gültigen Fassung (Anlage zur Satzung des FGKS)**.
Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch **finanzielle** Förderung der Herausgabe von Zeitschriften und Schrifttum seitens der GKS, durch **finanzielle** Förderung von Veranstaltungen und Aktivitäten der GKS **sowie** und durch ideelle und sächliche Unterstützung der GKS **sowie die Förderung kirchlicher Zwecke**.
2. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

§ 3 Mitglieder des Vereins

1. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Der Bundesvorsitzende der GKS hat Anspruch auf Aufnahme als Mitglied. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen sein, die sich an die in der „Ordnung“ der GKS festgelegten Ziele und Aufgaben gebunden fühlen.
2. Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Er teilt dem Antragsteller die Aufnahme oder die Ablehnung seines Antrags schriftlich mit.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, schriftliche Austrittserklärung (zum Ende des laufenden Kalenderjahres mit einer Frist von 3 Monaten) oder durch den Ausschluss.
2. Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung muss das Mitglied gehört werden. Der Beschluss des Vorstandes ist dem Mitglied schriftlich begründet mitzuteilen. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung binnen einem Monat nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einlegen. Der Vorstand hat binnen zwei Monaten nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine Mitgliederver-

sammlung einzuberufen, die abschließend über den Ausschluss entscheidet. Bis dahin ruhen sämtliche Rechte und Ehrenämter des vom Vorstand ausgeschlossenen Mitglieds.

3. Bleibt ein Mitglied mit einer Zahlungsverpflichtung länger als sechs Monate schuldhaft in Verzug, ruhen seine Rechte aus der Mitgliedschaft. Der Ausschluss nach Ziffer 2. kann eingeleitet werden.

§ 5 Mitgliedsbeitrag

Es wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben, dessen Höhe durch den Vorstand festgelegt wird.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

§ 7 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig, die in der Tagesordnung zu berücksichtigen sind:

1. Entgegennahme des Jahresbericht des Vorstandes und der Kassenprüfer
2. Entlastung des Vorstandes
3. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden und des Schatzmeisters
4. Abwahl des Vorstandes (nur bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung)
5. Wahl der Kassenprüfer
6. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins. Über Satzungsänderungen, die vom Registergericht oder Finanzamt aus Gründen des Vereinsrechts oder der Gemeinnützigkeit verlangt werden, entscheidet der Vorstand.
7. Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschlussbeschluss des Vorstandes.

§ 8 Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal im Jahr statt. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand unter Beachtung von § 7 fest.
2. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter lässt zu Beginn der Mitgliederversammlung über die beantragte Ergänzung abstimmen; sie ist mit einfacher Mehrheit der Stimmen angenommen.
3. Anträge zu Satzungsänderungen sowie zur Abwahl des Vorstandes müssen den Mitgliedern mit dem Einladungsschreiben schriftlich bekannt gegeben werden; ansonsten sind sie unzulässig.
4. Die Kosten der Teilnahme an der Mitgliederversammlung sind durch die Mitglieder persönlich zu tragen.

*) Die Änderungen zur bisherigen Satzung sind im Text farblich gekennzeichnet.
Dieser Entwurf ist Grundlage für die bei der Mitgliederversammlung gem. TOP 5. zu beschließenden Satzungsänderung

§ 9 Außerordentliche Mitgliederversammlung

1. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
2. Sie muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins verlangt oder wenn die Einberufung von 1/4 der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Vorschriften wie für die ordentliche Mitgliederversammlung.

§ 10 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder dem Schatzmeister, geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, so bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Steht der Versammlungsleiter zur Wahl eines Amtes an, so ist für die Dauer des Wahlgangs und vorhergehenden Diskussion die Versammlungsleitung an einen Wahlleiter zu übertragen, der von der Versammlung zu wählen ist.
2. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss geheim durchgeführt werden, wenn ein erschienenenes stimmberechtigtes Mitglied dies beantragt.
3. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.
4. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer beschlussfähig.
5. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, sofern nicht Gesetz oder diese Satzung etwas anderes vorschreiben. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
6. Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
7. Für eine Ergänzung des Vereinszwecks ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die schriftliche Zustimmung der an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmenden Mitglieder ist bis Sitzungsbeginn gegenüber dem Vorstand schriftlich zu erklären.
8. Bei Wahlen ist derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wenn von mehreren Kandidaten niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Dann ist derjenige gewählt, der mehr Stimmen als der Gegenkandidat erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das vom Versammlungsleiter zu ziehende Los.
9. Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Schriftführer und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut zu protokollieren.

§ 11 Der Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister.
2. Zur Vertretung des Vereins sind jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam berechtigt.

§ 12 Zuständigkeit des Vorstandes

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, sofern sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Führen der laufenden Geschäfte des Vereins; Verwaltung und Einsatz der Haushaltsmittel

2. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung
3. Ausführen von Beschlüssen der Mitgliederversammlung
4. Ordnungsgemäße Buchführung, Erstellen der Jahresberichte, Aufstellung eines Haushaltsplans
5. Beschlussfassung über die Aufnahme oder den Ausschluss von Mitgliedern.

§ 13 Wahl und Amtsdauer des Vorstandes

1. Vorsitzender des Vereins ist der jeweilige Bundesvorsitzende der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“.
2. Der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt. Der Vorstand bleibt jedoch bis zur Neuwahl der Vorstandsmitglieder im Amt.
3. Scheidet ein Mitglied während seiner Amtsdauer vorzeitig aus dem Vorstand aus, so wählt der verbliebene Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen den sogleich beim Amts-(Register-) gericht anzumeldenden kommissarischen Nachfolger.
4. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 14 Geschäftsführung des Vorstandes

Der Vorstand erstellt eine Geschäftsordnung für seine laufende Geschäftsführung, die durch die Mitgliederversammlung beschlossen wird.

§ 15 Kassenprüfer

1. Zwei Kassenprüfer sind von der Mitgliederversammlung für jeweils zwei Jahre zu wählen. Diese haben die Aufgabe, dass jeweils zurückliegende Geschäftsjahr des Vereins buchhalterisch zu prüfen.
2. Den Kassenprüfern sind zur Prüfung sämtliche Unterlagen des Vereins, Rechnungen, Bankauszüge und einschlägige Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Kassenprüfung soll spätestens einen Monat vor der Mitgliederversammlung abgeschlossen sein.

§ 16 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung darf nur der Tagesordnungspunkt „Auflösung des Vereins“ stehen.
2. Die Auflösung kann nur mit einer Mehrheit von 1/4 der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
3. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der Schatzmeister gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
4. Bei Auflösung des Vereins **oder bei Wegfall seines steuerbegünstigten Zwecks** fällt das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen des Vereins an die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 17 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Sitz des Vereins.

Bonn, den 1. Februar 1997 – 3. August 1998 (Ergänzung)

Bonn, den 27. April 2002 (Ergänzung)

Berlin, den 18. September 2003 (Änderung)

Berlin, den 21. September 2007 (Änderung der §§ 2 (1), 16 (4))

FGKS – ANLAGE ZU TOP 6.:

Entwurf für eine Änderungen der Geschäftsordnung des FGKS

8. Einberufung der Mitgliederversammlung

Siehe § 8 Satzung FGKS.

- Die ordentliche Mitgliederversammlung findet in der Regel während der Bundeskonferenz der GKS statt.
 - Die Mitgliederversammlung ist ordnungsgemäß einberufen, wenn Datum, Zeit und Tagesordnung – in einer Ausgabe des AUFTRAG veröffentlicht sind, die mindestens vier Wochen vor der Mitgliederversammlung in den Versand gegeben wurde.
- oder im Internet unter <http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/html/termine_fgks.html> mindestens vier Wochen vor der Mitgliederversammlung veröffentlicht wurde.
- Sofern die Tagesordnung den Punkt »Sonstiges« enthält, können unter ihm während der Mitgliederversammlung Vorschläge, Anregungen usw. eingebracht werden. Eine Beschlussfassung ist allerdings nicht möglich bzw. hat nur den Charakter einer Meinungsbildung.

Exerzitienhaus St. Paulus in Leitershofen – Tagungsort der 47. Woche der Begegnung



Exerzitienhaus und Umgebung

Ein großzügiger Entwurf, eine Schöpfung wie aus einem Guss. Das Exerzitienhaus Leitershofen gleicht einer »Gottesburg«. Thomas Wechs sen. (1970), Schwabens berühmter Kirchenbauer, hat als planender Architekt den gesamten Baukomplex geschickt in eine Hanglage eingefügt.

Seit 1963 ist das Haus ein Ort der Begegnung zwischen Gott und Menschen. Es birgt und vermittelt zugleich durch seine weiträumige Gestaltung mit einem Park Freiheit und Naturverbundenheit.

Das Diözesan-Exerzitienhaus liegt am Rande von Augsburg, mit direktem Zugang zum Naturpark Augsburg Westliche Wälder. Das Haus hat 76 Einzelzimmer und 17 Doppelzimmer (alle Zimmer mit Dusche und WC). Es bietet eine Kapelle, zwei Säle, viele Gruppenräume und zwei Speisesäle. Ein Gebäudeteil kann als Schweigezone genutzt werden.

Hauskapelle



Anfahrt
 Bahn:
 Die Straßensbahnlinie 3 fährt ab Hauptbahnhof Richtung Stadtbergen bis Haltestelle Pfersee. Ab Pfersee mit der Buslinie 622 bzw. 541 bis zur Haltestelle Leitershofen. Von hier sind es ca. 5 Minuten zu Fuß zum Diözesan-Exerzitienhaus St. Paulus.

PKW:
 Aus Richtung Landsberg auf der B17 bis Ausfahrt Leitershofen, im Ort ist das Diözesan-Exerzitienhaus gut beschildert.
 Von der Autobahn Ausfahrt Augsburg – West Richtung Landsberg bis zur Ausfahrt Leitershofen.
 Von Augsburg Hauptbahnhof durch die Bahnunterführung Richtung Pfersee, in Pfersee beginnt die Beschilderung nach Leitershofen.

Diözesan-Exerzitienhaus

St. Paulus

Leitershofen

Krippackerstr. 6
 86391 Stadtbergen

Tel.: 0821 90754 11
 Fax: 0821 90754 19

info@exerzitienhaus.org
www.exerzitienhaus.org

AUS DER MILITÄRSEELSORGE:

Junge Militärseelsorge in Litauen und in Russland

Katholischer Militärbischof Mixa zu Besuch im Baltikum und in Russland

Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Augsburg, reiste vom 25. Juni bis 2. Juli 2007 nach Litauen, Moskau und in den Ural. Die tiefe Verbundenheit der deutschen mit der litauischen Militärseelsorge liegt begründet in der alljährlich gemeinsamen Soldatenwallfahrt nach Lourdes.

Militärseelsorge in Litauen

In Litauen stehen den 13.000 Soldaten 16 Militärpfarrer seelsorgerlich zur Seite. Die Pfarrer tragen Uniform und sind in die Armee eingebunden – im Gegensatz zu den deutschen Militärseelsorgern. Eugenijus Bartulis ist seit zehn Jahren Bischof von Siauliai und zugleich Militärbischof für die Soldaten der litauischen Armee.



Im Gebiet von Siauliai befindet sich der Berg der Kreuze, wo man deutlich Litauens Golgotha erlebt. Bischof Bartulis führte Bischof Mixa und dessen Delegation dorthin. An diesem geheiligten Ort komme das ganze Leid der Menschen zum Ausdruck, aber auch das Vertrauen auf Gott, das Ganze zu bewältigen, sagte der deutsche Militärbischof.

Es folgten Gespräche mit dem Verteidigungsminister Juozas Olekas und mit Vertretern der litauischen Armee über gemeinsame Zielsetzungen in der Militärseelsorge.

Militärseelsorge in Russland

In Moskau fand eine Begegnung mit dem orthodoxen Erzpriester Dimitrij Smirnow statt, Leiter der synodalen Abteilung für die Streitkräfte und Rechtsschutzorgane, an dem auch der deutsche Verteidigungsattaché Brigadegeneral Heinz Georg Wagner teilnahm. Militärbischof Mixa wies im Gespräch mit Erzpriester Smirnow auf die Säulen der Katholischen Militärseelsorge hin, die sich begründen in

- dem Konzept der »Inneren Führung«, eine der entscheidenden Voraussetzungen für die friedensethische Legitimität der Streitkräfte;
- der ethischen Unterweisung der Soldaten durch die Militärseelsorger, genannt »Lebenskundlicher Unterricht«;
- der seelsorgerlichen Begleitung an den Standorten und bei den Auslandseinsätzen und die Familienseelsorge.

Erzpriester Smirnow bedauerte, dass es in Russland

noch kein Gesetz zur Einführung der Militärseelsorge wie in Deutschland gebe. Dennoch betreuen ca. 2.000 orthodoxe Priester die Soldaten in der russischen Armee. Eine ethische Glaubensunterweisung könne nach Aussagen des Erzpriesters Smirnow nicht wie gewünscht vorgenommen werden, weil es nicht genügend gut ausgebildete Priester gebe. Die russische Ar-



Der litauische Militärbischof Eugenijus Bartulis – hier beim feierlichen Einzug in die Kathedrale St. Peter und Paul in Siauliai – begrüßte seinen deutschen Amtsbruder Walter Mixa auf das Herzlichste. Militärbischof Mixa dankte für die entgegengebrachte Freundschaft und wies auf die Grundlage der christlichen Wurzeln hin, die es möglich machen, den Nationalismus zu überwinden und zu einem christlichen wie friedlichen Europa zusammenzuwachsen.

mee ermögliche den orthodoxen Priestern in sogenannten »Trainingslagern« sich über die Struktur der Armee zu informieren, mehr sei zur Zeit nicht möglich, betonte Smirnow. Die Unabhängigkeit der deutschen Militärseelsorge von staatlichen Weisungen, begrüßte der Erzpriester sehr, auch die russisch-orthodoxen Geistlichen wollten nicht in eine Armee hierarchisch eingebunden werden.

Im Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen des Patriarchen, Bischof Mark, betonte dieser die Verbundenheit zwischen Deutschland und Russland sowie nicht zuletzt zur katholischen Kirche, weil Papst Benedikt XVI. große Zeichen der Versöhnung gegenüber der orthodoxen Kirche gesetzt habe.

Als Diözesanbischof im Ural

Auf seiner Russlandreise war Bischof Mixa auch als Diözesanbischof von Augsburg unterwegs. So besuchte er den in Beresniki lebenden Augsburger Priester Erich Maria Fink (46). Vor sieben Jahren hatte Pfarrer Fink im Ural eine Gemeinde vorwiegend für die dort lebenden Russlanddeutschen errichtet. Er beherbergt und beschäftigt in

seinem Pfarrhaus ehemalige Drogen- und Alkoholabhängige sowie Straßenkinder. In der Pfarrkirche »Maria, Königin des Friedens« feierte der Bischof ein Pontifikalamt und spendete zahlreichen Gläubigen das Sakrament der Firmung. Ein besonderes Ereignis war die Grundsteinlegung der neuen Kirche »Unserer Lieben Frau von Fatima« durch Bischof Mixa in Rjabinino, 130 km nördlich von Beresniki.

Pfarrer Fink pflegt eine enge und gute Verbindung mit den Vertretern der orthodoxen Kirche, was auch die Einladung des orthodoxen Bischof Irinarch in Perm bestätigte. Erich Maria Fink dankte seinem Heimatbischof, bei dem er vor 20 Jahren Kaplan war, für die Bereitschaft, diese lange und beschwerliche Reise auf sich zu nehmen, um sich ein Bild von der Missionsarbeit im Ural zu machen und den dort lebenden Menschen Gottes Segen zu spenden. (Text u. Fotos:

Begegnung in Moskau: Militärbischof Dr. Walter Mixa und der russ.-orthodoxe Erzpriester Dimitrij Smirnow, Leiter der synodalen Abteilung für die Streitkräfte und Rechtsschutzorgane.

(Beyel, PrSt KMBA)



Gregor Ottersbach neuer Moderator des Priesterrates des Militärbischofs

Gregor Ottersbach (43), Katholischer Standortpfarrer Köln, wurde am 21. Juni 2007 bei der Sitzung des Priesterrates des Katholischen Militärbischofs in Augsburg zum Moderator des Priesterrates gewählt. Damit löst er Militärdekan Thomas Stolz (45), Katholischer Standortpfarrer Ulm, nach sechsjähriger Tätigkeit ab.

Als Beratungsgremium des Militärbischofs dient der Priesterrat in erster Linie der Vermittlung zwischen Bischof und Geistlichen. Die Beratungsgebiete erstrecken sich auf Fragen der Pastoral und des priesterlichen Dienstes, der Weiterbildung der Militärgeistlichen, der Thematik und Gestaltung der Gesamtkonferenz, der ökumenischen Zusammenarbeit sowie der Thematik und Methodik des lebenskundlichen Unterrichts. Der Priesterrat handelt im Auftrag und im Namen aller haupt- und nebenamtlichen Militärgeistlichen. Sein Vorsitzender ist der Militärbischof.

Gregor Ottersbach wurde 1963 in Wuppertal-Elberfeld geboren. Er machte zunächst eine Gärtnerausbildung. Dann holte er das Abitur nach und leistete Wehrdienst als Sanitäter in München und Osnabrück. Von 1986 bis 1991 studierte er Theologie und Philosophie in Bonn und München. 1993 wurde er in Köln zum Priester geweiht. Danach war er ein Jahr Kaplan in St. Audomar und St. Maria Königin in Frechen und drei weitere Jahre Dekanatsjugendseelsorger im Dekanat Frechen. 1997 wurde er in das Amt als Katholischer Standortpfarrer für den Seelsorgebezirk Emmerich eingeführt. Nach fünf Jahren wechselte Militärpfarrer Ottersbach nach Düsseldorf. Seit 2005 ist er für die seelsorgerliche Betreuung der Soldatinnen und Soldaten am Standort Köln zuständig. Gregor Ottersbach hat die Soldaten in mehreren Auslandseinsätzen seelsorgerlich begleitet: im Kosovo, in Mazedonien, in Bosnien-Herzegowina (Rajlovac) und in Afghanistan. Ihm wurden die Einsatzmedaille der Bundeswehr für die Teilnahme an Auslandseinsätzen verliehen. (Beyel, PrSt KMBA)



Wachwechsel im Priesterrat: v.l.: Militärdekan Thomas Stolz, StOPfr Ulm, übergab nach 6-jähriger Tätigkeit die Gesprächsleitung im Priesterrat an den Militärpfarrer von Köln, Gregor Ottersbach, den das Beratungsgremium des Militärbischofs zu seinem neuen Moderator gewählt hatte. Militärdekan Stefan Scheifele, StOPfr Berlin, wurde stellvertretender Moderator; rechts Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut.

Umzug. Ein neues Headquarter hat der katholische Militärerzbischof Edwin F. O'Brien in den USA im Juni 2007 mit seinen 30 Mitarbeitern bezogen. Den neuen fünfstöckigen Sitz der Militärkurie nahe der Catholic University of America in Washington konnte die Kirche für umgerechnet 4,15 Millionen Euro und im Tausch gegen ein anderes Grundstück erwerben. Der Militärbischof ist für rund 1,2 Millionen Menschen – Soldaten und ihre Familien – zuständig. (KNA)

49. INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT – LOURDES 2007:



»Ein Auslandseinsatz der besonderen Art«

15.000 Soldaten pilgern zur Wallfahrt nach Lourdes

VON KNA-MITARBEITER STEFFEN ZIMMERMANN

Eigentlich, sagt David Robinson, sei er Pazifist und lehne alles Militärische ab. »Aber hier in Lourdes ist das schon etwas anderes. Da kann sogar ich mich an den Anblick von Uniformen gewöhnen«, erklärt der Kanadier. Allerdings

hätte der 28-Jährige auch kaum eine andere Wahl gehabt: Schließlich hatte er – ohne es zu wissen – seine private Pilgerreise nach Lourdes ausgerechnet auf den Termin der 49. Internationalen Soldatenwallfahrt gelegt. Und wie in jedem Jahr erlebte der kleine Ort am Fuß der Pyrenäen dabei eine massive Militärinvasion.

Rund 15.000 Soldaten aus 31 Ländern drängelten sich in den vergangenen vier Tagen in den engen Gassen des katholischen Wallfahrtsorts. Ob Armee-Angehörige aus Deutschland, Italien oder Frankreich – die bunten Uniformen der Soldaten dominierten das Bild, und die Militärkapellen gaben den Ton in der Stadt an. »Man kann dem Spektakel nicht entkommen, aber irgendwie macht es ja auch Spaß«, so Robinson.

Auch für die Mehrheit der rund 600 deutschen Soldaten stand der Spaß im Vordergrund. Vor allem das internationale Zeltlager vor den Toren der Stadt verströmte Party-Atmosphäre. Bis tief in die Nacht feierten die Soldaten hier ein großes Freudenfest. »Die Nächte in Lourdes sind lang«, bestätigt Tim Ilseman. Der 23-jährige Stabsgefreite ist bereits zum vierten Mal dabei und ist sichtlich begeistert. Das Schöne in Lourdes sei, dass man in ungezwungener Atmosphäre mit Kameraden aus aller Welt zusammen feiern könne. »Lourdes ist ein Auslandseinsatz der besondern Art«,

so Ilseman, der als Soldat zwei Mal in Afghanistan war.

Auch Militärdekan Thomas Stolz weiß, dass mancher Soldat vor allem wegen des Spaßfaktors nach Lourdes kommt. Die Zahl der Konfessionslosen steige schließlich auch bei der Bundeswehr immer weiter an. »Viele Soldaten lockt deshalb zunächst der Sonderurlaub, den man für die Soldatenwallfahrt bekommt«, so Stolz. Aber nach ein paar Tagen schlage meist der Lourdes-Effekt zu: »Diese besondere Atmosphäre, zusammen mit Kameraden zu singen und zu beten, die Gespräche mit Kranken – das berührt jeden Soldaten«, glaubt Stolz.

Ähnlich sieht das auch der katholische Militärbischof Walter Mixa. Die Wallfahrt nach Lourdes habe die Kraft, die Soldaten zu verändern. »Ich erlebe es immer wieder, dass Soldaten, die mit Gott eigentlich nichts am Hut haben, von hier mit einem Aha-Erlebnis wegfahren«, so der Bischof. Dies sei noch häufiger zu beobachten, seit die Bundeswehr verstärkt im Ausland tätig sei. »Die Einsätze in Afghanistan, auf dem Balkan oder an anderen Orten in der Welt bringen viele Soldaten in eine seelische Bedrängnis«, weiß Mixa. Das Bedürfnis, über Sinn und Wert des eigenen Lebens nachzudenken, werde daher bei vielen Soldaten größer. Die Militärseelsorge müsse darauf mit einem umfassenden Hilfsangebot reagieren.

Neben den Soldaten der Bundeswehr konnte Mixa in Lourdes auch Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) begrüßen. Zum ersten Mal seit über zehn Jahren war damit wieder ein Minister bei der Wallfahrt dabei. Jung betonte, das traditionsreiche Treffen stehe für die Aussöhnung und Kameradschaft zwischen den Nationen. »Diese Form der Völkerverständigung, wie sie hier in Lourdes stattfindet, habe ich so bislang noch nie erlebt.«

Neben seinen offiziellen Verpflichtungen absolvierte Jung in Lourdes auch das klassische Pilgerprogramm. So nahm er neben dem traditionellen Kreuzweg auch am von Mixa zelebrierten deutschen Gottesdienst an der Mariengrotte teil. Und auch das passende Souvenir hatte sich Jung schnell ausgeguckt: »Ich habe meiner Mutter versprochen, ihr eine Flasche Lourdes-Wasser mitzubringen«, so der sichtlich begeisterte Minister. (KNA)

»Deutsches Unterstützungskommando Lourdes«

Wie in den Jahren 2003 bis 2006 hatten auch in diesem Jahr, vom 2. bis 17. Mai, Soldaten des Logistikregiments 47 aus Dornstadt den Auftrag, als »Deutsches Unterstützungskommando Lourdes«, in dem am Fuß der Pyrenäen gelegenen südfranzösischen Wallfahrts-

Gute Stimmung im Zeltlager: Nicht nur während des Besuchs von Militärbischof Walter Mixa und Verteidigungsminister Franz Josef Jung.





ort den Aufbau, Betrieb und Abbau des Zeltlagers für die 49. Internationale Soldatenwallfahrt sicherzustellen.

Dazu wurde Personal und Material des Regiments aus den Standorten Ulm und Mengen sowie vom Katholischen Militärbischofsamt zusammengeführt und in zwei Tagesmärschen mit Kfz über La Vallbonne (Frankreich) nach Lourdes verlegt.

Dort angekommen hatten die Soldaten alle Hände voll zu tun, die Organisation (Transfer der Pilger/Gepäck vom Flugplatz/Bahnhof zu den Unterkünften etc.), das Zeltlager mit rund 85 Zelten und die darin befindliche internationale Begegnungsstätte so aufzubauen und zu betreiben, dass die über 400 Zeltlagerpilgerinnen und Zeltlagerpilger, welche ab dem 10. Mai mit Bahn und Flugzeug in Lourdes eintrafen, gut untergebracht und betreut werden konnten.

Zugleich hatte das Unterstützungskommando zahlreiche Zusatzaufträge auszuführen, was die Pilger entlastete und

Erinnerungsfoto: Das Unterstützungskommando des LogRgt 47 vor der Basilika in Lourdes.

zu einem Gelingen der Wallfahrt beigetragen hat. Über deren außerordentliche Atmosphäre – insbesondere im Zeltlager – überzeugten sich der Militärbischof Dr. Walter Mixa und Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, bei einem Besuch im Lager. Sie lobten die Arbeit des Unterstützungskommando.

Für die Seelsorge an den 58 Soldatinnen und Soldaten des Kommandos stand Militärpfarrer Rainer Stahlhacke (Seelsorgebezirk Munster/Bergen) als Zeltlagerpfarrer seiner »Gemeinde« mit Rat und Tat zur Seite. Und soweit es der Dienst zuließ, konnten die Angehörigen des Unterstützungskommandos gelegentlich auch als Pilger am Wallfahrtsgeschehen teilnehmen. *(Stefan Nüßle)*

»Guter Hirte« in der Militärseelsorge

Militärdekan Schadt feierte silbernes Priesterjubiläum

Bis auf den letzten Platz war die Pfarrkirche Sankt Michael in Münster bei Dieburg am Samstag, den 16. Juni 2007, gefüllt. Militärdekan Msgr. Rainer Schadt feierte sein silbernen Priesterjubiläum. Schadt, der im hohen Norden als Katholischer Leitender Militärdekan Glücksburg/Kiel die Kath. Militärseelsorge repräsentiert, war bewusst in seine Heimatpfarre zurückgekehrt, um das Fest mit dieser Gemeinde zu feiern.

In der Predigt entfaltete Militärgeneralvikar Walter Wakenhut in der Bildrede vom »Guten Hirten« den Auftrag der Militärseelsorger, nämlich den Dienst in der »Kirche unter den Soldaten«. Rainer Schadt habe in seinen 20 Dienstjahren als Militärgeistlicher keine Herausforderung gescheut und wiederholt die Soldaten – nach dem Beispiel Jesu als dem »Guten Hirten« – in Einsätze begleitet, sagte der Militärgeneralvikar. Kambodscha, Somalia, Kroatien waren Stationen dieser seelsorglichen Einsätze. Nicht zuletzt sei Schadts Einsatzbereitschaft ausschlaggebend dafür gewesen, dass der damalige Militärbischof, Erzbischof Dr. Dyba, ihn zum Katholischen Wehrbereichsdekan III in Düsseldorf ernannt hatte. Seine hohe Motivation und sein großes Engagement zeige sich auch im Norden, wo Schadt die Seelsorge auf den Schiffen und Booten der Marine or-

ganisiert und u.a. Pfarrer für die Begleitung der Auslandseinsätze bereitstellt. Schadt sei immer ein überzeugender und überzeugter Seelsorger gewesen, dem als »Guter Hirte« das Wohl der ihm anvertrauten Menschen am Herzen liege, so Prälat Wakenhut.

Der Mainzer Generalvikar Prälat Dietmar Giebelmann dankte Msgr. Schadt für 25 Jahre großen Dienst in der katholischen Kirche. Die Rückkehr zu den Wurzeln und die Verankerung in der Heimat habe dem Jubilar die Kraft gegeben, in die Welt zu gehen und Menschen zu begleiten. Prälat Giebelmann schloss mit dem Satz: »Wir sind froh, dass du ein Mainzer bist«.

Bei der sich anschließenden Begegnung im Pfarrzentrum sorgte der Männergesangsverein 1845 aus Münster für die musikalische Umrahmung. Militärdekan Schadt begrüßte seine Gäste persönlich und führte in der ihm eigenen charmannten, herzlichen Art mit allen ein kurzes Gespräch. So war das Fest für alle ein voller Erfolg. *(PrSt KMBA)*





Aus dem Leben der GKS

Bericht des Bundesgeschäftsführers der GKS

VON KLAUS ACHMANN

1. Politikergespräch

Am 24. Mai 2007 fand die erste Veranstaltung dieses Jahres in der Reihe der Politikergespräche statt.

Gast war die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Kortmann (MdB, SPD) vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie referierte über das Thema »Zivil-militärische Kooperation« und ging dabei insbesondere auf das deutsche Engagement in Afghanistan ein. Moderator war der stellvertretende Vorsitzende des GKS-Sachausschusses »Sicherheit und Frieden«, Oberstleutnant Rufin Mellentin von der Lehrgruppe Ausbildung der Sanitätsakademie der Bundeswehr. (Bericht dazu s.S. 14)

2. Sitzung des Exekutivsausschusses der GKS (EA) am 16.04.2007

Zu Beginn der Sitzung gab der Bundesvorsitzende (BuVors) Informationen zu wesentlichen Ereignissen und Planungen, welche die GKS betreffen. Er kündigte an, im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden Jour Fixe beim Militärgeneralvikar zur Lage der GKS vorzutragen. Am 20.04.07 plane er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV) ein Leitungsgespräch mit dem Vorstand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) in BONN. Am 29.04.07 wolle er ein Gespräch mit dem Vorstand des BDKJ führen. Außerdem gab er bekannt, dass für 2008 ein Besuch des Bundesvorstandes (BV) der GKS beim Institut für Theologie und Frieden (ITHF) in HAMBURG geplant sei.

Die Sachausschüsse (SA) »Sicherheit und Frieden« und »Innere Führung« berichteten über ihre Absicht, vom 29.06. – 01.07.07 in BERLIN eine gemeinsame Sitzung durchzuführen. Dabei sollen die während der Bundeskonferenz im September geplanten Arbeitsgruppen zur Nachbereitung des Impulsvortrages von Prof. Schockenhoff (s.a.S. 85-89) vorbereitet werden. Es wird angestrebt, dass in den Arbeitsgruppen Materialien erstellt werden, die auch für die Bearbeitung des mit dem Vortragsthema identischen Jahresthemas der GKS – »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE. AN IHREN FRÜCHTEN (WERTEN) WERDET IHR SIE ERKENNEN« – in den GKS-Kreisen und -Bereichen genutzt werden können.

Der EA beauftragte den SA »Sicherheit und Frieden«, einen Beitrag zu der bei der Arbeitsgruppe »Gerechter Frieden« der Deutschen Kommission Justitia et Pax in Vorbereitung befindlichen Stellungnahme zur ethischen Verantwortbarkeit der Nuklearpolitik zu erstellen. Der Internationale Sachausschuss erhielt den Auftrag, sich in UNGARN um die Anbahnung von Kontakten zu bemühen (dazu s.S. 108).

Unter dem TOP »Haushalt« diskutierte der EA erneut über weitere Einsparungsmöglichkeiten.

3. Sitzung des Bundesvorstandes der GKS 31.05. – 03.06. in PASSAU

Zu Beginn der Sitzung gedachte der BV der in AFGHANISTAN gefallen und verwundeten Soldaten und sprach ein Gebet für sie.

Der BuVors begrüßte neben den Mitgliedern des BV die mit angereisten Ehefrauen und Partnerinnen. Sie waren als kleiner Dank für die Unterstützung ihrer ehrenamtlich in der GKS tätigen Männer eingeladen worden. Paul Brochhagen bot ihnen an, seinen Bericht zur aktuellen Situation mit anzuhören, um einen Einblick in die Lage der GKS zu bekommen.

Der BuVors erläuterte einleitend, dass die Sitzung des BV um einen Tag verlängert worden sei, um die Arbeit an der Neufassung des Grundlagendokuments der GKS »Ziele und Wege« entscheidend voranbringen zu können.

Von seinem gemeinsam mit dem Vorsitzenden der ZV geführten Gespräch mit dem Militärgeneralvikar im Rahmen des regelmäßigen Jour Fixe berichtete er, dass dieser die GKS ermunterte, die von ihr wahrgenommenen pastoralen Aufgaben, insbesondere die Familienwochenenden und -werkwochen, weiter durchzuführen.

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der GKS zum Weißbuch 2006 wies der BuVors darauf hin, dass die Diskussion über das Weißbuch in der GKS und in ihrer Publikation AUFTRAG weiterhin geführt werde.

Das Politikergespräch mit der Parl. Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann (MdB, SPD), bewertete er hinsichtlich der in der GKS ständig geführten sicherheitspolitischen und friedensethischen Diskussion als besonders nützlich.

Der BuVors ging ausführlich auf die Haushaltslage der GKS ein und begründete die zum Teil schmerzhaften Eingriffe und Sparmaßnahmen.

Der BuVors äußerte seine Sorge um die Lage der Inneren Führung in der Bundeswehr. Verschiedene Ereignisse gäben Anlass dazu, die Entwicklung genau zu beobachten, da sie sich als eine der Hüterinnen der Inneren Führung verstehe.

Der BV diskutierte ausführlich über die Neufassung des GKS-Grundsatzprogramms »Ziele und Wege«, konnte allerdings die Bearbeitung in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht abschließen. Durch weitere Schritte soll sichergestellt werden, dass die Bundeskonferenz das Grundsatzprogramm im September verabschieden kann. Danach ist die Überarbeitung der Ordnung und der Geschäftsordnung der GKS geplant. Dabei soll erneut eine ausführliche Diskussionsphase den Anfang bilden. (s.a.S. 86 f., Rundbrief 2/2007 des BuVors)

Der BV nahm Berichte zu den Vorbereitungen kommender Veranstaltungen entgegen. Er beschloss, im Anschluss an das 11. Seminar der GKS-Akademie »Oberst Helmut Korn« (12.-16.11.07 in FULDA) eine weitere BV-Sitzung einzuplanen, auf der der Haushalt der GKS für das Jahr

Fortsetzung auf S. 99

Vorstand der ZV bereitet 47. Woche der Begegnung vor

VON STEFAN GRAICHEN

Der Vorstand der Zentralen Versammlung tagte am letzten Wochenende im Juni im Diözesan-Exerzitenhaus St. Peter der Diözese Augsburg. Dort findet im September die diesjährige »Woche der Begegnung« der katholischen Soldaten statt.

Schon fast traditionell führt der Vorstand seine Sommersitzung in dem Hause durch, in welchem dann jährlich das Treffen des in Räten und Verband organisierten Laienapostolats stattfindet. Diese »Woche der Begegnung« teilt sich in die »Zentrale Versammlung« (ZV), welche etwa mit einem Diözesan- oder Katholikenrat vergleichbar ist, und der Bundeskonferenz der »Gemeinschaft Katholischer Soldaten« (GKS), auf.

»Dass wir in diesem Jahr im Heimatbistum unseres Militärbischofs tagen können, freut uns natürlich besonders«, betont Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt, Vorsitzender der ZV. In der Vorbereitung der Woche der Begegnung, die in diesem Jahr unter dem Leitthema »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – WISSEN UM WERTE« stattfinden wird, wurde sowohl organisatorisch, als auch inhaltlich letzter Schliff angelegt. »Wir Soldaten müssen uns angesichts der vielfältigen Einsatzszenarien und der damit möglicher Weise verbundenen Konfrontation mit anderen, uns fremden Kulturkreisen in unserem Werte-Gerüst ganz sicher sein! Es genügt nicht, sich rein theoretisch mit Werten unserer Gesellschaft auseinander gesetzt zu haben, wenn Soldaten z.B. in Afghanistan eingesetzt werden. Werte müssen verinnerlicht worden sein, sie müssen vorgelebt werden. Nur dann wirkt man im Einsatzgebiet auch authentisch«, betonte Eisenhardt »Was passiert, wenn das in Einzelfällen nicht so ist, haben wir alle leidvoll aus der Presse der letzten Monate und Jahre erfahren müssen!«

Fortsetzung von S. 98

2008 diskutiert und beschlossen werden soll. Weiterhin beschloss er, am 97. Dt. Katholikentag (21.-25.05.2008 in OSNABRÜCK) mit einem eigenen GKS-Stand teilzunehmen.

4. Ausblick

Abschließend noch ein Blick auf die Schwerpunkte der kommenden Wochen und Monate:

- Nächste Sitzung des EA am 20.08.2007 in BONN
- 04.-08.09.07 3. Europäische Ökumenische Versammlung in HERMANNSTADT/SIBIU (Rumänien). Die GKS wird dabei vertreten sein.
- 47. Woche der Begegnung vom 17.-22.09.07 im Exerzitenhaus St. Paulus in LEITERSHOFEN/Diözese AUGSBURG; dabei Bundeskonferenz der GKS vom 19.-22.09. Mitgliederversammlung FGKS e.V. am 21.09. Mitgliederversammlung GKS e.V. am 22.09. □

Der Vorstand der Zentralen Versammlung während der Besichtigung der »Fuggerei«.



Das oberste Beratungsgremium im Laienapostolat der katholischen Militärseelsorge beschäftigt sich schon seit Jahren gemeinsam mit der GKS mit dem ethischen Grundgerüst des Soldatenberufs. Immer wieder gelingt es, hochkarätige Referenten zu den Wochen der Begegnung einzuladen. Was diese dann in Vorträgen und Podiumsdiskussionen eher theoretisch aufarbeiten, wird später in Arbeitsgruppen und durch Beschlüsse in praktische und konkrete Vorschläge für den Dienst und die Militärseelsorge umgesetzt.

In diesem Jahr wird der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Heinz-Wilhelm Brockmann, über das Thema »Soldaten der Bundeswehr – Gerüstet mit Werten« vortragen, bevor die Thematik anschließend in verschiedenen Arbeitsgruppen vertieft wird.

Erstmals wird die ZV im Herbst mit einem eigenen Internetauftritt an die Öffentlichkeit gehen. Auf der Homepage sollen neben Grundlagen der organisierten Laienarbeit auch Dokumente zu vielfältigen Themenbereichen der katholischen Militärseelsorge abrufbar sein. »Wir wollen die Informationen einzelner Gremien, aber auch die von interessierten Einzelpersonen einem größeren Kreis verfügbar machen« betont Oberstleutnant Stefan Graichen, der mit seinem Sachausschuss für die Website verantwortlich zeichnet. »Auch hoffen wir, noch mehr Laien für die Mitarbeit im Laienapostolat gewinnen zu können. Es wird in der katholischen Militärseelsorge auf allen Ebenen so hervorragende Arbeit geleistet, man denke nur an die Betreuung in den Einsätzen der Bundeswehr durch hauptamtliches Personal der Militärseelsorge, aber auch die Betreuung der Familien zuhause. Wir sehen einfach die Notwendigkeit, diese Aktivitäten zu vernetzen.«

Neben der Koordinierung weiterer Aufgabengebiete, stellvertretend sei hier die Aktion »Nachbarschaftshilfe« genannt, die seit Jahren sozial-karitative Unterstützung leistet, informierte sich der Vorstand auch ganz konkret über andere Formen des sozialen Engagements. Und was bietet sich da, wenn man schon in Augsburg tagt, besser an, als die »Fuggerei«, die älteste Sozialsiedlung Deutschlands, zu besuchen. Diese Anlage wird von der »Fugger-Stiftung« noch heute nach den im Stiftungsvertrag vorgesehenen Grundsätzen von 1518/19 geleitet. Sehr beeindruckt zeigten sich die Vorstandsmitglieder von dem Grundgedanken der Stiftung, der neben dem sozialen Aspekt, nämlich unschuldig in Not geratenen Bürgern zu helfen, besonders auch auf die Würde des Einzelnen und der Gemeinschaft abzielt.

Rundherum zufrieden zeigte sich dann auch der Vorsitzende in seinem Schlusswort: »Wir können uns auf eine gut organisierte, thematisch interessante und harmonische Zentrale Versammlung im September freuen« sagte Stabsfeldwebel Eisenhardt, bevor er die Vorstandsmitglieder in die Heimatstandorte verabschiedete. □

GKS IM STANDORT KÖLN:**Glaube wie Wurzeln?**

Diese Frage stand im Mittelpunkt des Familienwochenendes der GKS-Kreise Köln und Köln-Wahn vom 2. bis 4. Februar. Wie in den vergangenen Jahren hatten die beiden Vorsitzenden Oberstleutnant Franz Meierhöfer und Oberstleutnant Albert Hecht ihre Mitglieder zu einem gemeinsamen Wochenende ins Haus Arche Noah in Elkhäusen eingeladen. Das Programm gestalteten Günter und Katharina Bleifeld.

Zurück zu den Wurzeln

Am ersten Abend erfolgte eine Einführung in das Thema. Die Teilnehmer sollten sich mit den Fragen: »Wer bin ich?«, »Woher komme ich?«, »Wohin gehe ich?« auseinander setzen. Um das Thema greifbar zu machen, waren Bilder von Wurzelstöcken und mit Wurzeln ausgelegt. Die Teilnehmer wählten eines der bereitgelegten »Wurzelbilder« aus und erläuterten, welche Gefühle und Erfahrungen sie damit verbanden (*Bild o.*). Dabei stellte sich heraus, dass die häufigen dienstbedingten Umzüge starken Einfluss auf die Verwurzelung der Betroffenen haben. Auch zeigte sich, dass es viele, tiefe und breite Verwurzelungen gibt, unter denen der Glaube eine entscheidende Rolle in unserem Leben und in der Gesellschaft spielt. Er bietet



Halt und ermöglicht es, in einer Gemeinschaft gleich oder ähnlich Gesinnter zu wurzeln. Es wurde aber auch festgestellt, dass Glaube so verworren und undurchdringlich wie Wurzelwerk sein kann.

Breites Angebot

Nach dem Motto: In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist, lud Familie Bleifeld alternativ vor dem Frühstück oder nach dem Mittagessen, zum Nordic Walking oder Walking ein. Selbst in die Arbeitseinheiten waren Bewegungsübungen und meditative Phasen eingebunden.

Anderen helfen zu verwurzeln

Bei einer Gruppenarbeit wurde untersucht, wo jeder seine Wurzeln hat, aus denen er Kraft zieht. Auch die Ursachen für Entwurzelung sowie Hilfen für neue Verwurzelung wurden erörtert. Schließlich ging es auch um Hilfen für Fremde in unserer Nachbarschaft, gleich ob neue Nachbarn, Migranten oder Asylsuchende, damit ihnen das Wurzelschlagen in der neuen Heimat und für sie oft fremden Kultur leichter falle.

Gelungene Mischung

Nach der Vorabendmesse mit Pfarrer Gregor Ottersbach übernahmen die Jecken die Regenschaft. Schließlich war Karnevalszeit. Jung und Alt präsentierten Einlagen oder Büttensreden und gestalteten so eine abwechslungsreiche närrische Sitzung (*Bild u.*). Ein Dreigestirn wurde proklamiert, lange getanzt und gesungen. Franz Meierhöfer, der Hauptinitiator dieser Mischung aus ernsten Themen und lustigem Treiben, konnte erneut auf eine gelungene Veranstaltung zurück blicken. Es war seine letzte als aktiver Soldat. Dennoch wird er weiter seine Wurzeln auch bei der GKS haben. (Text u. Bilder: Walter Fröhler)

GKS-KREIS KÖLN-WAHN:**Ein ungewöhnliches Experiment**

Zu einer nicht alltäglichen GKS-Veranstaltung hatte der Vorsitzender des Kreises Köln-Wahn Oberstleutnant Albert Hecht, am 10. März 2007 nach Bonn eingeladen. Das Musical »Tintenherz« stand auf dem Veranstaltungskalender. »Ich will damit zeigen, dass Theater überhaupt nicht langweilt«, antwortete Hecht auf die Frage, ob dies mit den Aktivitäten der GKS vereinbar sei. »Es soll damit die Gemeinschaft gefördert und gleichzeitig etwas für die Bildung getan werden«, so Hecht. Das Musical »Tintenherz«, nach dem Roman der erfolgreichen Jugendbuchautorin Cornelia Funke, wird bereits für 10-jährige empfohlen und ist etwas für Jung und Alt.

Das fantastische Geschehen mit jugendlichen Akteure auf der Bühne zog die rund 30 großen und kleinen Zuschauer der GKS schnell in seinen Bann und wurde mit Worten wie »toll«, »fantastisch« oder »super« kommentiert. Die Resonanz bewies Hecht, dass er mit diesem Experiment einen richtigen Schritt getan hatte und gemeinsame Unternehmungen dieser Art von vielen angenommen werden.

(Walter Fröhler)

Dem Himmel ein Stück näher

Himmelfahrt

Ratternd zieht sich der Fahrstuhl am rostigen Baugerüst empor. 18 Passagiere stehen dicht gedrängt in dem »Käfig«. Einige sehen konsequent nach oben, andere starren auf einen festen Haltepunkt. Wenige wagen es und genießen den herrlichen Ausblick. In einer Höhe von rund 50 Metern stoppt der Fahrstuhl und die Gittertüren öffnen sich. Vorsichtig geht es auf die Balken des Baugerüsts. Zielstrebig, um einen guten Blick in die Tiefe zu haben, stellen sich die Mutigen an das Geländer. Manche stehen mit schwitzenden Handflächen möglichst weit entfernt vom Rand des Gerüsts. Am 14. April 2007 wagte die kleine Gruppe um Oberstleutnant Albert Hecht, Vorsitzender des GKS Kreises Köln-Wahn, den Aufstieg mit dem Lastenaufzug an der Aussenseite des Hohen Dom zu Köln nach oben auf das Kirchendach.

Unter der Führung von Dr. Leonie Becks von der Dombauverwaltung wandelte man in schwindelnder Höhe über den Dächern Kölns. Zunächst waren fast alle von dem faszinierenden Ausblick überwältigt. Einige konnten jedoch nicht verbergen, dass ihnen diese Höhe auf einem Baugerüst ohne festen Grund nicht geheuer war.

Dombauhütte

Vom Baubeginn der gotischen Kathedrale 1248 bis heute, wird der Dom von einer Dombauhütte betreut. Nach der Vollendung des zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Bauwerks im Jahr 1880, wurde die Zahl der Beschäftigten auf eine kleine Gruppe reduziert. Derzeit hat die Dombauhütte annähernd 100 Mitarbeiter, wovon rund 30 Steinmetze und Bildhauer sind. Die weiteren Handwerker sind Gerüstbauer, Zimmerleute, Maler oder gehören weiteren Bauberufen an. Diese 100 Beschäftigten sind nur für den Erhalt der Kirche angestellt und verbauen jährlich zwischen 15 und 20 Kubikmetern an Natursteinmaterial.

Weiter ging die Führung unter dem Dach des Doms in fast alle Ecken. Hier haben die Handwerker ihre Werkstätten, befinden sich Materiallager oder in einem der Türme auch Lager



mit Nachbildungen von Skulpturen des Doms. Wo sich das Langhaus und Querhaus kreuzen befindet sich unter dem mit Blei gedecktem Dach ein Ausgang in den kleinen Vierungsturm. Von hier öffnet sich ein phänomenaler Rundblick, der nur durch die beiden mächtigen Haupttürme unterbrochen wird.

Fortsetzung auf S. 102 o.

Zu den Bildern v.o.n.u.:

- *Einstieg in den Käfig. Noch wirken alle stabil und zuversichtlich.*
- *Der Aufstieg mit Lastenaufzug an der Außenseite des Domes endet in 50 m Höhe auf der Spitze eines filigranen Baugerüsts. Die festen Mauern des Domes scheinen unerreichbar fern.*
- *Entschädigt wird der Mutige durch einen schwindelnden aber wundervollen Blick auf Köln und bei klarem Wetter bis in die Eifel, ins Siebengebirge und ins Bergische Land.*
- *Blick in das Innere des gotischen Domes aus einer Perspektive, die nur wenigen Besuchern geboten werden kann.*

Fortsetzung von S. 101: »Dem Himmel ein Stück näher«



Abschlussgottesdienst mit MD Michael Berning in der Kapelle St. Kolumba. Über dem Altar die »Madonna in den Trümmern«.

Der Rundgang wurde dann im Innern der Kathedrale fortgesetzt. Enge, dunkle Wege wechselten sich mit offenen balkonartigen Stellen ab, die eine ganz neue Perspektive in dieses faszinierende gotische Gotteshaus ermöglichen. Dr. Becks hatte die Besucher fest in den Bann des Doms gezogen, sodass die Zeit der Führung wie im Fluge verging.

»Madonna in den Trümmern«

Militärdekan Michael Berning, StOPfr Köln-Wahn, der die Gruppe begleitete, lud noch zu einem Gottesdienst in St. Kolumba ein. St. Kolumba war vermutlich die älteste Pfarrkirche Kölns. Der Ursprung liegt etwa im 7. Jh. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb bis auf wenige Mauern, an der eine Madonna stand, nur noch ein Trümmerfeld übrig. Hier wurde 1950 auf den Mauerresten die Kapelle »Madonna in den Trümmern« geschaffen. Die Kapelle wurde dann in den Neubau eines Diözesanmuseums integriert, der in diesem Jahr abgeschlossen wird. Wegen ihrer Besonderheit, eine der meistenbesuchten Kapelle zur persönlichen Andacht in Köln zu sein, bleibt der Zugang und die Nutzung vom Museum unabhängig. So war dieser geschichtsträchtige Ort genau der richtige Platz für den Abschluss dieses Familiennachmittags. (Text und Bilder: Walter Fröhler)

Geführte Erlebniswanderung am Familiennachmittag



Lebensgefahr. Ist der Stock nun gefährlich oder nicht? Warum nur ist der Mensch bei so wichtigen Entscheidungen immer allein?

Bereits zum zweiten Mal lud der Vorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Kreis Köln-Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht, zu einem Familiennachmittag in die Wahner Heide ein. Zu der geführten Heidewanderung am 12. Mai 2007 hatten sich trotz des wechselhaften Wetters rund 30 Personen angemeldet.

»Lebensgefährliches« Naturschutzgebiet: Nachdem die erste Wanderung im Herbst 2005 erfolgte, sollte nun die Flora und Fauna im Frühjahr 2007 erkundet werden. Unter der Führung von Werner Funken, der einer der bestellten Landschaftswarte des Rhein-Sieg-Kreises und Mitglied im Bündnis für die Wahner-Heide e.V. ist, ging es etwa zweieinhalb Stunden in das lebensgefährliche Naturschutzgebiet. Zuletzt wurde hier am 12. März 2007 ein 105mm Sprenggeschoss gefunden und durch den Kampfmittelräumdienst entfernt. Aufgrund seiner Nutzung als Schießplatz ist das Areal noch mit Munition und Kampfmitteln belastet, konnte aber durch das »Betretungsverbot« eine außergewöhnliche Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren bewahren.

So befinden sich auf dem »zweitgrößten Naturschutzgebiet Nordrhein-Westfalens fast 700 bedrohte Tier- und Pflanzenarten« erläuterte Funken. Nach dem Rundgang, mit vielen Hinweisen über illegalen Tonabbau, die Unterschiede von Mager- und Fettwiesen sowie ornithologischen Hörproben, bedankte sich Hecht mit einer Spende für den Verein und einer kleinen Medaille der GKS bei Werner Funken.

Ausklang mit einem Gottesdienst: Einen Gottesdienst in der Kasernenkapelle feierte Standortpfarrer Benno Porovne aus Bonn mit den Familien. Zum bevorstehenden Muttertag überreichte Albert Hecht allen Müttern eine Rose und beschloss so den Nachmittag. (Text u. Foto Walter Fröhler)

GKS-KREIS BONN:

Feierliche Verabschiedung im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe

Am 6. Juni 2007 wurde Oberst a. D. Franz Thiele nach 26 Jahren Laienarbeit im Rahmen eines feierlichen katholischen Standortgottesdienstes auf dem Hardtberg aus dem aktiven Kreis GKS verabschiedet. Die Laudatio hielt Oberst i.G. Reinhard Kloss, Referatsleiter BMVg - PSZ I 1, in seiner Eigenschaft als Präsident des Apostolat Militaire International (AMI). Er bedankte sich im Namen des AMI und zugleich des Bundesvorstandes der GKS für das langjährige Engagement von Oberst Thiele, das auch internationale Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

Die Aktivitäten Thieles im Laienapostolat begannen 1981 in der katholischen Standortgemeinde in Regensburg. Dort kam er erstmals über dienstliche, protokollarische Einsätze mit dem AMI in Berührung.

Nach seiner Versetzung nach Bonn 1983 wurde er Vorsitzender (damals noch als »Sprecher« bezeichnet) des GKS-Kreises Bonn. Gleichzeitig war er Mitglied im Internationalen Sachausschuss (IS) der GKS. Im Anschluss an eine Verwendung als Militärattaché an der deutschen Botschaft in Madrid/Spanien im Jahr 1990 wurde er Vorsitzender dieses Ausschusses, anschließend Stellvertretender Vorsitzender des AMI und wenig später Stellvertretender Gene-

ralsekretär. Dieses Amt hatte er dann bis zum Auslaufen des deutschen Generalsekretariats inne.

Während seiner Tätigkeit in Spanien befasste sich Oberst Thiele intensiv mit dem Camino de Santiago – dem Jakobusweg– und den Wallfahrten auf dem Camino. Ab 1988 organisierte er fünfmal für deutsche Soldaten und Reservisten die Teilnahme an einer solchen Wallfahrt, die er vor Ort in Spanien mit dem Orden de Peregrinos del Camino de Santiago und den spanischen Behörden koordinierte. Ab 1991 organisierte er auch Jakobus-Wallfahrten in Deutschland, so z.B. von Würzburg zum Bodensee (1991) und von Görlitz nach Frankenberg (1994).

Oberst a.D. Thiele verlässt zwar den aktiven Kreis der GKS, bleibt aber weiterhin als Mitglied der Gemeinschaft in Bonn erhalten. *(Quelle: Pressestelle SKA)*

Verabschiedung von Oberst a.D. Franz Thiele (3.v.l.) aus dem aktiven Kreis der GKS im Rahmen einer Feier im Geistlichen Zentrum des BMVg in Bonn; r. neben Thiele der Präsident des AMI, Oberst i.G. Reinhard Kloss, l. StFw Joachim Lensch, Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn und der Kath. StOPfr Bonn Benno Porovne.

(Foto HG Wehner, SKA)



SEELSORGEBEZIRK BONN, KÖNIGSWINTER, LOHMAR, MUCH, REICHSHOF, ST. AUGUSTIN, SIEGBURG UND WALDBRÖL:

Feierlicher Einführungsgottesdienst im Bonner Münster

Mit einem feierlichen Gottesdienst am Dienstag, den 19. Juni 2007, wurde in der Bonner »Garnisonskirche« der neue katholische Standortpfarrer Benno Porovne in sein Amt eingeführt. Weit über hundert geladene Gäste folgten der Zeremonie unter der Leitung des Leitenden Militärdekan Köln-Wahn, Rainer Schnettker. Im Anschluss an den Gottesdienst fand im Kreuzgang des Bonner Münsters – bei herrlichem Sonnenschein – ein kleiner Empfang statt.

In seiner Begrüßungsrede skizzierte Militärdekan Schnettker das Leben und Wirken von Pfarrer Porovne und gab ihm gute Wünsche auf dessen weiteren Weg. Der 1965 in Essen geborene Theologe, der das Amt bereits am 1. April 2007 von seinem Vorgänger Militärdekan Dreesbach übernommen hatte, bezeichnete seine neue Verwendung im Standort Bonn als eine Art »Heimkehr«. Hier und in München hatte er Theologie studiert. Die Priesterweihe empfing er 1992 im Hohen Dom zu Köln. Auch wirkte er von 1992 bis 1999 als Kaplan in Köln und Lohmar. Im Anschluss

daran wurde er für die Militärseelsorge freigestellt, für die er als Standortpfarrer bis 2007 in Erfurt tätig war.

Anschließend hieß Brigadegeneral Werner Weisenburger, Stellvertretender Amtschef des Streitkräfteamtes, in Vertretung des Standortältesten Pfarrer Porovne in seiner »neuen Gemeinde« willkommen und ergänzte: »Den Standorten Bonn, Königswinter, Lohmar, Much, Reichshof, Sankt Augustin, Siegburg und Waldbröl steht jetzt ein einsatzerfahrener Militärpfarrer zur Seite.« Mit diesen Gedanken würdigte General Weisenburger, dass Pfarrer Porovne in der Bundeswehr schon ein »alter Hase« sei. Denn während seiner achtjährigen »Vor«-Dienstzeit als Militärpfarrer in Erfurt hatte er über 11 Monate in Auslandseinsätzen verbracht. Im Kosovo und in Afghanistan war er seelsorgerisch tätig und kümmerte sich um das Wohl der Soldaten.

Auch der neue evangelische Standortpfarrer für Bonn, Militärpfarrer Peter Schmidt, begrüßte Pfarrer Porovne als engagierten »Mitstreiter«. Anschließend sprach Hauptmann

Fortsetzung auf Seite 104, u.

BEREICH KLMD KOBLENZ:

»Gott nimmt nicht die Lasten, sondern stärkt die Schultern«

Internationaler Soldatentag zum Weltfriedenstag am 26. April 2007 in Trier

Mehr als 600 Soldaten der Bundeswehr und weiteren 7 Nationen darunter hohe Offiziere sowie Vertreter aus Politik, an der Spitze in Vertretung des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Staatssekretär Roger Lewentz, Mainz, sind der Einladung des Katholischen Leitenden Militärdekan Koblenz zum diesjährigen internationalen Soldatentag anlässlich des Weltfriedenstages 2007 nach Trier gefolgt. - Der internationale Soldatentag wird traditionell während der Heilig-Rock-Tage in Trier gefeiert, dessen Leitthema „Auf Tuchfühlung mit Gott“ besonders ansprechend war.

Militärpfarrer Hans-Georg Müller, Kath. Standortpfarrer Saarlouis, hatte die Vertretung von Militärdekan Rainer Schnettker, Kath. Leitender Militärdekan Koblenz übernommen, der krankheitsbedingt nicht dabei sein konnte. Müller dankte am Beginn des Gottesdienstes dem Trierer Diözesanbischof Dr. Reinhard Marx für seine Bereitschaft, mit den Soldaten den Weltfriedenstag zu feiern.

Im Kyrieruf zu Beginn des Gottesdienstes stellten Soldaten ihre Situation als Uniformträger besonders heraus und zeigten, dass sie während ihres Dienstes oft nah auf Tuchfühlung mit Gott kommen. Verschiedene Uniformen symbolisierten die unterschiedlichen Dienste und Situationen im Leben der Soldaten.

In seiner Predigt betonte Bischof Marx den besonderen Charakter des Weltfriedenstages durch die Botschaft des Heiligen Vaters, der den Akzent auf das Gebet um den Frieden setze. Papst Benedikt XVI. hat den Weltfriedenstag 2007 unter den Leitgedanken „Die menschliche Person – Herzmitte des Friedens“ gestellt.

Einen besonderen Blick warf Bischof Marx im Hinblick auf die bevorstehende große Konstantinausstellung in Trier. Auch die Nachfolge des ersten christlichen Römischen Kaisers Konstantin im 4. Jh. sei geprägt gewesen durch Kreuz und Glauben.

Konstantin habe bewusst auf den christlichen Gott gesetzt und auch zeitlebens nicht mehr von ihm losgelassen. Gott wolle die Welt nicht durch einen Gewaltakt verändern, sondern allein durch die Liebe, die zur höchsten Freiheit in Gott ihre Vollendung finde, führte der Bischof aus. Das sei auch die Botschaft der Tageslesung aus der Apostelgeschichte (Apg 8, 26-40), die von Generalmajor Ernst-Heinrich Lutz, Kommandeur Heeresstruppenkommando Koblenz, vorgetragen wurde. Es sei wichtig zu lernen und zu verstehen, dass es wichtig sei, Gott in unsere Lebenswelt aufzunehmen, um Frieden zu schaffen, sagte Bischof Marx.

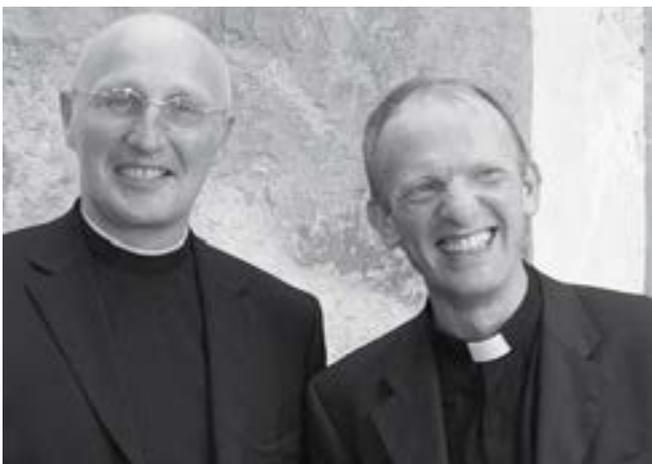
Der Trierer Bischof dankte den Soldaten, die tagtäglich ihren Dienst für den Frieden in den Streitkräften hier bei uns zu Hause und in Krisengebieten leisten. Im Wort der deutschen Bischöfe »Gerechter Friede« aus dem Jahre 2000 sei die Zielrichtung eindeutig das Wort Gottes in der Bibel. Dies gelte es zu fördern und sich verstärkt für den Auftrag um Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Bischof Marx forderte die Soldaten auf, sich mehr in der öffentlichen Auseinandersetzung über den soldatischen Dienst einzubringen. Hier gelte es die Bevölkerung hinauszunehmen in das Bewusstsein ihres Friedensdienstes als Soldat und für ihre besondere Situation im In- und Ausland zu sensibilisieren.

Die Fürbitten, die die Bitte um Frieden hervorgehoben haben, wurden durch Soldaten der französischen und amerikanischen Streitkräfte und der Bundeswehr in ihrer jeweiligen Landessprache vorgetragen.

Generaloberstabsarzt Dr. Wolfgang Erich Bick, Befehlshaber Sanitätsführungskommando Koblenz, sprach am Ende des Gottesdienstes ein Grußwort an die aus den verschiedensten Standorten aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland gekommenen Soldaten.

Er dankte den Soldaten für ihr Kommen und dass gemeinsame Gebet für den Frieden auf dieser Welt, dem sich

Fortsetzung von Seite 103: »Feierlicher Einführungs...«



Hans-Georg Pauthner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, ein Grußwort für den Bundesvorstand.

Zum Schluss dankte Pfarrer Porovne allen Anwesenden für die Teilnahme am Einführungsgottesdienst und hob die starke Unterstützung durch den GKS-Kreis Bonn besonders hervor. Er lud zu einem kleinen Buffett ein, das den zahlreichen Gästen Gelegenheit zum Kennenlernen des »Neuen« gab und einen gelungenen und würdigen Ausklang bildete. (Joachim Lensch)

Gut gelaunt. KLMD Köln-Wahn (und zz. auch KLMD Koblenz), Rainer Schnettker (l.) und der neue StOPfr Bonn Benno Porovne (r.) (Foto J.Faller, Bw)

Soldaten ganz besonders verpflichtet fühlten und für den sie sich in ganz besonderem Maße einsetzen würden. Frieden sei eine Gemeinschaftsleistung aller Soldaten und Uniformträger. Kriege und militärische Auseinandersetzungen seien immer auch eine Niederlage der Menschheit, die durch Klugheit und Diplomatie zu verhindern sei.

Weiter sagte Generaloberstabsarzt Dr. Bick: »Unsere Kameraden werden oft mit Leid und Tod konfrontiert, während sie tagtäglich ihren Beitrag zur Friedenssicherung leisten. ‚Gott nimmt nicht die Lasten, sondern stärkt die Schultern.‘ (Grillparzer).«

Darum dankte er den Militärseelsorgern für ihren Dienst an den Soldaten und hob hervor, dass sie den Soldaten, wo immer sie sind, mit Rat und Trost beiständen. »Wir nehmen im Dom zu Trier auch deshalb zusammen an dem Internationalen Soldatengottesdienst teil, weil wir an die christliche Botschaft glauben, die uns den rechten Weg weist und zur Versöhnung und Vergebung ermutigen will. Sie gibt uns Hoffnung und Zuversicht für unseren soldatischen Einsatz zu Hause und in den Konfliktgebieten der Welt, in

die wir geschickt werden.« sagte Dr. Bick und wünschte allen Teilnehmern des Internationalen Soldatentages, dass sie »Immer als Werkzeuge des Friedens dienen mögen, und insbesondere auch als Soldat und Christ zum Frieden in dieser Welt beitragen.«

Musikalisch wurde der Gottesdienst durch das Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz unter der Leitung von Oberstleutnant Robert Kuckertz und vom Trierer Domorganisten Josef Still begleitet.

Im Anschluss an den Gottesdienst fand eine Stunde der Begegnung mit Diözesanbischof Dr. Marx, Weihbischof Jörg Michael Peters, Trier, Staatssekretär Roger Lewentz, den Generälen und den anwesenden Soldaten im Festzelt vor dem Dom statt. *(Jürgen Strohe, Koblenz)*



Bei der Stunde der Begegnung nach dem Friedensgottesdienst dirigiert Bischof Dr. Reinhardt Marx statt seiner Diözese mit großem Vergnügen das Koblenzer Heeresmusikkorps.

GKS-BEREICH BADEN WÜRTTEMBERG:

Besuch am Sitz der Serbisch-Orthodoxen Diözese für Mitteleuropa in Hildesheim

Wiederholt habe ich im AUFTRAG über ökumenische Begegnungen des GKS-Kreises Dornstadt mit der serbisch-orthodoxen Gemeinde in Ulm berichtet (zuletzt in Heft 265, S. 88). Nun wollte ich mehr über die Serbisch-Orthodoxe Kirche in Deutschland erfahren. Dazu besuchte ich den Sitz der für Mitteleuropa zuständigen Serbisch-Orthodoxen Diözese in Hildesheim.

Etwa zwei Millionen der zwölf Millionen Gläubigen dieser Konfession leben in der Diaspora¹, davon mehr als hunderttausend bei uns in Deutschland. Diese gehören zum Jurisdiktionsbereich der serbisch-orthodoxen Diözese für Mitteleuropa, die seit den 1970er Jahren ihren Sitz in Hildesheim (und neuerdings auch in München) hat. Die Diözese mit über 30 Kirchengemeinden in Deutschland wird von Bischof Konstantin² (Djokic) geleitet *(Bild r.)*.

Im Rahmen einer Kirchenführung durch das serbisch-orthodoxe Gotteshaus informierte der Vorsteher des Klosters, Protosindel Sergije Paraklis, mich über die Diözese, über die Kirchengemeinde vor Ort sowie über den orthodoxen Glauben im Allgemeinen. Um meinen Wissensdurst zu stillen, händigte Protosindel Sergije mir zum Abschied noch eine umfangreiches Bündel an Literatur aus. Diese steht nun Interessenten der GKS zum Nachschlagen und zur Wissenserweiterung zur Verfügung und kann bei mir abgerufen werden. Weitere Informationen auf der Website <http://serbische-dioezese.org/cms/index.php>. *(Stefan Nüßle)*



1 Diaspora (grch. »Zerstreuung«), die unter Andersgläubigen zerstreut lebende religiöse Minderheit sowie das Gebiet, das diese bewohnt.

2 Titel: Archimandrit; geb. 1946; 1991 Wahl durch das Bischofs-

konzil zum Bischof für Mitteleuropa; am 1. September 1991 Inbesitznahme seiner Bischofskirche »Entschlafung der Mutter Gottes« in Hildesheim-Himmelsthür und besteigen des Throns des Bischofs für Mitteleuropa.

Eine Gemeinschaft – auch über Grenzen hinweg!

Aus den Augen, aus dem Sinn!? – Nicht bei der GKS! Mit Friedenskerzen des Verbandes, dem Osterbrief der Standortpfarrer aus dem Standort Ulm sowie ungezählten Grüßen und nicht zuletzt mit traditionellen Ostersüßigkeiten im Gepäck traf am Karfreitag im Feldlager Rajlovac in Bosnien eine Abordnung des Bundesvorstandes der GKS ein.

Nach einer herzlichen Begrüßung durch Militärpfarrer Martin Straßer (Kath. StOPfr Bad Reichenhall) und der Besichtigung des dortigen Gotteshauses wurde dann in der Liegenschaft in Butmir unter großer Beteiligung mehrerer Nationen der Kreuzweg gebetet.

Am nächsten Tag ging dann die Reise weiter nach Pec, wo die Abordnung dem dort befindlichen Patriarchat, in dem sich jahrhundertlang der Sitz der serbischen Erzbischöfe und Patriarchen befand, neben den Ostergrüßen des Verbandes auch die Ostergrüße der Serbisch-Orthodoxen Kirchengemeinde von Ulm überbringen und den Gottesdienst am Ostersonntag mitfeiern durfte. Nach einem Frühstück, bei welchem die Gäste auch einen Einblick in die derzeitige Lage der serbischen Bevölkerung im Kosovo erhielten, ging es weiter nach Prizren, wo Pastoralreferent Hans Rückerl (Standort Cham) die Grüße und die mitgeführten Gaben entgegennahm und die Ankömmlinge durch sein »Gotteszelt« – aus mehreren aneinandergereihten Zeltbahnen gefertigt – führte.

Zusammen mit Oberstleutnant Christoph Auer – Vorsitzender der GKS für den Bereich Ausland und des Internationalen Sachausschusses – ging es dann nachmittags zum Gottesdienst in die Kathedrale von Prizren, wo der örtliche katholische Bischof Dode Gjergji einem Soldaten der Bundeswehr, der zuvor von Militärpfarrer Klaus-Peter Lehner (Kath. StOPfr Mittenwald) getauft worden war, das Sakrament der Firmung spendete.

In einem abendlichen Gespräch, zu dem Bischof Dode Gjergji die Abordnung des Bundesvorstandes der GKS einlud, unterrichtete der Hirte die Gäste über die Lage der Katholiken in seinem Verantwortungsbereich sowie über die zur Zeit in der Planung befindlichen Projekte. Ferner informierte er sich über das Wesen, die Ziele, Aufgaben und Aktivitäten der GKS.

Nach einem Besuch des unweit von Pristina gelegenen Klosters Gracanica am Ostermontag trat dann die Abordnung mit Zwischenstopp in Serbien, wo die Klöster Crna Reka, Studenica, Ljubostinja und Ravanica besucht wurden, ihre Heimreise an. Den Abschluss bildete ein Gottesdienst in der Kapelle des Bundeswehrkrankenhauses in Ulm, wo Militärdekan Thomas Stolz bei einem kleinen Empfang die Grüße seiner Mitbrüder aus dem Balkan entgegennahm.

(Stefan Nüßle)

BEREICHE BAYERN U. BADEN-WÜRTTEMBERG: Arbeitskonferenz tagt in Untermarchtal

Zur ersten Arbeitskonferenz im Jahr 2007 hatte der Katholische Leitende Militärdekan München, Militärdekan Reinhold Bartmann, die Delegierten der Seelsorgebezirksräte und Mitarbeiterkreise sowie die Delegierten der GKS aus Bayern und Baden-Württemberg vom 22. bis 24. April

Militärdekan Reinhold Bartmann dankt dem serb.-orth. Mönchspriester Maxim Schmidt für seinen klärenden Vortrag mit dem vom KMBA herausgegebenen Buch »Christen im Krieg«.



ins Bildungshaus der Barmherzigen Schwestern nach Untermarchtal eingeladen. Die Konferenz diente neben der Wahl der Delegierten für die Zentrale Versammlung und für die Bundeskonferenz der GKS im Wesentlichen der Informationsgewinnung aus dem Bereich der Militärseelsorge.

Hierzu gab es Berichte von den Militärsseelsorgern sowie von den Laienvertretern, die das Auditorium über ihre Arbeit in unterschiedlichsten Gremien (ZdK, Diözesanrat etc.) unterrichteten.

Ferner ist der Vortrag eines Referenten fester Bestandteil der Arbeitskonferenz, für welchen sich diesmal Mönchspriester Maxim Schmidt von der russisch-orthodoxen Kirchengemeinde in Ulm zur Verfügung stellte. Er gab den Zuhörern einen Einblick in die Theologie und das Kirchenrecht der Orthodoxie, den er mit Bildern von sakralen Utensilien, Ikonen, Geistlichen und Gotteshäusern anschaulich machte. Der Vortrag stieß bei den Delegierten auf großes Interesse. Der Informationsgewinn und die freimütige Klärung von Fragen hat bei den Zuhörern ein Verständnis für die andere Konfession bewirkt und sicherlich auch zu Einstellungsänderungen geführt, was ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Ökumene ist.

Mit einem Gottesdienst am Sonntag in der Hauskapelle, für den Militärdekan Reinhold Bartmann die »Leitung« an Militärdekan Thomas Stolz übertrug, wurde das Ende dieser Zusammenkunft eingeleitet. Militärdekan Stolz verlässt zum Bedauern aller Teilnehmer dieses Jahr die Militärseelsorge. Somit nahm er letztmalig im aktiven Dienst als Militärseelsorger an einer Arbeitskonferenz teil.

(Stefan Nüßle)

GKS-KREIS MÜNCHEN:

Wertewandel und Wertevermittlung in unserer Gesellschaft

Wochenendseminar der GKS München auf Schloß Hirschberg

Dieses Thema wird in unserer vielfältigen und meinungskomplexen Gesellschaft immer gefragter, vor allem unter dem Aspekt der Gewaltentwicklung. Und nicht immer können wir alle Verantwortung für das Verhalten der Jugendlichen nur ihnen »in die Schuhe schieben«. Wie verhalten sich Familie und Gesellschaft? Wie wichtig nehmen wir die jungen Menschen, und, vor allem, leben wir das vor, was wir erzieherisch beanspruchen?

Es stellt sich dann bei einer Umfrage in der Gruppe heraus, dass die Jugendlichen durchaus auch von uns als konservativ betrachtete Werte schätzen und hochhalten. Vieles Neue haben die Beteiligten gelernt, auch einige Fragen gab es, die zum Glück nicht offen blieben. Der gesamte GKS-Kreis München, welcher unter Leitung von Dr. Sabine Sauer und mit tatkräftiger Hilfe der Familie Rödl und des Militärdekans Edwin Grötzner mit Pfarrhelfer Kettner auf Schloss Hirschberg ein entspannendes und interessantes Wochenende verbrachte, war von der Referentin, Johanna

Mödl (Zentrales Institut für Ehe und Familie, Eichstätt), dem Thema und der Umgebung begeistert. Auch die zum Teil mit eingebundenen Kinder und Jugendlichen trugen mit ihrer Mithilfe und ihrer Meinung zum Erfolg des Wochenendes bei und hatten anschließend in Frau Petermann eine umschwärmte Betreuerin. Gute Gespräche, abwechslungsreiches Wetter, Morgenmeditation und Gottesdienst rundeten das Beisammensein der Gemeinschaft Katholischer Soldaten ab. Vor allem konnten es die Soldatenfamilien genießen, ein Wochenende im Kreise ihrer Familie und trotzdem an einem interessanten Ort mit einem für alle ansprechenden Thema zu verbringen.

Das spannende und entspannende Wochenende wurde von allen als wundervoll empfunden. Wir freuen uns auf das GKS-Wochenende im nächsten Jahr, welches Ende Mai stattfinden soll und vermutlich in die Wies führt.

(Astrid Merz-Fronius)



INTERNATIONALER SACHAUSSCHUSS:

Katholische Militärseelsorge in Ungarn

Der Internationale Sachausschuss (IS) der GKS hat seine Sitzung Mitte Mai in Veszprém/Ungarn abgehalten und dabei die Gelegenheit genutzt, Kontakte zur dortigen Militärseelsorge zu knüpfen.

Der Katholische Militärdekan für die Region Budapest, Oberstleutnant Kóczán, informierte den GKS-Sachausschuss über Struktur, Organisation und Auftrag der ungarischen Militärseelsorge. Danach stellt sich die Militärseelsorge in den ungarischen Streitkräften wie folgt dar:

Eine Militärseelsorge konnte in Ungarn erst nach der Wende langsam aufgebaut werden. Seit 1994 gibt es je ein katholisches und ein reformiertes Militärordinariat.¹ Es wird eine strenge Trennung zwischen Kirche und Militär eingehalten. Allerdings tragen die ungarischen Militärgeistlichen Uniform mit Dienstgradabzeichen. Der Militärbischof steht im Rang eines Brigadegenerals. Er ist auch nicht, wie der deutsche Katholische Militärbischof, zugleich Diözesanbischof. Ihm zur Seite steht ein Militärgeneralvikar, dem drei Regionaldekane für die Räume Budapest, Nord- und West-Ungarn unterstehen. Die Aufgaben in der Fläche nehmen sieben Militärgeistliche im Offiziersrang wahr. Diese betreuen vor allem die Schulen und die Einsatzkontingente. Zur weiteren Unterstützung greift die Militärseelsorge auf Priester der zivilen Seelsorgeeinheiten zurück, die damit zusätzlich zu ihren Gemeinden die Betreuung der katholischen Soldaten einer Garnison übernehmen.

Die Uniform und der Dienstgrad stehen einerseits in der Tradition der k.u.k.-Zeit und sind andererseits vom amerikanischen Modell der Militärseelsorge übernommen. Militärpfarrer sind allerdings nicht der Militärhierarchie

unterworfen. Eine Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht besteht nur im Fachstrang Militärbischof – Militärgeneralvikar – Regionaldekan – MilPfarrer.

Der Militärgeistliche ist nicht Teil des Stabes eines Verbandes und auch nicht Erfüllungsgehilfe des Kommandeurs, sondern er ist regional, verbandsübergreifend und konfessionsgebunden für die Seelsorge der Soldaten zuständig.

Bei den Aufgaben und den Schwerpunkten ist deutlich festzustellen, dass bei der ungarischen Militärseelsorge das deutsche Modell Pate stand: Verwirklichung des Anspruchs auf freie Religionsausübung, Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts, Durchführung von Gottesdiensten und z.B. Bibelstunden, Betreuung der Soldaten im Einsatz sind die bestimmenden Aufgaben der Militärseelsorge.

Wegen der deutlich geringeren Personalstärke der ungarischen Streitkräfte ist trotz der kleinen Anzahl von Militärgeistlichen das Verhältnis von Priestern zur Zahl der zu betreuenden katholischen Soldaten günstiger als in der Bundeswehr.

Eine Laienorganisation, Gremien vergleichbar den Seelsorgebezirksräten und der Zentralen Versammlung, oder einen Verband wie der GKS gibt es in Ungarn noch nicht. Sie befindet sich, so Oberstlt Kóczán, noch »im embryonalen Stadium«.

Um beim Aufbau eines Laienapostolats zu unterstützen, wurden rege Adressen zwischen den Mitgliedern des IS und ihren ungarischen Gastgebern ausgetauscht. Darüber hinaus hat die GKS einen ungarischen Offizier zu ihrer Akademie »Oberst Helmut Korn« im November nach Fulda eingeladen. Daran knüpfen sich Hoffnungen, die Gründung einer katholischen Laienorganisation in den ungarischen Streitkräften beflügeln zu können.

(Christoph Auer)

¹ Ungarn hat 10,85 Mio. Einwohner (2005), von denen 74,35 % einer christlichen Kirche/Gemeinschaft angehören. Einzelheiten zur gesellschaftlichen Situation, zur Religions-/Konfessionszugehörigkeit siehe nebenstehenden Beitrag, S. 109 f.



Gemeinsame Kranzniederlegung des Internationalen Sachausschusses (IS) und der ungarischen Gastgeber am 18. Mai 2007 auf dem Soldatenfriedhof Veszprém.

– v.l.: RegDir Kerstin Pilz, BMVg-RI4; MilPfr Dr. Damian Slaczka, StOPfr Waldürn u. Geistl. Beirat deutscher Anteil AMI; OTL Hanko Baumann, Rüll4; HFw Andreas Koppers, NATO JALLC Portugal; OTL Christoph Auer, Vorsitzender IS; HFw Dieter Scherer, MilAttStab der dt. Botschaft in Budapest; Oberstleutnant Kóczán, Kath. Militärdekan für die Region Budapest; Maj. Andreas Preuss; Oberst a.D. Kovács, ung. Organisator des Treffens; OTL Biviwecz; Oberst i.G. Reinhard Kloss, Präsident Apostolat Militaire International (AMI); Pfarrer von Veszprém und OFw Stefanie Linnemann, BwKrHs Hamburg. (Foto: C. Auer)

EUROPA – UNGARN:

Zwischen Romantik und Realität

Probleme des gesellschaftlichen Wandels
in einem mitteleuropäischen Land

VON CHRISTOF DAHM

Zu den Nachbarländern in Mittel- und Osteuropa, zu denen die meisten Deutschen ein recht unbefangenes Verhältnis haben, gehört Ungarn. Zwischen Paprika und Piroshka, Zigeunermusik und Operettenseligkeit gibt es allerdings dermaßen viele Klischees, dass das wirkliche Ungarn Mühe hat, sich einigermaßen wirklichkeitsgetreu darzustellen.

Zugegeben: Der durchschnittliche Deutsche lernt Ungarn als Tourist kennen, und die Tourismusbranche spielt nun einmal mit Klischees. Hier wie überall bleibt der erste Blick oberflächlich und unscharf. Geschichte und Kultur weisen Ungarn als Sonderfall aus: Angefangen von der Zugehörigkeit zu einer besonderen Sprachgruppe über die mühsam erkämpfte Rolle des »Juniorpartners« in der Habsburger-Doppelmonarchie bis hin zu der eigenwilligen Form des real existierenden Kommunismus, die man in Westeuropa zuweilen spöttisch mit »Gulaschkommunismus« umschrieben hatte. Vielen Deutschen und noch mehr Österreichern ist außerdem wohl noch das Jahr 1956 in Erinnerung, das Jahr des erfolglosen Aufstandes, der »Revolution« in Ungarn (so die dortige Bezeichnung) gegen die sowjetische Vorherrschaft.

Das Trauma von »Trianon«

Oft wird aus west- oder auch gesamteuropäischer Sicht ein historisches Datum unterschätzt – wenn nicht ganz unterschlagen –, das das Selbstverständnis Ungarns und der Ungarn als Nation durch das 20. Jahrhundert hindurch geprägt hat und bis in die gesellschaftliche und politische Gegenwart nachwirkt: Es ist das Trauma von »Trianon«, der Zerschlagung des alten Königreichs Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg. Damals verlor Ungarn etwa 75 Prozent seines Staatsgebiets und 60 Prozent der Bevölkerung an die Nachbarstaaten. Das von den alliierten Siegermächten seinerzeit verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker, das vor allem auf die Nationale Unabhängigkeit der Völker von Österreich-Ungarn zielte, verkehrte sich ins Gegenteil und führte dazu, dass seither fast jeder vierte Ungar außerhalb des Landes Ungarn in einem Nachbarstaat lebt. Die größten ungarischen Minderheiten weisen Rumänien (über zwei Millionen) und die Slowakei (über 500.000) auf; in beiden Fällen ungefähr zehn Prozent der Gesamtbevölkerung.

Demokratie bewohnbar machen

»Trianon« und der damit verbundene Ruf »Nem, nem, soha!« (»Nein, nein, niemals!«) prägte die ungarische Politik der Zwischenkriegszeit. In der kommunistischen



Ungarn nach google-earth-Satellitenbild
aus ~ 600 km Höhe gesehen

Zeit war eine Anknüpfung daran unmöglich. Innerhalb des Ostblocks gab es der offiziellen Doktrin zufolge weder Nationalitätenprobleme noch Revisionsansprüche. Umso auffälliger war es dann 2006, als anlässlich der Gedenkfeiern für den niedergeschlagenen Aufstand von 1956 verstärkt Fahnen des alten Königreichs Ungarn und Karten mit »Großungarn« in den Grenzen von 1914 auftauchten. Der Historiker Árpád v. Klimó schreibt: »In den meisten Fällen mag es sich auch eher um harmlose Nostalgie handeln, um eine Sehnsucht nach dem Habsburgerreich, das immerhin weniger Leid über seine Bewohner gebracht hatte als die Nachfolgestaaten ... In wenigen Fällen ist jedoch ein gefährlicher Nationalismus zu konstatieren ... Dieses Symptom offenbart die Schwierigkeit, sich aus einer Diktatur in eine Demokratie zu verändern, die vielen als unbequem, ungerecht, fremd, kalt, unbewohnbar vorkommt. An der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten liegt es, die Demokratie bewohnbar zu machen.«

Enttäuschte Träume

Diese Folgerung muss nachdenklich stimmen: Unsicherheit der Demokratie in Ungarn? Solche Urteile hört man doch eher über Länder wie Serbien, Rumänien oder Bulgarien. Aber Ungarn? Hier wie in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks sind solche verkündeten Erinnerungen an eine bessere Vergangenheit Symptome einer tiefer liegenden Verunsicherung. Eine der profiliertesten Stimmen der katholischen Kirche Ungarns, Erzbischof Erzsébet Várszegi OSB von Pannonhalma, äußerte sich dazu kürzlich in einem Interview für die Zeitschrift OWEP: »Die ungarische Gesellschaft kannte vor und nach 1945 weder genügend Freiheit noch das Ziel der Freiheit. Daher befindet sich Ungarn – in dieser Hinsicht in einer ähnlichen Lage wie die anderen postkommunistischen Staaten – in gesellschaftlich-ökonomischer wie auch in humanpsychischer Hinsicht in einem Zustand schmerzlichen Erwachens, einer Ernüchterung, die (ab und zu) auch einen hohen Grad der Enttäuschung, nicht selten der Verbitterung erreicht ... Viele meiner Landsleute leben in einer falschen Traumwelt ... Wir sind unserer Freiheit, unseren Chancen, aber eben auch der damit un-

trennbar verbundenen Verantwortung nicht gewachsen. Uns wird ein ‚Wohlstand‘ und eine ‚glücklichere Welt‘, vor allem auf ökonomischer Basis versprochen, aber die geistig-spirituellen Grundpfeiler dieser neuen Welt fehlen weithin. Auch bei uns wird sehr oft über ‚Wirtschaftsgemeinschaft‘, aber weit weniger über ‚Wertegemeinschaft‘ gesprochen. Obwohl wir auf dem Gebiet der Wirtschaft Entwicklungen gemacht haben, fühlen wir uns dennoch frustriert, enttäuscht, besonders wenn wir nach Westen schauen.«

eine säkularisierte Gesellschaft ist, nur auf eine andere Art und Weise verweltlicht als andere Teile Europas. Wir meinen, wir seien noch eine Volkskirche, aber das sind wir nur noch in Rudimenten.« Die Kirche Ungarns kämpft also mit ähnlichen Problemen wie die Kirche in anderen Transformationsländern, etwa Polen und der Slowakei – mehr noch: Ungarn ist in weiten Teilen, ähnlich wie Westeuropa, wieder ein Missionsgebiet geworden. Wie der Religionssoziologe András Máté-Tóth empirisch festgestellt hat, ist das

heutige Ungarn auch ein Tummelplatz esoterischer Praktiken aller Art – ein typisches Zeichen »post moderner« Gesellschaften. Wie in Westeuropa breitet sich einerseits der Markt der Religionen bzw. der Sinnangebote aus, andererseits bildet sich eine »Leuterreligion« heraus, bei der sich die Menschen nach eigenem spirituellem Geschmack ihren »Religionscocktail« mischen.

Typisch für ehemaligen Ostblock

So ist die gegenwärtige soziopolitische Lage Ungarns in gewisser Weise einmalig, aber auch wieder typisch für die Länder des ehemaligen Ostblocks. Wer sich darüber vertieft informieren möchte,

kann zum neuesten Heft der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven (OWEP) greifen. Nr.2/2007, vor wenigen Tagen erschienen, widmet sich schwerpunktmäßig dem Thema »Ungarn«. Dort finden sich auch die oben zitierten Beiträge im Volltext sowie weitere Artikel zur Geschichte, kirchlichen Situation, Kultur und Literatur Ungarns. Ein eigener Beitrag ist der Projektarbeit von Renovabis in Ungarn gewidmet.

Dr. Christof Dahm, Mitarbeiter von Renovabis, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, und Redakteur der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven (OWEP).

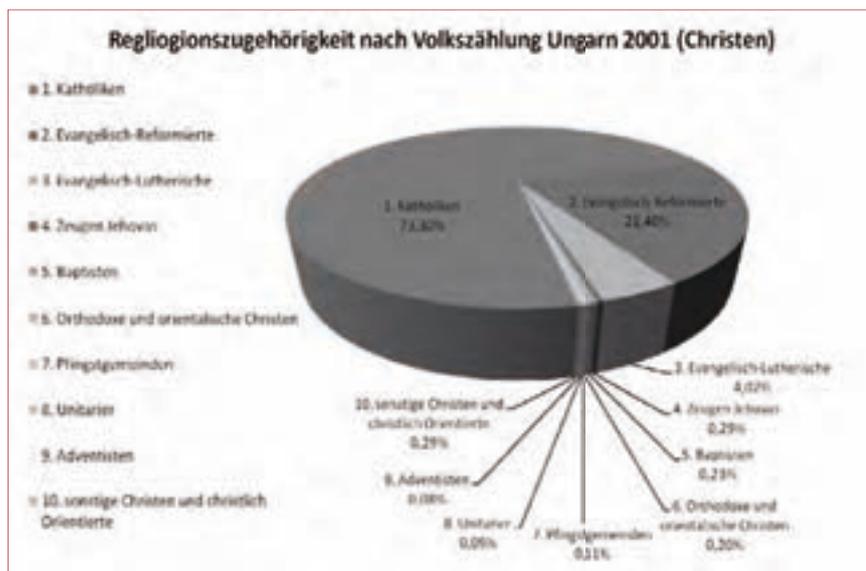
OWEP erscheint seit dem Jahr 2000 viermal jährlich und wird von Renovabis und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken gemeinsam herausgegeben. Hauptartikel, Reportagen, Interviews, Porträts und Dokumente vermitteln in lockerer Abfolge breitgefächerte Informationen zu den gesellschaftlichen Entwicklungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Weitere Hinweise, Artikel zum Herunterladen und Möglichkeiten zur Aufnahme eines Abonnements finden sich auf der homepage <www.owep.de>.

(aus: SALZkörner, 29. April 2007)



Ein Missionsland

Die Entwicklung Ungarns seit 1989 ist also trotz der andgedeuteten Besonderheiten im Blick auf die Minderheitenproblematik nicht als singular einzustufen. Die Ursachen für die Unsicherheiten liegen in den Verwerfungen der Geschichte. Auch die katholische Kirche, zu der sich bis heute noch immer über die Hälfte der Bevölkerung Ungarns bekennt, muss sich mit den Problemen der Vergangenheit auseinandersetzen, wirken diese doch, wie Erzabt Asztrik Várszegi fortfährt, bis heute nach: »Trotz eines lebendigen und gläubigen Kerns unserer Kirche sind wir mancherlei Irrtümern erlegen. Wir haben weitgehend nicht wahrhaben wollen, dass auch unsere Gesellschaft



Einladung zum 11. Seminar der GKS-Akademie »Oberst Helmut Korn«

EINSTIMMUNG

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda vom 12. bis 16. November 2007 (Montag bis Freitag) das 11. Seminar ihrer AKADEMIE OBERST HELMUT KORN durch.

Das Thema lautet:

ETHISCHE FORDERUNGEN AN DEN BERUF DES SOLDATEN ALS FRIEDENSDIENST – AUCH »IM EINSATZ«

Das Seminar befasst sich mit Fragen der Ethik aus theologisch-philosophischer Sicht im Hinblick auf den Beruf des Soldaten. Gesichtspunkte der Friedensethik und deren praktische Umsetzung sollen hierbei besonders behandelt und diskutiert werden. Im Vordergrund steht die grundsätzliche Fragestellung: »Gibt es eine spezielle Ethik für den einzelnen Soldaten im Einsatz?« Dabei ist zu prüfen,

- ob die Anwendung und Befolgung einer solchen »EINSATZ-ETHIK« auf der Grundlage der in der Bundeswehr bewährten Führungslehre der »INNEREN FÜHRUNG« bei internationaler militärischer Zusammenarbeit Anwendung finden kann;
- inwieweit eine Umsetzung unserer Befehlsgebung und Auftragstaktik im unmittelbaren Verbund mit den Kameraden aus anderen Nationen praktisch und rechtlich möglich ist.

Grundlage hierfür ist die Vorbereitung aller Führer und Soldaten für den Einsatz. Neben der praktischen Ausbildung, die inzwischen perfektioniert durchgeführt wird und sich an aktuellen Gegebenheiten orientiert, muss der Schwerpunkt der mentalen Vorbereitung in der Auseinandersetzung mit politischen, ethischen, ethnischen und rechtlichen Bedingungen liegen.

Bei allen Fragen und Diskussionen dieser Woche wird es eine Fokussierung auf die grundsätzliche Fragestellung geben: »IST DER ETHISCH GEBILDETE SOLDAT – BASIEREND AUF DEM CHRISTLICH-ABENDLÄNDISCHEN WELT- UND MENSCHENBILD –, DER SEINE ENTSCHEIDUNGEN AUS GEWISSENSGRÜNDEN TRIFFT, IM EINSATZ DER LEISTUNGSFÄHIGERE UND IN GRENZERFAHRUNGEN DER DURCHHALTUNGSFÄHIGERE ODER IST ER STATT DESSEN DER (MILITÄRISCH) SCHWÄCHERE SOLDAT?«

Nach allen Vorträgen wird es ausreichend Zeit für Nachfragen und zur Aussprache geben.

The flyer features the GKS logo (a red cross with 'GKS' inside) at the top right. Below it, the text reads: 'Ethische Forderungen an den Beruf des Soldaten als Friedensdienst – auch „im Einsatz“'. On the left, a curved banner contains the text 'GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN'. The main title of the seminar is '11. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn', followed by 'PROGRAMM' and the dates '12. bis 16. November 2007'. At the bottom right, the logo of 'Bonifatiushaus Fulda' is visible.

Das Faltblatt mit den hier abgedruckten Informationen zur GKS-Akademie incl. Anmeldekarte ist erhältlich bei den Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge, den örtlichen Vorsitzenden und Ansprechpartnern der GKS.

Absender		Bitte mit 43 ct ausreichend Barkleien
Name	Vorname	
Geb.-Datum	Dstgrd	
Erreichbarkeit:		
dienstlich: Postanschrift Truppenteil/Dienststelle, Tel/Fax/eMail		Antwortkarte
privat: Anschrift, Tel/Fax/eMail		
		Bundesgeschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Postfach 64 02 32 10048 Berlin

ANMELDUNG

PROGRAMM

Montag, 12. November

- bis 14:00 Anreise – 14:30 Kaffee
- 15:00 Begrüßung, Einführung in das Seminar, Vorstellung des Hauses, Organisation
- 16:00 »Die Gemeinschaft Kath. Soldaten (GKS), ein kath. Verband in der Bundeswehr«, Bundesvorsitzender OTL Paul Brochhagen
- 17:00 »Spirituelle Aspekte und persönliche Hilfestellung im Dienstalltag des Soldaten«, MD Hans Meyer Geistlicher Beirat der GKS
- 18:00 Abendessen
- 19:00 »Die Grundzüge der Friedensethik und die aktuellen Einsätze der Bundeswehr – eine ethische Bewertung«, Vortrag als offene Veranstaltung des Bonifatiushauses mit Gästen, PD Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg
- anschl. gesellige Kennenlern-Runde

Dienstag, 13. November

- 07:45 Frühstück
- 08:30 Hl. Messe in der Kapelle des Bonifatiushauses
- 09:30 »Gibt es aus theologisch-philosophischer Sicht eine spezielle Ethik des Soldatenberufes?«, Vortrag mit Aussprache, Msgr. Prof. Dr. theol. Peter Schallenberg, Theologische Fakultät Fulda
- 11:15 »Die Bedeutung ethischer Leitlinien auf der Basis christlicher Werte, aufgezeigt an Hand von Grenz- und Konfliktsituationen«, Oberst i.G. Reinhard Kloss, RefLtr PSZ, Präsident Apostolat Militaire International (AMI)
- 15:00 Führung zum Bonifatiusgrab, durch Dom und Michaelskirche
- 17:00 Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Gerhard Möller, im Stadtschloss; anschl. Schlossführung
- 18:30 Abendessen
- 19:30 »Ethische und professionelle Motive im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime – ein praktisches Beispiel«, Oberst Dr. Winfried Heinemann, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam

Mittwoch, 14. November

- 07:30 Hl. Messe mit Domkapitular Prälat Martin Schmidt, Generalvikar Bistum Fulda, anschl. Frühstück
- 09:00 »Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit, Geschlechterkulturen benachteiligungsfrei gestalten – eine ethische Dimension zwischen Mann und Frau?«, Dr. Peter Döge, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung, Berlin
- 11:00 »Ethische Dimension und Militärische Führung im internationalen Kontext – persönliche Erfahrungen in nationalen und internationalen Verwendungen«, Generalleutnant Karl-Heinz Lather, Commander, Allied Land Component Command, Headquarters Heidelberg
- 15:00 »Die Bedeutung des Unterrichtsfaches Ethik in der Bundeswehr aus nationaler und internationaler Sicht – eine kritische Bestandsaufnahme«, Generalleutnant Wolfgang Korte, Director Joint Warfare Center, NOR
- 17:00 Imbiss
- 17:30 »Die Kardinaltugenden und die Einsatzbereitschaft des Soldaten« – eine kritische ethische Reflexion aus der Sicht des Militärbischofs«, Dr. Walter Mixa, Diözesanbischof von Augsburg u. Kath. Militärbischof
- 19:30 Empfang des Kath. Militärgeneralvikars Prälat Walter Wakenhut aus Anlass des 11. Seminars der GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn

Donnerstag, 15. November

- 07:30 Eucharistiefeier, Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 08:45 Frühstück
- 09:30 Exkursion auf den Spuren der hl. Elisabeth von Thüringen zur Wartburg bei Eisenach.
- ca. 19:00 nach Rückkehr Abendessen im Bonifatiushaus

Freitag, 16. November

- 08:00 Frühstück
- 09:00 Hl. Messe zum Abschluss des Seminars
- 10:00 Auswertung der Woche, Impulse für das 12. Seminar 2009
- 11:00 Schlusswort u Verabschiedung, anschl. Abreise

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Betr.: GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

Hiermit melde ich mich verbindlich zur Teilnahme am 11. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn vom 12. November bis 16. November 2007 zu den im Einladungsprospekt genannten Bedingungen an.

Eintreffen in Fulda am _____ um _____ Uhr,
 mit DB: ja nein, hierfür benötige ich von der GKS eine Anforderung
 für die Fahrkarte: ja nein (X für zutreffend)

mit privatem Pkw
 Übernachtung von _____ bis _____

Bemerkungen: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

ANMELDUNG

ORGANISATION

Zielgruppe: Offiziere und Offizieranwärter,
Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Anmeldung:

- ab April 2007 bis spätestens 15. Oktober 2007
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim Bundesgeschäftsführer der GKS
Am Weidendam 2, 10117 Berlin
Tel: 030-20619990, Fax: 030-20619991
Email: GKS.Berlin@online.de
- mit folgenden Angaben:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax/Email;
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.

Kostenbeitrag:

Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben.

Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche gestaffelte Tagessatz für vier Tage erhoben:

– Wehrsoldempfänger	4 x 5,00 =	EUR 20,00
– bis Bes.Grp A8	4 x 7,00 =	EUR 28,00
– Bes.Grp A9-A12	4 x 11,00 =	EUR 44,00
– Bes.Grp A13-A15	4 x 13,00 =	EUR 52,00
– ab Bes.Grp A16	4 x 17,00 =	EUR 68,00

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Das Seminar ist eine Veranstaltung der Kath. Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (SUV - ZDv 14/5, F511, Nr. 78 u. 79 Abs. 1) beantragen.

Bekleidung während des Seminars:

Dienstanzug »Grundform« ggf. mit Pullover, zum Ausflug zusätzlich Mantel und Handschuhe; zum Empfang am Mittwoch Ausgehanzug mit Diensthemd (Ärmel lang) und Krawatte.

An- und Abreise:

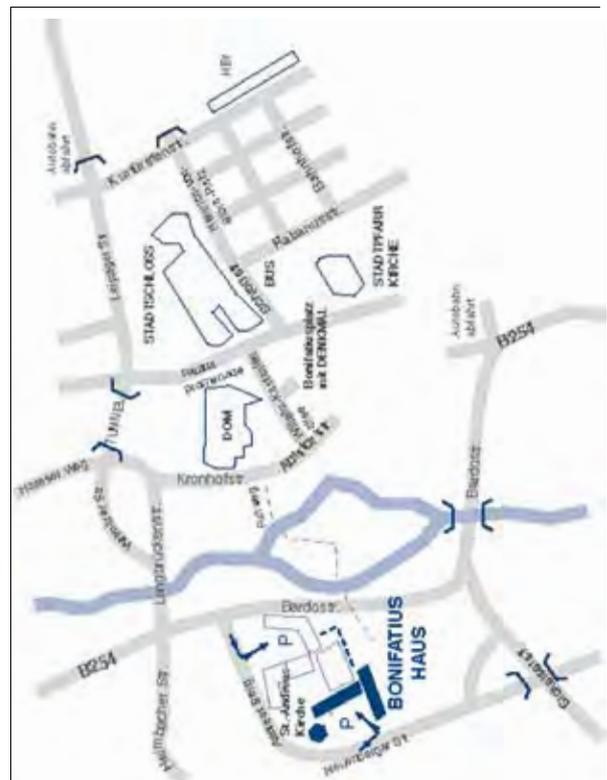
Die Anreise soll mit dem Zug bis Fulda Hbf. erfolgen.

Die Teilnehmer erhalten hierzu – auf Antrag – von der GKS eine Bahnfahrkarte 2. Klasse gestellt. Bitte vermerken Sie Ihren Fahrkartenwunsch in der Anmeldung. Die Fahrkarten werden über ein Großkundenabonnement bereitgestellt. Bei »Selbstkauf« der Fahrkarte können daher nur 80 % des Kaufpreises erstattet werden.

Das Bonifatiushaus erreicht man ab Hauptbahnhof zu Fuß in ca. 20 Min. oder vom Busterminal (schräg ggü. dem oberem Ausgang) aus mit der Linie 3 Richtung Maberzell/Bimbach im 30-Minuten-Takt.

Bei Benutzung von Privat-Pkw kann auf Antrag eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,10 EUR/km bis zur Höhe der Kosten einer Bahnfahrkarte 2. Klasse im Großkundenabonnement erstattet werden. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

Anfahrt über BAB A7 bis ASt Fulda-Nord oder aus Richtung Frankfurt ASt Fulda-Süd.



Hinweis:

Anmerkung zum Thema und Referenten am
Mittwoch, 14. November, 09:00 Uhr,
»Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit,
Geschlechterkulturen benachteiligungsfrei gestalten –
eine ethische Dimension zwischen Mann und Frau?«;
Dr. Peter Döge, IAIZ Berlin,
finden Sie auf den Seiten 114 u. 115.

Was hat die »Ethische Dimension zwischen Mann und Frau« mit dem 11. Seminar der GKS-Akademie zu tun?

Beim Studium des Seminarprogramms stolpert der Leser über das Thema des Mittwochvormittags, fällt es doch aus dem Rahmen. Es lautet: »VON DER GLEICHSTELLUNG ZUR GLEICHWERTIGKEIT. GESCHLECHTERKULTUREN BENACHTEILIGUNGSFREI GESTALTEN – EINE ETHISCHE DIMENSION ZWISCHEN MANN UND FRAU?«. Referent ist Dr. Peter Döge, Sozialwissenschaftler und Leiter des Berliner Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung (IAIZ). So überraschend dieses Thema auf den ersten Blick anmutet, wird der Bezug zum Leitthema, den »ethischen Anforderungen zum Beruf des Soldaten als Friedensdienst – auch im Einsatz« deutlich, wenn man die Fragestellung, auf die das Seminar abheben soll, betrachtet. Diese lautet nämlich, wie es in der Einleitung formuliert ist: »IST DER ETHISCH GEBILDETE SOLDAT – BASIEREND AUF DEM CHRISTLICH-ABENDLÄNDISCHEN WELT- UND MENSCHENBILD –, DER SEINE ENTSCHEIDUNGEN AUS GEWISSENSGRÜNDEN TRIFFT, IM EINSATZ DER LEISTUNGSFÄHIGERE UND IN GRENZERFAHRUNGEN DER DURCHHALTUNGSFÄHIGERE ODER IST ER STATT DESSEN DER (MILITÄRISCH) SCHWÄCHERE SOLDAT?« Da ist es sinnvoll – angesichts zahlreicher durch die besonderen Belastungen des Dienstes (einsatzbedingt) scheiternder Soldatenehen –, die ethische Dimension des Verhältnisses von Mann und Frau zu erörtern.

Im Folgenden stellt Dr. Döge in einem kurzen Beitrag die Arbeit des Instituts vor. Ein Blick ins Internet bei <google.de> fördert eine Fülle von Informationen zutage, von denen nachstehend nur ein kleiner Ausschnitt präsentiert wird. Schließlich stellt Dr. Martin Hochholzer, Referent der Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen (Fulda) ein Buch von Peter Döge mit dem Titel »Männer – Paschas und Nestflüchter vor«. AUFTRAG hofft, dass damit eine gesunde Neugierde auf den Referenten und seinen Vortrag geweckt wird.



Zukunftsfähig in einer offenen und dynamischen Welt

Die Arbeit des Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V.

Das im Jahr 1992 in Berlin als eingetragener Verein gegründete IAIZ ist eine unabhängige und ausschließlich über Beiträge, Spenden sowie Drittmittel finanzierte Forschungs- und Beratungseinrichtung. Das IAIZ ist organisiert als »Institut ohne Raum«, das heißt, es verfügt zwar über eine Geschäftsstelle, weist aber keinen festen Personalbesatz auf. Das IAIZ arbeitet ausschließlich mit (festen) freien Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

Im Zentrum der Arbeit des IAIZ steht das Wechselverhältnis von sozialer Innovation und organisationaler Zukunftsfähigkeit: Wie können Organisationen, Gruppen und Projekte in einer dynamischen und unbestimmten Umwelt auf Dauer erfolgreich bestehen?

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt aus einer interdisziplinären Perspektive. Sie integriert Ansätze der sozialwissenschaftlichen Organisations- und Innovationsforschung mit Ergebnissen der Evolutions- und Neurobiologie sowie der Chaos- und Komplexitätsforschung. Hiervon ausgehend werden aus einer anwendungsorientierten Perspektive Veränderungspotenziale identifiziert, Zielkorridore bestimmt und Umsetzungsstrategien entwickelt. Dabei orientiert sich das IAIZ an den Leitbildern: Offenheit und Vielfalt. Denn Organisationen werden nur dann zukunftsfähig sein, wenn sie in der Lage sind, die vorhandenen vielfältigen Potenziale

und Kompetenzen in einer offenen Kommunikationskultur flexibel zu situationsgerechten Lösungsstrategien zu bündeln. Dementsprechend bilden Fragen nach der produktiven Gestaltung von Vielfalt sowie der Gestaltung offener Kommunikationsprozesse in Organisationen, Gruppen und Projekten die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des IAIZ.

Zu den Auftraggeberinnen und Auftraggebern des IAIZ gehören Bundes- und Landesministerien, kommunalpolitische Institutionen, Gleichstellungsbeauftragte, Parteien, Stiftungen, Verbände und Gewerkschaften, Einrichtungen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsunternehmen, Kirchen sowie Wissenschaftsorganisationen.

Weitere Informationen:

Dr. Peter Döge

Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (IAIZ)

Erlengrund 1a, D - 12527 Berlin,

Fon: 030 - 283 85 717, Fax: 030 - 283 85 718,

Mail: iaiz@iaiz.de

Der Internetauftritt des Instituts <www.iaiz.de> wird zurzeit überarbeitet.

Web-Suchergebnisse

bereitgestellt durch Google

1-10 von ca. 931 Ergebnissen

1. Institut für anwendungsorientierte Innovations- und ...
Die Seite wird zurzeit überarbeitet. Bitte besuchen Sie uns später wieder. ©, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V..
<http://www.iaiz.de/>Im Cache
2. [pdf]Institut für anwendungsorientierte Innovations- und ...
IAIZ e.V. Postfach 61 02 27 D - 10923 Berlin Fon: +49 (0)30 / 283 85 717 Fax: +49 (0)30 / 283 85 718 IAIZ@IAIZ.de www.IAIZ.de.
<http://www.iaiz.de/Projekte/AuchMaennerhab...>
3. Think Tank Directory Deutschland · Institut für ...
quotemarks Das IAIZ geht allgemein davon aus, daß die Entwicklung einer ... Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung
4. Geschlechterdemokratie als Männlichkeitskritik - Aus Politi...
Anschrift: IAIZ e. V., Postfach 61 02 27, 10923 Berlin E-Mail: IAIZ@IAIZ.de Zahlreiche Veröffentlichungen zum Verhältnis von Technik-Politik-Geschlecht ...
<http://www.bpb.de/publikationen/6ZRPD5,0,0...>Im Cache
5. [pdf]Alles Gender? Alles Gender?
Im Zentrum der Arbeit des IAIZ steht die Analyse und ... Das IAIZ orientiert sich an den Leitbildern: Nachhaltigkeit, ...
<http://www.nachhaltigkeitsinitiative.de/cm...>
6. [pdf]Zentrale Ergebnisse der Studie: - Männer sind im Haus und ...
IAIZ 2006. - jenseits der Erwerbsarbeit scheinen Männer kommunikativer zu sein als ... Dr. Peter Döge, IAIZ Berlin, Fon: +49(0)30 283 85 717, pd@iaiz.de.
<http://www.chancengleichheit.uni-freiburg...>Im Cache
7. AK für interdisziplinäre Männer- und Geschlechterforschung ..
Endbericht, IAIZ-Schriften, Band 3, Berlin: Institut für anwendungsorientierte ... Ein Leitfaden für Frauen und Männer, Schriften des IAIZ, Band 2, ...
<http://www.ruendal.de/aim/portrait/doege.p...>Im Cache
8. [pdf]Institut für anwendungsorientierte Innovations- und ...
IAIZ e.V. Postfach 61 02 27 D - 10923 Berlin Fon: +49 (0)30 / 283 85 717 ... Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (IAIZ) gemeinsam mit dem Vorstandsbe- ...
<http://www.sociologie.uni-freiburg.de/krus...>
9. [pdf]Männer - weder Paschas noch Nestflüchter
von Dr. Peter Döge (IAIZ) und Dipl.-Sozialwiss. Rainer Volz (SWI-EKD) ... IAIZ - SWI der EKD. Querenburger Höhe 294 D - 44801 Bochum ...
<http://www.landeskirche-braunschweig.de/fi...>Im Cache
10. Adressreader – freier Zusammenschluß von studentInnenschaft...
IAIZ. Tempelhofer Damm 45. 12101 Berlin. PF 61 02 27. 10923 Berlin. Telefon: 030-28 38 57 17. Fax: 030-28385718. E-Mail: iaiz@iaiz.de. Web: <http://www.iaiz...>
<http://adressreader.fzs.de/index.php?entry...>Im Cache

Buchbesprechung

Peter Döge, Männer – Paschas und Nestflüchter? Zeitverwendung von Männern in Deutschland. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2006. 178 Seiten.

Was machen Männer den ganzen Tag? Insbesondere: Sind sie nicht nur im Beruf und bei ihren Hobbys zu finden, sondern auch in Haushalt und Familie?

Antworten darauf gibt die Zeitbudgetanalyse des statistischen Bundesamtes für die Jahre 2001/2002. 12600 Personen ab dem 10. Lebensjahr haben dafür an einigen Tagen akribisch ihre Tätigkeiten protokolliert. Das vorliegende Buch von Peter Döge – wahrlich kein Unbekannter in der Männerforschung – wertet nun die Daten mit Blick v. a. auf die Männer aus. Zahlen und Diagramme finden sich darinnen zuhauf. Mehr als die Hälfte des Textes sind Beschreibungen der statistischen Ergebnisse – eine eher trockene Materie, die für sich genommen nicht viel sagt.

Um auch zu einem Verständnis der Ergebnisse zu führen, ist zweierlei nötig. Zum einen muss man beachten, wie die Zahlen zustande kamen (vgl. dazu S. 19 f.). So wurden z. B. Personen bereits ab 10 Jahren befragt, und als „tatsächlich Ausübender“ gilt, wer am Untersuchungstag die entsprechende Tätigkeit mindestens 10 Minuten ausübte. Zum anderen ist es für das Verständnis der Ergebnisse entscheidend, dass diese mit anderen verglichen und in einen größeren Kontext eingeordnet werden. Dafür greift Döge auch auf eine ganze Reihe anderer Studien zurück. Gerade im 1. Kapitel zeichnet er so nach, wie die Männerforschung den „neuen Mann“ entdeckte, der sich nicht nur in den Beruf, sondern auch partnerschaftlich zu Hause in der Familie einbringt.

Aber übernehmen Männer tatsächlich auch Haushaltsarbeiten? Das 2. Kapitel – „Männer zwischen Beruf und Familie“ – geht dem

nach. Als ein Fazit stellt Döge fest, dass auch Männer ein Vereinbarkeitsproblem haben: Wenn sie ihre Arbeitszeit wegen der Familie reduzieren wollen, treffen immer noch viele auf Unverständnis.

Dennoch: Der Vergleich der Zeitbudgetanalysen von 1991/92 und 2001/02 im 3. Kapitel zeigt, dass sich etwas bewegt – wenngleich nur langsam. Die klassischen Rollenmuster sind weiterhin vorhanden. Zumindest am Wochenende scheint sich aber vielfach die neue Partnerschaftlichkeit durchzusetzen: Männer entlasten ihre Partnerinnen bei der Haus- und Familienarbeit.

Im 4. und 5. Kapitel kommt das Freizeitverhalten in den Blick – nicht nur die „klassische“ Freizeit, sondern auch Ehrenamt und soziale Aktivitäten; nur kurz wird der Bereich der Religion gestreift (S. 118).

Als ein Resümee stellt das 6. Kapitel noch einmal fest, dass Männer durchaus in Haus und Familie präsent sind. Es gibt ihn, den neuen Mann! Dennoch ist die Zeitverwendung von Männern höchst unterschiedlich. Deshalb – und damit geht Döge zu Forderungen an die Geschlechterpolitik über – ist im Sinne des „Managing Diversity“ nach Wegen zu suchen, die Männern und Frauen jeweils individuell gerecht werden.

Was lässt sich also insgesamt zu dem Buch sagen? Wer sich überraschende neue Ergebnisse erhofft, wird enttäuscht werden. Wer aber zuverlässige, detaillierte Zahlen zu einzelnen Bereichen und Entwicklungen sucht, hat in dem Buch ein kleines Nachschlagewerk parat. (Martin Hochholzer)



Kirchen im Krieg 1939-1945



Karl-Joseph Hummel, Christoph Kösters (Hrsg.): Kirchen im Krieg. Europa 1939-1945. Schöningh-Verlag: Paderborn, 2007, geb., 14 S.

Die beiden Herausgeber des Sammelbandes über »Kirchen im Krieg«, Karl-Joseph Hummel und Christoph Kösters, sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn, die von der Deutschen Bischofskonferenz getragen wird. Diese Kommission tritt seit vielen Jahren mit profilierten Beiträgen zur Rolle der katholischen Kirche in der nationalsozialistischen Ära hervor, die eine differenzierte Sichtweise der Vergangenheit ermöglichen. Dadurch sind die Grenzen kirchlicher Einflussmöglichkeiten in einem totalitären Staat nur zu deutlich geworden. Dabei wurde auch klar: Selbst wenn Papst Pius XI. oder Papst Pius XII. noch deutlichere Worte zum NS-Regime gefunden hätten – aufgehalten hätte es Hitler und seine Mannen keineswegs.

In der vorliegenden Publikation konzentrieren sich die Herausgeber auf die Jahre 1939-1945, also auf die Zeit des II. Welt-

krieges. Die zeitgeschichtliche Forschung hatte bislang vor allem den Zeitraum 1933-1939 im Blick. Dabei ging es zu fragen: Hätte sich die Judenverfolgung verhindern lassen? Hätte der Ausbruch des II. Weltkrieges abgewehrt oder verkürzt werden können? Mit dem Ausbruch des Krieges und der geheimen Wannsee-Konferenz wurden jedoch politische Zäsuren gesetzt, die alles übrige politische Geschehen überschatteten.

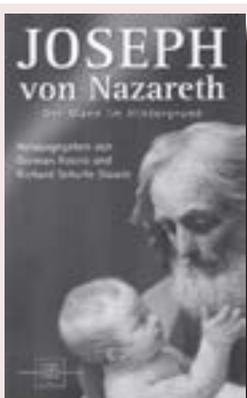
Im vorliegenden Sammelband ist für katholische Soldaten vor allem der Beitrag von Monica Sinderhof, Leiterin des Archivs des Katholischen Militärbischofs, mit dem Thema »Katholische Wehrmachtsseelsorge. Quellen und Forschungen zu Franz Justus Rarkowski und Georg Werthmann« von besonderem Interesse. Der Leser erfährt, dass ein Großteil der Akten der katholischen Feldseelsorge kriegsbedingt verloren ging. Vorhanden sind Teile von Personal- und Sachakten, die Feldgeneralvikar Georg Werthmann retten konnte. Jedoch löste Werthmann Schriftstücke der Sach- und Personalakten aus dem ursprünglichen, Faden gehefteten Aktenverbund heraus und ordnete sie entlang der Gliederung der von ihm projektierten Geschichte der Militärseelsorge in neue Zusammenhänge ein. Doch trotz starken Bearbeitungsspuren handelt es sich um die einzig erhaltene amtliche Überlieferung zur Wehrmachtsseelsorge der NS-Ära.

Rarkowski verfügte weder über ein Reife- noch ein Pfarrzeugnis, aber er wurde am 9. Januar 1893 durch den Fürstbischof von Brixen, Simon Aichner, zum Priester geweiht. Rarkowski war offensichtlich ein Kompromisskandidat zwischen der katholischen Kirche und der deutschen Wehrmacht gewesen. Rarkowski soll ein frommer, aber auch ängstlicher Mann gewesen sein, der ständig fürchtete, in Ungnade bei den Nationalsozialisten zu fallen und sein Leben in einem Konzentrationslager beenden zu müssen.

Nach außen hin loyal doch weit einflussreicher war Feldgeneralvikar Werthmann, bei dem alle Entscheidungen zu Fragen der Feldseelsorge zusammenliefen. Hinzu kam der große Altersunterschied: Rarkowski war 63 Jahre alt bei seinem Amtsantritt 1936 und 72 Jahre alt bei seinem Ausscheiden 1945. Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Rarkowski von Berlin nach Süddeutschland zurückgezogen. Die Neuordnung der Akten der Feldseelsorge des 25 Jahre jüngeren Werthmann zeugt vom engagierten Anspruch des Feldgeneralvikars, auch in schwieriger, doppelbödigter Zeit Zeugnis für Christus abzulegen. Dieser Aufsatz reiht sich ein in weitere Veröffentlichungen des Katholischen Militärbischofsamtes, etwa »Priester in Uniform« oder »Christen im Krieg«, die von Hans Jürgen Brandt herausgegeben wurden.

Der vorliegende Sammelband leistet einen Beitrag zur militärgeschichtlichen Forschung 1939-1945. Zugleich wird deutlich, dass gerade bei der Erforschung der katholischen und evangelischen Glaubenszeugen und Märtyrer aus jener Zeit noch eine große Forschungslücke besteht. Mein Buch »Ein Offizier gegen Hitler. Oberleutnant Randolph von Breidbach-Bürresheim«, welches in diesen Tagen in der Nomos Verlagsgesellschaft erscheint, schließt eine Lücke in jener Zeitperiode bei der militärgeschichtlichen Forschung. Insgesamt leistet der Sammelband eine Auseinandersetzung mit dem II. Weltkrieg, welchen es noch zu vertiefen gilt. (Andreas M. Rauch)

Heils- und Kirchengeschichte



German Rovira / Richard Schulte Staade (Hrsg.): Joseph von Nazareth – Der Mann im Hintergrund. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2007, geb., 144 Seiten.

Joseph gehört bis heute zu den beliebtesten Heiligen der Kirche. Wo immer sich sein Bild in einem Gotteshaus befindet, verweilen Menschen im Gebet davor und zünden Kerzen an.

Der hl. Joseph, so schreibt der NRW Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in seinem Grußwort, ist der Schutzpatron derer, »die oft im Abseits stehen oder nicht gesehen werden wollen: der Sterbenden und der Ungeborenen, der in Versuchung und Verzweiflung Stehenden, der Arbeitslosen und derer in Wohnungsnot. Er ist Schutzpatron derer; denen wir auch heute besonderes Augenmerk widmen wollen: der Ehepaare und Familien, der Kinder und Jugendlichen.«

Der Band versammelt aktuelle Texte über den »Mann im Hintergrund« von Papst Bene-

dikt XVI., den Kardinalen Joachim Meisner (Köln) und Georg Sterzinsky (Berlin), Bischöfen, Weihbischöfen und Priestern sowie ein Apostolisches Schreiben Papst Johannes Pauls II. und einen Beitrag des verstorbenen Theologen und Kardinals Leo Scheffczyk.

Zu den Herausgebern:

Prälat Richard Schulte Staade, Jg. 1932; Ehrendomkapitular an der Domkirche in Münster und an der Kathedrale in Luxemburg, Großarchimandrit, Patriarchal-Exarch des Patriarchates von Antiochien und des gesamten Orient; war 31 Jahre Wallfahrtsdirektor des Marienwallfahrtsortes Kevelaer (NRh).

Dr. German Rovira, Spanier, Jg. 1931 in Lhida (Spanien); studierte an der Lateranuniversität in Rom Philosophie und Theologie, promoviert in Philosophie; 1958 Priesterweihe; Spanischdozent im dt.-sprachigen Raum, Studentenseelsorger und Religionslehrer.

Schulte Staade und Rovira gründeten 1979 den Internationalen Mariologischen Arbeitskreis Kevelaer. □

Roy H. Schoeman: »Das Heil kommt von den Juden. Gottes Plan für sein Volk.«. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2007, geb. 328 Seiten.

Hat das auserwählte Volk der Juden vor 2000 Jahren seinen heilsgeschichtlichen Auftrag erfüllt, indem es in Jesus Christus der ganzen Menschheit Gottes Heil gebracht

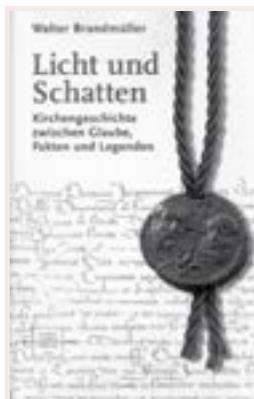
hat? Die Juden selbst lehnen Jesus als den Messias und Sohn Gottes ab. Roy Schoeman, Schüler der prominentesten US-amerikanischen Rabbinen und heute bekennender Katholik, erläutert, was vom Messias in Bibel und Talmud geschrieben steht, und deutet die weitergehende Rolle des jüdischen Volkes vor dem Hintergrund des Holocaust, des Staates Israel, des Islams und der Wiederkunft Christi am Ende aller Tage. Mit seinem Buch wirft Schoeman ein ungewohntes Licht auf die grundlegende universale Bedeutung des Judentums und stellt damit das jüdisch-christliche Gespräch auf eine neue Ebene.

Roy H. Schoeman, geb. 1951 in New York, wohin seine jüdischen Eltern aus dem nationalsozialistischen Deutschland geflohen



waren. Seine jüdische Bildung empfing er von prominenten Rabbinern wie dem strenggläubigen Arthur Hertzberg und Arthur Green, der das größte rabbinische College der USA leitete. Seine weltlichen Studien schloß er am renommierten

Massachusetts Institute of Technology und an der hochangesehenen Harvard Business School ab, wo er heute als Dozent tätig ist. Seit seiner Konversion zum katholischen Glauben betreibt er theologische Studien und widmet sich dem Anliegen, für das sein Buch steht. o



Walter Brandmüller: »Licht und Schatten. Kirchengeschichte zwischen Glaube, Fakten und Legenden«. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2007, geb. 224 Seiten.

Walter Brandmüller stellt sich in diesem Buch als Historiker der verbreiteten Kritik an Papst-

tum, »finsterem Mittelalter«, Inquisition und Kreuzzügen. Dabei geht es dem Präsidenten des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften nicht um die Schönfärbung dunkler Seiten der Kirchengeschichte, sehr wohl aber um ihre »Aufhellung« im Sinne eines vertieften historischen Verständnisses. »Der Historiker ist weder Staatsanwalt, noch Verteidiger, noch Richter. Es muß ihm um das möglichst umfassende Verstehen eines historischen Phänomens aus seinen Ursachen, Umständen und Wirkungen gehen. Dabei müssen Maßstäbe der betreffenden Epoche der Vergangenheit angelegt werden – Maßstäbe und Kategorien unserer Zeit dürfen nur mit großer Behutsamkeit ins Spiel gebracht werden«, sagt Brandmüller. Seine ehrliche Aufklärung über die Kirchengeschichte in 17 brillanten Essays zeigt auch den gewaltigen Kulturbeitrag der katholischen Kirche zur Geschichte und Identität Europas.

Prof. Dr. Brandmüller, Priester der Erzdiözese Bamberg, ist Historiker und seit 1998 Präsident des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften. □

Tugendlehre

Anselm Grün: Das Kleine Buch der Tugenden – Der Glaube, die Hoffnung und die Liebe, Pattloch Verlag, München 2007, 128 S.

Glaube, Liebe und Hoffnung nannte man früher »die drei Göttlichen Tugenden«. Für den Autor, wirtschaftlicher Leiter der Benediktinerabtei Münsterschwarzach seit 1977, sind sie einfache Wege befreit von frommen Schwulst – gut gebahnt und zuverlässig – denen man sich anvertrauen sollte, wenn man sein Glück nicht verpassen will.

Anselm Grün meint im Vorwort: Die Menschen sehnen sich danach, dass ihr Leben gelingt. Dabei werde Glück oft mit etwas verwechselt, das man machen oder kaufen könne. Glück bedeute jedoch, dass man im Einklang mit sich selbst sei. Der Weg zum wahren Menschsein führe über die Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe. Dabei greift der Benediktiner natürlich auf die biblischen Bilder für diese drei Haltungen zurück. Er versucht sie so hilfreich in das Leben hinein zu übersetzen, dass wir wirklich und erfüllt leben können. Diese Trias – Glaube, Hoffnung und Liebe – gehe auf die berühmte Stelle im Hohen Lied der Liebe zurück, das uns Paulus im 1. Korintherbrief besingt und er habe diese drei Tugenden miteinander verbunden und in vielen Formulierungen gebraucht. Offensichtlich konnte Paulus die Haltung der Christen dadurch am besten beschreiben. Die frühe Kirche habe diese drei Tugenden übernommen. Für Thomas von Aquin sind diese drei Tugenden im Menschen angelegt und daher göttlich.

Nach Grün zeige der Glaube eine Grundbefindlichkeit des Menschen. Er beziehe sich jedoch nie nur auf Gott, sondern auch auf den Menschen. So sei der Glaube der Grund, auf dem unser Leben beruhe und auf dem ein gutes Miteinander mit den Menschen erst möglich werde. Hoffnung sei auch beides: eine menschliche Haltung und ein Geschenk Gottes. Und Hoffnung beziehe sich auf den Menschen und auf Gott. Wenn ich Hoffnung

in mir habe, gebe ich mich selbst nicht auf. Und es gebe Menschen, die sich mit der Hoffnung schwer tun. Da sei es wichtig, auch um die Hoffnung zu beten, sie als Geschenk von Gott her anzunehmen. Die Gnade Gottes stärke die Hoffnung, die in meiner Seele angelegt ist. Die gleiche Spannung werde bei der Liebe wahrgenommen. Jeder Mensch habe Liebe erfahren, ohne jede Liebe sei niemand in die Welt gekommen und aufgewachsen. Er wisse im Tiefsten, was Liebe ist und in jedem Menschen bestehe zumindest die Sehnsucht nach Liebe. Die Liebe sei die Tugend, die uns mit dem Menschsein gegeben sei, aber gleichzeitig sei sie ein Gnadengeschenk Gottes. Paulus beschreibt sie als eine Gabe, die Gott uns Menschen gibt und die unser Leben verwandelt.

Die Gedanken über die drei Tugenden sollen uns mit dem in Kontakt bringen, was schon in uns als Quelle des Lebens ist. »Aber manchmal brauchen wir einen Anstoß von außen, damit die Quelle wieder lebendiger in uns strömt und alle Bereiche unseres Leibes und unserer Seele durchfließt«, folgert der Buchautor.

Den Abschnitt Glauben beginnt er mit der Feststellung: »Wenn wir einander nicht glauben würden, wäre das Miteinander sehr schwierig. Es würde nur Misstrauen herrschen. Zum Glauben gehört das Vertrauen.« Der Glaubende sei der, der an Gott glaube. Damit setze er mitten in dieser Welt auf etwas, das diese und somit die Vernunft übersteige. Die Theologen seien sich darin einig, dass Glaube nicht in erster Linie ein Fürwahrhalten von Tatsachen sei, sondern ein Vertrauen gegenüber Gott ist. Glauben bedeutet das Gute sehen. Denn es gehe darum, Gott in allem zu sehen. Das Gute könne ich nur sehen, wenn ich glaube, dass Gott in allem sei, wie es auch der Hl. Benedikt verstanden habe. Im Kapitel Glauben als Umdeuten will er den Leser provozieren, einmal anders über den Glauben nachzudenken. Unter dem Titel Glauben als fest stehen, kommt Anselm Grün

zu dem Schluss: »Wer im Glauben fest steht, der lässt sich nicht so leicht von den Gefahren oder einem drohenden Unheil umwerfen.« Anschließend geht er auf die Aussagen zum Glauben im Johannesevangelium ein, wirft einen Blick auf den Glauben als Quelle der Heilung sowie auf die Aussage: »Glaube, der Berge versetzt.« Danach betrachtet er die Auswirkungen des Glaubens bei Abraham, Jesus und Maria.

An den Anfang des Abschnitts Hoffnung stellt der Benediktiner die Konstitution »Gaudium et spes« des II. Vatikanischen Konzils, die mit den Worten beginnt: »Freude und Hoffnung, Bedrängnis und Trauer der Menschen von heute, besonders der Armen und Notleidenden aller Art, sind zugleich auch Freude und Hoffnung, Trauer und Bedrängnis der Jünger Christi.« Und er zitiert den evangelischen Theologen Jürgen Moltmann für den sei das Kreuz die Hoffnung der Erde. Es zeige, dass sich die Hoffnung der zerstörten Erde und der geschundenen Menschen annehmen müsse. In zehn Kapiteln beleuchtet er dann die Hoffnung von verschiedenen Seiten wie u.a. Hoffnung als Tugend, die Philosophie der Hoffnung, der Anker der Hoffnung (Hebräerbrief), Hoffnung bewirkt Geduld, der Grund unserer Hoffnung: die Auferstehung Jesu und der Gott der Hoffnung. Grün schreibt dann: »So gipfelt die christliche Hoffnung in der Gewissheit: Ganz gleich, wie die äußere oder innere Welt sich entwickelt, selbst wenn alles an ein Ende kommt, selbst wenn alle Sterne vom Himmel fallen und keine Hoffnung mehr in mir zu sein scheint: das ist nicht das Ende. Das Ende wird vielmehr sein, dass Christus selber kommt, das Lamm, das uns zur Hochzeit lädt.«

Den letzten Abschnitt Liebe beginnt der Autor mit der Aussage, über kaum ein anderes Wort werde mehr geschrieben und gesprochen als über Liebe. Doch jeder verstehe unter der Liebe etwas anderes. Liebe sei für viele zu einem verbrauchten Wort geworden. Andere fühlten sich verletzt durch zu abgehobene Worte über die Liebe, die sich nicht mit ihren Erfahrungen deckten. Sie hätten die Brüchigkeit ihrer Liebe erkannt. Sie hätten alle Hoffnung auf die Liebe gesetzt und seien dann bitter enttäuscht worden. Grün erläutert in den folgenden Kapiteln – wie z.B. Sehnsucht nach Liebe, Lieben = gut umgehen, Liebe Deinen Nächsten, sich selbst lieben, Gott lieben, Gottes Liebe zu uns und Die Liebe glaubt alles und hofft alles – das Wesen der Liebe unter verschiedenen Gesichtspunkten. Und er schließt sein Buch mit der Botschaft: »Wenn wir in Gottes Herrlichkeit sind, werden Glaube und Hoffnung vergehen. Da wird nur noch die Liebe sein. Wir werden ganz und gar Liebe sein und in der Liebe in Gott für immer wohnen«. Den Abschluss des kleinen Werkes bildet ein kurzes Literaturverzeichnis.

Der Autor hat es sehr gut verstanden, seine Gedanken in klarer und verständlicher Sprache nieder zu schreiben, so dass die Zeilen von jedem gut zu lesen und zu verstehen sind. Dabei hat er sich mit biblischen Querverweisen zurückgehalten, so dass der Lesefluss nicht beeinträchtigt wird. Außerdem hat er in den einzelnen Kapiteln auch weltliche Aussagen zu den Tugenden zitiert. Insgesamt ein empfehlenswertes Werk, das zum Nachdenken, aber auch Verschenken anregt. (bt)

Termine 2. Halbjahr 2007

- 30.08.07 Verwaltungsrat Kath. Soldatenseelsorge
 20.08.07 EA-Sitzung, Bonn
 04.-08.09. 3. Europ. Ökumen. Versammlung, Sibiu/ROM
 15.-17.09. Vorkonferenz zur WdB, Augsburg-Leitershofen
 16. u. 20.09. BV-Sitzung in Augsburg-Leitershofen
 17.09.-22.09. WdB, Augsburg-Leitershofen
 17.09. 65. Geburtstag MGv Prälat Wakenhut
 19.-22.09. GKS-BuKonf, Augsburg-Leitershofen
 21.09. Mitgliederversammlung FGKS e.V.
 22.09. Mitgliederversammlung GKS e.V.
 11.10. 4. Soldatenfußwallfahrt, Kloster Wechselburg/Sachsen
 18.10. Vorstandsgespräch GKS u. pax christi, Bonn
 22.-26.10. 52. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge in Bensberg
 24.-28.10. Seminar 3. Lebensphase Nürnberg
 26.-27.10. Herbsttagung Justitia et Pax in Berlin
 03.11.07 Vorstandssitzung ZV in Berlin
 12.-16.11. 11. Seminar GKS-Akademie »Oberst Helmut Korn«, Fulda
 16.11. BV-Sitzung in Fulda
 23.-24.11. VV ZdK, Bad Godesberg
 28. o. 29.11. Vorstandsgespräch GKS u. BDKJ, Bonn
 29.11. Verwaltungsrat Kath. Soldatenseelsorge
 06./07.12. 40 Jahre Justitia et Pax, Bad Honnef

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/Familienwochenenden

KLMD Kiel/Glücksburg/GKS Nord/Küste

09.-11.11. AK II, Breklum bei Husum

KLMD Hannover/GKS NS-Bremen

09.-11.11.07 AK in Duderstadt, gem. mit KLMD Erfurt

GKS Nordrhein-Westfalen

- 30.09.-05.10. GKS-NRW: Familienwerkwoche in Kirchhundem-Rahrbach
 09.-11.11. AK II, gem. mit KLMD Koblenz

GKS Rhld-Pfalz/Hessen/Saarland

07.-09.12.0 BK, Kloster Maria Engelport

KLMD München/Sigmaringen

GKS Bayern u. Bad-Württemberg

16.-18.11. AK II in Wertach

KLMD Erfurt/GKS Bereich Ost

09.-11.11. AK in Duderstadt, gem. mit KLMD Hannover

GKS-Sachausschüsse

SA »Innere Führung«

17.09., 26.11. im Albertinum, Bonn

SA »Sicherheit und Frieden«

19.10. im Albertinum, Bonn

Internationaler SA

- 03.-08.09. AMI-Konferenz, Schweiz
 09.-11.10. IS-Sitzung in Berlin

Vorschau 2008

- 11.01.08 Jahresempfang MGv für Vorst. ZV u. EA
 12.-01.08 ZV-Vorst.-Sitzung, Berlin
 12.01.08 EA-Sitzung, Berlin
 29.02.08 Frühjahrssitzung Justitia et Pax, Bonn
 09.-11.04.08 Haupttagung GKMD, Fulda
 16.-20.04.08 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 21.-27.05.08 50. Int. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes
 20.-21.05.08 VV ZdK, Osnabrück
 21.-25.05.08 97. Dt. Katholikentag, Osnabrück
 04.-08.06.08 II. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
 07.06.08 ZV-Vorst.-Sitzung, Berlin
 12.06.08 25. Todestag von Oberst Dr. H. Korn
 20.-22.06.08 BV-Sitzung, IThF Hamburg
 15.-20.07.08 Weltjugendtag, Sydney
 14.-15.09.08 Vorkonferenz zur WdB, Berlin
 15.-20.09.08 48. WdB, Berlin
 15.-18.09.08 ZV, Berlin
 17.-20.09.08 GKS-BuKonf, Berlin
 20.-24.10.08 53. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge
 22.-26.10.08 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
 15.11.08 ZV-Vorst.-Sitzung, Berlin
 21.-22.11.08 VV ZdK, Bad Godesberg

Vorschau 2009

- 15.-19.05.09 51. Int. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes
 08.-09.05.09 Vollversammlung ZdK, Bad Godesberg
 20.-24.05.09 32. Dt. Ev. Kirchentag in Bremen
 20.-21.11.09 Vollversammlung ZdK, Bad Godesberg

Vorschau 2010

- 16.-17.04.10 Vollversammlung ZdK, Bad Godesberg
 12.-16.05.10 2. Ökumenischer Kirchentag in München
 19.-20.11.10 Vollversammlung ZdK, Bad Godesberg

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung der kath. Soldaten, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Aus Lublin / Polen erreichte die Redaktion die folgende Zuschrift:

Sehr geehrter Herr Schulz,

danke schön für Ihre regelmäßige Zusendung der Zeitschrift »Auftrag«, welche mich sehr erfreut.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Janusz Marianski

Berichtigung:

Betr. Beitrag in AUFTRAG Nr.265/Ostern 2007, Seite 28 ff.: »Indonesien: Ohne Zunami kein Friedensprozess! Die Aceh Momitorimg Mission der EU (AMM) – wenig beachtet, aber erfolgreich. Ein ehemaliger Soldat berichtet von seinem Einsatz als AMM-Berater« von Günter Neuroth.

Im o.a. Beitrag heißt es auf Seite 29, linke Spalte, letzter Absatz: »Die deutsche Beteiligung bestand aus fünf Monitoren aus dem Bereich des AA, die durch das Zentrum Innere Führung rekrutiert wurden ...«. Im Manuskript hatte der Autor die Abkürzung »ZIF« verwendet, die vom bearbeitenden Redakteur mit »Zenrum Innere Führung« wiedergegeben wurde. Dazu schreibt der Verfasser:

»Das ZIF ist nicht das Zentrum Innere Führung, sondern das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in Berlin. Es rekrutiert im Auftrag des AA ziviles Personal unterschiedlichster Qualifikation (teilweise auch ohne solche) für Friedensmissionen. Die Ausbildung erfolgt kostengünstig am VN-Ausbildungszentrum der Bw in Hammelburg. Zuletzt war es in der Kritik des Bundesrechnungshofes wegen mangelnder Effizienz. Leiter ist Dr. Michael Kühner.«

Ergänzung der Redaktion: Wie schwierig und ggf. irreführend die Verwendung von Abkürzungen ist, zeigt auch ein Blick ins Internet. Wenn man dort unter <www.zif.de>

Sehr geehrte Herren, liebe Kameraden!

Die im AUFTRAG, Heft 265, abgedruckten Ausführungen zum Ableben von Obst a.D. FETTWEIS, besonders die Wiedergabe des Textes »Zum Abschied« der Tochter des Verstorbenen drängen mich, für das daraus erkennbare Gedenken aus der Erinnerung an meine auf das Jahr 1965 zurückgehende Bekanntschaft und die daraus erwachsene kameradschaftliche Beziehung zu danken. Er war es u.a. der mit Anstoßgeber für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten in Österreich in der dann gewählten Form war. Seine Unterstützung auf dem Weg des AMI zur offiziell durch den Vatikan anerkannten internationalen, katholischen Organisation soll nicht vergessen werden. Wenn heute ein Präsident des AMI auch Präsident der COIC ist, dann kann er das sicher nun von oben als Frucht auch seiner Bemühungen betrachten. Ich werde ihn in bester Erinnerung behalten und ihm in bleibender kameradschaftlicher Verbundenheit ein ehrendes Andenken bewahren.

Mit besten Grüßen

Karl MAJCEN,

Gen i.R., Ehrenpräsident des AMI.

Näheres über das o.g. »Institut für Internationale Friedenseinsätze« finden möchte, landet man auf der Website des »Zahnärzterverein für Information und Fortbildung«. Nähere Informationen zum ZIF:

<www.zif-berlin.org/de/Ueber_ZIF.html>.

Autoren

(soweit kein Hinweis beim entspr. Beitrag)

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der dt. Kommission Justitia et Pax.

Bös, Werner

Oberst a.D., Mitglied im GKS-Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im Bereich Rhld.-Pfalz, Hessen, Saar, Beauftragter der GKS für Renovabis.

Görlich, Joachim G.

Magister, freier Journalist mit Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaft.

Graichen, Stefan

Oberstleutnant, Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung und dort zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Hochholzer, Dr. theol. Martin

Referent der Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen in Fulda.

H. ist Redakteur der von der Arbeitsstelle unter dem Titel »Mann in der Kirche« (MiK) herausgegebenen Informationen und Impulse für die Männerarbeit. Beitrag aus MiK 2/2006, S. 36.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/Saudi-Arabien.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Verden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«.

Wendland, Fritz

Jg. 1942; Studium der Geschichte, Romanistik, Slawistik. 9 Jahre Realschullehrer, 1976-2007 beim Bundesgrenzschutz (jetzt Bundespolizei) in verschiedenen Standorten in der Aus- und Fortbildung tätig. Zwei einjährige Weltreisen bis nach Japan (1966/67) sowie bis Australien (1970/71), zahlreiche mehrmonatige Reisen in alle Kontinente.

Foto-/Grafiknachweis:

Archiv (9), Auer (1), Bw/SKA/LwA (4), Fröhler (8), Graichen (1), Hochholzer (3), Internet (26), Kilian (13), KMBA (10), Kubik (1), Merz-Fronius (1), Nüßle (3), Söder (2), SOWI (8), Strohe (1), Verlage (5), Wagner (1), Wendland (10)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Betram Bastian (BB), Oberstleutnant a.D., Redakteur, † Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur e.h.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 27 06
21317 Lüneburg, Tel/Fax: 04131-220768,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 107495018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.